

Die

Forst-, Jagd- und Fischerei-

Strafgesetze

(des

Herzogthums Braunschweig.

Mit Erläuterungen herausgegeben

von

W. Mansfeld,

Landgerichts-Präsident.

Braunschweig,

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1879.

E. T. Braunschweig
Adolfstrasse 19.

UB Braunschweig

84



2302-735-8

Die
Forst-, Jagd- und Fischerei-
Strafgesetze

des
Herzogthums Braunschweig.

Die

Forst-, Jagd- und Fischerei- Strafgesetze

des

Herzogthums Braunschweig.

Mit Erläuterungen herausgegeben

von

W. Mansfeld,

Landgerichts-Präsident.

Braunschweig.

Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Soⁿ

1 8 7 9.

Alle Rechte vorbehalten.



FRIEDR. VIEWEG & SOHN
BRAUNSCHWEIG

V o r w o r t.

Wie bei den Ausführungsgesetzen zu den Reichs-Justizgesetzen, so ist auch bei Verathung des neuen Forststrafgesetzes und des Jagdpolizeigesetzes in der Landesversammlung der Wunsch nach Veranstaltung einer besonderen Ausgabe dieser Gesetze rege geworden. Der Bearbeitung dieser Ausgabe hat sich der Unterzeichnete im Auftrage des Herzoglichen Staatsministeriums unterzogen. Dieselbe enthält neben wörtlicher Aufnahme der in den bezeichneten Gesetzen in Bezug genommenen, namentlich aus dem Reichsstrafgesetzbuche und der Deutschen Strafproceßordnung entlehnten gesetzlichen Bestimmungen eine kurze Erläuterung der neuen Gesetze, wobei auch die Motive zu den Gesetzentwürfen und die Verathungen der Landesversammlung, soweit dieselben Anhaltspunkte zum Verständniß der Gesetze bieten, benutzt sind. Der Zweck der Arbeit ging wesentlich dahin, den mit der praktischen Handhabung dieser Gesetze be-
trauten, besonders auch den nicht juristisch gebildeten Beamten einen leicht brauchbaren Commentar zu liefern, und schien es

angemessen, außer den erwähnten Gesetzen und der dazu gehörigen, das Verfahren in Forststrafsachen betreffenden Verordnung auch die Strafbestimmungen des neuen Fischereigesetzes, imgleichen die auf das Forststrafverfahren bezüglichen, durch die Landesgesetzgebung gegebenen ergänzenden Bestimmungen zum Deutschen Gerichtskostengesetze aufzunehmen.

Die Fertigstellung dieser Arbeit hat sich in Folge anderweiter Dienstgeschäfte des Unterzeichneten zu dessen lebhaftem Bedauern verzögert. Möge dieselbe trotz ihres verspäteten Erscheinens für die richtige Anwendung der neuen Gesetze nicht ganz ohne Nutzen bleiben.

Braunschweig, im November 1879.

Der Herausgeber.

Inhaltsverzeichnis.

I. Forststrafgesetz. Vom 1. April 1879. Nr. 18.

	Paragraphen	Seite
Einleitung	3 bis	5
. Erster Titel.		
Allgemeine Bestimmungen	1 bis 13	6 „ 30
Zweiter Titel.		
Strafbestimmungen.		
Abchnitt I. Forstdiebstahl	14 „ 19	31 „ 48
Abchnitt II. Beschädigungen an stehendem Holze	20 u. 21	49 „ 52
Abchnitt III. Zuwiderhandlungen gegen die Forstpolizei.		
1. Weidestrevel	22 bis 24	53 „ 56
2. Vereitelung von Pfändungen	25	56 „ 59
3. Widerrechtliches Betreten von Forst- grundstücken	26 u. 27	59 „ 62
4. Sonstige Ungebühr an Forstgrund- stücken	28 bis 30	62 „ 67
5. Ungebühr bei Abfuhr von Holz oder sonstigen Forstproducten und bei Aus- übung von Nutzungsrechten	31 „ 38	67 „ 77
6. Feuergefährliche Handlungen in Forsten	39 u. 40	77 „ 81
7. Besondere Bestimmungen in Betreff der Fabrication von Bündhölzern	41 bis 46	81 „ 85
Dritter Titel.		
Strafverfahren	47 „ 67	86 „ 112

	Paragrafen	Seite
Bierter Titel.		
Amtliche Beschlagnahme und Erjag-		
geld	68 bis 77	113 bis 124
Fünfter Titel.		
Schlußbestimmungen	78 „ 81	125 „ 131

II. Gesetz, die Jagdpolizei-Übertretungen betreffend.
Vom 1. April 1879. Nr. 19.

Einleitung		135 u. 136
Titel I.		
Allgemeine Bestimmungen	1 bis 4	137 bis 143
Titel II.		
Strafbestimmungen.		
1. Zuwiderhandlungen in Beziehung auf		
Jagdscheine	5 „ 9	144 „ 151
2. Sonstige Zuwiderhandlungen gegen		
die Jagdpolizei	10 „ 17	151 „ 161
Titel III.		
Ausübung des Jagdschusses	18 „ 21	162 „ 167
Titel IV.		
Schlußbestimmungen	22 u. 23	168 „ 171

III. Auszug aus dem Fischereigesetze für das Herzogthum
Braunschweig. Vom 1. Juli 1879. Nr. 38.

Einleitung		175 bis 177
Geltungsbereich	1 bis 3	178 u. 179
Strafbestimmungen	48 „ 51	179 bis 187
Schlußbestimmung	52	187 u. 188

IV. Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung, das Straf-
verfahren in Forstfrevel-Sachen betreffend.
Vom 30. August 1879. Nr. 56.

Erster Abschnitt.		
Allgemeine Bestimmungen.		
Bekanntmachung der Einspruchs-Termine . .	1	191
Anzeigepflicht der Forstschutzbeamten und		
Dienstkleidung	2	191

	Paragrafen	Seite
Amtsanwälte für Forstfrevel	3	192
Substituten der Amtsanwälte für Forstfrevel	4	192
Generelle Ermächtigungen der Amtsanwälte zur Stellung von Anträgen auf Werth- ersatz und Ersatzgeld	5	193
Zustellungs-Urkunden	6	193 u. 194

Zweiter Abschnitt.

Oeffentliche Klage und deren Vorbereitung.

A. Durch Antrag auf Erlaß eines amtsrichterlichen Strafbefehls.		
Frevellisten der Reviersforstbeamten	7	195
Revision der Frevellisten	8	196
Tabellarische Form der öffentlichen Klage	9	197
Freiwillige Zahlungen	10	198
Frevel-Werkzeuge	11	198
Einreichung der öffentlichen Klage	12	199
B. Durch besondere Anklageschrift	13 u. 14	199 u. 200

Dritter Abschnitt.

Verfahren vor dem Amtsgerichte.

Strafbefehle und deren Eintragung in die Klageschrift	15	201 u. 202
Ausfertigung der Strafbefehle	16	202
Einspruchs-Termine	17	203
Verfahren bei der Verhaftung von Forst- frevlern	18	203
Einziehung der Geldstrafen u.	19	204
Vollziehung der Freiheitsstrafen	20	205 u. 206

Vierter Abschnitt.

Schl u ß b e s t i m m u n g e n .

Forstfreveler unter 12 Jahren	21	207
Rückfalls-Register	22	207
Formulare	23	208
Formulare A bis K in Forststrafsachen Anweisung für die Reviersforstbeamten, die Amtsanwälte für Forstfrevel und die Herzoglichen Amtsgerichte zum Gebrauche der Formulare A bis K in Forststrafsachen		209 bis 237
		238 bis 246

V. Auszug aus dem Ausführungsgesetze zum Deutschen
Gerichtskostengesetze. Vom 11. Juli 1879. Nr. 40.

Zweiter Abschnitt.

Gebühren in streitigen Rechtsjachen.

1. Für Forststrafsachen §§. 9 u. 35 E. 249 bis 253

Erklärung der wesentlichsten Abkürzungen.

- R. Str. G. B. = Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich vom
15. Mai 1871.
D. G. V. G. = Deutsches Gerichtsverfassungsgesetz vom
27. Januar 1877.
D. C. P. O. = Deutsche Civilproceßordnung vom 30. Jan.
1877.
D. St. P. O. = Deutsche Strafproceßordnung vom 1. Feb.
1877.
D. G. K. G. = Deutsches Gerichtskostengesetz vom 18. Juni
1878.
F. St. G. v. 1837 = Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837. Nr. 34.
J. St. G. v. 1849 = Jagdstrafgesetz vom 20. August 1849.
Nr. 30.
Pr. F. D. G. = Preussisches Forstdiebstahlsgesetz v. 15. April
1878.
Pr. Entw. d. F. P. G. = Preussischer Entwurf eines Feld- und
Forstpolizeigesetzes de 1877.

1.

Forststrafgesetz.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (Nr. 18).

E i n l e i t u n g.

Der Zustand der hiesigen Gesetzgebung in Beziehung auf das Forststrafrecht hatte schon seit einer Reihe von Jahren zu großen Unzuträglichkeiten geführt. Das im Allgemeinen noch in Geltung befindliche Forststrafgesetz vom 26. Juli 1837 war durch zahlreiche, mitunter in kurzen Zwischenräumen erschienene, einander wieder aufhebende oder modificirende, gegenwärtig in ihrem Zusammenhange nur schwer zu übersehende Specialgesetze vollständig umgestaltet worden. Diese Umgestaltung wurde namentlich durch die tiefgreifenden Aenderungen herbeigeführt, welche das gemeine Strafrecht seit der Geltung des Reichsstrafgesetzbuches erlitten hat, daher schon in der Schlußbestimmung des §. 4 des Gesetzes Nr. 116 vom 22. December 1870 der Erlass eines neuen Forststrafgesetzes zugesagt wurde. Von der Erfüllung dieser Verheißung mußte jedoch bisher mit Rücksicht auf die derzeitige Lage der Reichsgesetzgebung Abstand genommen werden. Nach der inzwischen erfolgten Publication der Deutschen Strafproceßordnung vom 1. Febr. 1877 ist jedoch der Erlass eines neuen Forststrafgesetzes um so unvermeidlicher geworden, als im §. 3 des Einführungsgesetzes zur Deutschen Strafproceßordnung den Bundesstaaten das Recht vorbehalten ist, für alle Forst- und Feldbrügsachen ein besonderes Strafverfahren landesgesetzlich einzuführen.

Mittels Schreibens des Herzoglichen Staatsministeriums vom 13. December 1878 ist daher der Landesversammlung der Entwurf eines „neuen Forststrafgesetzes“ nebst Motiven vorgelegt

(Verh. des 16. ord. Landt., Anl. 9 und 9 a). Derselbe ist zunächst von der dafür gebildeten Commission und auf Grund eines von letzterer erstatteten Berichts (Anl. 31) von der Landesversammlung selbst in deren Sitzungen am 18. und 19. Febr. 1879 (Prot. 12 u. 13) berathen und hat sodann, nachdem die in diesen Sitzungen beschlossenen Abänderungen (Anl. 44) die Billigung des Staatsministeriums gefunden (Anl. 55), in der Sitzung der Landesversammlung am 20. März 1879 die verfassungsmäßige Zustimmung erhalten (Anl. 62).

Das hiernach unterm 1. April 1879 publicirte „Forststrafgesetz“ hat insofern einen fragmentarischen Charakter, als es überall im Reichsrechte, namentlich, was das materielle Strafrecht betrifft, im Reichsstrafgesetzbuche, was das Verfahren anlangt, in der Deutschen Strafproceßordnung seine Ergänzung findet. Im Uebrigen schließt sich dasselbe im Wesentlichen an die Preussische Gesetzgebung, nämlich an das unterm 15. April 1878 erlassene Forstdiebstahlsgesetz und an den dem Preussischen Landtage im October 1877 vorgelegten, im Herrenhause berathenen, z. B. jedoch noch nicht zur Annahme gelangten Entwurf eines Feld- und Forstpolizeigesetzes an.

War ein derartiger Anschluß schon an sich durch die geographische Lage des Landes und durch die Erfahrung geboten, daß gerade in Forststrafsachen eine Verschiedenheit der hiesigen Gesetzgebung von der des größeren Nachbarstaates von nachtheiligem Einfluß auf die dieeseitigen Waldungen gewesen ist, so rechtfertigte er sich auch innerlich insofern, als die dem Preussischen Forstdiebstahlsgesetze zu Grunde liegenden, dem Gesetze über den Holzdiebstahl vom 2. Juni 1852 entnommenen materiellen Bestimmungen sich in einer langen Reihe von Jahren als durchaus zweckentsprechend bewährt haben. Die vorkommenden Abweichungen sind durch die Verschiedenheit der örtlichen Zustände oder durch die in der hiesigen Gesetzgebung theilweise anders als in Preußen geregelten ländlichen Verhältnisse veranlaßt. Auch mußte es sich der Vereinfachung wegen und im Anschluß an das bisherige Forststrafgesetz empfehlen, statt der für Preußen beabsichtigten besonderen Gesetze über den

Forstdiebstahl und die Forstpolizei ein einheitliches, beide Materien umfassendes Gesetz zu erlassen, demselben auch zugleich diejenigen Vorschriften über das Verfahren beizufügen, welche nach der strafrechtlichen Bedeutung der auf Forstfrevel sich beziehenden Untersuchungen als nothwendig und nach dem der Landesgesetzgebung gemachten Vorbehalte als zulässig erscheinen.

Die systematische Anordnung des Gesetzes anlangend, so sind im ersten Titel die Abweichungen von dem allgemeinen Theile des Reichsstrafgesetzbuches zusammengestellt, im zweiten Titel die einzelnen Strafbestimmungen und in den drei folgenden Titeln die Festsetzungen über das Verfahren, die amtliche Beschlagnahme und das Ersatzgeld, endlich einige auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes bezügliche Schlußbestimmungen behandelt.

Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Forststrafgesetz.

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Alle in diesem Gesetze mit Strafe bedrohten Handlungen und Unterlassungen, welche in Beziehung auf Forsten vorkommen, sind Forstfrevel ¹⁾.

Unter Forsten ²⁾ im Sinne dieses Gesetzes sind alle nicht eingefriedigten und nicht innerhalb der Ortschaften belegenen Grundstücke zu verstehen, welche wesentlich zur Holzgewinnung dienen. Wildgatter und zu Waldculturzwecken vorgerichtete Umzäunungen sollen als Einfriedigungen nicht angesehen werden.

(Vgl. Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870, §. 1.)

Anm. 1. Nach der in §. 1 gegebenen Worterklärung gehört auch der Forstdiebstahl (§. 14) zu den „Forstfreveln“, nicht dagegen der gemeine Diebstahl, da derselbe nicht nach diesem Gesetze, sondern nach den §§. 242 ff. des R. Str. G. B. bestraft wird, wie auch bereits im Gef. Nr. 123 v. 22. Dec. 1870 §. 3 hervorgehoben war.

2. Während der im Gesetze vom 30. April 1861 Nr. 26 geregelten Forsthoheit und Forstaufsicht nur diejenigen Grundstücke unterworfen sind, welche von Altersher mit Forstgrundqualität behaftet waren, gleichgültig, ob dieselben zur Zeit noch mit Bäumen bestanden sind oder nicht (Verh. des 10. ord. Landt., Anl. 2 zu Nr. 11, S. 3 u. 5), sind nach der mit §. 1 des Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870 übereinstimmenden Definition des Absatzes 2 unter „Forsten“ auch diejenigen Grundstücke zu verstehen, welche erst in Folge einer neuen Disposition des Eigenthümers wesentlich zur Holzgewinnung bestimmt sind. Auch diese Grundstücke, wenngleich sie Forstgrundqualität im Sinne des Forsthoheitsgesetzes nicht besitzen, werden dennoch des Schutzes des Forststrafgesetzes theilhaftig.

Nach den neueren statistischen Nachrichten sind gegenwärtig 114 131 ha (= 456 524 Feldmorgen), also etwa 31 Procent der Gesamt-Bodenfläche des Herzogthums Wald. Von diesem Areale befinden sich z. B. 80 735 ha im Eigenthum des Staates, 21 778 ha im Eigenthum der Gemeinden und Interessenschaften, 11 618 ha im Eigenthum von Privatpersonen. Die Staatsforsten zerfallen in die eigentlichen Domaniale- (oder Kammer-) Forsten und die Klosterforsten, d. h. die Forsten der säcularisirten Stifter und Klöster. Der bei Weitem größte Theil kommt auf die Kammerforsten.

§. 2.

Die einleitenden Bestimmungen und die Bestimmungen des ersten Theils des Reichsstrafgesetzbuches finden, so-

weit nicht dieses Gesetz abweichende Vorschriften enthält ¹⁾, auch auf Forstfrevel Anwendung.

(Vgl. Ges. Nr. 121 v. 22. Dec. 1870 §. 1 u. Ges. Nr. 123 v. 22. Dec. 1870.)

Anm. 1. Abweichende Vorschriften vom allgemeinen Theile des R. Str. G. B. finden sich namentlich in den §§. 5 bis 7, 9, 10, 12 bis 15, 21 Abs. 2 dieses Gesetzes.

§. 3.

Die wegen Forstfrevel zu erkennenden zulässigen Strafen ¹⁾ sind:

1. Geldstrafe,
2. Haft,
3. Gefängnisstrafe.

Anm. 1. Die nach Maßgabe des §. 5 des R. St. G. v. 1837 zugelassene Forststrafarbeit als Strafart ist schon durch die §§. 3 und 27 des Ges. Nr. 41 v. 11. April 1870 beseitigt. Aber auch die in den §§. 14 u. 34 Abs. 2 des Preuß. Forstdiebstahlsgesetzes v. 15. April 1878 enthaltene Bestimmung, wonach der zu Geldstrafe Verurtheilte im Fall der Inerigibilität der letzteren nach richterlichem Ermessen für die Dauer der an Stelle der Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe außerhalb der Gefangenenanstalt zu Forst- oder Gemeinbearbeiten, welche seinen Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, angehalten werden kann und, wenn der Beschädigte derartige Arbeiten der Behörde nachgewiesen hatte, sogar angehalten werden soll, hat keine Aufnahme gefunden, weil „die mannigfachen materiellen Gründe, welche die hiesige Gesetzgebung in bewußtem Gegensatz zu den Bestimmungen des Preuß. Holzdiebstahlsgesetzes v. 2. Juni 1852 §§. 13 u. 14 (in welchen die obige Vorschrift gleichfalls enthalten war) zur Anschaffung der Forststrafarbeit veranlaßt haben (s. Verh. des 13. ord. Landtags, Anl. 90, S. 2 u. 3), namentlich das aus dem geringen Werthe der Strafarbeit im Verhältniß zu der darauf

verbrachten Zeit und den aufgewendeten Kräften hergeleitete volkswirtschaftliche Bedenken, auch jetzt noch in vollem Maße fortbauern und selbst einer für den Einzelfall vom richterlichen Ermessen abhängigen Zuweisung der Forstarbeit an den Beschädigten widerstreiten“ (Mot.).

§. 4.

Der Mindestbetrag der Geldstrafen ist Eine Mark.

Eine nicht beizutreibende Geldstrafe ist in Freiheitsstrafe (§. 3) umzuwandeln.

Das Gericht hat sofort in dem Strafurtheile¹⁾ die eventuell an die Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe festzusetzen. Kann nur ein Theil der Geldstrafe beigetrieben werden, so tritt für den Rest derselben nach dem in dem Urtheile festgesetzten Verhältnisse die Freiheitsstrafe ein, jedoch nicht unter Einen Tag.

(Vgl. R. Str. G. B. §§. 27, 28 Abj. 1. Gef. Nr. 122 v. 22. Dec. 1870 §. 18.)

Anm. 1. Dem Urtheile steht der vollstreckbare Strafbefehl (D. St. B. O. §. 450) gleich.

§. 5.

Im Fall der Umwandlung einer Geldstrafe, welche wegen Unvermögens des Verurtheilten nicht beigetrieben werden kann, ist beim Forstdiebstahl (§. 14 ff.) der Betrag von Einer bis zu Fünf Mark, bei den übrigen Forstfreveln, wenn sie im Höchstbetrage über Einhundert und fünfzig Mark bedroht sind, der Betrag von drei bis zu Funfzehn Mark, anderenfalls der Betrag von Einer bis zu Funfzehn Mark einer eintägigen Freiheitsstrafe gleichzuachten. Beträgt diese im einzelnen Falle nicht über sechs Wochen, so ist sie stets als Haft zu vollziehen¹⁾.

Der Mindestbetrag der an die Stelle der Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe ist Ein Tag, ihr Höchstbetrag sind bei Haft Sechs Wochen, bei Gefängniß Sechs Monate.

(Vgl. R. Str. G. B. §. 29, Gef. Nr. 121 v. 22. Dec. 1870, §§. 2, 3, 4 Abs. 1, verb. mit Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870, §. 9 Abs. 2.)

Ann. 1. „Daß auch dann, wenn es sich um ein Vergehen, also um einen im Höchstbetrage mit mehr als 150 Mk. bedrohten Forstfrevel handelt, Freiheitsstrafe nicht über 6 Wochen stets als Haft, nicht als Gefängniß vollzogen werden soll, enthält zwar eine Abweichung von §. 28 Abs. 2 des R. Str. G. B., welcher Umwandlung der für ein Vergehen erkannten Geldstrafe in Haft nur wahlweise neben Gefängniß und auch nur dann zuläßt, wenn die erkannte Strafe den Betrag von 600 Mk. nicht überstieg, während nach §. 5 des Entwurfs der Maximalbetrag für die Zulässigkeit solcher Verwandlung sich auf 630 Mk., beim Forstdiebstahl dagegen auf 210 Mk. beläuft; indessen ist diese Abweichung an sich unerheblich und durch die Art der den Gegenstand dieses Gesetzes bildenden Frevel gerechtfertigt. — Der letzterwähnte Grund war auch maßgebend dafür, beim Forstdiebstahl nicht, wie nach §. 13 des Preuß. Forstdiebstahlsgesetzes, eine unbedingte Verwandlung der erkannten Geldstrafe in Gefängniß zu statuiren. Eine derartige Vorschrift, welche in Preußen durch die Zulassung der Forst- oder Gemeindearbeit gemildert wird, würde im hiesigen Lande zu einer nicht zu rechtfertigenden Härte bei Vollziehung der Freiheitsstrafe führen und eine nicht begründete Aenderung des bisherigen Rechts involviren. Dagegen empfahl es sich, im Anschluß an §. 13 Abs. 2 des Preuß. Forstdiebstahlsgesetzes den Forstdiebstahl insofern strenger als die übrigen Forstfrevel zu behandeln, als bei jenem schon der Betrag von 1 bis 5 Mk. einer eintägigen Freiheitsstrafe gleichgeachtet werden soll, daher einer wegen Forstdiebstahls erkannten Geldstrafe von 30 Mk. mindestens eine 6tägige, und nicht, wie bei den übrigen Forstfreveln, nur eine 2tägige Haftstrafe substituiert werden muß“ (Mot.).

§. 6.

Auf Geldstrafen, welche wegen mehrerer durch selbstständige Handlungen verübten Forstfrevel^{1. 2)} verwirkt sind, ist ihrem vollen Betrage nach zu erkennen.

Bei Umwandlung derselben in Freiheitsstrafe darf die zu erkennende Gesamtstrafe Drei Monate Haft, beziehungsweise Ein Jahr Gefängniß nicht übersteigen.

(Vgl. R. Str. G. B. §. 78.)

Ann. 1. „Während in Preußen eine besondere Vorschrift in Betreff der Gesamtstrafe nicht existirt, schien es doch angemessen, eine solche aufzunehmen, dabei zwar im Allgemeinen den §. 78 des R. Str. G. B. zur Anwendung zu bringen, jedoch den Höchstbetrag der bei Umwandlung der Geldstrafen zu erkennenden Gefängnißstrafe mit Rücksicht auf die geringere Strafbarkeit der hier vorliegenden Vergehen und in Anlehnung an das bisherige Recht, welches selbst den Gewohnheitsfrevler nicht über ein Jahr Gefängniß strafe (Ges. Nr. 41 v. 11. April 1870, §. 14 Absatz 2), auf die Dauer eines Jahres zu beschränken“ (Mot.).

2. Die „mehreren durch selbstständige Handlungen verübten Forstfrevel“ bilden den Gegensatz zu dem Falle, wo durch „eine und dieselbe Handlung“ das Forststrafgesetz mehrmals übertreten ist. Der letztere Fall begründet die f. g. ideale, der erstere die reale Concurrenz. Während dort nach §. 73 des R. Str. G. B. *) nur ein einziger Forstfrevel, und zwar derjenige, welcher mit der schwersten Strafe bedroht ist, geahndet wird, kommt bei der realen Concurrenz jeder begangene Forstfrevel zur Anklage und Entscheidung. Die wegen dieser mehreren realiter concurrenden Forstfrevel zu erkennende Strafe ist jedoch je nach der

*) „Wenn eine und dieselbe Handlung mehrere Strafgesetze verletzt, so kommt nur dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafe, und bei ungleichen Strafarten dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafart androht, zur Anwendung.“

anzuwendenden Strafart verschieden. Geldstrafe wird für jeden Forstfrevel besonders verhängt und der volle Betrag der mehreren Geldstrafen zusammengerechnet. Ebenso ist eine mehrfach verwirkte Haft nach ihrem Gesamtbetrage zu erkennen, so jedoch, daß letzterer die Dauer von 3 Monaten nicht übersteigen darf (R. Str. G. B. §. 77 Abs. 2). Trifft ferner ein mit Gefängnißstrafe (§§. 17 u. 18) und ein mit Haft bedrohter Forstfrevel zusammen, so ist sowohl die Gefängnißstrafe als die Haft gesondert zu erkennen (R. Str. G. B. §. 77 Abs. 1). Sollten endlich mehrere durch das gegenwärtige Gesetz mit Gefängnißstrafe bedrohte Vergehen unter einander realiter concurriren, so würde unter Anwendung der Bestimmungen des §. 74 des R. Str. G. B. *) auf eine in verhältnißmäßiger Erhöhung der verwirkten schwersten Strafe bestehende Gesamtstrafe erkannt werden müssen.

§. 7.

Neben der durch den Forstfrevel verwirkten Strafe ist auf Einziehung der in Beschlag genommenen¹⁾ Aexte, Sägen und anderer zur Begehung des Frevels geeigneter Werkzeuge²⁾, welche der Thäter bei der Zuwiderhandlung bei sich geführt hat³⁾, zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht³⁾.

Die Thiere und andere zur Wegschaffung des Gefrevelten dienenden Gegenstände⁴⁾, welche der Thäter bei sich führt, unterliegen nicht der Einziehung.

Eingezogene Gegenstände fallen dem Staate⁵⁾ zu.

(Vgl. Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870, §. 3 Abs. 2 und §. 4 Pr. F. D. G. §. 15.)

*) „Gegen denjenigen, welcher durch mehrere selbstständige Handlungen mehrere — Vergehen, oder dasselbe — Vergehen mehrmals begangen und dadurch mehrere zeitige Freiheitsstrafen verwirkt hat, ist auf eine Gesamtstrafe zu erkennen, welche in einer Erhöhung der verwirkten schwersten Strafe besteht.“ — —

Ann. 1. „Wenn einerseits die Verhängung der Einziehung durch richterliches Urtheil obligatorisch gemacht werden mußte, gleichgültig übrigens, ob ein Vergehen oder eine Uebertretung in Frage stand (s. dagegen R. Str. G. B. §. 40), so war doch andererseits nicht zu verkennen, daß die unbedingte Vollstreckung dieses Urtheils in allen den Fällen, wo das einzuziehende Werkzeug nicht schon von vornherein bei Entdeckung des Frevels mit Beschlag belegt ist, leicht zu Zweifeln über die Identität desselben mit demjenigen Werkzeuge, welches der Thäter bei Verübung des Frevels bei sich führte, und folgerweise zu erheblichen, dem Werthe des einzuziehenden Gegenstandes kaum entsprechenden Weiterungen führen würde. Es schien daher angemessen, den Richter nur dann zur Verhängung der Einziehung zu verpflichten, wenn die Ausführung des Erkenntnisses keinen Schwierigkeiten unterliegt, d. h. wenn der einzuziehende Gegenstand durch die Beschlagnahme bereits in den Gewahrsam des Gerichts gelangt ist“ (Mot.).

2. „Es sollen die Werkzeuge eingezogen werden, welche der Thäter (Mitthäter, Gehülfe) bei der Zuwiderhandlung bei sich führte; daß er sie auch gebraucht habe, wie im Gesetz Nr. 41 de 1870, §. 3 Abs. 2 vorgeschrieben war, ist zur Erleichterung der Beschlagnahme in Zukunft nicht mehr erforderlich. In gleicher Weise verfügt auch der §. 295 des R. Str. G. B. beim Jagdvergehen die Einziehung des Gewehrs u., welches der Thäter bei dem unberechtigten Jagen bei sich geführt hat“ (Mot.).

3. „Daß die Einziehung auch derjenigen Werkzeuge zu erfolgen habe, welche dem Schuldigen nicht gehören, steht zwar mit §. 40 des R. Str. G. B. nicht in Uebereinstimmung, entspricht jedoch der Vorschrift des §. 295 l. c. und findet seine Rechtfertigung in der Erwägung, daß ohne eine derartige Bestimmung die Vorschrift von gewerbsmäßigen Forstfrevlern, welche sich gegenseitig die betreffenden Werkzeuge leihen, leicht würde umgangen werden können“ (Mot.).

4. „Thiere und die zur Wegschaffung des Gefrevelten dienenden Transportmittel unterliegen der Einziehung auch dann nicht, wenn sie dem Frevler gehören; wohl aber können sie zur

Sicherung von Strafe, Wertheratz 2c. vorläufig in Beschlag genommen bezw. gepfändet werden (§§. 68, 69)" (Mot.).

5. „Die Zuweisung der einzuziehenden Werkzeuge an den Staat, statt an die Staatskasse ist geschehen, um die unbedingte Vornahme eines Verkaufs dieser Gegenstände und folgeweise die Möglichkeit eines Wiederkaufs derselben durch den Frevler zu verhüten. In welcher Weise mit den eingezogenen Gegenständen gerichtsseitig zu verfahren sei, wird demnächst im Instructionswege angeordnet werden" (Mot.).

6. Der Entwurf erwähnt, in Uebereinstimmung mit dem Preuß. Forstdiebstahlsgesetz §. 15, außer den Aexten und Sägen ausdrücklich auch noch die Messer. Dieselben sind jedoch zufolge Beschlusses der Landesversammlung gestrichen, um nicht die Meinung zu erwecken, als ob auch solche Messer, welche zur Verübung des Frevels überall nicht gebraucht sind und nicht gebraucht werden sollten, z. B. Brotmesser, nothwendig der Beschlagnahme und Confiscation unterliegen. Andererseits ist nicht zu bestreiten, daß auch die Messer zu den „zur Begehung des Frevels geeigneten Werkzeugen" gehören; es wird daher in jedem einzelnen Falle dem Ermessen des betreffenden Beamten anheimfallen, ob die Beschlagnahme eines im Besitz eines Frevlers gefundenen Messers vorzunehmen ist oder nicht.

§. 8.

Der Ersatz des durch Forstfrevel verursachten Schadens¹⁾ kann nur im Wege des Civilprocesses geltend gemacht werden.

Neben der Strafe ist jedoch im Falle eines Forstdiebstahls (§. 14 ff.) die Verpflichtung des Schuldigen zum Ersatze des Entwendeten, im Falle eines Weidefrevels (§. 22 ff.) die Verpflichtung des Schuldigen zur Zahlung des Ersatzgeldes auszusprechen, wenn der öffentliche Ankläger auf Ansuchen des Verletzten dieses beantragt²⁾.

Der Werth des Gefrevelten wird sowohl hinsichtlich der Geldstrafe als hinsichtlich des Werthersatzes nach der bestehenden Forsttaxe des betreffenden herrschaftlichen Reviers, wo aber solche nicht besteht, nach dem örtlichen Preise abgeschätzt³⁾).

In Betreff des bei Weidefreveln zu zahlenden Ersatzgeldes gelten die Bestimmungen der §§. 70 ff.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 9. Pr. Entw. des F. P. G. §§. 68, 69.)

Anm. 1. „Der Paragraph enthält im ersten Absätze eine sehr erhebliche Abweichung von dem bisherigen Verfahren. Während die §§. 23 und 25 der Novelle vom 11. April 1870 die Verpflichtung des Forstfrevelers zum Ersatz nicht nur des Werthes, sondern auch des dem Forsteigenthümer gehörigen Schadens nach Maßgabe der geltenden Bestimmungen (d. h. der §§. 30 bis 41 des Forststrafgesetzes von 1837) aussprechen und den öffentlichen Ankläger zur Geltendmachung und nöthigenfalls executivischen Beitreibung der betr. Geldbeträge anhalten, soll in Zukunft die Geltendmachung des etwa bestehenden Anspruchs auf Schadenersatz im Wege des Civilprocesses erfolgen und dem Verletzten selbst überlassen bleiben. Mit Annahme dieser dem Preussischen Forstdiebstahlsgeetze entsprechenden, aber auch schon in dem Holzdiebstahlsgeetze vom 2. Juni 1852 §. 18 enthaltenen Bestimmung vermeidet der Entwurf die der bisherigen hiesigen Gesetzgebung anhaftende, civilrechtlichen und processualischen Grundsätzen widerstrebende Anomalie, daß der öffentliche Ankläger den Privatananspruch des verletzten Eigenthümers auf Schadenersatz ohne dessen Wissen und Willen, ja selbst ohne Zulassung eines Verzichts desselben geltend machen muß und im Executionswege auf Kosten der Staatskasse, trotz aller Weiterungen, namentlich bei Interventionen dritter Personen, durchzuführen hat, während der Verletzte selbst weder seinen Anspruch vertreten, noch auch nur als accessorischer Intervenant dem Verfahren beitreten darf. Der Entwurf ist dadurch dem Wunsche der zur Verathung der Forststrafnovelle vom 11. April

1870 niedergesetzten Commission entgegengekommen, welche in ihrem Berichte vom 15. März 1870 sich dahin aussprach, „daß bei einer künftigen Revision des Forststrafgesetzes die den Schadensersatz betreffenden, meistens nicht sehr rationellen Vorschriften gänzlich beseitigt, und die Principien der Preussischen Gesetzgebung auch in diesem Punkte adoptirt werden möchten“ (Verhandl. des 13. ord. Landtags, Anl. 99, S. 9). Auch steht der Entwurf dadurch in völliger Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der D. St. P. O., welche ein Adhäsionsverfahren im eigentlichen Sinne, wie es z. B. in §. 10 der hiesigen St. P. O. zugelassen war, nicht kennt und nur die Verfolgung des Anspruchs auf Buße (D. St. P. O. §§. 443 bis 445) gestattet“ (Mot.). — Ein über den Werth des Entwendeten hinausgehender Schaden wird namentlich leicht in den Fällen des §. 16, Nr. 5 bis 7 eintreten können; gerade für solche Fälle eignet sich die Feststellung der Höhe des Schadens in einem die concreten Verhältnisse berücksichtigenden civilprocessualischen Verfahren.

2. Was dagegen den Ersatz des Werths des Entwendeten und das beim Weidestrevel zugelassene Ersatzgeld betrifft, so können diese Ansprüche auf Antrag des Beschädigten durch den Amtsanwalt im Strafverfahren zur Entscheidung gebracht werden. Sie sind der Buße rechtlich gleichartig, hängen mit der Strafe unmittelbar zusammen, sind für dieselbe sogar theilweise bedingend (z. B. der Werthersatz für die Strafe des Forstdiebstahls) und können auf Grundlage einer die durchschnittlichen Verhältnisse berücksichtigenden Taxe ohne große Mühe festgestellt werden, während der verletzte Eigenthümer, zumal er nach §. 66 die eingezogene Geldstrafe ausschließlich überwiesen erhält und dadurch gegen früher in eine weit günstigere Lage geräth, bei der Geringsfügigkeit jener Nebensforderungen eher geneigt sein wird, auf deren Ersatz zu verzichten, als dieselben außerhalb des Strafverfahrens in einem weitläufigen Civilproceß geltend zu machen. — Wie bereits hervorgehoben, ist der Antrag des Amtsanwalts auf Verurtheilung des Schuldigen „zum Ersatz des Entwendeten“ — (richtiger „zum Ersatz des Werths des Entwendeten,“ wie die Vorlage enthielt, was

jedoch auf Vorschlag der Commission von der Landesversammlung abgeändert ist) — und zur Zahlung des Ersatzgeldes dadurch bedingt, daß der Verletzte diese Verurtheilung bei dem Amtsanwalt ausdrücklich in Antrag bringt. Dadurch weicht der Paragraph allerdings von dem §. 9 des Pr. F. D. G. ab, wonach in allen Fällen, also von Amtswegen, neben der Strafe die Verpflichtung des Schuldigen zum Ersatze des Werthes des Entwendeten an den Bestohlenen ausgesprochen werden soll. Indessen empfahl sich die Vorschrift des hiesigen Gesetzes, weil sie dem Charakter der fr. nicht ohne Weiteres in ein strafrechtliches Verfahren gehörenden Nebenforderungen und damit auch der Bestimmung des §. 443 der D. St. P. O. in Betreff der Buße besser entspricht und dem Staat nicht die Kosten der Einziehung des von dem Beschädigten oft gar nicht gewünschten Anspruchs auf Wertherersatz zc. aufbürdet. Hat der Beschädigte den Amtsanwalt ersucht, seinen Strafantrag auf Zuerkennung des Wertherersatzes zc. zu erstrecken — welches Ersuchens in der öffentlichen Klage Erwähnung geschehen muß (§. 55) — so ist er auch verpflichtet, die etwaigen Kosten der versuchten fruchtlosen Einziehung zu übernehmen (§. 63 Abs. 2).

3. Die Abschätzung des Werthes soll nach dem schon in §. 15 des Ges. Nr. 41 vom 11. April 1870 ausgesprochenen Grundsatz, d. h. unter Zugrundelegung der bestehenden Forsttaxe erfolgen, welche auch für Privat- oder Interessentenforsten maßgebend ist, da dieselben insoweit, bezw. hinsichtlich der Oberaufsicht einem bestimmten herrschaftlichen Reviere zugehören. Die Abschätzung derjenigen Forstproducte, welche etwa in der Forsttaxe nicht erwähnt werden sollten, geschieht nach den örtlichen marktgängigen Preisen.

§. 9.

Auf Personen, welche bei Begehung eines Forstfrevels das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet haben, finden die Bestimmungen des Gesetzes No. 117 vom 22. December 1870 über die gegen Kinder zu ergreifenden polizeilichen Massregeln Anwendung¹⁾.

Die im §. 57 des Reichsstrafgesetzbuches*) bei der Verurtheilung von Personen, welche zur Zeit der Begehung der That das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatten, vorgesehene Strafermässigung findet bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz keine Anwendung²⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 10.)

Anm. 1. Der §. 55 des N. Str. G. B. bestimmt:

„Wer bei Begehung der Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Gegen denselben können jedoch nach Massgabe der landesgesetzlichen Vorschriften die zur Besserung und Beaufsichtigung geeigneten Massregeln getroffen werden. Insbesondere kann die Unterbringung in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt erfolgen, nachdem durch Beschluss der Vormundschaftsbehörde die Begehung der Handlung festgestellt und die Unterbringung für zulässig erklärt ist.“

Derartige Vorschriften enthält für das hiesige Land das Gesetz Nr. 117 vom 22. December 1870. Danach sind gegen Kinder unter 12 Jahren, welche an sich strafbare oder unsittliche Handlungen verüben, falls die zu Gebote stehenden Mittel der häuslichen Zucht nicht ausreichend erscheinen, folgende außerordentliche Massregeln zulässig:

1. Körperliche Züchtigung bis zu 15 Streichen, wofern sie

*) „Wenn ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, bei Begehung derselben die zur Erkenntniss ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besass, so kommen gegen ihn folgende Bestimmungen zur Anwendung:

4) ist die Handlung ein Vergehen oder eine Uebertretung, so kann in besonders leichten Fällen auf Verweis erkannt werden.“

der Körperbeschaffenheit des Kindes angemessen und dessen Gesundheit unnachtheilig ist;

2. Unterbringung bei fremden und zuverlässigen Erziehern, jedoch nicht über das schulpflichtige Alter hinaus, vorausgesetzt, daß die Bezahlung der Kosten sichergestellt ist;

3. Aufnahme in die Erziehungsanstalt zu Bevern, wenn das Kind das siebente Lebensjahr erreicht hat und körperlich genügend kräftig ist.

Die Verhängung dieser Maßregeln erfolgt durch den Vormundschaftsrichter nach vorgängiger Constatirung des Sachverhalts, und zwar sowohl von Amtswegen, wie auf Antrag der Vormünder des Kindes oder der Polizeibehörde. Der mit Verfolgung des Frevels beauftragte Forstbeamte hat daher, um die Entscheidung des Vormundschaftsgerichts herbeizuführen, — gleichgültig, ob daneben §. 10 dieses Gesetzes zur Anwendung kommt — die Polizeibehörde des Wohnorts des Kindes von dem Thatbestande in Kenntniß zu setzen und deren Antragstellung zu veranlassen.

2. Hatte der Thäter den Forstfrevel zu einer Zeit begangen, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, so ist derselbe freizusprechen, wenn er bei Begehung desselben die zur Erkenntniß seiner Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besaß (R. Str. G. B. §. 56). Die strafrechtliche Verfolgung muß daher jedenfalls auch gegen solche Frevler eintreten, da die Entscheidung darüber, ob der Thäter freizusprechen sei, nur von dem erkennenden Richter ausgehen kann.

3. „Die unbedingte Anwendung des §. 57 des R. Str. G. B., wie sie der §. 6 des Ges. Nr. 123 vom 22. Dec. 1870 vorgeschrieben hatte, läßt sich bei Forstfreveln nicht rechtfertigen, da hiernach auch auf Verweis, also auf eine für Forstfrevel durchaus ungeeignete Strafart, würde erkannt werden können. Es sind daher jugendliche Personen, vorausgesetzt, daß bei ihnen die zur Erkenntniß der Strafbarkeit der That erforderliche Einsicht festgestellt wird, mit der vollen gesetzlichen Strafe zu belegen, zumal bei ihnen das der Strafmilderung nach §. 57 des R. Str. G. B. zu Grunde liegende Motiv, jugendliche Thäter nicht durch

längere Gefängnißstrafen dem sittlichen Verderben auszusetzen, bei den meist geringfügigen Strafen für Forstfrevel nicht zutrifft; vgl. Rüdorff, Comment. 2. Aufl. S. 200, Note 6“ (Mot.).

§. 10.

Für die Geldstrafe, den Werthersatz, das Ersatzgeld (§. 70 ff.) und die Kosten, zu denen Personen verurtheilt werden, welche unter der Gewalt, der Aufsicht oder im Dienst eines Anderen stehen und zu dessen Hausgenossenschaft gehören, ist Letzterer im Falle des Unvermögens der Verurtheilten für haftbar zu erklären¹⁾, und zwar unabhängig von der etwaigen Strafe, zu welcher er selbst auf Grund dieses Gesetzes oder des §. 361 No. 9 des Reichsstrafgesetzbuches*) verurtheilt wird. Wird festgestellt, dass die That nicht mit seinem Wissen verübt ist, oder dass er sie nicht verhindern konnte, so wird die Haftbarkeit nicht ausgesprochen²⁾.

Hat der Thäter noch nicht das zwölfte Lebensjahr vollendet, so wird Derjenige, welcher in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen haftet, zur Zahlung der Geldstrafe, des Werthersatzes, des Ersatzgeldes und der Kosten als unmittelbar haftbar verurtheilt. Dasselbe gilt, wenn der Thäter zwar das zwölfte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte und wegen Mangels

*) „Mit Haft (an deren Stelle auch Geldstrafe bis zu einhundertfunfzig Mark erkannt werden kann) wird bestraft:

Wer Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Begehung — — — strafbarer Verletzungen der Gesetze zum Schutze der Forsten — — — abzuhalten unterlässt. Die Vorschriften dieser Gesetze über die Haftbarkeit für die den Thäter treffenden Geldstrafen oder anderen Geldleistungen werden hierdurch nicht berührt.“

der zur Erkenntniss der Strafbarkeit seiner That erforderlichen Einsicht freizusprechen ist, oder wenn derselbe wegen eines seine freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustandes straffrei bleibt²⁾.

Gegen die in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen als haftbar Erklärten tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Freiheitsstrafe nicht ein³⁾. An den zunächst verpflichteten Personen darf die an Stelle der verwirkten Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe nur dann vollzogen werden, wenn die Geldstrafe auch von dem für haftbar Erklärten nicht beigetrieben werden kann⁴⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §§. 11, 12, 13 Abs. 4. Pr. Entw. des F. P. G. §. 7.)

Ann. 1. Bestimmungen über subsidiäre Haftpflicht bei den von Kindern, Dienstboten, Handwerksgesellen, Lehrlingen u. verübten Forstfreveln für Geldstrafe, Werth- und Schadensersatz waren auch schon im bisherigen Recht enthalten; insbesondere war durch §. 14 des F. St. G. von 1837, §§. 1 und 2 des Ges. Nr. 15 vom 16. März 1861, §§. 10 und 11 des Ges. Nr. 41 vom 11. April 1870 und §. 5 Abs. 2 des Ges. Nr. 123 vom 22. Dec. 1870 eine solche Haftpflicht seitens der Eltern, Vormünder und Pflegeeltern, Dienst- und Lehrherren ausgesprochen: „Diese Bestimmungen, schon an sich äußerst complicirt, widersprechen anerkannten criminalrechtlichen Grundsätzen, indem sie, statt die Eltern, Dienst- oder Lehrherren nur für die richtige Bezahlung der von den Kindern, Dienstboten, Lehrlingen verwirkten Geldstrafen haftbar zu machen, ohne Weiteres die Präsumtion der Anstiftung seitens derselben aufstellen und sie dafür selbstständig mit Strafe belegen; indem sie ferner eine Anstiftung der Kinder ohne Rücksicht auf deren eigene Strafbarkeit statuiren, obwohl doch Personen, welche wegen ihres Alters oder aus anderen Gründen selbst nicht strafrechtlich verantwortlich sind, auch nicht zur Begehung strafbarer Handlungen angestiftet, sondern nur als straflose Werkzeuge in der

Hand des Thäters benutzt werden können; indem sie endlich den Eltern sogar den Gegenbeweis gegen die Präsumtion der Anstiftung abschneiden. — Andererseits genügen die gegenwärtigen Vorschriften zum Schutze der Forsten nicht, da es vielmehr erforderlich ist, eine unbedingte Haftbarkeit für die von den Hausgenossen, über welche ein Gewalts-, Aufsichts- oder Dienstverhältniß besteht, begangenen Forstfrevel auszusprechen, wenn anders der den Forsten aus der Verwilderung der Jugend und der abhängigen Hausgenossen drohenden Gefahr vorgebeugt werden soll. Es empfahl sich daher, die entsprechenden Preussischen Vorschriften zu adoptiren“ (Mot.).

2. „Der Absatz 1 handelt von der Haftbarkeit für den Fall der Verurtheilung, der Absatz 2 von der Haftbarkeit für den Fall der Strafflosigkeit oder Freisprechung des Hauptschuldigen. Im ersteren Falle haftet der Gewaltinhaber, Dienstherr u. bei Zahlungsunfähigkeit des Thäters, es sei denn, daß er selbst um den Frevel nicht gewußt hat oder nicht in der Lage gewesen ist, ihn zu verhindern, wobei das Vorhandensein dieses Ausschließungsgrundes nicht etwa wie eine Einrede im Civilproceß von dem als haftbar in Anspruch Genommenen bewiesen, sondern nach allgemeinen Beweisregeln vom Richter festgestellt werden muß. Andererseits bleibt jene Haftpflicht auch dann bestehen, wenn der die Gewalt oder die Aufsicht Ausübende etwa selbstständig, z. B. als Mitthäter, Anstifter, Gehülfe, Begünstiger in Anspruch genommen werden muß, oder wenn derselbe wegen Vernachlässigung der erforderlichen Zucht und Aufsicht über die Kinder, Dienstboten u. nach §. 361 Nr. 9 des R. Str. G. B. zu strafen ist. Im zweiten Falle dagegen tritt eine selbstständige Haftbarkeit der Gewaltinhaber u. für Geldstrafe, Werthersatz, Ersatzgeld und Kosten ein, während der eigentliche Urheber des Frevels als Thäter im strafrechtlichen Sinne nach §§. 51, 52 und 55 des R. Str. G. B. (Zustand der Bewußtlosigkeit — krankhafte Störung der Geistesthätigkeit — Nöthigung durch unüberstehliche Gewalt oder gefährliche Drohung — jugendliches Alter unter 12 Jahren) gar nicht gilt oder nach §. 56 l. c. (f. §. 9, Anm. 2) wegen mangelnder Erkenntniß der Strafbarkeit seiner Handlung freigesprochen werden mußte“ (Mot.). In jedem

Fälle genügt jedoch zur Begründung der subsidiären Haftpflicht nicht schon das Vorhandensein eines Gewalts- (Aufsichts-, Dienst-) Verhältnisses, sondern es muß daneben zugleich eine Hausgenossenschaft mit dem der Gewalt, Aufsicht zc. Untergebenen bestehen.

3. Da der Gewaltinhaber, Dienstherr zc., abgesehen von den Nebenposten, nur für die Geldstrafe haften soll, so findet bei ihm eine Verwandlung derselben in die entsprechende Freiheitsstrafe nicht statt. Im Fall der unmittelbaren Haftbarkeit (Absatz 2) kann es daher kommen, daß, wenn der für haftbar Erklärte zahlungsunfähig ist, das abgegebene Urtheil überhaupt wirkungslos bleibt, es sei denn, daß eine Uebertretung des §. 361 Nr. 9 des R. Str. G. B. concurriren sollte und eine Verurtheilung desselben wegen dieses Delicts herbeizuführen steht (vgl. §. 67). — Uebrigens muß processualisch gegen den für haftbar Erklärten auch dann, wenn nur ein Fall der mittelbaren Haftung (Absatz 1) vorliegt, sowohl seitens des Amtsanwalts als seitens des Strafrichters ebenso vorgegangen werden, als handelte es sich um dessen principale Strafbarkeit (vgl. §§. 55 bis 58). Ein in der Landesversammlung gestellter Antrag, dieser Folgerung durch einen betr. Zusatz zu §. 55 besonderen Ausdruck zu geben, wurde als unnöthig verworfen (s. Landt. Verh. S. 81, 86 bis 88).

4. Daß in den dem Falle, wenn der subsidiär Verhaftete die erkannte Geldstrafe bezahlt hat, bei dem in erster Linie Verpflichteten von Verbüßung der nur eventuell erkannten Freiheitsstrafe keine Rede sein kann (Abs. 3 a. E.), war schon im Ges. Nr. 41 vom 11. April 1870, §. 10 Abs. 2 u. 3 a. E. ausgesprochen und ergibt sich aus allgemeinen Grundsätzen.

§. 11.

Für die Strafzumessung wegen Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz kommen als Schärfungsgründe ¹⁾ in Betracht:

1. wenn der Forstfrevler an einem Sonn- oder

- Festtage oder in der Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang²⁾ begangen ist;
2. wenn der Thäter Mittel angewendet hat, um sich unkenntlich zu machen³⁾;
 3. wenn der Thäter dem Beschädigten oder dessen Stellvertreter oder der mit dem Forstschutz betrauten Person seinen Namen oder Wohnort anzugeben sich geweigert, oder falsche Angaben über seinen oder seiner Gehülften Namen oder Wohnort gemacht, oder auf Anrufen des Beschädigten oder dessen Stellvertreters oder der mit dem Forstschutz betrauten Person, stehen zu bleiben, die Flucht ergriffen oder fortgesetzt hat^{4. 5)};
 4. wenn der Forstfrevel von drei oder mehr Personen in gemeinschaftlicher Ausführung begangen ist⁶⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 3, Nr. 1 bis 3. Pr. Entw. des F. P. G. §. 4.)

Ann. 1. „Das F. St. G. von 1837 hatte in den §§. 19 bis 25 unter dem Titel „Erschwerende Umstände“ gewisse Voraussetzungen festgestellt, bei deren Vorhandensein die einfache Strafe unter Erhöhung des Minimalstraffsages verdoppelt oder bis zum Betrage von 30 Thlr. verschärft werden sollte. Es schien angemessen, dieses das richterliche Ermessen übermäßig beengende, auf die subjective Strafwürdigkeit keine Rücksicht nehmende Princip jedenfalls da zu verlassen, wo relative Strafen angedroht sind, und die betreffenden Strafschärfungsgründe nur bei dem mit absoluter Strafe bedrohten Forstdiebstahl zu eigentlichen Straferhöhungsgründen zu gestalten (vgl. §§. 16 u. 17)“ (Mot.).

2. In Nr. 1 ist die Erklärung der Nachtzeit in §. 19 des F. St. G. von 1837 beibehalten. „Die in anderen Gesetzen

(z. B. in der D. St. P. O. §. 104 Abs. 3, der D. C. P. O. §. 681 Abs. 3) gegebene Zeitbestimmung — in dem Zeitraume vom 1. April bis 30. September die Stunden von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens, in dem Zeitraume vom 1. October bis 31. März die Stunden von 9 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens — konnte nicht maßgebend sein, da es in den betr. Fällen darauf ankam, die Zeit der nächtlichen Ruhe zu fixiren (vgl. auch R. Str. G. B. §. 243 Nr. 7, §. 250 Nr. 4), während es sich hier, ebenso wie in den Fällen der §§. 293, 296, 322 des R. Str. G. B., um die Zeit der nächtlichen Dunkelheit handelt, in welcher die Ueberwachung der Forsten mit Schwierigkeiten verknüpft ist (vgl. Oppenhoff, Commentar 5. Aufl., S. 597, Note 4, 629, Note 5)“ (Mot.).

3. Zu den in Nr. 2 erwähnten „Mitteln, um sich unkenntlich zu machen“ gehört auch das „Vermummten“ oder „Anschwärzen des Gesichts“ (vgl. F. St. G. v. 1837 §. 20).

4. „Der Schärfungsgrund unter Nr. 3 (vgl. F. St. G. v. 1837 §. 21) bezweckt die Sicherung der Strafverfolgung und will dem Streben der Forstfrevler, sich der verdienten Strafe zu entziehen, durch Androhung einer schärferen Strafe entgegenwirken. Die Weigerung der Angabe des Namens oder Wohnorts bezieht sich nur auf den Namen oder Wohnort des Thäters, die falsche Angabe auch auf den Gehülfen. Hat sich der Thäter gegen den zuständigen Forstschutzbeamten (nicht auch den Forsteigenthümer) eines falschen Namens bedient, so ist er nach §. 360 Nr. 8 des R. Str. G. B.

„Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

8. — — — — wer sich eines ihm nicht zukommenden Namens einem zuständigen Beamten gegenüber bedient.“

selbstständig strafbar“ (Mot.). — Die Flucht des Thäters gilt nicht schon an sich, wie nach §. 21 des F. St. G. v. 1837, sondern nur, wenn sie unter Nichtachtung eines vom Beschädigten zc.

ausgehenden Zurfusses ergriffen oder fortgesetzt ist, als Erschwerungsgrund.

5. Die Worte „oder dessen Stellvertreter“ in Nr. 3 sind von der Landesversammlung auf Antrag der Commission im Interesse der Privat- und Gemeindeforsten hinzugefügt.

6. Der Strafschärfungsgrund in Nr. 4 setzt voraus, daß die drei oder mehr Personen den Forstfrevel als wirkliche Mitthäter im Sinne des §. 47 des R. Str. G. B.

„Wenn Mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, so wird Jeder als Thäter bestraft.“

also in gewolltem Zusammenwirken begangen haben, mag übrigens die Gemeinschaft dieses Willens auf vorgängiger Verabredung oder auf stillschweigendem Einverständnisse beruhen.

§. 12.

Wer, nachdem er auf Grund dieses Gesetzes wegen Forstfrevels von einem Braunschweigischen Gerichte rechtskräftig verurtheilt worden ist, innerhalb der nächsten zwei Jahre dieselbe oder eine gleichartige strafbare Handlung begeht, befindet sich im Rückfalle¹⁻³⁾ und verfällt, unbeschadet der Bestimmung im §. 16 Nr. 8, in eine Strafe,⁴⁾ welche das Doppelte der dem Forstfrevel gedrohten einfachen Geldstrafe betragen kann, wogegen der Maximalbetrag der alternativ gedrohten Freiheitsstrafe niemals erhöht werden darf*).

Die Rückfallsstrafe tritt auch dann ein, wenn die dem früheren Forstfrevel gedrohte Geldstrafe vor der Verurtheilung freiwillig erlegt worden ist.

*) Der den Motiven entnommene Schlusssatz des ersten Absatzes „wogegen — darf“ fehlte im Entwurf und ist erst auf Beschluss der Commission hinzugefügt.

Als gleichartig gelten:

1. die Fälle des Forstdiebstahls (§. 14);
2. die Fälle der Beschädigung an stehendem Holze (§§. 20 und 21);
3. die in den §§. 35 bis 37 gedachten Forstfrevel;
4. die übrigen in diesem Gesetze in demselben Paragraphen oder, falls ein Paragraph mehrere strafbare Handlungen betrifft, in derselben Paragraphennummer vorgesehenen Handlungen.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 7. Pr. Entw. des F. P. G. §. 3.)

Ann. 1. „Der Begriff des Rückfalls entspricht im Allgemeinen der Definition des „wiederholten Frevels“ nach §. 26 des F. St. G. von 1837. Abweichend von den Bestimmungen des R. Str. G. B. §§. 244, 250, 261, 264 ist nicht die vorausgegangene Bestrafung, sondern nur die vorausgegangene rechtskräftige Verurtheilung zur Voraussetzung für den Rückfall gemacht, und zwar, in Uebereinstimmung mit dem Preussischen Gesetze, um deswillen, weil gerade bei Forstfrevelluntersuchungen der Nachweis der erfolgten Straftilgung häufig weit schwieriger zu erbringen ist, als der der Verurtheilung, und weil erfahrungsmäßig die Strafvollstreckung in Forststrafsachen sich oft in die Länge zieht, während inzwischen von dem Verurtheilten wieder neue Frevel begangen werden, welche der höheren Strafe des Rückfalls nicht entzogen werden dürfen“ (Mot.).

2. „Da das Preuss. Forstdiebstahlsgesetz zur Bedingung des Rückfalls macht, daß das frühere Urtheil innerhalb der letzten 2 Jahre vor Begehung des neuen Frevels von einem Preussischen Gerichte abgegeben sei, so schien es angemessen, die entsprechende Bestimmung auch für den gegenwärtigen Entwurf Platz greifen zu lassen. Der Grund für die mit den Grundsätzen des R. Str. G. B. allerdings nicht harmonirende Beschränkung auf die Urtheile Braunschweigischer Gerichte liegt darin, daß die Ermittlung, ob der Thäter irgendwo innerhalb des deutschen Reichsgebietes bereits

wegen Forstfrevels verurtheilt sei, unausführbar, jedenfalls mit ungewöhnlichen, zu der zu verhängenden Strafe in keinem Verhältniß stehenden Schwierigkeiten verbunden sein würde. — Die Verurtheilung kann übrigens ebensowohl auf Grund eines amtsrichterlichen Strafbefehls, wie auf Grund eines nach vorausgegangener Hauptverhandlung abgegebenen Urtheils erfolgt sein; beiden steht die vor der Verurtheilung stattgehabte freiwillige Erlegung der Geldstrafe (§. 64) gleich. War die Verurtheilung durch amtsrichterlichen Strafbefehl ausgesprochen, so gilt sie als rechtskräftig, sobald der Frevler auf den Einspruch ausdrücklich verzichtet oder den Einspruchstermin versäumt hat“ (Mot.). War übrigens die vorausgegangene Verurtheilung nicht auf Grund des gegenwärtigen, sondern des früheren Forststrafgesetzes erfolgt, so kann der Rückfall überall nicht berücksichtigt werden (§. 80).

3. Nicht jeder Forstfrevel, sondern nur der, welcher mit dem früheren, wegen dessen die Verurtheilung erfolgte, identisch oder gleichartig ist, begründet den Rückfall. Als gleichartig bezeichnet das Gesetz zunächst — in Uebereinstimmung mit §. 13 des Ges. Nr. 41 v. 11. April 1870 — den Forstdiebstahl, mag derselbe an Holz oder an einem der anderen in §. 14 unter den Nummern 1 bis 4 aufgeführten Forstproducte begangen sein, mag die That in dem früheren oder dem späteren Falle oder in beiden Fällen als vollendeter oder versuchter Forstdiebstahl, als Thäterschaft (Mitthäterschaft), Anstiftung oder Beihilfe zu einem solchen sich gestalten. War dagegen die frühere oder spätere Verurtheilung des Frevlers nur wegen Begünstigung oder Fehlerei in Beziehung auf einen Forstdiebstahl erfolgt (§. 15), so wird dadurch — abweichend von dem Pr. F. D. G. §. 7 — die Rückfallsstrafe nicht begründet, es sei denn, daß die Begünstigung vorher zugesagt gewesen wäre und in Folge dessen den Charakter der Beihilfe angenommen hätte (§. 15 Abs. 2 vgl. mit R. Str. G. B. §. 257 Abs. 3). — Als „gleichartige“ Frevel im Sinne des §. 12 gelten ferner die Fälle der Beschädigung von Holz auf dem Stamme (vgl. F. St. G. v. 1837

§. 26 Nr. 2), ingleichen die bei Ausübung von Holznutzungsrechten vorgekommenen Contraventionen, endlich alle übrigen Forstfrevel, wofern sie in demselben Paragraphen bzw. in derselben Paragraphennummer aufgeführt werden.

4. „Die dem Rückfall gedrohte Strafe ist verschieden, je nachdem es sich um Forstdiebstahl oder um einen anderen Forstfrevel handelt. Dort bewirkt der Rückfall eine absolute Straferhöhung (§. 16 Nr. 8), hier giebt derselbe dem Richter nur die Befugniß, bis zum Doppelten der dem Forstfrevel gedrohten einfachen Geldstrafe zu erkennen, wogegen der Maximalbetrag der alternativ gedrohten Freiheitsstrafe niemals erhöht werden darf.*) — Die bis dahin noch in Kraft befindliche Vorschrift des §. 28 des F. St. G. v. 1837, wonach die Gerichte bei Verflindung oder Zustellung der Erkenntnisse den Verurtheilten die Folgen einer etwaigen Wiederholung oder eines Rückfalls eröffnen sollen (vgl. Jtschr. f. Rechtspf., X, S. 8), ist unnöthig, insofern Jeder die Gesetze kennen muß, und unpraktisch, da sie ihren Zweck nicht erfüllt und die Gerichte ohne Grund belästigt; es ist daher von der Aufnahme dieser Vorschrift abgesehen“ (Mot.).

§. 13.

Die Strafverfolgung von Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz verjährt ^{1. 2)}:

1. beim Forstdiebstahl in sechs Monaten;
2. bei den übrigen Forstfreveln in drei Monaten.

In den Fällen der §§. 17 und 18 entscheiden in Be-

*) Es kann daher möglicher Weise vorkommen, dass die für den Fall des Zahlungsunvermögens des Verurtheilten an die Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe (§. 5) die Höhe der alternativ gedrohten Freiheitsstrafe übersteigt.

treff der Verjährung die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs *).

(Vgl. Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870, §. 17 Abs. 1. Gef. Nr. 123 v. 22. Dec. 1870, §. 8 Abs. 1. Pr. F. D. G. §. 18.)

Anm. 1. „Die Verlängerung der kurzen Verjährungsfrist des Gesetzes Nr. 123 de 1870 cit. für die Strafverfolgung bei Forstdiebstahlsuntersuchungen war erforderlich, um dem Amtsanwalt Gelegenheit zur Ermittlung der persönlichen Verhältnisse des Thäters, namentlich in Betreff seiner Vorbestrafungen, zu geben“ (Mot.).

2. Die Bestimmungen des §. 13 beziehen sich nur auf die Verjährung der Strafverfolgung. Hinsichtlich der Verjährung der Strafvollstreckung bewendet es wie früher (Gef. Nr. 123 de 1870, §. 8 Abs. 2) bei den Fristen der §§. 70 und 71 des R. Str. G. B.

§. 70.

„Die Vollstreckung rechtskräftig erkannter Strafen verjährt, wenn

- 5) auf — — Gefängniß bis zu zwei Jahren oder auf Geldstrafe von mehr als einhundertfunzig bis zu sechstausend Mark erkannt ist, in fünf Jahren;
- 6) auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu einhundertfunzig Mark erkannt ist, in zwei Jahren.“

§. 71.

„Die Vollstreckung einer wegen derselben Handlung neben einer Freiheitsstrafe erkannten Geldstrafe verjährt nicht früher, als die Vollstreckung der Freiheitsstrafe.“

Wegen des Beginns und der Unterbrechung der Verjährung entscheiden durchweg die Vorschriften des R. Str. G. B. (§§. 67 Abs. 4, 68, 69, 70 Abs. 2, 72); vgl. §. 2.

*) R. Str. G. B. §. 67 Abs. 2:

„Die Strafverfolgung von Vergehen, die im Höchstbetrage mit einer längeren als dreimonatlichen Gefängnisstrafe bedroht sind, verjährt in fünf Jahren, von anderen Vergehen in drei Jahren.“

Zweiter Titel.
Strafbestimmungen.

Abschnitt I.
Forstdiebstahl.

§. 14.

Forstdiebstahl ¹⁾ im Sinne dieses Gesetzes ist die in einem Forst verübte rechtswidrige Zueignung:

1. von Holz, welches noch nicht vom Stamme oder vom Boden getrennt ist ²⁾;
2. von Holz, welches durch Zufall abgebrochen oder umgeworfen, und mit dessen Zurichtung noch nicht der Anfang gemacht worden ist ³⁾;
3. von Borke, Spänen und sonstigen Holzabfällen (Abraum), sofern dieselben noch nicht in einer umschlossenen Holzablage sich befinden, oder noch nicht geworben (aufgearbeitet) oder eingesammelt sind ⁴⁾;
4. von anderen Walderzeugnissen, insbesondere Holzpflanzen, Gras, Haide, Plaggen, Moos, Laub, Streuwerk, Nadelholzzapfen, Waldsämereien, Baumsaft und Harz, sofern dieselben noch nicht geworben oder eingesammelt sind ⁵⁾.

Das Einsammeln von Früchten, welche nicht wie Buch und Eicheln zu den Waldsämereien gehören, Kräu-

tern, Beeren, mit Ausnahme der Vogelbeeren, und Pilzen, mit Ausnahme der Trüffeln, ist nicht als Forstdiebstahl anzusehen und nur strafbar, insofern dabei polizeiliche Verbote überschritten werden ⁶⁾).

Der Forstdiebstahl wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem fünffachen ⁷⁾ Werthe des Entwendeten gleichkommt und niemals unter Einer Mark betragen darf.

Der Versuch ⁸⁾ des Forstdiebstahls und die Beihilfe ⁹⁾ zu demselben werden mit der vollen Strafe des Forstdiebstahls bestraft.

(Vgl. Pr. F. D. G. §§. 1, 2 u. 4. Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870, §§. 19 u. 20. Gef. Nr. 123 v. 22. Dec. 1870, §. 2.)

Ann. 1. „Der Thatbestand des Forstdiebstahls — die Bezeichnung ist in Uebereinstimmung mit dem Preuß. Gesetze statt der, auch in der Novelle v. 11. April 1870 §§. 19 u. 20 angewendeten, Bezeichnung „Holzdiebstahl“ gewählt, weil es richtiger schien, bei der Begriffsbestimmung auf den Ort, als auf den Gegenstand der Entwendung zu verweisen — erfordert zunächst in subjectiver Hinsicht die für den gemeinen Diebstahl vorgeschriebenen Requisite. Der Thäter muß also die Wegnahme in der Absicht rechtswidriger Zueignung (R. Str. G. B. §. 242), d. h. in dem Bewußtsein der Rechtswidrigkeit der bezweckten Zueignung bewirkt haben. Wer ein Waldproduct in dem irrigen Glauben an eine ihm zustehende Berechtigung wegnimmt, etwa weil er annahm, daß der Waldeigenthümer dasselbe preisgegeben habe, begeht keinen Forstdiebstahl; ebenso wenig der Fuhrmann, welcher zur Beseitigung eines augenblicklichen unverschuldeten Nothstandes einen Holzstamm abgeschlagen oder in vorübergehenden Gebrauch genommen hat (vgl. F. St. G. v. 1837 §. 105).

Sodann ist in objectiver Hinsicht erforderlich, daß das Waldproduct, welches der Thäter weggenommen hat, nicht bereits percipirt, d. h. in irgend einer Weise, sei es durch den Be-

rechtigten oder einen Nichtberechtigten, so behandelt ist, daß daraus auf eine Besitzergreifung geschlossen werden muß. War die Perception geschehen, hatte also der Thäter „einem Andern eine fremde bewegliche Sache“ weggenommen (§. 242 cit.), so liegt kein Forstdiebstahl, sondern ein gemeiner Diebstahl vor. Hierhin gehören alle im §. 21 der Novelle v. 11. April 1870 *) aufgeführten Entwendungen (Ges. Nr. 123 v. 22. Dec. 1870, §. 3), deren besondere Aufzählung im gegenwärtigen Gesetze jedoch nicht erforderlich schien, da sie sich ohne Weiteres aus allgemeinen Grundsätzen ergeben“ (Mot.).

2. Der Gegensatz des „noch nicht vom Stamme oder Boden getrennten“ Holzes ist dasjenige Holz, welches durch die Handlung eines Menschen, gleichgültig ob er berechtigt war oder nicht, vom Stamme oder Boden getrennt ist.

3. Zu dem durch Zufall abgebrochenen oder ungeworfenen Holze gehört z. B. Windfall- oder Windbruch-Holz, vorausgesetzt, daß dasselbe nicht bereits in Zurichtung genommen, z. B. durch den Förster mit der Nummer versehen war. „Die im §. 19 Nr. 2 des Ges. Nr. 41 de 1870 enthaltene Beschränkung auf das noch nicht „seitens des Berechtigten“ zugerichtete Holz ist nicht gerechtfertigt, da auch an demjenigen durch Zufall ungeworfenen Holze, dessen Zurichtung durch einen Forstdieb geschehen war, ein gemeiner Diebstahl, kein Forstdiebstahl begangen wird“ (Mot.).

4. Späne sind die beim Fällen und Bearbeiten des Holzes

*) „Die Entwendung

1. von Seitens des Berechtigten vom Stamme oder Boden getrenntem Holze, es mag dasselbe bereits zugerichtet, in der Zurichtung begriffen sein oder nicht;
2. von Seitens des Berechtigten vom Stamme getrennter Borke;
3. von sonstigen Seitens des Berechtigten eingesammelten und in Forsten aufbewahrten Forstproducten;
4. von Vorrichtungen aller Art in Forsten und den dazu verwendeten Materialien.“ — — —

abgefallenen Holztheile, Abraum die nicht zu den Spänen gehörigen Holzabfälle. Waren diese oder die Borke in eine umschlossene Holzlage gebracht oder, wenn auch im freien Walde liegend, bereits geworben (d. h. aufgearbeitet) oder eingesammelt, war z. B. die Borke, um zur Lohgerberei verwendet zu werden, durch ein wirthschaftliches Verfahren vom Baume abgelöst und zum Trocknen ausgelegt, so fällt deren Entwendung nicht unter den Begriff des Forstdiebstahls, sondern unter den des gemeinen Diebstahls. — Die Entwendung der Borke (Rinde) von stehenden Bäumen wird nach §. 16 Nr. 6 gestraft. Hier kann daher nur der Fall gemeint sein, wo die Borke entwendet wird, nachdem sie durch äußeren Zufall oder durch eine bei der Holzcultur nicht beabsichtigte Folge der Arbeit vom Holze getrennt ist.

5. „Während §. 20 der Novelle Nr. 41 de 1870 vorschrieb, daß die Entwendung von Waldproducten anderer Art (außer Holz) dem Holzdiebstahl gleichgeachtet werden sollte, ohne jedoch diese Gleichstellung consequent durchzuführen, da z. B. die Bestimmungen gegen Gewohnheitsfrevler (§. 14 der Novelle) nur auf Holz- und Harzdiebstahl sich bezogen, behandelt das gegenwärtige Gesetz die Entwendung von Waldproducten aller Art — mit Ausnahme der in §. 14 Abs. 2 erwähnten — gleich, unterwirft sie daher auch der gleichen Bestrafung wie beim Rückfall. — Die in Nr. 4 enthaltene Specificirung ist, wie das Wort „insbesondere“ ausdrückt, keine abschließende. Die aufgeführten Beispiele (andere Beispiele s. in Anm. 6) entsprechen im Allgemeinen den in §. 20 der Novelle de 1870 (mit der Beschränkung in §. 2 des Ges. Nr. 123 v. 22. Dec. 1870) erwähnten. Fortgelassen sind: die Borke, welche bereits unter Nr. 3 aufgeführt wurde, die Kräuter und Früchte (s. darüber Anm. 6). Zugesezt dagegen sind: die Holzpflanzen, gleichgültig ob sie aus natürlicher Besaamung wild aufgeschossen oder in Saat- und Pflanzkämpe gezogen sind, und die Plaggen (d. h. Grasnarben-Stücke), deren Entwendung wegen ihrer höheren Bedeutung für die Waldcultur als Forstdiebstahl behandelt und dadurch der Bestrafung des

§. 370 Nr. 2 des R. Str. G. B. — welcher wesentlich nur von dem unbefugten Hauen der Plaggen spricht, ohne dabei deren Aneignung bestimmt vorauszusetzen — entzogen ist. — Voraussetzung für die Annahme eines Forstdiebstahls bei allen diesen Forstproducten ist jedoch auch hier, daß sie nicht bereits geworben oder eingesammelt sind (ohne Unterschied ob von dem Berechtigten oder von einem Anderen), — da im letzteren Falle gemeiner Diebstahl vorliegen würde“ (Mot.).

6. Das unerlaubte Einsammeln der in Abs. 2 erwähnten Waldproducte soll regelmäßig nicht als Forstdiebstahl, sondern nur aus forstpolizeilichem Gesichtspunkte strafbar sein. Ebenso nach §. 66 des F. St. G. v. 1837 und §. 20 Abs. 2 des Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870. Maßgebend ist dabei theils die Rücksicht, daß derartige Waldproducte für Zwecke der Waldcultur unwesentlich, für volkswirtschaftliche Zwecke aber oft bedeutungsvoll sind, theils die Erwägung, daß gerade in Beziehung auf die genannten Forstproducte nach der noch jetzt im Volksbewußtsein lebenden, durch die historische Entwicklung gerechtfertigten Auffassung der Gesichtspunkt des Privateigenthums zurücktritt und der Glaube an die Berechtigung zur Perception derselben fort-dauert. Daher wird das Einsammeln derartiger Waldproducte nach dem mit der Bestimmung in §. 14 Abs. 2 correspondirenden §. 34 Nr. 2 nur dann gestraft, wenn dabei die zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung oder aus Rücksichten der Gesundheitspolizei durch Gesetz oder landesherrliche Verordnung erlassenen polizeilichen Verbote unbeachtet geblieben sind. — Erwähnt werden: die Früchte (z. B. Haselnüsse), nicht jedoch — wie auf Beschluß der Commission hinzugesetzt ist — Buch und Eichen, da diese zu den in §. 14 Nr. 4 aufgeführten „Waldsämereien“ gehören; ferner die Kräuter, d. h. nicht die Futterkräuter (welche unter den Begriff „Gras“ in Nr. 4 fallen), sondern die zum Genuß von Menschen, insbesondere zu officinellen Zwecken verwertbaren Kräuter; sodann die Beeren (z. B. Krons- und Heidelbeeren), ausgenommen — wie gleichfalls auf Beschluß der Commission hinzugefügt worden — die Vogelbeeren, da dieselben ein besonderes

Werthobject für den Waldbesitzer bilden; endlich die Pilze (Schwämme), wobei eine Ausnahme hinsichtlich der Trüffeln gemacht ist, deren unberechtigtes Einsammeln schon nach §. 39 des Jagdstrafgesetzes vom 20. Aug. 1849 strafbar war und wegen der Wichtigkeit des Gegenstandes für den Waldeigenthümer in Zukunft als Forstdiebstahl geahndet werden soll. — Indem hiernach die rechtswidrige Zueignung von Buch, Eicheln, Vogelbeeren 2c. unter den Begriff des Forstdiebstahls fällt, wird dabei jedoch vorausgesetzt, daß es sich nicht etwa um die Aufnahme geringer Quantitäten von dergleichen Waldfrüchten, sondern um ein wirkliches unbefugtes Einsammeln derselben handelt, wie auch in dem Berichte der Commission (Landt. Verh., Anl. 31, S. 7 und 8) ausdrücklich hervorgehoben wird.

7. „Die Erhöhung der Strafe des Forstdiebstahls vom vierfachen (Novelle von 1870, §. 19) zum fünffachen Betrage des Werths des Entwendeten findet ihre Rechtfertigung theils in der Ausgleichung mit dem Decimalssystem der neuen Münzwährung, theils in der in neuerer Zeit mehr als früher erkannten hohen Bedeutung der Forsten für die Volkswirtschaft und dem daraus sich ergebenden Bedürfniß eines höheren Schutzes derselben“ (Mot.).

8. „Während der Versuch einer Uebertretung nach dem Reichsstrafgesetzbuch an sich nicht strafbar ist, soll der Versuch des Forstdiebstahls in jedem Falle gestraft werden, gleichgültig, ob der Werth des Entwendeten mehr als 30 Mk., folglich die angebrohte Strafe mehr als 150 Mk. betrug und somit ein Vergehen vorlag, oder ob das Entwendete einen geringeren Werth hatte. Im Uebrigen finden die allgemeinen strafrechtlichen Grundsätze über den Versuch Anwendung, daher nur solche Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung des Forstdiebstahls enthalten (R. Str. G. B. §. 43) — 3. B. der erste Anstich in den Baum, das Ansetzen der Säge an denselben, das Zusammenhaken des Laubes u. s. w. — als wirkliche Versuchshandlungen zu gelten haben, wie denn auch die allgemeinen Bestimmungen über das straflose Abstecken vom Versuche in §. 46 Nr. 1 des R. Str. G. B.:

„Der Versuch als solcher bleibt straflos, wenn der Thäter

1. die Ausführung der beabsichtigten Handlung aufgegeben hat, ohne dass er an dieser Ausführung durch Umstände gehindert worden ist, welche von seinem Willen unabhängig waren.“

hier Platz greifen. Die Strafe des Versuchs ist aus praktischen Gründen, namentlich wegen der Schwierigkeit der Begrenzung zwischen versuchter und vollendeter That, der des vollendeten Forstdiebstahls gleichgestellt. Wie für diese der Betrag des entwendeten, so ist für jene der Betrag des zu entwenden versuchten Forstproducts maßgebend; fehlt es in dieser Hinsicht an einem genügenden Anhalt, so ist mindestens auf 1 Mk. Strafe zu erkennen“ (Mot.).

9. „Der Paragraph erwähnt von den Fällen der Theilnahme nur die Beihülfe, nicht auch die Mitthäterschaft und Anstiftung, da hinsichtlich beider die §§. 47 (s. oben §. 11, Anm. 6) und 48*) des R. Str. G. B. entscheiden. Auch in Betreff der Thäterschaft selbst gelten die allgemeinen Grundsätze, daher nicht nur der, welcher selbst einen Forstdiebstahl begeht, sondern auch derjenige als Thäter gilt, welcher sich eines Anderen, der ohne eigenen Dolus handelt, z. B. eines Kindes unter 12 Jahren, das strafrechtlich nicht verantwortlich ist (s. §. 9 Anm. 1), als seines Werkzeuges bedient. — In Betreff der Beihülfe (R. Str. G. B. §. 49**) enthält der Paragraph eine doppelte

*)

§. 48.

„Als Austifter wird bestraft, wer einen Anderen zu der von demselben begangenen strafbaren Handlung durch Geschenke oder Versprechen, durch Drohung, durch Missbrauch des Ansehens oder der Gewalt, durch absichtliche Herbeiführung oder Beförderung eines Irrthums oder durch andere Mittel vorsätzlich bestimmt hat.“

**)

§. 49.

„Als Gehülfe wird bestraft, wer dem Thäter zur Begehung des Verbrechens oder Vergehens durch Rath oder That wissentlich Hülfe geleistet hat.“

Abweichung von den gemeinrechtlichen Grundsätzen, theils insofern, als auch hier jede Beihilfe zu einem Forstdiebstahl strafbar sein soll, ohne Unterschied, ob sich derselbe als Vergehen oder als Uebertretung herausstellt, theils insofern, als die Beihilfe nicht, wie nach gemeinem Recht, mit einer milderer, sondern mit der vollen Strafe des Forstdiebstahls belegt wird. Daß dabei die in den persönlichen Eigenschaften oder Verhältnissen des einzelnen Theilnehmers begründeten, die Strafbarkeit erhöhenden oder vermindernenden Thatumstände nur demjenigen Theilnehmer zuzurechnen sind, bei welchem sie zutreffen, daß daher z. B. der Gehülfe nur nach §. 14 zu bestrafen ist, während gegen den Thäter, weil sich derselbe im Rückfall befand, auf die höhere Strafe des §. 16 erkannt werden muß, brauchte nicht besonders hervorgehoben zu werden (R. Str. G. B. §. 50 *). — Uebrigens kann die Beihilfe nicht bloß zu dem vollendeten, sondern auch zu dem versuchten Forstdiebstahl geleistet sein“ (Mot.).

§. 15.

Wer sich in Beziehung auf einen Forstdiebstahl der Begünstigung ¹⁾ oder der Hehlerei ²⁾ schuldig macht, wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem fünffachen Werthe des Entwendeten gleichkommt und niemals unter Einer Mark betragen darf ³⁾.

Die Bestimmungen des §. 257 Absatz 2 und 3 des Reichsstrafgesetzbuchs finden Anwendung ⁴⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 5).

*)

§. 50.

„Wenn das Gesetz die Strafbarkeit einer Handlung nach den persönlichen Eigenschaften oder Verhältnissen desjenigen, welcher dieselbe begangen hat, erhöht oder vermindert, so sind diese besonderen Thatumstände dem Thäter oder demjenigen Theilnehmer (Mitthäter, Anstifter, Gehülfe) zuzurechnen, bei welchem sie vorliegen.“

Ann. 1. Während die Begünstigung nach §. 257 des R. Str. G. B. allemal ein bereits begangenes Verbrechen oder Vergehen voraussetzt, soll die Begünstigung eines Forstdiebstahls auch dann strafbar sein, wenn der letztere sich als Uebertretung darstellt. Der Zweck derselben ist, dem gemeinrechtlichen Begriffe entsprechend, darauf gerichtet: entweder den Thäter (Theilnehmer) der Bestrafung zu entziehen oder ihm die Vortheile des Forstdiebstahls zu sichern.

2. Auch die Fehlerei in Beziehung auf einen Forstdiebstahl wird gestraft, mag letzterer sich als Vergehen oder Uebertretung gestalten. Insofern es sich dabei um die des eigenen Vortheils wegen begangene Begünstigung eines sich als Uebertretung darstellenden Forstdiebstahls handelt, liegt darin eine Abweichung von §. 258 Nr. 1 des R. Str. G. B.:

„Wer seines Vortheils wegen sich einer Begünstigung schuldig macht, wird als Hehler bestraft, wenn der Begünstigte

1. einen einfachen Diebstahl begangen hat,“ —

da hierbei ein Vergehen vorausgesetzt ist. Insofern dagegen eine wirkliche Partirerei, also der Fall gemeint ist, wo Jemand seines eigenen Vortheils wegen eine mittelst eines Forstdiebstahls erlangte Sache an sich gebracht (angekauft, verheimlicht) hat, ist Uebereinstimmung mit §. 259 des R. Str. G. B. vorhanden, da hiernach auch in Beziehung auf eine durch Uebertretung erlangte Sache Partirerei begangen werden kann. Der in §. 15 Abs. 2 des F. St. G. von 1837 erwähnte Fall, wenn Fuhrleute Holz für Lohn fahren, von welchem sie wissen, daß es gestreift sei, ist dort unrichtig als Anstiftung behandelt, während er vielmehr Fehlerei im Sinne des §. 258 Nr. 1 des R. Str. G. B. enthält.

3. Die Strafe der Begünstigung und der Fehlerei soll den fünffachen Werthbetrag auch dann nicht übersteigen, wenn der Thäter wegen qualificirten Forstdiebstahls (§. 16) mit dem 10fachen Werthbetrage oder wegen Vorhandenseins eines der in den §§. 17

und 18 erwähnten Straferhöhungsgründe noch härter zu strafen war.

4. Die angeführten Bestimmungen des R. Str. G. B. lauten:

§. 257 Abs. 2.

„Die Begünstigung ist strafflos, wenn dieselbe dem Thäter von einem Angehörigen gewährt worden ist, um ihn der Bestrafung zu entziehen.“

§. 257 Abs. 3.

„Die Begünstigung ist als Beihilfe zu bestrafen, wenn sie vor Begehung der That zugesagt worden ist. Diese Bestimmung leidet auch auf Angehörige Anwendung.“

Zu den Angehörigen gehören nach §. 52, Abs. 2 des R. Str. G. B.: Verwandte und Verschwägernte auf- und absteigender Linie, Adoptiv- und Pflege-Eltern und Kinder, Ehegatten, Geschwister und deren Ehegatten, und Verlobte. Ist nun die Begünstigung von einem Angehörigen in der Absicht gewährt, ihn der Bestrafung zu entziehen, so ist sie strafflos, es sei denn, daß sie vorher mit ihm verabredet war, in welchem Falle die Strafe der Beihilfe eintritt (§. 14 Abs. 4); ist sie dagegen von dem Angehörigen zu dem Zwecke gewährt, um ihm die Vortheile des Forstdiebstahls zu sichern, so wird sie nach §. 15 Abs. 1 gestraft. Ueberhaupt wird die Begünstigung mit vorausgegangener Abrede ebenso wie die Beihilfe mit der vollen Strafe des Forstdiebstahls, in den Fällen des §. 16 daher auch mit dem zehnfachen Werthbetrage des Entwendeten geahndet.

§. 16.

Die Strafe des Forstdiebstahls soll gleich dem zehnfachen Werthe des Entwendeten ¹⁾ und niemals unter Zwei Mark sein:

1. wenn einer der in §. 11 unter Nr. 1 bis 3 aufgeführten Schärfungsgründe vorliegt;

2. wenn der Thäter in den Fällen des §. 14 Nr. 1 bis 3 zur Begehung des Forstdiebstahls sich eines schneidenden Werkzeuges, z. B. der Säge, der Scheere oder des Messers bedient hat ²⁾;
3. wenn der Thäter die Ausantwortung der zum Forstdiebstahl bestimmten Werkzeuge verweigert ³⁾;
4. wenn zum Zwecke des Forstdiebstahls ein bespanntes Fuhrwerk, ein Kahn oder ein Lastthier mitgebracht ist ⁴⁾;
5. wenn der Gegenstand der Entwendung in Pflänzlingen besteht;
6. wenn Kien, Harz, Saft, Wurzeln, Rinde oder die Haupt- (Mittel-) Triebe von stehenden Bäumen entwendet sind ⁵⁾;
7. wenn der Forstdiebstahl in einer Schonung, in einem Pflanzgarten oder Saatkampe begangen ist;
8. wenn der Thäter sich im Rückfalle befindet (§. 12).

Treffen bei einem Forstdiebstahl mehrere der unter den obigen Nummern aufgeführten Erschwerungsgründe zusammen, so findet doch nur eine einmalige Erhöhung der verwirkten Geldstrafe statt ⁶⁾.

(Vgl. Pr. G. D. G. §. 3.)

Ann. 1. Die im Paragraphen aufgeführten qualificirenden Umstände bilden für den Forstdiebstahl wirkliche Straferhöhungsgründe. Uebersteigt der Werth des Entwendeten den Betrag von 15 Mark, so erscheint der qualifizierte Forstdiebstahl immer als Vergehen, andernfalls als Uebertretung.

2. „Der Grund für die hier erwähnte Straferhöhung beruht darin, daß der Gebrauch schneidender Werkzeuge (im

Gegensatz zu den Hauwerkzeugen, wie Axt und Beil) eine aus der Ferne nicht vernehmbare Trennung und Zerkleinerung des Holzes ermöglicht, mithin die Entdeckung erschwert; Säge, Scheere und Messer sind hierbei nur beispielsweise hervorgehoben. Da der angegebene Grund nur für Holz und Borke, nicht für die im §. 14 Nr. 4 aufgeführten Waldproducte zutrifft, so kommt hinsichtlich dieser die Anwendung schneidender Werkzeuge als Erschwerungsgrund nicht in Betracht; ohnehin ist bei einigen derselben schon ihre Entwendung als solche qualificirt (vgl. die Nummern 5 und 6)“ (Mot.).

3. „Daß schon der Ungehorsam gegen die Aufforderung des Forstbeamten oder Forsteigenthümers, die zum Forstdiebstahl bestimmten (nicht die wirklich benutzten) Werkzeuge herauszugeben, eine höhere Strafe bedingt, ist eine Consequenz der Vorschrift des §. 7, wonach nur die wirklich beschlagnahmten Werkzeuge der Einziehung unterliegen sollen. Auch dient die Vorschrift dazu, Gewaltthätigkeiten beim Zusammentreffen zwischen Forstbeamten und Forstdieb zu verhüten“ (Mot.). Aehnlich bei Feldfreveln früher der §. 301 Nr. 1 des Polizeistrafgesetzbuchs vom 18. Aug. 1855. Leistet der Forstdieb dem ihm die Werkzeuge wirklich abnehmenden Forstbeamten (Waldeigenthümer, Forstberechtigten oder dem von diesen bestellten Aufseher) durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand, so finden die §§. 117 bis 119 des R. Str. G. B. Anwendung; leistet er den Widerstand einem anderen zuständigen Beamten (z. B. Gensdarm), so verfällt er der Strafe des §. 113 des R. Str. G. B.

4. „Die härtere Bestrafung rechtfertigt sich theils wegen des Schadens, welcher den jungen Holzbeständen durch bespanntes Fuhrwerk zugefügt wird, theils wegen der dadurch bewirkten Erleichterung der Flucht des Diebes und der Fortschaffung der entwendeten Gegenstände. Uebrigens müssen die gedachten Transportmittel zum Zwecke des Forstdiebstahls mitgebracht, nicht etwa gelegentlich benutzt sein“ (Mot.).

5. Der Straferhöhungsgrund tritt ein wegen der großen

Wichtigkeit der erwähnten Gegenstände für die Waldcultur, z. B. der Haupt- (Mittel-) Triebe für die jungen Kiefern- und Fichtenbestände. Voraussetzung ist jedoch, daß diese Gegenstände von stehenden Bäumen entwendet sind. Ähnlich (auch wegen der in Nr. 5 erwähnten Pflänzlinge) das F. St. G. von 1837 §§. 48, 53, 54, 63.

6. „Die im Schlußsatz des Paragraphen — welcher dem Preuß. Gesetze fremd ist — ausgesprochene, für einen einzelnen Fall bereits im §. 19 Abs. 2 des F. St. G. von 1837 enthaltene Beschränkung entspricht den allgemeinen Grundsätzen über ideale Concurrenz (R. Str. G. B. §. 73, Oppenhoff, Comment., 5. Aufl., S. 183, Note 4)“ (Mot.).

§. 17.

Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden ¹⁾:

1. wenn der Forstdiebstahl von drei oder mehr Personen in gemeinschaftlicher Ausführung begangen ist ²⁾;
2. wenn der Forstdiebstahl zum Zwecke der Veräusserung des Entwendeten oder daraus hergestellter Gegenstände begangen ist ³⁾;
3. wenn die Hehlerei gewerbs- oder gewohnheitsmässig betrieben worden ist ⁴⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 6.)

Anm. 1. Die Geldstrafe, neben welcher auf Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten erkannt werden kann, ist sowohl die des einfachen (§. 14) als des qualificirten (§. 16) Forstdiebstahls. Liegt Idealconcurrenz zwischen den Fällen der §§. 17 und 18 vor, so kommt nach §. 73 des R. Str. G. B. (s. §. 6, Anm. 2, Note *) dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafe androht, also §. 18 zur Anwendung. — Die Erkennung der Zusatzstrafe des §. 17

ist nicht obligatorisch, sondern nur facultativ; es hängt vom richterlichen Ermessen ab, ob er davon Gebrauch machen will, oder nicht.

2. Vgl. §. 11, Anm. 6. Vorausgesetzt wird auch hier eine wirkliche Mitthäterschaft (R. Str. G. B. §. 47) unter mehr als 3 Personen, nicht eine bloß äußerliche Gemeinschaft zwischen denselben. Der Grund für die strengere Ahndung solcher Forstdiebstähle liegt darin, daß sie häufig mit Gefahr für Leib und Leben der Forstbeamten verbunden sind.

3. „Geschieht die Entwendung der Forsterzeugnisse, um dieselben zu veräußern (z. B. Harz und Baumsaft in den Apotheken), oder um daraus Kunstproducte (z. B. Spielwaaren, Quirle, Besen, Körbe) zu fertigen und das hergestellte Fabrikat in den Handel zu bringen, so grenzt dies nahe an gemeinen Diebstahl und muß daher den Umständen nach mit härterer als der gewöhnlichen Strafe geahndet werden können.“ (Mot.)

4. „Die gewerbs- und gewohnheitsmäßige Hehlerei im Gebiete des Forstdiebstahls bezieht sich wie die des gemeinen Strafrechts (R. Str. G. B. §. 260) auf beide Arten der Hehlerei, die Begünstigung des eigenen Vortheils wegen und die Partirerei (s. §. 15, Anm. 2). Gewerbsmäßig ist dieselbe, wenn der Thäter aus der fortgesetzten Verübung eine Erwerbsquelle zu machen sucht; gewohnheitsmäßig, wenn daraus auf einen Hang, eine Neigung zur Wiederholung zu schließen ist (vgl. Ztschr. f. Rechtspflege XXIII, S. 120. XXVI, S. 41, 42). Zum Nachweis der Gewerbs- oder Gewohnheitsmäßigkeit kann auch auf solche Fälle recurrt werden, welche nicht Gegenstand der Bestrafung gewesen sind“ (Mot.).

§. 18.

Neben der Geldstrafe ist auf Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren zu erkennen, wenn der Thäter sich im dritten oder fernerem Rückfalle befindet¹⁾.

Beträgt die Geldstrafe weniger als zehn Mark, so kann

statt der Gefängnisstrafe auf eine Zusatzstrafe bis zu Einhundert Mark erkannt werden²⁾).

(Vgl. Pr. J. D. G. §. 8.)

Anm. 1. „Der §. 14 der Novelle vom 11. April 1870, verbunden mit §. 4 des Gef. Nr. 123 v. 22. Dec. 1870, strafte den vierten Rückfall beim Holz- oder Harzdiebstahl als Gewohnheitsfrevel mit Gefängniß von 14 Tagen bis zu einem Jahr, vorausgesetzt, daß die drei ersten Rückfälle im Laufe eines Jahres zur wirklichen Bestrafung des Thäters geführt hatten, und seit der letzten Bestrafung kein längerer Zeitraum als ein Jahr verflossen war. Auch der gegenwärtige Paragraph will den aus der Wiederholung des Forstdiebstahls sich ergebenden Hang des Thäters zur Verübung von Entwendungen dieser Art härter strafen, schließt sich aber unmittelbar an den Begriff des Rückfalls (§§. 12, 16, Nr. 8) an und weicht daher von dem früheren Recht insofern ab, als

- a. nicht erst der vierte, sondern schon der dritte Rückfall mit härterer Strafe geahndet wird;
- b. beim ersten und zweiten Rückfall nicht die Bestrafung, sondern nur die rechtskräftige Verurtheilung nachgewiesen zu werden braucht;
- c. die Verjährungszeit des Rückfalls sowohl bei den vorausgegangenen, als bei den nachfolgenden Straftthaten sich auf 2 Jahre bemißt;
- d. die höhere Strafe des dritten und ferneren Rückfalls bei jedem Forstdiebstahl (§. 14, Nr. 1 bis 4), nicht bloß bei dem an Holz und Harz begangenen, zutrifft; endlich
- e. die zu erkennende Freiheitsstrafe den Character der Zusatzstrafe neben der Geldstrafe — welche wegen des Straferhöhungsgrundes des §. 16, Nr. 8 dem zehnfachen Werth des Entwendeten gleichkommt und niemals unter 2 Mark beträgt — annimmt, so zwar, daß diese Zusatzstrafe in jedem Falle vom Richter erkannt werden muß,

deren Verhängung also nicht, wie bei §. 17 facultativ ist“ (Mot.).

2. In ganz geringfügigen Fällen, nämlich wenn der Werth des Entwendeten nicht den Betrag von Einer Mark erreicht, die zu verhängende Geldstrafe also unter 10 Mark beträgt, ist es dem richterlichen Ermessen überlassen, statt der Freiheitsstrafe auf eine zusätzliche Geldstrafe bis zu 100 Mark zu erkennen. Da die letztgedachte Geldstrafe wahlweise neben Gefängniß bis zu 2 Jahren angedroht ist, so hat die Zuwiderhandlung gegen den §. 18 in jedem Falle den Character eines Vergehens (Oppenhoff a. a. O. S. 20, Note 6) kann also nicht im Betrage unter drei Mark verhängt werden (R. Str. G. B. §. 27).

§. 19.

Wird in dem Gewahrsam eines innerhalb der letzten zwei Jahre wegen Forstdiebstahls rechtskräftig Verurtheilten ¹⁾ frisch gefälltes, nicht forstmässig zugerichtetes Holz oder rohes oder gesottenes Harz ²⁾ gefunden, so ist gegen den Inhaber auf Einziehung des gefundenen Holzes oder Harzes zu erkennen, sofern er sich über dessen redlichen Erwerb nicht ausweisen kann. Die Einziehung erfolgt zu Gunsten der Armenkasse des Wohnorts des Verurtheilten.

Dasselbe ist der Fall hinsichtlich derjenigen wegen Forstdiebstahls rechtskräftig verurtheilten Personen, welche Splieten, Besen, Quirle, Weihnachtsbäume, Bohnen- oder Erbsenstiefeln, Hopfenstangen, Weeden, Bast, Band-, Kiepen-, Peitschen- oder Handstöcke zum Verhandeln bei sich führen oder verhandeln, oder aus Waldungen bringen oder in Ortschaften einführen, ohne sich über den redlichen Erwerb dieser Gegenstände ausweisen zu können ^{3. 4)}.

Die freiwillige Erlegung der Geldstrafe vor der Verurtheilung steht der rechtskräftigen Verurtheilung gleich.

(Vgl. F. St. G. von 1837, §. 134. Gef. Nr. 35 v. 30. August 1838, §. 1. Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870, §. 22. — Pr. F. D. G. §. 17.)

Anm. 1. „Daß das Gesetz zum Schutze des Forsteigenthums eine Präsumtion für den Fall, wo Jemand nicht bei Ausübung der That, sondern erst hinterher im Besitze von Holz oder Harz gefunden wird, nicht zu entbehren vermag, leidet keinen Zweifel; nur kommt es darauf an, diese Präsumtion so zu gestalten, daß sie mit allgemeinen criminalrechtlichen Grundsätzen bestehen kann und das Publicum vor Verationen geschützt bleibt. Dieser Aufgabe hat jedoch weder das F. St. G. von 1837, noch — nach dem eigenen Bekenntniß der betreffenden Commission (Verh. des dreizehnten ordentl. Landt. Anl. 99, S. 17) — die Novelle von 1870 genügt; beide um deßwillen nicht, weil sie bei einem Forstproduct, dessen äußere Beschaffenheit allerdings auf die Verübung eines Diebstahls schließen lassen mochte, ohne Weiteres angenommen haben, daß dasselbe vom Inhaber selbst entwendet sei, während dieser doch das betreffende Holz oder Harz in gutem Glauben erworben haben konnte und nur nicht in der Lage war, den Beweis des redlichen Erwerbes zu erbringen. Richtiger schien es daher, im Anschluß an das Preuß. Gesetz nur die Einziehung des präsumtiv unrechtmäßig erworbenen Forstproducts auszusprechen, die Präsumtion aber nur in Betreff desjenigen Inhabers zu statuiren, der bereits wegen Forstdiebstahls verurtheilt ist. Voraussetzung ist also, daß der Inhaber innerhalb der letzten 2 Jahre wegen eigener Verübung eines Forstdiebstahls rechtskräftig verurtheilt war; seine Verurtheilung wegen subsidiärer Haftpflicht für die von einem Andern zu entrichtende Geldstrafe u. würde nicht genügen. Der Verurtheilung steht hier, wie auch sonst im Gebiete des Forststrafrechts, die freiwillige Erlegung der Geldstrafe vor der Verurtheilung gleich“ (Mot.).

2. „Der Besitz von rohem oder gesottenem Harz, welcher event. zur Einziehung ermächtigen soll, wird im Preuß. Gesetze nicht erwähnt, ist jedoch mit Rücksicht auf die Vorschrift der §§. 63

und 136 des F. St. G. von 1837, und zwar allgemein, ohne Beschränkung auf die in §. 136 erwähnten Bezirke, aufgenommen. — Das nicht forstmäßig zugerichtete Holz ist nur ein kürzerer Ausdruck für das in der Novelle erwähnte „nicht der Ortsgeohnheit entsprechend forstmäßig ausgehaltene Holz,“ da auch bei der Frage, ob das Holz forstmäßig zugerichtet war, die Ortsgeohnheit entscheiden muß; daher z. B. die Präsuntion in Beziehung auf Brennholz zutrifft, wenn dasselbe in Scheitlängen dargestellt ist, während es in dieser Weise in den benachbarten Forsten nicht zugerichtet zu werden pflegt“ (Mot.).

3. „Die Bestimmung in Absatz 2, welche sich im Uebrigen an die Vorschriften des ersten Absatzes anschließt, entspricht dem Ges. Nr. 35 v. 30. Aug. 1838 §. 1. Unter die dort erwähnten Gegenstände sind aus Zweckmäßigkeitsgründen auch Handstöcke und Weihnachtsbäume (vgl. Bekanntmachung des F. Geheimrath-Coll. v. 11. Dec. 1815 Nr. 21 und §. 52 des F. St. G. von 1837) aufgenommen“ (Mot.). Die Commission hatte wesentlich mit Rücksicht auf das forstliche Interesse und wegen der Schwierigkeit des zu erbringenden Beweises, zugleich auch, weil die Gerichte und Forstschutzbeamten von früheren Bestrafungen oft gar keine Kenntniß hätten, und dem Inhaber sehr wohl die Führung einer Bescheinigung über den redlichen Erwerb der fr. Producte zugemuthet werden könne, beantragt, die Worte „wegen Forstdiebstahls rechtskräftig verurtheilten“ wegzulassen. Dieser Antrag ist jedoch von der Landesversammlung, nachdem regierungsseitig auf das Bedenkliche der durch Streichung dieser Worte bewirkten, mit allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Widerspruch stehenden Bestimmung hingewiesen war, abgelehnt.

4. In Betreff des Verfahrens entscheiden die §§. 477 und 478 der D. St. P. O. in Verb. mit den §§. 49 Abs. 3 u. 55 ff. des gegenwärtigen Gesetzes.

Abschnitt II.

Beschädigungen an stehendem Holze.

§. 20.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft ¹⁾, wer unbefugt

1. stehende Bäume, Sträucher, Pflanzen, die zum Schutze von Bäumen dienenden Pfähle oder sonstigen Vorrichtungen beschädigt;
2. zum Wiederausschlag bestimmte Laubholzstöcke aushaut, abspänt oder zur Verhinderung des Lohdientriebes mit Steinen belegt.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §§. 30 Nr. 2, 35 Nr. 2.)

Ann. 1. „Während der §. 1 der Novelle vom 11. April 1870 für die Beschädigung oder Vernichtung eines Forstproductes, vorbehältlich etwaiger Specialbestimmungen, eine dem Werthe des gefrevelten Gegenstandes gleichkommende Strafe, mindestens eine Mark, drohte, hat der Entw. diese allgemeine Strafandrohung, welche namentlich bei Beschädigung oder Vernichtung geringfügiger Forstproducte zu Härten führen kann, verlassen und nur solche Beschädigungen unter Strafe gestellt, welche mit erheblichen Nachtheilen verbunden sind und einen der Waldcultur schädlichen Character an sich tragen. Der Entwurf steht hierdurch zugleich in Uebereinstimmung mit dem Polizeistrafgesetze vom 27. Nov. 1872 §. 18, 1, Nr. 2, welches Beschädigung von Bäumen und Gesträuchen außerhalb der Forst in Gärten, auf Aekern, Wiesen u.

sogar mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft belegt. Mit der Beschädigung der stehenden Bäume, Sträucher und Pflanzen ist hinsichtlich der Strafe die Beschädigung der zum Schutze der Bäume dienenden Pfähle, Stangen oder ähnlichen Vorrichtungen gleichgestellt. Dagegen würde die Entwendung derartiger, nicht als Forstproduct anzusehender Pfähle und Stangen als gemeiner Diebstahl zu strafen sein (vgl. F. St. G. v. 1837, §. 60" (Mot.).

§. 21.

Geschah die Beschädigung in den Fällen des §. 20 vorsätzlich¹⁾, so tritt, wenn der angerichtete Schaden fünfundzwanzig Mark nicht übersteigt, Geldstrafe bis zu Einhundertundfünfzig Mark oder Haft ein.

Bei höherem Betrage entscheiden die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches²⁾.

Die Beihülfe zu einer nach diesem Gesetze strafbaren vorsätzlichen Beschädigung wird mit der vollen Strafe der vorsätzlichen Beschädigung bestraft³⁾.

(Vgl. Pr. Entw. des F. St. G. §§. 2 u. 8.)

Anm. 1. Während der §. 20 die Beschädigungen an stehendem Holze überhaupt zum Gegenstande hat und dabei nur voraussetzt, daß dieselben unbefugt begangen sind, behandelt der gegenwärtige Paragraph solche Beschädigungen der fr. Art, welche mit bewußtem Vorsatz aus Bosheit verübt wurden. Diese werden mit einer höheren Strafe gestraft, als jene, welche nicht aus Vorsatz, sondern aus Leichtsinne und Muthwillen (*luxuria*) begangen wurden. Ebenso im Fall des §. 30.

2. Die angedrohte Strafe wegen vorsätzlicher Beschädigung an stehenden Bäumen u. s. soll nur eintreten bei geringfügigen Beschädigungen. Als solche bezeichnet das Gesetz diejenigen, bei welchen der Schaden sich auf nicht mehr als 25 Mark beläuft (abweichend von dem Preuß. Entwurf, welcher einen Schadensbetrag

von 10 Mark zu Grunde legt, und abweichend andererseits von dem P. St. G. v. 27. Nov. 1872 §. 18, I, Absatz 1 und Nr. 3, das den Begriff der geringfügigen Beschädigung überhaupt nicht fixirt); für diese kommt lediglich das gegenwärtige Gesetz zur Anwendung; die Strafverfolgung erfolgt von Amtswegen. Wenn jedoch der angerichtete Schaden mehr als 25 Mark beträgt, so entscheidet der §. 303 des R. Str. G. B.:

„Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Ist das Vergehen gegen einen Angehörigen verübt, so ist die Zurücknahme des Antrages zulässig.“

Vorsätzliche Beschädigungen von einem Betrage über 25 Mark sind daher nur strafbar, wenn der erforderliche Antrag von dem zum Antrage Berechtigten binnen 3 Monaten, gerechnet von dem Tage, seit welchem dieser von der Handlung und von der Person des Thäters Kenntniß gehabt hat, gestellt ist (R. Str. G. B. §. 61). Zum Antrage berechtigt ist der beschädigte Forsteigenthümer. Ein von der Commission gestellter Antrag nicht nur diesen, sondern auch den mit Ausübung des Forstschutzes betrauten herrschaftlichen Forstbeamten zur Stellung des Strafantrages für berechtigt zu erklären, weil andernfalls bei Privatforsten, wenn etwa der Beschädigte wegen eigenen Interesses mit dem Beschädiger colludire und deshalb die Stellung des Strafantrags unterlasse, die Interessen des Staats hinsichtlich der Conservirung und forstmäßigen Bewirthschaftung der Wälder leicht geschädigt werden könnten, ist von der Landesversammlung, nachdem der Regierungsvertreter auf die Unzulässigkeit einer derartigen landesgesetzlichen Bestimmung gegenüber der Vorschrift des R. Str. G. B. hingewiesen hatte, abgelehnt. — Im Fall des §. 21 Abs. 2 erfolgt die Aburtheilung der fr. Beschädigungen auf Grund einer vom Staatsanwalt erhobenen Anklage regelmäßig durch die Strafkammer des Landgerichts, jedoch mit Zulassung der Verweisung

an das Schöffengericht (D. G. B. G. §. 27 Nr. 7, §. 73 Nr. 1, §. 75 Nr. 12). Die §§. 47 ff. des gegenwärtigen Gesetzes über das Strafverfahren bei Forstfrevel-Untersuchungen finden auf einen derartigen Fall keine Anwendung.

3. Die Vorschrift des Absatz 3 bezieht sich auf solche vorsätzliche Beschädigungen, deren Schadensbetrag 25 Mark nicht übersteigt, die daher nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes gestraft werden. Es liegt hierin eine doppelte Abweichung von den Vorschriften des gemeinen Strafrechts, theils insofern, als nach letzterem Beihilfe nur zu einem Verbrechen oder Vergehen geleistet werden kann, während es sich hier um eine Uebertretung handelt, theils weil die Beihilfe im vorliegenden Falle mit der vollen Strafe der vorsächlichen Beschädigung geahndet werden soll. Indessen rechtfertigt sich diese Abweichung durch die Nothwendigkeit eines erhöhten Schutzes für die Forsten. — „Dagegen ist von der Gleichstellung des Versuchs mit der vollendeten Beschädigung abstrahirt, weil bei den hier vorgesehenen Beschädigungen eine eigentliche Versuchshandlung kaum wird unterschieden werden können“ (Mot.), ein genügender Grund daher, die gemeinrechtliche Regel, daß der Versuch bei Uebertretungen überhaupt nicht strafbar sei, zu verlassen, nicht vorliegt. Aus gleichen Gründen wurde ein aus der Mitte der Landesversammlung gestellter Antrag, im dritten Absatz statt „die Beihilfe“ zu sagen: „der Versuch und die Beihilfe,“ verworfen.

Abschnitt III.

Zu widerhandlungen gegen die Forstpolizei.

1. Weidefrevel.

§. 22.

Mit Geldstrafe bis zu Fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft¹⁾, wer unbefugt²⁾ in Forsten oder auf zur Weide oder Mast nicht aufgegebenen Forstflächen Vieh weiden lässt oder das ihm zustehende Weiderecht in unbefugter Weise, auch durch Einzelnhüten, ausübt³⁾.

Die Strafe ist verwirkt, sobald das Vieh die Grenzen des Grundstücks, auf welchem es nicht weiden darf, überschritten hat, sofern nicht nachgewiesen wird, dass der Uebertritt von der für die Beaufsichtigung des Viehes verantwortlichen Person nicht verhindert werden konnte⁴⁾.

(Vgl. Pr. Entw. des F. B. G. §. 14.)

Anm. 1. „Die in den §§. 75 bis 87 des F. St. G. von 1837 enthaltenen Specialbestimmungen über Hudefrevel und Mastwogen beengen das richterliche Ermessen. Es empfiehlt sich auch hier, ähnlich wie schon im F. St. G. v. 27. Nov. 1872 §. 18, I, Nr. 4, nicht absolute Straffsätze festzustellen, sondern dem Richter die Bestimmung der Strafe innerhalb des angedrohten Strafmaßes für jeden einzelnen Fall zu überlassen. — Daß die dem Weidefrevel gedrohte Strafe zunächst den Hirten, ebenso aber auch den Eigenthümer des Viehes trifft, wenn auf dessen Geheiß oder mit

dessen Vorwissen der Frevel verübt wurde, ergibt sich nach den allgemeinen Grundsätzen über die Thäterschaft und Theilnahme von selbst und bedurfte daher der besonderen Erwähnung, wie sie in §. 82 des F. St. G. v. 1837 enthalten ist, nicht“ (Mot.).

2. Das Gesetz spricht nur von unbefugter Ausübung des Weiderechts. Die Unterscheidung zwischen vorsätzlicher und fahrlässiger Begehung des Weidefrevels ist hier, der Natur des Polizeidelicts entsprechend, nicht zum Thatbestandsmoment gemacht, sondern kann nur als Strafzumessungsgrund wirken (Röstlin, Syst. des Strafrechts §. 68).

3. Die einzelnen Fälle, wenn Jemand „das ihm zustehende Weiderecht in unbefugter Weise ausübt“ brauchten nicht angegeben zu werden; sie ergeben sich aus den bestehenden Polizeigesetzen. Es gehört beispielsweise dahin das Verbot, mit ansteckender Krankheit behaftetes Vieh auf die gemeinschaftliche Weide zu bringen (P. St. G. v. 27. Nov. 1872 §. 8, Nr. 13), das Verbot der Ausübung des Weiderechts zur Nachtzeit (l. c. §. 18, II, Nr. 5) u. dgl. m. Auch das Verbot des Einzelnhütens (Allg. Landesordn. v. 1647, Art. 67. F. St. G. v. 1837 §. 74. P. St. G. v. 1872 §. 18, II, Nr. 4) ist hierher zu rechnen; jedoch ist dasselbe auf Antrag der Commission ausdrücklich erwähnt. Vorausgesetzt wird aber auch hier, daß das Einzelnhüten unbefugt geschieht; eine Ausnahme besteht z. B. hinsichtlich der Forstbeamten, welche ihrer isolirten Wohnungen wegen ihr Vieh separat hüten lassen dürfen, wosern dadurch kein Forstschaden verursacht wird (Rescr. des vorm. Cammercoll. v. 19. Oct. 1826 bei Bege, Repert. III, S. 148).

4. „Die Bestimmung im zweiten Absatz enthält eine bei der Schwierigkeit der Feststellung der Frage, ob der Weidefrevel vollendet war, für die Praxis nicht zu entbehrende Vermuthung, daß ein strafbarer Weidefrevel vorliegt, sobald das Vieh das Grundstück, auf welchem es nicht weiden darf, überschritten hat, mag dieses Ueberschreiten vorsätzlich veranlaßt sein oder nicht. Der Gegenbeweis, daß der Uebertritt des Viehes nicht habe verhindert werden können, bleibt jedoch vorbehalten“ (Mot.).

§. 23.

Geldstrafe bis zu Einhundertundfunfzig Mark oder Haft tritt ein, wenn der Weidefrevel (§. 22) begangen wird:

1. in Schonungen, welche durch Warnungszeichen kenntlich gemacht sind ¹⁾;

2. auf Forstgrundstücken mit Ziegen ²⁾ oder Pferden.

Wird auf Geldstrafe erkannt, so darf dieselbe nicht unter fünf Mark betragen.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 15, Nr. 2 u. 3.)

Anm. 1. Nach dem Entwurf war der Paragraph unter Nr. 1 in Uebereinstimmung mit dem Preuß. Entw. I. c. gefaßt: „in Forstculturen oder Schonungen.“ Die jetzige Redaction beruht auf einem Antrage der Commission, weil Forstculturen auch zu den Schonungen gehören, deren Schonungszeit jedoch nach den örtlichen und klimatischen Verhältnissen in den einzelnen Landestheilen eine sehr verschiedene sei, und deshalb ein äußeres Zeichen hinzukommen müsse, um für Jedermann kenntlich zu machen, welche Forstflächen geschont werden sollen.

2. Bei dem Verbot des Hütens mit Ziegen auf Forstgrundstücken ist nach der allgemeinen Bestimmung in §. 22 vorauszusetzen, daß dasselbe unbefugt geschieht, da ausnahmsweise auch die Ausübung der Ziegenhude auf dem Forstgrunde ausdrücklich gestattet oder rechtlich erworben sein kann (Allg. Landesordn. von 1647, Art. 47. Landesf. Rescr. v. 22. Juli 1669. Cammerrescr. v. 25. Mai 1715 (Steinacker, Promt. II, S. 524, 525. F. St. G. v. 1837, §. 76).

§. 24.

Der Termin zum Eintritt der Mast Schonung wird, insofern nicht ein anderer Termin rechtlich feststeht, nach wie vor auf den 8. September bestimmt.

Die Dienstherrschaft hat die Befugniß, einen wegen vorsätzlichen Weidefrevels rechtskräftig verurtheilten Hirten sofort nach der Verurtheilung zu entlassen, ohne dass diesem ein Anspruch auf Lohn, Kost oder sonstige Emolumente für den Ueberrest der Dienstzeit zusteht¹⁾.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §. 85 Nr. 4.)

Anm. 1. Der Entwurf hatte die entsprechende Vorschrift des F. St. G. v. 27. Nov. 1872 §. 18, II, Nr. 3 auf die in Forsten begangenen Weidefrevel ausgedehnt. Bei der jetzigen, von der Commission beschlossenen, Fassung bleibt es zweifelhaft, ob die der Dienstherrschaft eingeräumte Befugniß auch dann bestehen soll, wenn der Hirt den Hütungsfrevel unter ihrer Theilnahme oder mit ihrem Vorwissen begangen hatte; indessen wird dies nach dem Zusammenhange nicht angenommen werden dürfen.

2. Vereitelung von Pfändungen.

§. 25.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundertundfunfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer eine rechtmässige Pfändung¹⁾ vereitelt oder zu vereiteln versucht hat²⁾;
2. wer, abgesehen von den Fällen der §§. 113 und 117 des Reichsstrafgesetzbuches*) dem Pfänden-

*) §. 113:

„Wer einem Beamten, welcher zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden — — — berufen ist, in der rechtmässigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer einen solchen Beamten während der rechtmässigen Ausübung seines Amtes thätlich angreift, wird mit Gefängniß von vierzehn Tagen bis zu zwei Jahren bestraft.“

— — — — —

den in der rechtmässigen Ausübung seines Rechts durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet oder den Pfändenden während der rechtmässigen Ausübung seines Rechts thätlich angreift³⁾;

3. wer, abgesehen von den Fällen der §§. 137 und 289 des Reichsstrafgesetzbuches, Sachen, welche rechtmässig in Pfand genommen sind, dem Pfändenden in rechtswidriger Absicht wegnimmt⁴⁾.

Wenn die Zuwiderhandlung unter einem der in §. 11 Nr. 2, 3 und 4 erwähnten erschwerenden Umstände oder im Rückfalle (§. 12) begangen ist, so darf die Geldstrafe nicht unter fünf Mark betragen.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 17 Nr. 1 bis 3.)

Anm. 1. „Die Bestimmungen des Paragraphen beziehen sich nicht auf die amtliche Beschlagnahme (§. 68), deren Vornahme seitens der dazu nach dem Gesetze berechtigten Beamten durch die Vorschriften der §§. 113, 117, 137 u. 289 des R. Str. G. B. ausreichend geschützt wird, sondern auf die gemeinrechtliche Pfändung des Viehes oder beweglicher Sachen, welche zur Sicherung für den Ersatz erlittenen Schadens geschieht (s. unten §. 69, Anm. 1)“ (Mot.).

§. 117:

„Wer einem Forst- oder Jagdbeamten, einem Waldeigentümer, Forst- oder Jagdberechtigten, oder einem von diesen bestellten Aufseher in der rechtmässigen Ausübung seines Amtes oder Rechtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes thätlich angreift, wird mit Gefängniss von vierzehn Tagen bis zu drei Jahren bestraft.“

2. Bei der in Nr. 1 bedrohten Vereitelung der Pfändung ist namentlich an die Fälle einer Anlockung des Viehes durch Pfeifen oder in ähnlicher Weise zu denken. Der Versuch der Vereitelung ist wegen seines häufigen Vorkommens hinsichtlich der Strafbarkeit der gelungenen Vereitelung gleichgestellt.

3. Eine gesetzlich gestattete Pfändung gilt als „rechtmäßige Ausübung des Rechts“ im Sinne des §. 117 des R. Str. G. B. (Oppenhoff a. a. O., S. 256, Note 11). Wird sie daher von einem Forstbeamten und den übrigen in §. 117 aufgeführten Personen vorgenommen, so fällt der dabei geleistete gewaltsame Widerstand unter die citirte Strafbestimmung des R. Str. G. B. Wurde dagegen die Pfändung — was rechtlich zulässig ist (Stobbe, deutsches Privatr. I, S. 491) — von Mitgliedern der Familie des Waldeigenthümers oder von dessen Dienst- und Arbeitsleuten ausgeführt, so ist der gegen diese Personen verübte gewaltsame Widerstand oder thätliche Angriff nach dem gegenwärtigen Paragraphen zu strafen.

4. Die §§. 137 und 289 des R. Str. G. B. lauten:

§. 137.

„Wer Sachen, welche durch die zuständigen Behörden oder Beamten gepfändet oder in Beschlag genommen worden sind, vorsätzlich bei Seite schafft, zerstört oder in anderer Weise der Verstrickung ganz oder theilweise entzieht, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.“

§. 289.

„Wer seine eigene bewegliche Sache, oder eine fremde bewegliche Sache zu Gunsten des Eigenthümers derselben, — — — — demjenigen, welchem an der Sache ein Gebrauchs- oder Zurückbehaltungsrecht zusteht, in rechtswidriger Absicht wegnimmt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark bestraft.“

— — — — —
 sie handeln überall nicht von eigentlichen Privatpfändungen; es bedurfte daher insoweit einer ergänzenden Bestimmung, welche

durch die in Nr. 3 des gegenwärtigen Paragraphen enthaltene Vorschrift gegeben wird.

3. Widerrechtliches Betreten von Forstgrundstücken.

§. 26.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft¹⁾, wer unbefugt auf Forstgrundstücken:

1. Fusswege anlegt²⁾ oder einen durch Warnungszeichen geschlossenen Weg benutzt³⁾;
2. da, wo überall kein Weg ist⁴⁾, reitet, karrt, fährt, Vieh treibt oder führt, Holz schleift oder den Pflug wendet.

Der Zuwiderhandelnde bleibt straflos, wenn er durch die schlechte Beschaffenheit eines an dem Forstgrundstücke vorüber- oder durch dasselbe führenden und zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges zu der Uebertretung genöthigt worden ist⁵⁾.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §§. 98, 100 bis 102. Pr. Entw. des F. P. G. §. 26 Nr. 1.)

Anm. 1. „Der §. 368, Nr. 9 des R. Str. G. B. handelt von dem unbefugten Gehen, Fahren, Reiten u. über Gärten, Weinberge, nicht abgeerntete Wiesen, bestellte Acker, eingefriedigte Grundstücke oder über durch Warnungszeichen geschlossene Privatwege, berührt aber die Forsten und die in letzteren befindlichen öffentlichen Fußwege nicht, daher es zu deren Schutze ergänzender Strafbestimmungen bedarf“ (Mot.).

2. „Das unbefugte Anlegen von Fußwegen setzt voraus, daß Jemand auf einem Tracte der Forst, auf welchem kein Fuß-

weg sich befindet, einen solchen anzulegen und so auf diesem Tracte die forstliche Benutzung auszuschließen unternimmt“ (Mot.).

3. „Der §. 98 des F. St. G. v. 1837 bedroht denjenigen mit Strafe, der unbefugt verbotene Fußwege benutzt. Dabei ist, da das Betreten der Forst außerhalb der öffentlichen Wege an und für sich — abgesehen also z. B. von dem Fall des §. 27 Nr. 1 des gegenw. Gesetzes — unverwehrt ist, vorausgesetzt, daß es sich dabei nicht um ein specielles Verbot einzelnen Personen gegenüber, sondern um ein den gemeinen Verkehr auf solchen Wegen aus forstpolizeilichen Gründen allgemein untersagendes Verbot handelt, das auf ordnungsmäßige Weise, sei es durch öffentliche Bekanntmachung oder durch Warnungszeichen; zu Jedermann's Kenntniß gebracht werden muß (vgl. Erf. des Oberger. 1. Sen. v. 23. Nov. 1875 i. U. S. c. Kruse u. Gen. wegen Forstwege). Um Letzteres im Gesetze selbst zum Ausdruck zu bringen, und zugleich im Anschluß an die Bestimmung des F. St. G. v. 27. Nov. 1872, §. 2 A, Nr. 5 wird von einem durch Warnungszeichen geschlossenen Wege gesprochen. — Das Benutzen eines solchen Weges in Forsten umfaßt theils das Gehen, theils alle übrigen unter Nr. 2 aufgeführten Handlungen“ (Mot.).

4. Da, wo überall kein Weg ist, verbietet das Gesetz nicht schon das Gehen — vorausgesetzt, daß dasselbe nicht zur Anlage eines Fußweges führt (Nr. 1) —, sondern nur das Reiten, Fahren, Viehtreiben zc. — Concurriert mit dem Viehtreiben ideell ein Weidesebel (§. 22), so wird §. 73 des R. Str. G. B. (§. 6, Anm. 2) anwendbar.

5. „Die Schlußbestimmung des Paragraphen ergibt sich eigentlich schon aus dem Begriffe des Unbefugten. Wo die schlechte Beschaffenheit eines zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges dazu nöthigt, die Forst mit dem Pferde zc. zu betreten, kann von einem unbefugten Handeln keine Rede sein (vgl. Oppenhoff a. a. O. S. 740, Note 24)“ (Mot.). Der Entw. sprach nur von einem „an dem Forstgrundstücke vorüberführenden“ Wege, worunter auch der Fall begriffen war, wenn der öffentliche Weg zwischen Forstgrundstücken belegen ist. Die gegenwärtige, mehr

dem gemeinen Sprachgebrauche entsprechende Fassung ist auf Antrag der Commission beschloffen.

§. 27.

Mit Geldstrafe bis zu funfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken:

1. ausserhalb der öffentlichen oder solcher Wege, zu deren Benutzung er berechtigt ist, mit Aexten, Beilen, Sägen, Sichern, Sensen, Haken, Harken, Hacken oder ähnlichen Werkzeugen betroffen wird, ohne einen glaubhaften Rechtfertigungsgrund nachweisen zu können¹⁾;
2. unbefugt Holz ablagert, bearbeitet, beschlägt oder bewaldrechtet²⁾;
3. unbefugt Einfriedigungen, Wildgatter oder dergleichen Umzäunungen übersteigt oder durchkriecht³⁾.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §. 99. Pr. Entw. des F. P. G. §. 34 Nr. 1 bis 3.)

Anm. 1. Das unter Nr. 1 enthaltene, schon in älteren Forstgesetzen, z. B. dem Forststrafdirectorium v. 5. Mai 1815, §. 2, ausgesprochene, zuletzt im F. St. G. von 1837, §. 99 wiederholte Verbot des Betretens der Forst außerhalb der öffentlichen Wege mit Aexten, Beilen u. — das sich in ähnlicher Weise auch bereits im Preuß. Holzdiebstahlsgeetze v. 2. Juni 1852, §. 44 vorfand — ist ein unbedingtes und findet auch auf denjenigen Anwendung, welcher zu berechtigten Zwecken, z. B. zur Ausübung einer Feseholzberechtigung, mit derartigen Werkzeugen außerhalb der öffentlichen Wege in der Forst erscheint (vgl. Erf. des Oberger. 1. Sen. v. 9. März 1877 in Ztschr. f. Rechtspflege XXV, S. 41 ff. und für Preußen: Allg. Landr. I, 22, §. 219).

2. Ein Beschlagen des Holzes findet statt, wenn die Holzstücke viereckig und scharfkantig, ein Bewaldbreiten oder Bewaldraufen, wenn sie mit abgerundeten Kanten, alternirend mit Rindenstreifen, behauen werden.

3. Vgl. Ges. Nr. 39 v. 12. Sept. 1851, §. 2 u. P. St. G. v. 27. Nov. 1872, §. 18, II, Nr. 6. Für das hier fr. Verbot gelten auch Wildgatter und Umzäunungen, abweichend von der Worterklärung in §. 1 Abf. 2, als „Einfriedigungen.“

4. Sonstige Ungebühr an Forstgrundstücken.

§. 28.

Mit Geldstrafe bis zu funfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt die Forsten benutzt:

1. zum Aufstellen von Wagen, Karren, Schlitten, Ackergeräthen und dergleichen ¹⁾;
2. zum Ablagern von Steinen, Scherben, Schutt, Dünger, Unrath und dergleichen ²⁾;
3. zum Bleichen und *) Trocknen von Leinwand, Wäsche oder anderen Gegenständen ³⁾;
4. zum Liegenlassen, Vergraben oder Niederlegen von gefallenem Viehe;
5. zum Aufstellen von besetzten Bienenstöcken;
6. zum Rotten von Flachs oder Hanf;

wer ferner unbefugt

*) Der Paragraph ist auf Antrag der Commission theilweise anders redigirt als der Entwurf. In letzterem fand sich das Wort „oder.“ Aber auch nach der jetzigen nicht völlig correcten Fassung sollte nur die eine oder andere Art der Benutzung des Waldes verboten werden.

7. die in einem Wildgatter befindlichen Thorwege, Thüren oder Pforten beim Durchpassiren offen stehen lässt oder dieselben, ohne sie zu passiren, öffnet und nicht sogleich wieder schliesst;
8. in Forsten Ameisen oder deren Puppen (Ameiseneier) einsammelt oder Ameisenhaufen zerstört *).

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 26, Nr. 2 bis 6, 8. §. 35, Nr. 4. — Gef. Nr. 39 v. 12. Sept. 1851, §. 1. P. St. G. v. 27. Nov. 1872, §. 18, II, Nr. 12 litt. b. c. und e.)

Anm. 1. Das Verbot unter Nr. 1 fand sich im Entwurfe nicht. Es ist auf Antrag der Commission hinzugefügt, weil aus den an einem Walde belegenen Ortschaften häufig Wagen, Karren, Ackergeräthe und dgl. ohne jede Berechtigung auf Forstgrund gebracht werden, dort längere Zeit stehen bleiben und dadurch häufig Schaden verursachen.

2. Die Bestimmung unter Nr. 2 enthält eine Ergänzung des §. 366 Nr. 7 des R. Str. G. B., welcher denjenigen straft, der „Steine oder andere harte Körper oder Unrath in Gärten oder eingeschlossene (d. h. rings befriedigte) Räume wirft.“

3. Wesentlich ist hier, ebenso wie in den Fällen der Nr. 1, 2, 4 bis 6, das Benutzen der Forstgrundstücke zum Bleichen oder Trocknen von Leinwand u., ein Ausdruck, der einen Gebrauch in der bewußten Absicht, den Wald zu dem betr. Zwecke zu verwerthen, voraussetzt. Wer nur vorübergehend und auf kurze Zeit ein Waschlütk im Forst zum Trocknen niederlegt, sollte nicht gestraft werden.

4. „Das in Nr. 8 gedrohte Einsammeln der Ameisen oder Ameiseneier, sowie das Zerstören oder Zerstreuen von Ameisenhaufen war im hiesigen Lande bisher nicht verboten. Auch ist die Ansicht der Techniker, ob der Nutzen, den die Ameisen als Feinde der der Waldcultur schädlichen Insecten, z. B. der großen Kiefernraupe, stiften, oder der durch sie bewirkte, den Hügelpflanzungen durch Unterwühlen der Hügel und Benutzung derselben zu Brutstätten zugefügte Nachtheil prävalirt, getheilt. Um die möglichste

Uebereinstimmung mit der Preussischen Gesetzgebung herbeizuführen, ist die betreffende Strafbestimmung aufgenommen“ (Mot.).

§. 29.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundertundfunzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer unbefugt in Forsten:

1. Steine, Pfähle, Tafeln, Stroh- oder Hegewische, Hügel, Gräben oder ähnliche zur Abgrenzung, Absperrung oder Vermessung von Grundstücken oder Wegen dienende Merk- oder Warnungszeichen, sowie Wegweiser fortnimmt, vernichtet, umwirft, beschädigt oder unkenntlich macht¹⁾;
2. Einfriedigungen²⁾, Wildgatter, Umzäunungen, Geländer, Köthen, Schuppen, Hütten oder die zur Sperrung von Wegen oder Eingängen in eingefriedigte Grundstücke oder zu sonstigen forstlichen Zwecken dienende Vorrichtungen beschädigt oder vernichtet;
3. Gruben oder Gräben anlegt³⁾;
4. abgesehen von den Fällen der §§. 321 und 326 des Reichsstrafgesetzbuches*) das zur Bewässe-

*)

§. 321.

„Wer vorsätzlich Wasserleitungen, Schleusen, Wehre, Deiche, Dämme oder andere Wasserbauten oder Brücken, Fähren, Wege oder Schutzwehren — — — zerstört oder beschädigt, — — — und durch eine dieser Handlungen Gefahr für Leben oder die Gesundheit Anderer herbeiführt, wird mit Gefängniss nicht unter drei Monaten bestraft.“

§. 326.

„Ist eine der in den §§. 321 bis 324 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden, so ist, wenn durch die Handlung ein Schaden verursacht worden ist, auf Gefängniss bis zu Einem Jahre — — — zu erkennen.“

rung von Grundstücken dienende Wasser ableitet, oder Gräben, Wälle, Rinnen oder andere zur Ab- und Zuleitung des Wassers dienende Anlagen fortnimmt, verändert, beschädigt oder zerstört⁴⁾).

(Vgl. F. St. G. von 1837, §§. 59, 91 bis 93, 96, 125, 126. — Pr. Entw. des F. St. G. §. 28 Nr. 4, §. 29.)

Anm. 1. „Die in Nr. 1 aufgeführten Grenz- und Warnungszeichen, sowie die Wegweiser bedürfen im öffentlichen Interesse eines besonderen Schutzes; vgl. auch F. St. G. v. 27. Nov. 1872 §. 18, II, Nr. 8 bis 10. Geschahe die Verletzung der Grenzzeichen in der Absicht, einem Andern Nachtheil zuzufügen, so ist §. 274 Nr. 2 des R. Str. G. B.:

„Mit Gefängniss, neben welchem auf Geldstrafe bis zu dreitausend Mark erkannt werden kann, wird bestraft, wer

2. einen Grenzstein oder ein anderes zur Bezeichnung einer Grenze — — — bestimmtes Merkmal in der Absicht, einem Andern Nachtheil zuzufügen, wegnimmt, vernichtet, unkenntlich macht, verrückt oder fälschlich setzt.“

entscheidend; ebenso wird die Verletzung der Grenze durch Abgraben oder Abpflügen nach §. 370 Nr. 1 des R. Str. G. B.:

„Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer unbefugt — — — einen Grenzrain durch Abgraben oder Abpflügen verringert.“

als Uebertretung geahndet. Die in den §§. 88 und 91 des F. St. G. von 1837 enthaltenen Bestimmungen, soweit sie den Vorschriften des R. Str. G. B. widersprechen, sind ohne Weiteres beseitigt“ (Mot.). Was speciell die Hegewische betrifft, so dienen dieselben in den herrschaftlichen Forsten, ebenso wie die Gräben, zur Bezeichnung der Weidegrenze für die zur Weide aufgegebenen oder in Zuschlag gelegten, von der Forstbehörde jährlich zu er-

mittelnden Weidereviere, auch wenn sonst eine natürliche Grenze vorhanden war (f. Kammerrefcr. v. 13. Oct. 1824 in Bege, Rep. III, C. 123, 124 u. f. St. G. v. 1837, §. 93).

2. Zu den Einfriedigungen (f. oben §. 27, Anm. 3) gehören z. B. „die Befriedigungen um Saat- oder Pflanzkämpfe und Baumschulen“ (f. St. G. v. 1837, §. 58).

3. „Die unbefugte Anlegung von Gruben oder Gräben in Forsten ist überhaupt verboten, mag sie zur Wasserleitung (f. St. G. v. 1837, §. 125) oder zu anderen Zwecken geschehen sein; es gehören hierher z. B. Schneidegruben behuf Bearbeitung des Bauholzes (l. c. §. 97)“ (Mot.).

4. Bei den in Nr. 4 erwähnten Handlungen, mögen sie übrigens vorsätzlich oder fahrlässig geschehen sein, wird vorausgesetzt, daß dadurch Leben oder Gesundheit eines Menschen nicht gefährdet wird; ist dies der Fall, so kommen die §§. 321 und 326 des R. Str. G. B. zur Anwendung.

§. 30.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer unbefugt in Forsten:

1. an stehenden Bäumen, an Schlaghölzern, an gefällten Stämmen, an aufgeschichteten Stößen von Torf, Holz oder anderen Walderzeugnissen das Zeichen des Waldhammers oder Reissers, die Stamm- oder Stoss- oder Loos-Nummer, Massen, Namen und ähnliche Bezeichnungen vernichtet, unkenntlich macht, nachahmt oder verändert¹⁾;
2. gefällte Stämme oder aufgeschichtete Stöße von Holz, Torf oder Lohrinde beschädigt, umstösst oder der Stützen beraubt.

Waren die unter Nr. 2 gedrohten Handlungen vor-

sätzlich geschehen, so erleiden die Bestimmungen des §. 21 entsprechende Anwendung.

(Vgl. F. St. G. von 1837, §§. 117 bis 119. Pr. Entw. des F. P. G. §. 33.)

Ann. 1. „Die in Nr. 1 aufgeführten Handlungen betreffen nur den Fall, wo das mit dem Waldhammer oder mit dem Reißer zu Zwecken der Forstcultur gemachte Zeichen an stehenden Bäumen, gefällten Stämmen u. oder die an denselben angebrachte Nummer frevelhafter Weise nachgeahmt, verändert oder vernichtet ist. Geschehen diese Handlungen in der Absicht der Täuschung, z. B. um den Anschein zu erwecken, als ob das rechtswidrig gefällte, im Walde liegende Holz forstmäßig gehauen sei, so liegt Urkundenfälschung (R. Str. G. B. §. 267), eintretenden Falls strafbare Vernichtung einer Urkunde vor (R. Str. G. B. §§. 133, 274 Nr. 1), da nach richtiger Ansicht auch das Zeichen des Waldhammers als Urkunde im Sinne jener Paragraphen des R. Str. G. B. aufzufassen ist (vgl. Oppenhoff a. a. O. ad §. 267, Noten 41, 57; abweichend: Ztschr. f. Rechtspf. XX, S. 22 ff.)“ (Mot.). Die Worte „Maßen — Bezeichnungen“ sind auf Antrag der Commission hinzugefügt, weil häufig die Maßen des Materials, die Namen der Käufer und ähnliche Bezeichnungen angegeben zu werden pflegen, deren Vernichtung gleichfalls als strafbar anzusehen ist.

5. Ungebühr bei Abfuhr von Holz oder sonstigen Forstproducten und bei Ausübung von Nutzungsrechten.

§. 31.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft wer aus einem fremden

Walde Torf, Holz oder andere Walderzeugnisse, welche er erworben hat oder zu deren Bezug in bestimmten Massen er berechtigt ist, unbefugt:

1. innerhalb der festgesetzten Zeit fortzuschaffen unterlässt¹⁾;
2. ohne Genehmigung des Forstbeamten oder Forsteigenthümers vor der geschehenen Ueberweisung und, insofern ein Verabfolgezettel²⁾ ausgestellt ist, vor Rückgabe desselben, oder an anderen, als den bestimmten Tagen³⁾ oder Tageszeiten, oder auf anderen, als den bestimmten Wegen⁴⁾ fortschafft, insbesondere bei dem Rücken des Holzes bis an die Ladestellen dasselbe in Ketten hängt, auf diese oder sonstige Weise schleift oder die Holzstücke an Berghängen hinunterstürzt.

(Vgl. F. St. G. von 1837, §§. 109, 127, 128. Pr. Entw. des F. P. G. §. 36.)

Ann. 1. „Das Liegenlassen des Holzes seitens des Käufers über die contractlich bestimmte Zeit hinaus erscheint zwar zunächst als eine Verzögerung in der Erfüllung der Contractspflicht, gegen welche der Verkäufer Schutz durch Conventionalstrafen zu suchen hat, ergiebt sich aber auch zugleich als ein forstpolizeiliches Delict, dessen Bestrafung aus Rücksichten der Forstcultur, namentlich um dadurch den aus der Verbreitung von Borkenkäfern entstehenden Schäden vorzubeugen, erforderlich ist. Nach §. 128 des F. St. G. von 1837 soll zwar, wenn das verkaufte, verwilligte oder zufolge einer gemessenen Berechtigung zustehende Holz über ein Jahr lang nach der Anweisung ohne Genehmigung des Forstbeamten ganz oder theilweise im Walde liegen geblieben war, dessen Verlust zu Gunsten des Forsteigenthümers eintreten; indessen empfahl es sich nicht, eine derartige Bestimmung, da sie rein civilrechtlicher Natur ist, in das gegenwärtige Gesetz, aufzunehmen“ (Mot.).

2. „In Kammer- und Klosterforsten dürfen verkaufte Holzmaterialien und sonstige Waldproducte nach der bestehenden Regel (vgl. die auf das Forstrechnungs- und Kassenwesen bezügliche Instruction v. 27. Juni 1835 §§ 5, 8, 15) nicht eher fortgeschafft werden, als bis die über das betr. Material zc. vom Revierforstbeamten ausgestellten, vom Forsterheber bezw. von der Kreisforstkasse quittirten Rechnungen (Holzzettel, Graszettel zc.) dem Revierbeamten zurückgegeben sind, und daraufhin die Ueberweisung des Holzes erfolgt ist. In Privatforsten, wo dergleichen Verabfolgezettel nicht vorkommen, muß der Fortschaffung des betr. Forstproducts jedenfalls eine Ueberweisung seitens des Forsteigenthümers vorhergehen“ (Mot.).

3. Nach §. 127 des F. St. G. von 1837 wird mit Strafe belegt:

„wer das ihm angewiesene Holz, welches an die Abfuhrwege nicht gerückt ist, und in eingehägten Forstörtern steht, nicht vor dem 15. Mai, alles übrige auf Forstgründe stehende Holz aber nicht vor dem 24. Juni aus der Forst abführt.“

Diese Bestimmung bezieht sich, wie der übrige Inhalt des Paragraphen ergibt, zunächst auf Kammer- und Klosterforsten, findet aber auch auf die der Forstaufsicht unterworfenen Privatforsten Anwendung, jedoch mit der durch §. 35 Abs. 2 des Ges. Nr. 26 v. 30. April 1861 den betreffenden Forstofficianten ertheilten Ermächtigung, die vorgedachten Holzabfuhrtermine auf Ansuchen hinauszurücken, „insofern aus der späteren Abfuhr des Holzes kein Nachtheil für die Forst erwächst.“

4. Zu den Fällen der Wegschaffung des Holzes auf anderen als den bestimmten Wegen gehört namentlich auch das in §. 104 des F. St. G. v. 1837 verbotene Schleifen und Stürzen des Holzes. — Bei allen durch §. 31 verbotenen Handlungen wird übrigens vorausgesetzt, daß nicht etwa entgegenstehende Privatrechte beeinträchtigt werden, wie aus dem Worte „unbefugt“ im Eingange des Paragraphen hervorgeht.

§. 32.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer aus einem fremden Walde an Stelle der ihm vom Forstbeamten oder Forsteigenthümer zugewiesenen Posten von Torf, Holz oder anderen Walderzeugnissen aus Fahrlässigkeit andere als die zugewiesenen Posten fortschafft.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §. 111. Pr. Entw. des F. P. G. §. 37.)

§. 33.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken als Dienstbarkeits- oder Nutzungsberechtigter¹⁾ oder als Pächter:

1. unbefugt seine Berechtigung in nicht geöffneten Districten oder in einer Jahreszeit, in welcher die Berechtigung auszuüben nicht gestattet ist, oder an anderen, als den bestimmten Tagen oder Tageszeiten ausübt, oder sich anderer als der gestatteten Werbungswerkzeuge oder Fortschaffungsgeräthe bedient;
2. den bestehenden Vorschriften oder dem Herkommen oder dem Inhalte der Berechtigung zuwider ohne Legitimationsschein oder ohne Ueberweisung von Seiten des Forstbeamten oder des Forsteigenthümers die Gegenstände der Berechtigung sich aneignet;
3. die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit bei Ausübung von Waldberechtigungen erlassenen Vorschriften übertritt.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 38.)

Anm. 1. „Der Paragraph enthält im Interesse des Forstschutzes allgemeine Strafbestimmungen bezüglich der bei Ausübung der Waldnutzungsrechte begangenen unerlaubten Handlungen, soweit dieselben nicht schon bei §. 31 Nr. 2 berührt sind. Hierhin gehören insbesondere auch Forstweideservituten, Mastgerechtsame, Berechtigung zum Laub- und Streuharken, Feseholzberechtigung und Holznutzungsrechte aller Art, welche auf Grund der Zugehörigkeit zu einer Gemeinde, Körperschaft, Genossenschaft u. ausgeübt werden. Alle diese Rechte, soweit sie überhaupt noch bestehen und nicht bereits abgelöst wurden, müssen so ausgeübt werden, daß sie der Forstcultur nicht schädlich werden können (vgl. Gemeinheitstheilungsordn. v. 20. Dec. 1834, §. 103); für den Fall der Zuwiderhandlung rechtfertigen sich daher die angedrohten Strafen. — Die einzelnen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit bei Ausübung der Waldberechtigung nothwendigen Vorschriften können hier natürlich nicht angegeben werden; ebensowenig, welche Werkzeugzeuge oder Fortschaffungsgeräthe gestattet sind; maßgebend sind dafür die bestehenden polizeilichen Bestimmungen oder auch der Ortsgebrauch oder das bestehende Herkommen. Daß z. B. Aerte, Beile, Sägen und ähnliche Werkzeuge bei Ausübung einer Feseholzberechtigung nicht gebraucht werden dürfen, wurde bereits in §. 27 Anm. 1 hervorgehoben (vgl. auch Scholz, Jur. Mag. N. F. I, S. 30). Ebenso beschränkt der §. 40 des F. St. G. von 1837 die Ausübung der Feseholzberechtigung durch das Verbot des Feseholzsammelns an anderen als den bestehenden Holztagen, sowie durch das Verbot, ohne Erlaubniß trockene Nester von stehenden Bäumen abzureißen“ (Mot.).

§. 34.

Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken:

1. bei Ausübung einer Waldnutzung den Legitimationsschein, den er nach den bestehenden Vorschriften, nach dem Herkommen oder nach

dem Inhalt der Berechtigung lösen muss, nicht bei sich führt¹⁾);

2. den auf Grund von Gesetzen oder landesherrlichen Verordnungen erlassenen polizeilichen Vorschriften über das Einsammeln von Früchten, Kräutern, Beeren und Pilzen, mit Ausnahme der Trüffeln, zuwiderhandelt²⁾).

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 39.)

Anm. 1. Die Vorschrift ist im Interesse der Durchführung einer wirksamen Controle bei Ausübung des Waldbutzungsrechts aus Zweckmäßigkeitsrücksichten gegeben: wo die Verpflichtung zur Lösung eines Legitimationscheins besteht, wie z. B. in den Kammer- und Klosterforsten zum Feseholzsammeln, Grasholen, Buchfegen und dergleichen, macht der Nutzungsberechtigte sich strafbar, wenn er den Schein bei Ausübung der Berechtigung nicht bei sich führt.

2. Die Vorschrift unter Nr. 2 entspricht der des §. 14 Absatz 2 (vgl. Anm. 6 ad h. l.). Das unbefugte Sammeln der bezeichneten Waldproducte sollte nur aus forstpolizeilichem Gesichtspunkte, nicht aus dem des Forstdiebstahls gestraft werden. Da jedoch auf Antrag der Commission in §. 14 Abs. 2 bei den Früchten Buch und Eichen, bei den Beeren die Vogelbeeren ausdrücklich ausgenommen sind, deren Entwendung vielmehr mit der Strafe des Forstdiebstahls geahndet werden soll, so hätte an sich auch der §. 34 Nr. 2 eine veränderte Redaction erhalten müssen. Obwohl dies nicht geschehen ist, wird dieser Paragraph doch im Sinne des bezeichneten §. 14 Abs. 2 restrictiv zu interpretiren sein.

§. 35.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer Walderzeugnisse, die er als Dienstbarkeits- oder Nutzungsberechtigter, ohne auf ein bestimmtes Mass beschränkt zu sein¹⁾, ledig-

lich zu seinem eigenen Bedarf zu entnehmen berechtigt ist, oder die er in Folge einer Verwilligung frei oder gegen herabgesetzten Preis erhalten hat²⁾, veräußert oder auf eine andere der Berechtigung oder dem Zwecke der Verwilligung nicht entsprechende Weise verwendet³⁾.

Die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über den Verlust oder die zeitliche Einschränkung der Berechtigung im Falle ordnungswidrigen Gebrauchs derselben werden durch vorstehende Bestimmung nicht berührt⁴⁾.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §§. 129, 131 Abs. 1 u. 4. Pr. Entw. des F. P. G. §. 40.

Ann. 1. „Der §. 129 des F. St. G. v. 1837, indem er ohne Unterscheidung, ob die Holzberechtigung fixirt oder unbestimmt war, die Veräußerung des berechtigungsweise empfangenen Holzes mit Strafe bedrohte, hatte civilrechtliche und öffentlich-rechtliche Gesichtspunkte vermischt. Denn sobald die rechtliche Basis der Holzverabreichung eine Berechtigung ist, erscheint die Art der Verwendung an sich nur als eine Modalität der Ausübung, an deren Beobachtung der Forsteigenthümer ein privatrechtliches Interesse haben, dessen Beobachtung er daher durch Conventionalstrafen erzwingen kann. Ein öffentliches Interesse kann nur da anerkannt werden, wo die Holzabgabe zufolge einer ungemessenen Berechtigung oder verwilligungsweise, also unter Umständen erfolgte, wo aus der Veräußerung des nur zu eigenem Bedarf Empfangenen die Gefahr einer Schädigung des Waldes und die Besorgniß der Verübung von Forstdiebstählen entsteht; wie namentlich in dem Falle, wenn das Holz zur Unterstützung Armer und Hilfsbedürftiger abgegeben ist. Auch verfuhr das frühere F. St. G. inconsequent, indem es im Uebrigen die ordnungswidrige Verwendung auch der fixirten Holzabgabe mit Strafe bedrohte und doch wieder die Holzdeputate der Geistlichen, Kirchen- und Schulbeamten ausnahm, während doch nicht einzusehen ist, weshalb nur auf diese allein und nicht auf andere Personen der der Straf-

androhung unterliegende Grund keine Anwendung finden soll. Es war daher erforderlich, den Mißbrauch der lediglich zum eigenen Bedarf zu beziehenden Walderzeugnisse nur da unter Strafe zu stellen, wo eine Beschränkung auf ein bestimmtes Maß nicht besteht“ (Mot.).

2. Das Gesetz unterscheidet zwischen denjenigen Walderzeugnissen, welche zufolge eines nicht auf ein bestimmtes Maß beschränkten Dienstbarkeitsrechts oder Nutzungsrechts und denen, welche verwilligungsweise geliefert sind, mag letzteres unentgeltlich oder (wie namentlich bei den Verwilligungen aus den herrschaftlichen Forsten an die Staatsangehörigen in Folge älterer landesherrlicher Verheißungen) gegen eine Beneficialtaxe, s. g. Unterthanentaxe, geschehen sein. Zu den Walderzeugnissen gehört das Bau-, Nutz-, Geräthe-, Brennholz, auch Leseholz, ferner Kohlen und trockene Nadelholzzapfen.

3. „Die Veräußerung ist im weitesten Sinne zu verstehen; sie umfaßt außer dem Verkauf auch die Verpfändung, Vertauschung, Verschenkung und dergleichen. Der Veräußerung ist die Verwendung zu anderen als den bestimmungsmäßigen Zwecken, z. B. des Nutzholzes als Brennholz, des Bauholzes als Nutzholz, gleichgestellt*) (vgl. F. St. G. v. 1837, §. 131 Abs. 1 und 4). In dem Commissionsberichte vom 15. März 1870 (Verh. des 13. ordentl. Landt. Anl. 99, S. 14) war vorgeschlagen, auch schon denjenigen für strafbar zu erklären, „welcher dergleichen Material auf einem anderen Wege als dem vom Abgabeorte nach dem Orte der rechtmäßigen Verwendung führenden, ohne erweisliche Gründe fortzuschafft oder fortzuschaffen läßt oder die zur Empfangnahme von dergleichen Holz oder Kohlen gelösten Anweisungsettel Anderen überläßt.“ Das letztere wird ohne Zweifel als ein Act der Veräußerung des Holzes oder der Kohlen angesehen werden, ohne daß es jedoch

*) In Betreff der zur Controle der ordnungsmässigen Verwendung des gelieferten Holzes vorgeschriebenen Revisionen s. die Kammerrescripte v. 16. Sept. 1822, 4. und 21. März 1825, 24. Sept. 1828 (bei Bege, Rep. III, S. 107, 126. I, S. 85. III, S. 153).

dieserhalb einer ausdrücklichen Erwähnung bedürfte; dagegen erschien es bedenklich, auch schon den Transport des Holzes auf Wegen, welche vom Orte des rechtmäßigen Verbrauches abführen, unter Strafe zu stellen und damit ein bloßes Indicium für die Verübung eines Forstfrevels zu einem selbstständigen Delicte zu gestalten“ (Mot.).

4. Vgl. §. 38, Anm. 1.

§. 36.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer Bauholz¹⁾, das er als Dienstbarkeits- oder Nutzungsberechtigter oder in Folge einer Verwilligung frei oder gegen herabgesetzten Preis aus Forsten erhalten hat, innerhalb zweier Jahre, vom Tage der Ueberweisung angerechnet, oder in einer von dem Forsteigenthümer vorher ausdrücklich verlängerten Frist nicht verwendet²⁾.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §. 130.)

Anm. 1. „Der Paragraph bezieht sich ausschließlich auf Bauholz (und das demselben gleichstehende, zu Bauten, z. B. Thüren, Fenstern, Treppen u. verwandte Nutzholz), welches zufolge einer Berechtigung oder verwilligungsweise, und zwar, nachdem der Anspruch auf ein im Voraus fixirtes Maß abgelöst worden, nach dem Bedarf, also mit unbestimmtem Maße abgegeben wird“ (Mot.).

2. War der Empfänger von Berechtigungs-Bauholz durch erhebliche Umstände am Verbau innerhalb des festgesetzten zweijährigen Zeitraums gehindert, so hat derselbe zeitig vor Ablauf dieses Zeitraums bei dem betr. Oberforstbeamten um Bewilligung einer ferneren angemessenen Frist nachzusuchen (Bekanntm. der Forstdir. v. 20. April 1843, in Bege, Rep. V, S. 47).

§. 37.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer Bauholz als Dienstbarkeits- oder Nutzungsberechtigter oder in Folge einer Verwilligung frei oder gegen herabgesetzten Preis aus Forsten erhalten, aber zur Vollendung des Baues nicht vollständig gebraucht und es unterlassen hat, davon dem Forsteigenthümer innerhalb vierzehn Tagen nach vollendeter Aufzimmerung Anzeige zu machen und das nicht verwendete Holz zu dessen Verfügung zu stellen¹⁾.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §. 131 Abs. 2.)

Anm. 1. „Während der §. 36 den Fall behandelt, wo das zufolge der Berechtigung oder verwilligungsweise gelieferte Bauholz überall nicht zur Verwendung gekommen ist, spricht der gegenwärtige Paragraph von dem Falle, wenn zwar der Gebrauch des Bauholzes stattgefunden hat, dasselbe jedoch nicht vollständig verbraucht und das übriggebliebene nicht innerhalb 14 Tagen nach vollendeter Aufzimmerung zur Disposition des Forsteigenthümers gestellt ist, ein Fall, der, weil dadurch wesentlich nur die Versäumung einer Anzeige gestraft werden soll, geringerer Strafe unterliegen muß, als wenn Jemand sich Holz zum Bau aus der Forst hat verabsorgen lassen, ohne den Bau überhaupt unternommen zu haben“ (Mot.).

§. 38.

In den Fällen der §§. 36 und 37 kann der Forsteigenthümer verlangen, dass der Holzempfänger das zum Bau überhaupt nicht oder nicht vollständig verwendete Holz gegen Erstattung des Werthes, beziehungsweise der Werthdifferenz behalte¹⁾.

Der Werth wird nach der Forsttaxe berechnet²⁾.

Anm. 1. „Die civilrechtlichen Folgen, welche für die Be-
 richtigung selbst aus dem ordnungswidrigen Gebrauche des Dienst-
 barkeits- oder Nutzungsrechts sich ergeben und theilweise im F.
 St. G. v. 1837, §. 130 und 131 berührt werden, sind aus dem
 gegenwärtigen Gesetze fortgelassen, da sie durch letzteres überall
 nicht betroffen werden, vgl. auch §. 35 Abs. 2. Nur schien es
 zweckmäßig, die — übrigens schon aus den civilrechtlichen Grund-
 sätzen über das Interesse sich ergebende — Bestimmung beizufügen,
 daß der Forsteigenthümer, da er regelmäßig das überhaupt nicht
 oder nicht vollständig verwendete Bauholz nicht wird verwerthen
 können, statt dessen das Geldäquivalent soll verlangen dürfen“
 (Mot.).

2. Der Absatz 2 beruht auf einem Antrage der Commission,
 welche, da der Werth des Bauholzes ein relativer ist und sich nach
 Conjecturen richtet, die im Verlaufe weniger Monate sehr wechseln
 können, einen festen Anhalt für die Schätzung des Werthes zu
 geben wünschte.

6. Feuergefährliche Handlungen in Forsten.

§. 39.

Mit Geldstrafe bis zu funfzig Mark oder mit Haft bis
 zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer

1. mit unverwahrtem Feuer oder Licht den Wald
 betritt oder sich demselben mit dergleichen in
 gefahrbringender Weise nähert¹⁾;
2. im Walde brennende oder glimmende Gegen-
 stände fallen und, ohne sie zu löschen, liegen
 lässt, fortwirft oder unvorsichtig handhabt²⁾;
3. abgesehen von den Fällen des §. 368, Nr. 6 des
 Reichsstrafgesetzbuches*), im Walde oder in

*) §. 368, Nr. 6: „Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder
 mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:

gefährlicher Nähe desselben im Freien, in Kammer- und Klosterforsten ohne Erlaubniss des zuständigen Forstbeamten, in anderen Forsten des betreffenden Localpolizeibeamten, Feuer anzündet oder das gestatteter Massen angezündete Feuer gehörig zu beaufsichtigen oder auszulöschen unterlässt³⁾;

4. abgesehen von den Fällen des §. 360 Nr. 10 des Reichsstrafgesetzbuches**), bei Waldbränden von dem zum Forstschatze berechtigten Beamten zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte⁴⁾.

(Vgl. R. St. G. von 1837, §§. 121 bis 123. Pr. Entw. des R. St. G. §. 42.)

Anm. 1. Der §. 39 Nr. 1 entspricht dem §. 368 Nr. 5 des R. Str. G. B., welcher sich jedoch nur auf „Scheunen, Ställe, Böden oder andere Räume, welche zur Aufbewahrung feuerfangender Sachen dienen,“ bezieht. — Die Commission hatte beantragt, bei dieser Nummer das Wort „unbefugt“ beizufügen, weil Köhler und Walдарbeiter sich bei nächtlichen Gängen zu ihren oft weit entfernt liegenden Arbeitsstellen der Fackeln bedienten, derselben auch bei den oft völlig finsternen Gängen in unwegsamen Forsten nicht

b. wer an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Haiden oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen Feuer anzündet.“

**)

§. 360, Nr. 10.

„Mit Geldstrafe bis zu einhundertfunfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

10. wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte.“

entbehren könnten, und daß somit die gedrohte Strafbestimmung für diese Personen nicht gerechtfertigt sei. Indes wurde sowohl dieser Antrag, als der später gestellte, statt „unbefugt“ zu sagen: „ohne Erlaubniß des Forstbesizers oder des zum Forstschutze Berechtigten“ regierungsseitig namentlich deshalb bekämpft, weil es sich hierbei nicht um eine Rechts-, sondern um eine polizeiliche Frage handle, über welche der Forsteigenthümer nicht zu befinden habe, und sodann von der Commission nach nochmaliger Verathung mit dem Bemerken zurückgezogen, daß der von ihr vorausgesetzte Fall richtiger unter die Nr. 3 des gegenwärtigen Paragraphen zu subsumiren, und daher der Gebrauch der Fackeln seitens der gedachten Personen von der Genehmigung des Forst- bzw. Polizeibeamten abhängig sei (Verh. des 16. ord. Landt., S. 84, 85, 87).

2. Die Vorschrift unter Nr. 2 betrifft namentlich das gefährliche Wegwerfen glimmender Cigarren und Streichhölzer, wodurch häufig Waldbrände entstehen; vgl. Ges. v. 22. Dec. 1876 (Nr. 3 de 1877) §. 1, II, Nr. 14 (s. auch Verordnungssaml. de 1877, S. 125).

3. „Nr. 3 bildet eine nothwendige Ergänzung zu §. 368 Nr. 6 des R. Str. G. B., welcher nur das Anzünden des Feuers an gefährlichen Stellen in Wäldern straft, während es erforderlich war, überhaupt das Anzünden eines Feuers in Forsten oder in gefährlicher Nähe derselben im Freien von der Genehmigung des Lokalpolizeibeamten (Landgemeindeordn. §. 127), bzw. in Kammer- und Klosterforsten von der des Forstbeamten abhängig zu machen. Wann eine gefährliche Nähe des Waldes anzunehmen sei, ist nach den lokalen Verhältnissen, der Witterung, Windrichtung und dergleichen zu entscheiden“ (Mot.).

4. „Nr. 4 enthält eine Erweiterung des §. 360 Nr. 10 des R. Str. G. B. insofern, als bei Waldbränden nicht nur die Polizeibehörde und deren Stellvertreter, sondern auch der zum Forstschutz berechnete Beamte soll beanspruchen dürfen, daß seiner Aufforderung zur Hülfeleistung Folge gegeben werde“ (Mot.).

§. 40.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft¹⁾, wer im Walde oder in gefährlicher Nähe desselben:

1. in Kammer- und Klosterforsten ohne Erlaubniss des zuständigen Forstbeamten, in anderen Forsten des betreffenden Localpolizeibeamten, Kohlenmeiler errichtet;
2. Kohlenmeiler anzündet, ohne dem Localpolizeibeamten oder in Kammer- oder Klosterforsten dem Forstbeamten Anzeige gemacht zu haben;
3. brennende Kohlenmeiler zu beaufsichtigen unterlässt;
4. aus Meilern Kohlen auszieht oder abfahren lässt, ohne dieselben gelöscht zu haben;
5. Kohlen abfährt, ohne mindestens fünf Liter Wasser mit sich zu führen²⁾.

(Vgl. F. St. G. v. 1837, §. 124. Pr. Entw. des F. St. G. §. 43.)

Anm. 1. „Der Paragraph bedroht das unbefugte Errichten und Anzünden eines Kohlenmeilers in Wäldern oder in gefährlicher Nähe derselben, die mangelnde Aufsicht über den brennenden Kohlenmeiler, sowie das Ausziehen und Abfahren ungelöschter Kohlen*). Diese Bestimmungen, theilweise schon im Forststrafdirectorium v. 5. Mai 1815 §§. 67 bis 72 enthalten, vervoll-

*) Die §§. 39 und 40 enthalten natürlich nur einzelne für Forsten feuergefährliche Handlungen; im Uebrigen entscheidet das R. Str. G. B. und die Landesgesetze, namentlich das oben cit. Ges. Nr. 3 de 1877. In Betreff der Entfernung neuer Bauten von Waldungen verweist der §. 28 der Bauordnung vom 15. Juni 1876 auf etwa erlassene Statute oder auf die im einzelnen Falle von der Polizeibehörde getroffene Bestimmung.

ständigen die in den §§. 121 und 124 des F. St. G. v. 1837 und in dem Gesetze v. 22. Dec. 1876 (Nr. 3 de 1877) §. 1, II, Nr. 13 (s. auch VD.-G. de 1877, S. 125) nur vereinzelt und in ungenügender Weise gegebenen Vorschriften“ (Mot.).

2. Nr. 5 ist auf Antrag der Commission hinzugefügt. Während Nr. 4 die Köhler betrifft, welchen die Verpflichtung obliegt, den Meiler zu löschen, bevor die Kohlen ausgezogen und abgefahren werden, sollen durch Nr. 5 die Kohlenfuhrleute zur Vorsicht angehalten, und die Gefahren abgewendet werden, welche für den Wald dadurch entstehen, daß die aufgeladenen Kohlen von Neuem zu brennen anfangen, ohne daß Löschmittel bei der Hand sind. Eine ähnliche Vorschrift befand sich bereits in §. 115 des F. St. G. v. 1837.

7. Besondere Bestimmungen in Betreff der Fabrikation von Zündhölzern*).

§. 41.

Mit Geldstrafe bis zu dreissig Mark oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft, wer die Fabrikation von Zündhölzern oder einzelne zu deren Fabrikation erforderlichen Arbeiten, insbesondere die Vorrichtung roher Zündhölzer für eigene Rechnung betreiben will und es unterlässt:

1. diejenigen seiner Gehülfen und Arbeiter, welche ausserhalb seiner Fabrikräume oder Arbeits-

*) Die §§. 41 bis 46 reproduciren im Wesentlichen, theilweise mit Veränderung der Redaction, das Gesetz Nr. 39 vom 29. Mai 1868, die Unterdrückung von Holzentwendungen zum Zwecke der Fabrikation von Zündhölzern betr., welches sich als eine Ergänzung des F. St. G. von 1837 ankündigt. Die Strafbestimmungen sind denen des gegenwärtigen Gesetzes angepaßt.

stätten mit Anfertigung von Zündhölzern oder mit einzelnen dabei vorkommenden Arbeiten, namentlich Vorrichtung roher Zündhölzer beschäftigt werden sollen, binnen 24 Stunden nach deren Annahme dem zuständigen Revierforstbeamten namhaft zu machen und demselben deren Arbeitsstätten zu bezeichnen;

2. die angemeldeten Gehülfen oder Arbeiter vor Uebergabe von Holzmaterial zur Bearbeitung ausserhalb der Fabrikstätte mit einem Contobuche zu versehen, in welchem neben Bezeichnung der Fabrik und des Gehülfen oder Arbeiters die demselben zur Verarbeitung überlieferten einzelnen Holzmengen, mit Angabe des Tages der Hingabe, der Mengen des zurückgelieferten verarbeiteten Holzes und des Rücklieferungstages unter Beisetzung der Unterschrift des Arbeitgebers oder dessen Geschäftsführers oder des Fabrikstempels, zu verzeichnen sind;
3. die unter Nr. 2 gedachten Eintragungen in dem daselbst erwähnten Contobuch ordnungsmässig und der Wahrheit gemäss vorzunehmen;
4. über den Erwerb derjenigen Holzvorräthe, welche zur Fabrikation von Zündhölzern geeignet sind, imgleichen über den im Wege des Handels erforderlichen Erwerb roher Zündhölzer, unter Bezeichnung der Menge und des Veräusserers, binnen 24 Stunden nach dem Empfange dem zuständigen Revierforstbeamten schriftliche Anzeige zu machen.

§. 42.

Mit Geldstrafe bis zu dreissig Mark oder mit Haft bis zu Einer Woche werden bestraft Zündholzfabrikanten und Alle, welche einzelne Fabrikationsarbeiten, namentlich die Anfertigung roher Zündhölzer, für eigene Rechnung betreiben, wenn dieselben:

1. zur Fabrikation von Zündhölzern geeignetes Material erwerben, ohne sich über den rechtmässigen Besitz des Veräusserers vergewissert zu haben;
2. von Gehülfen oder Arbeitern ausserhalb ihrer Fabrik- oder Arbeitsstätte rohe Zündhölzer annehmen, ehe die Gehülfen oder Arbeiter und deren Arbeitsstätten dem Revierforstbeamten angezeigt sind (§. 41 Nr. 1);
3. Gehülfen oder Arbeitern, welche dem Revierforstbeamten nicht namhaft gemacht sind, Holz übergeben, um solches ausserhalb der Fabrik- oder Arbeitsstätte des Arbeitgebers zu Zündhölzern zu verarbeiten.

In den Fällen der Nr. 1 und 2 tritt neben der Geldstrafe oder Haft Einziehung des Materials ein.

§. 43.

Wird in dem Gewahrsam eines zum Betriebe einer Zündholzfabrik oder einzelner Zweige der Fabrikation nicht Berechtigten Holz gefunden, welches

entweder zu rohen Zündhölzern frisch verarbeitet, oder in der Verarbeitung zu solchen begriffen ist, oder nach seiner Beschaffenheit zur Zündholz-

fabrikation sich eignet und in eine solche Form gebracht ist, welche die Verarbeitung zu rohen Zündhölzern erfordert,

so ist gegen den Inhaber auf Einziehung des gefundenen Holzes zu erkennen, sofern er sich über dessen redlichen Erwerb nicht ausweisen kann.

Dasselbe ist der Fall hinsichtlich derjenigen Gewerbegehülften und Arbeiter, welche, ohne bei dem Revierforstbeamten angemeldet zu sein (§. 41 Nr. 1), in ihren eigenen Räumen im Auftrage Anderer Holz zur Zündholzfabrikation verarbeiten, wenn in ihrem Gewahrsam Holz von der obenbeschriebenen Art gefunden wird, über dessen redlichen Erwerb sie sich nicht ausweisen können.

§. 44.

Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft derjenige Fabrikarbeiter:

1. welcher bei dem Transporte des von ihm für die Fabrik verarbeiteten oder zu verarbeitenden Holzes das im §. 41 Nr. 2 erwähnte Contobuch nicht bei sich führt;
2. in dessen Gewahrsam Holz von der im §. 43 bezeichneten Beschaffenheit gefunden wird, über dessen redlichen Besitz derselbe sich zwar auszuweisen vermag, das jedoch in seinem Contobuche als ihm zur Bearbeitung überliefert nicht eingetragen ist.

§. 45.

Der Revierforstbeamte und dessen Vertreter sind befugt, zum Zwecke der Verzeichnung und Revision der Holzvorräthe, und um dieselben mit dem Waldhammer

zu zeichnen, am Tage jederzeit die Fabrik- und Lager-
räume der Zündholzfabrikanten, sowie die Wohnungs-
räume, Arbeitsstätten und Lagerplätze derjenigen Personen
zu betreten, welche für einen Fabrikanten oder auf eigene
Rechnung oder im Auftrage Anderer die Anfertigung
von Zündhölzern oder die Verarbeitung von Holz für
solchen Zweck betreiben.

Wer dem betreffenden Beamten oder dessen Ver-
treter den Zutritt in die Gebäude und deren einzelne
Räume und auf die Lagerplätze verweigert oder versperrt,
wird mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft
bis zu vierzehn Tagen bestraft.

§. 46.

Die Bestimmungen der §§. 41 bis 45 finden nur auf
die Amtsgerichtsbezirke Hasselfelde und Walkenried und
auf diejenigen Landestheile, auf welche diese Bestim-
mungen künftig von der Herzoglichen Landesregierung
im Wege der Verordnung werden ausgedehnt werden,
Anwendung.

Dritter Titel.

S t r a f v e r f a h r e n .

§. 47.

Für die Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz sind die Amtsgerichte zuständig. Dieselben verhandeln und entscheiden, sofern nicht einer der Fälle der §§. 17 und 18 vorliegt, ohne die Zuziehung von Schöffen ¹⁾).

Das Amt des Amtsanwalts kann verwaltenden Forstbeamten übertragen werden ²⁾).

(Vgl. Pr. G. O. §. 19 Abs. 1 u. 2).

Anm. 1. „Das Gesetz macht von der in §. 3 Abs. 3 des Einf. G. z. D. St. P. O.:

„Die Landesgesetze können anordnen, dass Forst- und Feldrügésachen durch die Amtsgerichte in einem besonderen Verfahren, sowie ohne Zuziehung von Schöffen verhandelt und entschieden werden.“

gegebenen Befugniß Gebrauch, indem es die Amtsgerichte, zu deren Competenz die Forstwrogen ohne Rücksicht auf den Betrag der Strafe schon bisher gehörten (Gerichtsverfassungsgef. vom 21. Aug. 1849 §. 18), auch ferner zur Verhandlung über die Forstfrevel für zuständig erklärt, und zwar ohne Zuziehung von Schöffen. Die letztere Bestimmung enthält allerdings eine Abweichung von §. 211 Abs. 2 der D. St. P. O., welcher die Verhandlung und Entscheidung des Amtrichters ohne Zuziehung von Schöffen nur bei Uebertretungen und auch dann nur

gestattet, wenn der Beschuldigte vorgeführt wird, geständig ist und die Staatsanwaltschaft zustimmt. Indessen rechtfertigt sich diese Abweichung theils wegen der großen Zahl von Forstfreveluntersuchungen, deren Zuweisung an die Schöffengerichte zu einer großen Belästigung der zum Schöffenamte berufenen Staatsbürger führen würde, theils durch die Rücksicht auf möglichst rasche Erledigung dieser Untersuchungen. Nur in den Fällen der §§. 17 und 18 soll wegen der Höhe der möglicher Weise zu erkennenden Strafen vor dem Schöffengerichte (D. G. B. G. §. 25 ff.) verhandelt werden“ (Mot.). In Betreff der Zusammensetzung der Berufungskammern s. §. 62.

2. Wegen der *Amtsanwälte* im Allgemeinen vgl. D. G. B. G. §§. 143 Nr. 3, 145, 146 Abs. 2, 147, 148, 151 bis 153 und das Ausf. Ges. z. D. G. B. G. v. 1. April 1879 §. 56. — Ueber die Befugniß des *Amtsanwalts* zur Vornahme von *Beschlagnahmen* und *Hausdurchsuchungen* in Forststrafsachen s. §. 68. Ueber dessen Befugniß zu vorläufiger *Festnahme* entscheiden die §§. 127 und 128 der D. St. P. O.:

Während hiernach Jedermann zu vorläufiger Festnahme (auch ohne richterlichen Befehl) des auf frischer That Betroffenen oder Verfolgten befugt ist, wosern derselbe der Flucht verdächtig ist, oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann, sind die Beamten der Staatsanwaltschaft (also auch die *Amtsanwälte*) und alle Polizei- und Sicherheitsbeamten (nicht blos diejenigen, welche Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind; s. darüber unten §. 68 Anm.) zu vorläufiger Festnahme auch dann befugt, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls vorliegen und Gefahr im Verzuge ist.

Der richterliche Haftbefehl setzt zunächst dringende Verdachtsgründe, sodann Fluchtverdacht oder Besorgniß der Collusion voraus. Ist aber die That nur mit Haft oder Geldstrafe bedroht, so kann der Haftbefehl nur wegen Fluchtverdachts erlassen werden, und muß dann noch hinzukommen, daß der Thäter entweder

- a. unter Polizeiaufsicht steht, oder
- b. ein Heimathloser oder Landstreicher ist oder sich über seine Person nicht ausweisen kann, oder
- c. ein Ausländer (Nicht-Deutscher) ist, von dem angenommen werden darf, daß er der gerichtlichen Ladung oder dem Urtheile nicht Folge leisten werde (D. St. P. O. §§. 112, 113).

In allen Fällen muß der Festgenommene, sofern er nicht wieder in Freiheit gesetzt wird, dem Amtsrichter des Bezirks, in welchem die Festnahme erfolgt ist, vorgeführt werden.

Ob die Functionen eines Amtsanwalts in Forststrafsachen, wie bisher, dem Forstmeister, oder ob sie dem Oberförster oder beiden zu übertragen sind, unterliegt der Entscheidung der Landesjustizverwaltung. Der gegenwärtige Paragraph bezeichnet nur die Befugniß der Landesregierung, die fr. Geschäfte einem verwaltenden Forstbeamten zu übertragen. — Für die Zuständigkeit des Amtsanwalts im einzelnen Falle ist entscheidend die Zuständigkeit des Gerichts, bei welchem er angestellt ist (§. 49). Da jedoch die Grenzen eines Oberforstes, ja sogar die eines Forstreviers nicht mit den Grenzen der Amtsgerichtsbezirke zusammenfallen, so kann ein und derselbe Forstbeamte bei mehreren Amtsgerichten als Amtsanwalt fungiren.

§. 48.

Für das Verfahren gelten, soweit nicht in diesem Gesetze abändernde Bestimmungen getroffen sind, die Vorschriften der Deutschen Strafprocessordnung über das Verfahren vor den Schöffengerichten ¹⁾.

(Vgl. Pr. F. O. §. 20).

Anm. 1. „Für das Verfahren in Forstfreveluntersuchungen gelten in erster Linie die Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes, sodann die Bestimmungen der D. St. P. O. über

das Verfahren in schöffengerichtlichen Sachen. Hierhin gehören neben den allgemeinen, für alle Arten des Verfahrens gegebenen Vorschriften der D. St. P. O., namentlich auch die Sonderbestimmungen, welche dieselbe speciell für das schöffengerichtliche Verfahren enthält; vgl. z. B. §§. 140, 176 Abs. 3, 198, 199 Abs. 4, 207 Abs. 2, 211, 244 Abs. 2, 264 Abs. 3 und 5, 270 Abs. 4.

Wird die Entscheidung über die Strafbarkeit der Handlung durch die Beurtheilung eines bürgerlichen Rechtsverhältnisses bedingt, behauptete z. B. der Beschuldigte, zu der ihm als Weidewerdel zur Last gelegten Handlung Kraft dinglichen Rechts berechtigt zu sein, so bewendet es bei der Vorschrift des §. 261 der D. St. P. O., wonach auch der Strafrichter das bürgerliche Rechtsverhältniß selbst beurtheilen, aber auch unter Aussetzung des Strafverfahrens die Entscheidung von dem Urtheil des Civilgerichts abhängig machen und zu dem Ende einem der Betheiligten zur Erhebung der Civilklage eine Frist bestimmen darf“ (Mot.).

§. 49.

Der Gerichtsstand ist nur bei demjenigen Amtsgerichte begründet, in dessen Bezirke die Zuwiderhandlung begangen ist ¹⁾.

Ist der Ort der begangenen Zuwiderhandlung nicht zu ermitteln, oder ist die Zuwiderhandlung ausserhalb des Braunschweigischen Staatsgebietes begangen, so bestimmt sich der Gerichtsstand nach den Vorschriften der Deutschen Strafprocessordnung ²⁾.

In den Fällen der §§. 19 und 43 ist der Gerichtsstand bei demjenigen Amtsgerichte begründet, in dessen Bezirke das Holz, das Harz oder die aus dem Holz gefertigten Gegenstände gefunden worden sind ³⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 21.)

Ann. 1. Nach bisherigem Recht (Braunschw. St. P. O. §. 12) war im Strafverfahren das Gericht des Orts der begangenen That und das Gericht des Wohnsitzes des Thäters gleichberechtigt; unter beiden entschied Prävention. Dasselbe Princip liegt auch den Bestimmungen der §§. 7 und 8 der D. St. P. O. zu Grunde. Dagegen wird durch das gegenwärtige Gesetz aus Zweckmäßigkeitsgründen als Regel die ausschließliche Geltung des Gerichtsstandes ausgesprochen, in dessen Bezirk die Zuwiderhandlung begangen wurde.

2. Wenn der Ort der That nicht ermittelt werden kann, oder wenn derselbe außerhalb des Herzogthums liegt, so tritt eine Ausnahme von der in Absatz 1 enthaltenen Regel ein. Für diese Fälle soll nämlich die Zuständigkeit des Gerichts nach dem Wohnsitz oder dem gewöhnlichen Aufenthaltsort des Angeschuldigten oder auch nach dem Ort der Ergreifung desselben bestimmt werden. Die in dieser Hinsicht maßgebenden §§. 8 und 9 der D. St. P. O. lauten wie folgt:

§. 8.

„Der Gerichtsstand ist auch bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk der Angeschuldigte zur Zeit der Erhebung der Klage seinen Wohnsitz hat.

Hat der Angeschuldigte einen Wohnsitz im Deutschen Reiche nicht, so wird der Gerichtsstand auch durch den gewöhnlichen Aufenthaltsort und, wenn ein solcher nicht bekannt ist, durch den letzten Wohnsitz bestimmt.“

§. 9.

„Wenn die strafbare Handlung im Auslande begangen und ein Gerichtsstand in Gemässheit des §. 8 nicht begründet ist, so ist dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk die Ergreifung erfolgt. Hat eine Ergreifung nicht stattgefunden, so wird das zuständige Gericht vom Reichsgerichte bestimmt.

Gleiches gilt, wenn eine strafbare Handlung im Inlande begangen ist, jedoch weder der Gerichtsstand der begangenen That, noch der Gerichtsstand des Wohnsitzes ermittelt ist.“

„Der Absatz 2 stimmt danach mit dem Princip überein, welches den mit den Nachbarstaaten geschlossenen Conventionen zur Verhütung der Forstfrevel in den Grenzwaldungen (Convention mit Preußen v. 7. Febr. 1827 [B. D. S. Nr. 4] und Gef. Nr. 5 v. 25. Febr. 1839; Convention mit Anhalt-Bernburg v. 22. Sept. 1846 [B. D. S. Nr. 34] zu Grunde liegt, wonach die von den diesseitigen Staatsangehörigen in den Gebieten jener Staaten begangenen Forstfrevel ebenso zu bestrafen sind, als wären sie innerhalb des Braunschweigischen Staatsgebietes begangen“ (Mot.).

3. „Die Vorschrift des dritten Absatzes war nöthig, wenn nicht nach §. 477 der D. St. P. O. in einer für diesen Fall unzumuthigen Weise der Gerichtsstand nach dem Wohnsitz oder dem Aufenthaltsort des Holzinhabers, erforderlichen Falls unter Feststellung des Reichsgerichts, bestimmt werden sollte“ (Mot.).

§. 50.

In dem Verfahren vor dem Amtsgerichte werden sämtliche Zustellungen durch den Amtsrichter unmittelbar veranlasst¹⁾. Die Formen für den Nachweis der Zustellungen werden durch die Landesjustizverwaltung bestimmt²⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 22.)

Anm. 1. Während Zustellungen in Strassachen regelmäßig durch Vermittelung der Staatsanwaltschaft erfolgen, bestimmt der §. 36 Abs. 2 der D. St. P. O., daß der Amtsrichter Zustellungen aller Art unmittelbar veranlassen kann. Dieses letztere Verfahren soll auf Forstfreveluntersuchungen unbedingte Anwendung finden, mögen sie vor dem Amtsrichter oder vor dem Schöffengerichte verhandelt werden. Für das Verfahren vor dem Berufungsgerichte dagegen bewendet es wieder bei der allgemeinen Regel der D. St. P. O.

2. An sich muß der Nachweis der Zustellung nach §. 37

der D. St. P. O. in den durch die §§. 173, 174, 178, 185 der Deutschen Civilproceßordnung vorgeschriebenen Formen, d. h. durch förmliche Zustellungsurkunde des Gerichtsvollziehers bzw. des Postboten oder durch die Erwiederungsschreiben ersuchter auswärtiger Behörden oder Beamten erbracht werden. Nach §. 39 der D. St. P. O. kann jedoch die Landesjustizverwaltung für das vorbereitende Verfahren, die Voruntersuchung und die Strafvollstreckung auch eine einfachere Form für zulässig erklären. Diese Befugniß ist in §. 50 aus Gründen der Zweckmäßigkeit in Forstfrevelluntersuchungen auch auf das Hauptverfahren ausgedehnt. Eine hierauf bezügliche Bekanntmachung der Landesjustizverwaltung ist zur Zeit noch nicht erlassen.

§. 51.

Die mit dem Forstschatze in Kammer- und Klosterforsten beauftragten, und die zum Forstschatze in den übrigen Forsten von der Herzoglichen Kreisdirection unter Zustimmung des betreffenden Herzoglichen Forstbeamten verpflichteten Personen können ein für allemal gerichtlich beeidigt werden ¹⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 23.)

Anm. 1. „An sich würde der Grundsatz der D. St. P. O. §§. 60, 79 entscheiden müssen, wonach jeder Zeuge oder Sachverständige vor der Vernehmung zu beeidigen, eine Verufung auf den Diensteid aber unzulässig ist. Dieser Grundsatz würde bei Forstfrevelluntersuchungen, welche regelmäßig in größerer Zahl zu einer Hauptverhandlung zusammengefaßt werden, zu einer häufigen Wiederholung desselben Eides und damit zu einer Entwürdigung desselben führen, auch viel Zeit in Anspruch nehmen. Es empfiehlt sich daher die in den Protokollen der Reichstags-Commission zur D. St. P. O., S. 857, 858 ausdrücklich als zulässig anerkannte, im Voraus stattfindende Beeidigung des betr. Beamten und bei dessen demnächstiger Vernehmung die Zulassung der Verufung

desselben auf den ein für allemal geleisteten Eid. Dieser Eid darf geleistet werden:

- a. soviel die Kammer- und Klosterforsten betrifft, von dem mit dem Forstschutz beauftragten Beamten, wozu außer den Inhabern der etatsmäßigen Oberförsterstellen auch die diätarisch beschäftigten Forstaspiranten, die Revierjäger und die beeidigten Forstwärte und Forstlehrlinge gehören;
- b. hinsichtlich der einem Einzelnen oder einer juristischen Person (Ges. Nr. 26 v. 30. April 1861 §. 13) gehörigen Forsten von dem Forstaufscher, welcher nach §. 31 des cit. Gesetzes de 1861 unter Zustimmung des betr. Forstbeamten gewählt und von der betr. Herzoglichen Kreisdirection eidlich verpflichtet ist“ (Mot.).

§. 52.

Die Beeidigung erfolgt bei dem Amtsgerichte, in dessen Bezirk der zu Beeidigende seinen Wohnsitz hat, dahin: dass er die Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz, welche den seinem Schutze gegenwärtig anvertrauten oder künftig anzuvertrauenden Bezirk betreffen, gewissenhaft anzeigen, bei seinen gerichtlichen Vernehmungen über dieselben nach bestem Wissen die reine Wahrheit sagen, Nichts verschweigen und Nichts hinzusetzen, auch die ihm obliegenden Schätzungen unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen bewirken werde ¹⁾).

Liegt das dem Schutze des Beeidigten anvertraute Forstrevier im Bezirke eines anderen Amtsgerichts, so ist dem letzteren, gleichwie in allen Fällen dem Beeidigten selbst, eine Ausfertigung des Beeidigungsprotocolls mitzutheilen.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 24.)

Ann. 1. Der vorstehende Eid schließt sich im Allgemeinen an die Eidesnorm der §§. 61 und 79 der D. St. P. D. an. Dieser Eid ist nicht zu verwechseln mit dem Dienst- und dem behuf Erlangung der Befugniß zum Waffengebrauch gegen Forstfrevler in den Grenzwaldungen in Gemäßheit des Ges. Nr. 24 v. 10. Mai 1838 zu leistenden Eide (vgl. Ges. Nr. 88 vom 14. Sept. 1870 §. 1 und Jagdpolizeiges. §. 23 Ann. 3).

§. 53.

Ist eine in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen beeidigte Person als Zeuge oder Sachverständiger zu vernehmen, so wird es der Eidesleistung gleichgeachtet, wenn der zu Vernehmende die Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf den ein für allemal geleisteten Eid versichert.

Diese Wirkung der Beeidigung hört auf, wenn der Beeidigte zur Zeit seiner Vernehmung als Zeuge oder Sachverständiger den im §. 51 genannten Personen nicht mehr angehört, oder wenn gegen ihn eine die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter nach sich ziehende Verurtheilung ergeht ¹⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 25.)

Ann. 1. „Die Berufung auf den ein für allemal geleisteten Eid hat dieselbe Wirkung wie die specielle Eidesleistung nach Maßgabe der Strafproceßordnung. Sie kann sie aber nur solange haben, als der generell Vereidete die Stellung einnimmt, welche zu seiner im Voraus erfolgenden Beeidigung berechtigte; würde zur Zeit der Vernehmung desselben diese Voraussetzung nicht zutreffen, so würde seine specielle Beeidigung erfolgen müssen. Dasselbe muß der Fall sein, wenn der generell Vereidete hinterher zu einer entehrenden Strafe verurtheilt sein sollte“ (Mot.).

§. 54.

Die mit dem Forstschutze betrauten Personen erstatten ihre Anzeigen an den Amtsanwalt schriftlich und periodisch.

Es sind zu diesem Zwecke Verzeichnisse zu führen, in welchen die einzelnen Fälle unter fortlaufenden Nummern zusammengestellt werden. Die Verzeichnisse sind dem Amtsanwalt in zwei Ausfertigungen einzureichen ¹⁾.

In diese Verzeichnisse können von dem Amtsanwalt auch die von anderer Seite eingehenden Anzeigen eingetragen werden ²⁾.

Die näheren Vorschriften über die Aufstellung und die Einreichung der Verzeichnisse werden von der Landesjustizverwaltung erlassen ³⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 26.)

Ann. 1. „Zur Vereinfachung des Verfahrens sollen die mit dem Forstschutz betrauten Personen ihre Anzeigen an den Amtsanwalt in der Form von Verzeichnissen periodisch erstatten, wie solches bereits in ähnlicher Weise durch die §§. 1, 3 und 4 der V. D. Nr. 11 v. 19. April 1871 vorgeschrieben war. Diese Verzeichnisse sind dann dem Amtsanwalt in doppelter Ausfertigung zu überreichen, wovon die eine dem Letzteren verbleibt, die andere als Anlage des von ihm bei dem Gerichte zu stellenden Antrages überreicht wird“ (Mot.). In das Verzeichniß müssen alle durch das gegenwärtige Gesetz vorgesehenen Zuwiderhandlungen, gleichgültig ob sie durch Antrag auf Erlass eines Strafbefehls oder durch förmliche Anklage verfolgt werden, namentlich also auch Contraventionen gegen die §§. 17 und 18, aufgenommen werden (s. §. 59). Eine Ausnahme von der periodischen Anzeigepflicht s. in §. 60.

2. Es ist hierbei namentlich an solche Anzeigen gedacht,

welche dem Amtsanwalt von Privatpersonen oder von Seiten des Polizeimilitäirs direct zugehen.

3. Die an Stelle der B. D. Nr. 11 de 1871 erlassene Instruction s. unten.

§. 55.

Der Amtsanwalt erhebt die öffentliche Klage, indem er bei Ueberreichung einer Ausfertigung des Verzeichnisses (§. 54) den Antrag auf Erlass eines richterlichen Strafbefehls stellt und die von ihm beantragten Strafen neben den einzelnen Nummern des Verzeichnisses vermerkt. Dasselbe ist der Fall hinsichtlich des Werthersatzes und des Ersatzgeldes, wofern der Berechtigte die eine oder andere Leistung beantragt hat. Dieses Antrages ist in der öffentlichen Klage Erwähnung zu thun ¹⁾.

Der Erlass eines Strafbefehls ist für jede Geldstrafe und die dafür im Unvermögensfalle festzusetzende Freiheitsstrafe, für Haft, sowie für den Werthersatz, das Ersatzgeld und die verwirkte Einziehung zulässig ²⁾.

Der Amtsrichter hat dem Antrage des Amtsanwalts zu entsprechen, wenn der Erlassung des Strafbefehls keine Bedenken entgegenstehen; anderenfalls findet der §. 448 Absatz 2 der Deutschen Strafprocessordnung Anwendung ³⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 27 Abs. 1 und 2.)

Anm. 1. Die Erhebung der öffentlichen Klage (D. St. P. D. §. 152) in Forstfrevelluntersuchungen kann in doppelter Form erfolgen: entweder durch Einreichung einer Anklageschrift (D. St. P. D. §. 196 Abs. 2) bei Zuwiderhandlungen gegen die §§. 17 und 18 des gegenwärtigen Gesetzes (s. §. 59), oder durch schriftlichen Antrag auf Erlass eines Straf-

befehls (D. St. P. O. §. 447) bei allen anderen Zuwiderhandlungen gegen das gegenwärtige Gesetz. Die Erhebung der öffentlichen Klage mittelst Antrags auf gerichtliche Voruntersuchung (D. St. P. O. §. 168) ist in jedem Falle unzulässig (§. 48 vgl. mit D. St. P. O. §. 176 Abs. 3).

In Gemäßheit des allgemeinen Grundsatzes in D. St. P. O. §. 448 ist der Antrag auf Erlass eines Strafbefehls sowohl gegen den Thäter (Theilnehmer) als gegen den für haftbar Erklärten (s. §. 10 Anm. 3) auf eine bestimmte Strafe zu richten, also auf Geldstrafe oder Haft, bzw. die der Geldstrafe zu substituierende Freiheitsstrafe, oder auf die Strafe der Einziehung. Auch auf Werthersatz oder Ersatzgeld kann der Antrag gerichtet werden; wegen des diesen Nebenansprüchen bewohnenden privatrechtlichen Charakters jedoch nur dann, wenn der Berechtigte die Zuerkennung von Werth oder Ersatzgeld ausdrücklich beantragt hatte. Der Vereinfachung wegen braucht indessen dieser Antrag dem Gerichte nicht besonders überreicht zu werden; es genügt, wenn desselben in dem Gesamtantrage des Amtsanwalts Erwähnung geschieht.

2. „Nach §. 447 Abs. 2 der D. St. P. O. darf durch amtsrichterlichen Strafbefehl nur Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder Freiheitsstrafe bis zu 6 Wochen, sowie eine verwirkte Einziehung festgesetzt werden. Dagegen bestimmt §. 55 Abs. 2 für das amtsrichterliche Mandatsverfahren in Forstfreveluntersuchungen die Zulässigkeit jeder Geld- und der dafür im Unvermögensfalle festzusetzenden Freiheitsstrafe, daher möglicherweise bei Gesamtstrafen nach §. 6 auf Gefängniß von einem Jahre oder auf Haft von drei Monaten durch sofortigen Strafbefehl erkannt werden kann. Auch läßt das Gesetz das Mandatsverfahren, wosfern dasselbe überhaupt zulässig ist (also nicht in den Fällen der §§. 17 und 18), in Uebereinstimmung mit §. 447 Abs. 2 cit. und mit §. 13 des hiesigen Gesetzes Nr. 122 v. 20. December 1870 bei direct angedrohter Freiheitsstrafe (Haft) zu, eine Bestimmung, welche sich durch die Combinirung des Forstdiebstahls und der übrigen Forstfrevel zu einem einheitlichen Gesetze von selbst ergab und, wenngleich diese Freiheitsstrafe im gegenwärtigen Gesetze

überall relativ angedroht, und folgeweise eine häufigere Verschiedenheit in der Auffassung des Amtsrichters von der des Amtsanwalts möglich ist, doch zu wirklichen Mißständen nicht wohl Veranlassung geben wird, zumal das Correctiv in dem §. 448 der D. St. P. O. (f. unter Nr. 3) gegeben ist. Abgesehen von den erwähnten Strafen hat sich der amtsrichterliche Strafbefehl noch auf die verwirkte Einziehung, den Wertheratz, das Ersag-geld (§. 70) und die Untersuchungskosten (D. St. P. O. §. 496) zu erstrecken“ (Mot.).

3. „Findet der Amtsrichter den Erlaß des Strafbefehls unbedenklich, so hat er denselben eigenhändig neben jeder Nummer des Verzeichnisses einzutragen (§. 56 Abs. 3), damit auf diese Weise eine genaue Prüfung jedes einzelnen Falles ermöglicht wird, und für Zustellung sowohl des Strafbefehls als eines Auszugs aus dem Verzeichnisse an den Beschuldigten Sorge zu tragen, um diesem die Möglichkeit zu gewähren, die Uebereinstimmung zwischen beiden selbst prüfen zu können. Hat dagegen der Amtsrichter gegen den Erlaß eines Strafbefehls Bedenken, so entscheidet der §. 448 Abs. 2 der D. St. P. O.:

„Findet der Amtsrichter Bedenken, die Strafe ohne Hauptverhandlung festzusetzen, so ist die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen. Dasselbe gilt, wenn der Amtsrichter eine andere als die beantragte Strafe festsetzen will und die Staatsanwaltschaft (Amtsanwalt) bei ihrem Antrage beharrt.“

Nichten sich diese Bedenken nur auf das Maß oder die Art der beantragten Strafe (z. B. auf das bei Umwandlung der Geldstrafe zu Grunde gelegte Verhältniß, oder wenn z. B. die Strafe nach §. 14 beantragt war, während der Richter nach §. 16 erkennen wollte), so hat der Amtsrichter dieserhalb mit dem Amtsanwalt zu communiciren und nach erfolgter Modification des Antrags in dem von ihm gewünschten Sinne den Strafbefehl zu erlassen, andernfalls, wenn der Amtsanwalt bei seinem Antrage beharrt, von Erlaß des Strafbefehls überhaupt zu abstrahiren und die Hauptverhandlung anzuordnen. Das Letztere findet auch dann

statt, wenn der Amtsrichter aus anderen (thatsächlichen oder rechtlichen) Gründen Bedenken gegen die Festsetzung der Strafe zc. im Mandatsverfahren hegt. — Gegen den Beschluß, durch welchen der Erlaß des Strafbefehls und die Anordnung des Hauptverfahrens verweigert wird, steht das von der Strafkammer des Landgerichts (D. G. B. G. §. 72) definitiv zu entscheidende, binnen einer Woche bei der Strafkammer oder bei dem Amtsgericht einzulegende Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde zu (D. St. P. O. §§. 209 Abs. 2, 348, 352 Abs. 2, 353 Abs. 3)“ (Mot.).

§. 56.

Der Strafbefehl muss die Eröffnung enthalten ¹⁾, dass er vollstreckbar werde, wenn der Beschuldigte nicht in einem, sogleich in dem Strafbefehle anzuberaumenden, Termine vor dem Amtsrichter erscheine und Einspruch erhebe ²⁾.

Lautet der Strafbefehl auf Geldstrafe, so ist zugleich dem Beschuldigten eine Zahlungsfrist von Einer Woche unter dem Rechtsnachtheile einzuräumen, dass nach Ablauf der Frist die erkannte Geldstrafe im Wege der Zwangsvollstreckung beigetrieben oder, falls die Zahlungsunfähigkeit des Beschuldigten dem Gerichte bekannt ist, die für diesen Fall eintretende Freiheitsstrafe werde vollzogen werden ³⁾.

Die in dem Strafbefehle getroffene Festsetzung ist von dem Amtsrichter neben jeder Nummer des Verzeichnisses einzutragen und dem Beschuldigten mit einem Auszuge aus dem Verzeichnisse zuzustellen ⁴⁾.

Wird in dem im Strafbefehle bestimmten Termine von dem Beschuldigten Einspruch erhoben, so kann mit Zustimmung des Amtsanwalts sofort zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn der Beschuldigte die ihm

zur Last gelegte That eingesteht oder eine weitere Vorbereitung der Hauptverhandlung nicht erforderlich ist. Anderenfalls ist Termin zur Hauptverhandlung anzuberaumen ⁵⁾).

Die mit dem Forstschutz betrauten Personen, welche nach den Anzeigen als Beweiszeugen auftreten sollen, sind durch ihre Vorgesetzten zu veranlassen, in dem zur Hauptverhandlung anberaumten Termine zu erscheinen. Die sonst erforderlichen Zeugen sind zu demselben zu laden.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 27 Abs. 3 bis 5.)

Anm. 1. Außer der in Abs. 1 erwähnten Eröffnung muß der Strafbefehl nach den §§. 449 und 496 der D. St. P. D. enthalten: die Festsetzung der Strafe, die strafbare Handlung, das angewendete Strafgesetz, die Bezeichnung der Beweismittel und die Festsetzung der Kosten.

2. „In Uebereinstimmung mit dem bisherigen Verfahren (St. P. D. de 1858 §. 74), abweichend jedoch von §. 449 der D. St. P. D., bestimmt das Gesetz, daß der Einspruch gegen den richterlichen Strafbefehl nicht innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich oder zum Protocoll des Gerichtsschreibers, sondern daß er in einem sogleich anzuberaumenden Termine vor dem Richter selbst erhoben werde, damit dem schädlichen Einfluß der Winkelconsulenten vorgebeugt, und ein offenbar unbegründeter Einspruch durch mündliche Beredung des Richters mit dem Beschuldigten ohne Weiteres beseitigt werden kann.“

3. Während nach dem Preuß. F. D. G. (§. 13 Abs. 1) nur bei dem für haftbar Erklärten der Versuch der Beitreibung der Geldstrafe soll unterbleiben können, wenn dessen Zahlungsunfähigkeit gerichtsfundig ist, bestimmt das gegenwärtige Gesetz auch hinsichtlich des Verurtheilten selbst, daß dem Strafbefehle sogleich das Präjudiz der zwangsweisen Einziehung der erkannten Geldstrafe, bzw. bei gerichtsfundiger Inerigibilität derselben das der

Vollziehung der zu substituierenden Freiheitsstrafe beigelegt werden soll. Es ist dies im Interesse einer Abkürzung des Verfahrens geschehen, und ist damit übrigens die Möglichkeit der Abwendung der zu substituierenden Freiheitsstrafe durch Intervention eines die Geldstrafe berichtigenden Dritten nicht ausgeschlossen.

4. f. §. 55 Anm. 3. Daß dem Angeklagten ein den Antrag des Amtsanwalts enthaltender Auszug aus dem Verzeichnisse zugestellt werden soll, enthält eine Abweichung von der D. St. P. O., welche solche Mittheilung nicht vorschreibt.

5. Nach dem Preuß. Gesetze (§. 27 Abs. 3) wird der Einspruchstermin in jedem Falle zugleich zum Hauptverhandlungstermin bestimmt, während dies nach hiesigem Gesetze nur bei vorhandenem Geständniß des Beschuldigten oder bei Liquidität der Sache geschehen darf. Auch nach bisherigem Verfahren wurde im Einspruchstermine die Hauptverhandlung regelmäßig nur dann zugelassen, wenn der Angeklagte geständig, oder die Beweismittel zur Hand waren (Ztschr. f. Rechtspfl. XVII, S. 154, 155), und Letzteres verdient den Vorzug, weil, wenn etwa nach der Beschaffenheit des erhobenen Einspruchs die sofortige Hauptverhandlung unthunlich ist, durch das vergebliche Erscheinen der betreffenden Forstschutzbeamten und der sonstigen Zeugen unnützer Zeitverlust und Geldaufwand verursacht werden würde.

§. 57.

Auf den Einspruch kann vor dem Termine verzichtet werden ¹⁾.

Auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung des Termins finden die §§. 44, 45, 46 und 47 der Deutschen Strafprocessordnung entsprechende Anwendung ²⁾.

Wird dem Gesuche stattgegeben, so ist ein Termin zur Hauptverhandlung unter Aufhebung des Strafbefehls anzuberaumen.

(Vgl. Pr. R. D. G. §. 28.)

Anm. 1. Der fr. Satz entspricht dem §. 449 Abs. 2 der D. St. P. O. Der Verzicht kann schriftlich oder zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt werden. In Folge des Verzichts erlangt der Strafbefehl die Wirkung eines rechtskräftigen Urtheils (D. St. P. O. §. 450), welche, abgesehen vom Verzicht, erst eintritt, nachdem der Termin ohne Einspruchserhebung abgelaufen ist.

2. Die citirten Paragraphen der D. St. P. O. lauten wie folgt:

§. 44.

„Gegen die Versäumung einer Frist kann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beansprucht werden, wenn der Antragsteller durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert worden ist. Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntniss erlangt hat.“

§. 45.

„Das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muss binnen einer Woche nach Beseitigung des Hindernisses bei demjenigen Gerichte, bei welchem die Frist wahrzunehmen gewesen wäre, unter Angabe und Glaubhaftmachung der Versäumungsgründe angebracht werden.“

Mit dem Gesuche ist zugleich die versäumte Handlung selbst nachzuholen.“

§. 46.

„Ueber das Gesuch entscheidet dasjenige Gericht, welches bei rechtzeitig erfolgter Handlung zur Entscheidung in der Sache selbst berufen gewesen wäre.“

Die dem Gesuche stattgebende Entscheidung unterliegt keiner Anfechtung.

Gegen die das Gesuch verwerfende Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt.“

§. 47.

„Durch das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird die Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung nicht gehemmt.“

Das Gericht kann jedoch einen Aufschub der Vollstreckung anordnen.“

Indem das hiesige Gesetz auch den §. 45 Abs. 2 der D. St. P. O. angewendet wissen will, macht es für diesen Fall von der Vorschrift des §. 56 Abs. 1, wonach regelmäßig der Einspruch in einem dazu anzuberaumenden Termine erklärt werden muß, eine Ausnahme, verfügt vielmehr in Absatz 3 des gegenwärtigen Paragraphen, daß, wenn dem Restitutionsgesuche stattgegeben werde, sogleich auch der Hauptverhandlungstermin anzuordnen sei. Dagegen hat das Preuß. Gesetz den §. 45 Abs. 2 cit. nicht aufgenommen und statt dessen bestimmt, daß bei Gewährung des Gesuches um Restitution ein neuer Strafbefehl unter Aufhebung des früheren, folgeweise also auch die Anberaumung eines neuen Einspruchstermins, erlassen werden solle. Es führt dies jedoch zu einer leeren Formalität und verdient daher das hiesige Verfahren den Vorzug.

§. 58.

Ueber alle Einsprüche, sowie über alle Anträge, welche der Amtsrichter unter Ablehnung des Strafbefehls zur Hauptverhandlung gebracht hat, kann in Einer Hauptverhandlung verhandelt und entschieden werden¹⁾.

Das Protocoll über dieselbe wird nach den Nummern des Verzeichnisses geführt²⁾.

Von einem auf Verwerfung des Einspruchs lautenden Urtheile wird dem Verurtheilten nur die Urtheilsformel zugestellt.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 29.)

Anm. 1. „Während nach §. 236 der D. St. P. O. eine Verbindung mehrerer bei dem Gerichte anhängiger Strassachen zum Zwecke gleichzeitiger Verhandlung nur im Falle des Zusammenhangs zwischen diesen Sachen angeordnet werden kann, wenn auch dieser Zusammenhang nicht der des §. 3 der D. St. P. O.

ist (also der Fall, wo eine Person mehrerer strafbarer Handlungen beschuldigt wird, oder wo bei einer strafbaren Handlung mehrere Personen als Thäter, Theilnehmer, Begünstiger oder Fehler beschuldigt werden), ist nach gegenwärtigem Gesetze im Interesse der Vereinfachung des Verfahrens und wegen der Gleichartigkeit der hier in Betracht kommenden Forstfrevel ohne jeden Zusammenhang die Verhandlung und Entscheidung über sämtliche erhobene Einsprüche, sowie über diejenigen Anträge, hinsichtlich deren der Amtsrichter den Erlaß des Strafbefehls wegen vorhandener Bedenken abgelehnt hat, in einem Gesamtproceß für zulässig erklärt, wobei übrigens selbstverständlich trotz der Einheit der Hauptverhandlung jede einzelne Nummer des Verzeichnisses für sich zur Verhandlung und Entscheidung kommt“ (Mot.).

2. In Betreff der Vorschriften über Form und Einrichtung des Protocolls vgl. §. 271 ff. der D. St. P. O.

§. 59.

In den Fällen der §§. 17 und 18 findet der Erlass eines Strafbefehls nicht statt¹⁾. Der Amtsanwalt erhebt die öffentliche Klage durch Einreichung einer Anklageschrift²⁾, welcher ein Auszug aus dem Verzeichnisse (§. 54) beizufügen ist. Die Hauptverhandlung kann ohne Anwesenheit des Angeklagten erfolgen³⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 30.)

Anm. 1. „Der Erlaß eines Strafbefehls eignete sich für die in den §§. 17 und 18 behandelten Fälle des qualificirten Forstdiebstahls schon deshalb nicht, weil über derartige Fälle nicht der Amtsrichter, sondern das Schöffengericht zu erkennen hat (§. 47)“ (Mot.).

2. Die Anklageschrift, welche bei dem Amtsrichter einzureichen ist, muß neben der Person des Angeeschuldigten die demselben zur Last gelegte That unter Hervorhebung ihrer gesetzlichen Merk-

male und des anzuwendenden Strafgesetzes bezeichnen, sowie die Beweismittel und das Gericht, vor welchem die Hauptverhandlung stattfinden soll, angeben (D. St. P. D. §§. 197, 198).

3. „Während nach den §§. 229, 231 und 232 der D. St. P. D. eine Hauptverhandlung gegen den ausgebliebenen Angeklagten nur ausnahmsweise und unter bestimmten Beschränkungen zugelassen wird, gestattet der §. 59 des gegenwärtigen Gesetzes mit Rücksicht auf die Einfachheit der in Frage stehenden Untersuchungen, daß die Hauptverhandlung auch abgesehen von jenen Beschränkungen ohne Anwesenheit des Angeklagten stattfinden könne. Daneben bleibt einerseits die Befugniß des Angeklagten, sich im Hauptverhandlungstermine durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Verteidiger vertreten zu lassen (D. St. P. D. §. 233), andererseits die Befugniß des Gerichts bestehen, in jedem Falle das persönliche Erscheinen des Angeklagten anzuordnen und dasselbe durch einen Vorführungsbefehl oder Haftbefehl zu erzwingen (D. St. P. D. §. 235)“ (Mot.).

§. 60.

Ist Gefahr im Verzuge, z. B. bei Verhaftung des Frevlers oder bei zu besorgender Verjährung, so ist die betreffende Anzeige dem Amtsanwalte, vorkommenden Falls unter Zuführung des Frevlers, sofort einzureichen und von diesem Anklage zu erheben, worauf sofort das weitere Verfahren anzuordnen ist¹⁾.

Ann. 1. Eine ähnliche Bestimmung enthielt der §. 6 der B. D. Nr. 11 v. 19. April 1871. In den Entwurf war sie nicht aufgenommen, weil sie für die nach §. 54 Abs. 4 zu erlassende Instruction vorgesehen war. Der gegenwärtige Paragraph verbannt seine Aufnahme einem Antrage der Commission, welche damit eine Lücke des Gesetzes ausfüllen wollte.

Der Paragraph bildet eine Ausnahme von §. 54, wonach die Anzeigen über vorgefallene Forstfrevel dem Amtsanwalt periodisch zu erstatten sind; er schreibt vielmehr vor, daß bei Gefahr im

Verzuge, also namentlich wenn der Freveler verhaftet ist oder Verjährung droht (§. 5. 29), die Anzeige dem Amtsanwalt sofort gemacht werden soll. Der Letztere hat sodann in jedem Falle — nicht bloß dann, wenn eine nach den §§. 17 und 18 strafbare Zuwiderhandlung in Frage steht — unter Abstandnahme von dem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls eine Anklageschrift einzureichen (§. 55 Anm. 1, §. 59 Anm. 2), worauf seitens des Amtsrichters entweder Verhandlungstermin anberaumt oder — beim Vorhandensein der Voraussetzungen des §. 211 Abs. 2 der D. St. P. O. (§. oben §. 47 Anm. 1) — sofort zur Hauptverhandlung geschritten wird.

§. 61.

Wird gegen ein von dem Amtsrichter ohne die Zuziehung von Schöffen erlassenes Urtheil die Berufung eingelegt, so sind zum Zwecke der Bildung besonderer Acten durch den Gerichtsschreiber beglaubigte Auszüge aus den Acten erster Instanz zu fertigen¹⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 31.)

Anm. 1. In Betreff des Rechtsmittels der Berufung ist an den Bestimmungen der D. St. P. O. (§§. 338 bis 345, 354 bis 373) im Allgemeinen Nichts geändert. Nur ließen sich die §§. 361 und 362 l. c., wonach der Gerichtsschreiber nach Ablauf der Frist zur Rechtfertigung des Rechtsmittels die Acten der Staatsanwaltschaft des Amtsgerichts, diese wiederum der Staatsanwaltschaft des Berufungsgerichts mittheilen soll, durch welche sie dann an den Vorsitzenden dieses Gerichts gelangen, in den vor dem Amtsrichter allein (ohne Zuziehung von Schöffen) verhandelten Forstfreveluntersuchungen nicht beibehalten, weil die Hauptacten wegen der übrigen darin verhandelten Fälle, auf welche die Berufung sich nicht bezieht, bei dem Amtsgerichte verbleiben müssen. Es soll daher in solchen Fällen der Gerichtsschreiber beglaubigte Auszüge anfertigen und die so gebildeten besonderen Acten an die Staatsanwaltschaft abgeben. Für die vor dem Schöffengerichte (wegen der Forstfrevel nach den §§. 17 und 18) verhandelten Unter-

suchungssachen trifft diese Vorschrift nicht zu, weil in diesen Sachen schon in erster Instanz besondere Acten gebildet werden.

§. 62.

Für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung sind die Strafkammern zuständig; dieselben entscheiden in der Besetzung von drei Mitgliedern einschliesslich des Vorsitzenden ¹⁾).

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 19 Abs. 3. Pr. Ent. des F. P. G. §. 56 Abs. 1.)

Ann. 1. „Abweichend von der Vorschrift des §. 77 des D. G. B. G., daß die Berufungskammern in Strafsachen regelmäßig in der Besetzung mit fünf Mitgliedern und nur ausnahmsweise bei Uebertretungen und Privatklagen in der Besetzung mit drei Mitgliedern entscheiden sollen, bestimmt das gegenwärtige Gesetz, daß bei Forstfreveluntersuchungen die Strafkammer in der Berufungsinstanz stets, also auch dann, wenn es sich um ein Vergehen handelt, in der Zahl von drei Mitgliedern zu entscheiden habe. Die Zulässigkeit dieser Bestimmung kann bezweifelt werden, da der §. 3 Abs. 3 des Einf. Ges. zur D. St. P. D. der Landesgesetzgebung freie Hand in Beziehung auf den Erlass besonderer Bestimmungen über die Besetzung des Gerichts nicht zu gewähren scheint (s. Löwe, Comment. zur D. St. P. D. S. 195). Nach dem Vorgange des Preuß. Gesetzes jedoch, und da die Einfachheit der Forstfreveluntersuchungen eine Besetzung des Berufungsgerichts mit mehr als drei Richtern nicht wünschenswerth erscheinen läßt, glaubte man über jenes Bedenken hinweggehen zu können. — Dagegen lag kein Grund vor, mit den Preussischen Gesetzen (F. D. G. §. 32. Entw. des F. P. G. §. 57) das Rechtsmittel der Revision (D. St. P. D. §§. 374 bis 398) nur auf die in den §§. 17 und 18 behandelten schwereren Fälle zu beschränken; eine derartige Abweichung von dem bisherigen Verfahren würde an sich

nicht gerechtfertigt und nur geeignet sein, das Interesse an der Förderung der Einheit des Rechts zu schädigen“ (Mot.).

§. 63.

Die Vollstreckung der Strafbefehle und der Urtheile erfolgt durch den Amtsrichter¹⁾.

Soweit es sich dabei um Werthersatz und Ersatzgeld handelt, gilt der Gerichtsvollzieher als von der zu diesen Nebenansprüchen berechtigten Partei beauftragt. Die letztere hat die durch die Zwangsvollstreckung hinsichtlich dieser Kosten entstehenden besonderen Kosten zu tragen²⁾.

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 33. Pr. Entw. des F. P. G. §. 58.)

Anm. 1. An sich erfolgt die Strafvollstreckung aus rechtskräftigen Urtheilen — welchen der Strafbefehl, gegen den nicht rechtzeitig Einspruch erhoben ist, gleichsteht (D. St. P. D. §. 450) — durch die Staatsanwaltschaft des Landgerichts (l. c. §. 483 Abs. 1 und 2). Für die „zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehörigen Sachen“ kann jedoch durch Anordnung der Landesjustizverwaltung die Strafvollstreckung den Amtsrichtern übertragen werden (l. c. §. 483 Abs. 3). Eine derartige Bestimmung der Landesjustizverwaltung, welche zur Zeit noch aussteht, würde daher ohne Weiteres auch bei denjenigen Forstfreveln zutreffen, welche den Character von Uebertretungen haben, da diese schon an sich zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören (D. G. B. G. §. 27, 1). Da jedoch durch §. 47 des gegenwärtigen Gesetzes alle Forstfrevel, auch wenn sie den Character von Vergehen haben, der schöffengerichtlichen (amtsgerichtlichen) Competenz unterstellt sind, so mußte die an sich durchaus zweckmäßige Uebertragung der Strafvollstreckung auf den Amtsrichter durch das Gesetz ausgesprochen werden. — Wie die Vollstreckung im Einzelnen zu erfolgen hat, richtet sich nach den allgemeinen Grundsätzen; insbesondere erfolgt die Vollstreckung von Geldstrafen nach den Vorschriften

über die Vollstreckung der Urtheile der Civilgerichte, regelmäßig also durch die Gerichtsvollzieher (D. St. P. O. §. 495).

2. „Handelt es sich um Werthersatz und Ersatzgeld, also um Ansprüche, welche der Buße rechtlich gleichartig sind (s. oben §. 8 Anm. 2), so hat auch hier die Vollstreckung nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urtheile der Civilgerichte zu erfolgen. Der die Vollstreckung leitende Amtsrichter hat auch wegen jener Nebenanprüche das Weitere zu veranlassen. In jedem Falle gilt jedoch der Gerichtsvollzieher als von der berechtigten Partei beauftragt, und es war wichtig, diesen Grundsatz im Gesetze auszusprechen, da sich hieraus die weiteren Folgen für die Stellung des Gerichtsvollziehers zu dem Berechtigten ergeben. — Die durch die Zwangsvollstreckung wegen Werthersatz und Ersatzgeld entstehenden Kosten anlangend, so sind dieselben in gewöhnlichen Fällen der Partei nicht besonders zur Last zu legen; das Letztere geschieht nur dann, wenn sich aus der Zwangsvollstreckung Weiterungen, z. B. durch Interventionen Dritter, ergeben sollten“ (Mot.).

§. 64.

Der Beschuldigte kann die Anstellung des Strafverfahrens dadurch abwenden, dass er den bestimmt angeordneten oder den bei relativer Strafandrohung von dem Amtsanwalt festgesetzten Geldbetrag neben Einlieferung der der Einziehung unterliegenden Gegenstände sofort einzahlt¹⁾.

Die näheren Vorschriften über das dabei zu beobachtende Verfahren werden von der Landesjustizverwaltung erlassen²⁾.

(Vergl. Ges. Nr. 122 v. 20. Dec. 1870 §. 22. B. O. Nr. 11 v. 19. April 1871 §. 9.)

Anm. 1. Der Paragraph findet nicht Anwendung in den Fällen der §§. 17 und 18, wohl aber in allen Forstfrevelunter-

suchungen, hinsichtlich deren der Erlaß eines Strafbefehls zulässig ist, und ohne Beschränkung auf den Betrag der möglicherweise zu erkennenden Geldstrafe, also ohne Rücksicht darauf, ob dem Frevel der Charakter eines Vergehens oder einer Uebertretung beizumessen ist.

2. Die näheren Bestimmungen s. unten.

§. 65.

Reicht die von dem Verurtheilten gleichzeitig eingezogene Summe zur Deckung des von ihm zu erlegenden Gesamtbetrages an Strafe, Werthersatz, Ersatzgeld und Untersuchungskosten nicht aus, so ist solche in nachstehender Ordnung zur Anrechnung zu bringen¹⁾:

1. auf Werthersatz und Ersatzgeld;
2. auf Untersuchungskosten;
3. auf Strafe.

Für den Fall freiwillig erfolgender Theilzahlungen kann der Beschuldigte den Posten bestimmen, auf welchen die Theilzahlung gerechnet werden soll²⁾. Auch steht es dem Verurtheilten jederzeit frei, die erkannte, selbst die schon in Vollzug gesetzte Freiheitsstrafe durch Zahlung der entsprechenden Geldstrafe abzuwenden³⁾.

Anm. 1. Die im ersten Satz des Paragraphen enthaltenen Bestimmungen über die Priorität bei gleichzeitiger zwangsweiser Einziehung entsprechen dem §. 45 des F. St. G. v. 1837 verb. mit §. 16 des Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870.

2. Die Bestimmung des zweiten Satzes über die Berechnung der Priorität von Theilzahlungen bei freiwilliger Erlegung von Werthersatz, Ersatzgeld, Strafe und Kosten ist der B. D. Nr. 11 vom 19. April 1871 §. 13 Abs. 1 entlehnt.

3. S. die cit. B. D. de 1871 §. 13 Abs. 2. R. Str. G. B. §. 28 Abs. 4 und Oppenhoff, Comment. ad h. l. Note 17.

§. 66.

Eine auf Grund dieses Gesetzes wegen Forstdiebstahls ausgesprochene und eingezogene, beziehungsweise freiwillig eingezahlte Geldstrafe fließt dem Beschädigten und, falls dieser nicht bekannt ist, der Staatskasse zu. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf eine im Fall des §. 18 erkannte Zusatzstrafe ¹⁾.

Ann. 1. „Die wegen Forstfrevel erkannten oder vor der Verurtheilung freiwillig eingezahlten Gelder fließen in Gemäßheit des Gef. Nr. 74 v. 7. Dec. 1871 §§. 2 u. 3 Abs. 1 zunächst in die Cassé desjenigen Amtsgerichts, welches in der Sache erkannt hat oder zu erkennen gehabt haben würde. Handelt es sich aber um einen Forstdiebstahl, so soll die eingezogene bezw. freiwillig erlegte Geldstrafe, sofern erstere nicht eine Zusatzstrafe im Sinne des §. 18 bildet, an den beschädigten Forsteigenthümer abgeliefert werden und nur, falls nicht ermittelt werden kann, in welcher Forst der Forstfrevel begangen wurde, der Staatskasse zu gute kommen.

Diese schon in dem Preuß. Holzdiebstahlsgefeze vom 2. Juni 1852 §. 42 enthaltene und in §. 34 Abs. 1 des F. D. G. vom 15. April 1878 wiederholte Bestimmung verfolgt den Zweck, dem bestohlenen Forsteigenthümer außer dem ihm zukommenden Werth- ersatze ein theilweises Aequivalent für den ihm zugefügten Schaden zu gewähren und in Folge dessen die selbstständige Verfolgung des Schadensanspruchs im Wege des Civilprocesses (§. 8) zu ersparen. Da die Bestimmung sich in Preußen bewährt hat, so ist dieselbe in das gegenwärtige Gesetz aufgenommen“ (Mot.). — Die Bestimmungen des Paragraphen beziehen sich nur auf Geld- strafen; eingezogene Gegenstände kommen dem Staate (§. 7 Abs. 3), und im Fall des §. 19 der Armenkasse des Wohnorts des Verurtheilten zu.

§. 67.

Steht mit einer Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz ein nach §. 361 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches *) strafbares Nichtabhalten von der Begehung strafbarer Verletzungen der Gesetze zum Schutze der Forsten im Zusammenhange, so findet auch auf diese Uebertretung das in diesem Gesetze vorgeschriebene Verfahren Anwendung ¹⁾).

(Vgl. Pr. F. D. G. §. 36. Pr. Entw. des F. P. G. §. 59 Abj. 2.)

Anm. 1. Wenn eine Uebertretung des §. 361 Nr. 9 des R. Str. G. B. mit einem Forstfrevel in „Zusammenhang“ steht (§. 58 Anm. 1), so soll zur Vermeidung von Unzuträglichkeiten wegen der ersteren nicht ein getrenntes Verfahren mit Verschiedenheit der Person des zur Verfolgung berechtigten Amtsanwalts eingeleitet, sondern es sollen beide Untersuchungen, die wegen Forstfrevels und die wegen strafbaren Nichtabhaltens von der Begehung von Forstfreveln, verbunden werden. Handelt es sich also um einen Fall, wo wegen Forstfrevels Erlaß eines Strafbefehls beantragt wird, so ist das Gleiche der Fall auch wegen der Uebertretung des §. 361 Nr. 9 cit. Wird dagegen wegen Forstfrevels, sei es in den Fällen der §§. 17 und 18, sei es bei Gefahr im Verzuge nach §. 60, eine Anklageschrift eingereicht, so hat sich diese auch auf die gedachte Uebertretung zu erstrecken. Für beide Delicte findet ein und dasselbe Verfahren statt.

*) s. den Text des cit. Paragraphen in §. 10 Anm. *.

Vierter Titel.

Amtliche Beschlagnahme und Ersatzgeld.

§. 68.

Wird der Thäter bei Ausführung eines Forstfrevels oder gleich nach demselben betroffen oder verfolgt, so sind die zur Begehung des Forstfrevels geeigneten Werkzeuge, welche er bei sich führt (§. 7), in Beschlag zu nehmen ¹⁾.

In den nämlichen Fällen können die zur Wegschaffung des Gefrevelten gebrauchten Thiere, Wagen, Karren, Schlitten, Kiepen, Körbe, Säcke und sonstige Transportmittel in Beschlag genommen werden ²⁾.

(Vgl. Pr. G. D. G. §. 16. — Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870 §. 4 Abs. 1.)

Anm. 1. Beschlagnahmen in Forstfreveluntersuchungen können an sich unter den Voraussetzungen und in den Formen vorgenommen werden, wie sie die §§. 94, 95, 98 der D. St. P. O. vorschreiben. Diese Paragraphen lauten also:

§. 94.

„Gegenstände, welche als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können oder der Einziehung unterliegen, sind in Verwahrung zu nehmen oder in anderer Weise sicher zu stellen.

Befinden sich die Gegenstände in dem Gewahrsam einer Person und werden dieselben nicht freiwillig herausgegeben, so bedarf es der Beschlagnahme.“

§. 95.

„Wer einen Gegenstand der vorbezeichneten Art in seinem Gewahrsam hat, ist verpflichtet, denselben auf Erfordern vorzulegen und auszuliefern.

Er kann im Falle der Weigerung durch die im §. 69 bestimmten Zwangsmittel hierzu angehalten werden. Gegen Personen, welche zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigt sind, finden diese Zwangsmittel keine Anwendung.“

§. 98.

„Die Anordnung von Beschlagnahmen steht dem Richter, bei Gefahr im Verzuge auch der Staatsanwaltschaft und denjenigen Polizei- und Sicherheitsbeamten zu, welche als Hülfbeamte der Staatsanwaltschaft den Anordnungen derselben Folge zu leisten haben.

Ist die Beschlagnahme ohne richterliche Anordnung erfolgt, so soll der Beamte, welcher die Beschlagnahme angeordnet hat, binnen drei Tagen die richterliche Bestätigung nachsuchen, wenn bei der Beschlagnahme weder der davon Betroffene noch ein erwachsener Angehöriger anwesend war, oder wenn der Betroffene und im Falle seiner Abwesenheit ein erwachsener Angehöriger desselben gegen die Beschlagnahme ausdrücklichen Widerspruch erhoben hat. Der Betroffene kann jederzeit die richterliche Entscheidung nachsuchen. — — —

Ist nach erhobener öffentlicher Klage die Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft oder einen Polizei- oder Sicherheitsbeamten erfolgt, so ist binnen drei Tagen dem Richter von der Beschlagnahme Anzeige zu machen, und sind demselben die in Beschlag genommenen Gegenstände zur Verfügung zu stellen.“ — — —

Danach kann also die Beschlagnahme sowohl bei der That als nach derselben vorgenommen werden. Befugt dazu ist in jedem Falle der Richter, außerdem der Staatsanwalt (Amtsanwalt) und die demselben als Polizei- und Sicherheitsbeamte unterstellten Hülfbeamte; der Staatsanwalt und dessen Hülfbeamte jedoch nur dann, wenn Gefahr im Verzuge ist, und mit der Bestimmung, daß dieselben unter den in §. 98 der D. St. P. O. angegebenen Voraussetzungen die richterliche Bestätigung nachsuchen müssen. — Wird die Beschlagnahme nicht bei, sondern nach der That aus-

geführt, so wird es dazu regelmäßig der Hausdurchsuchung bedürfen. Ueber letztere bestimmen die §§. 102 bis 104 der D. St. P. O. Folgendes:

§. 102.

„Bei demjenigen, welcher als Thäter oder Theilnehmer einer strafbaren Handlung oder als Begünstiger oder Hehler verdächtig ist, kann eine Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume, sowie seiner Person und der ihm gehörigen Sachen, sowohl zum Zwecke seiner Ergreifung, als auch dann vorgenommen werden, wenn zu vermuthen ist, dass die Durchsuchung zur Aufindung von Beweismitteln führen werde.“

§. 103.

„Bei anderen Personen sind Durchsuchungen nur behufs der Ergreifung des Beschuldigten oder behufs der Verfolgung von Spuren einer strafbaren Handlung oder behufs der Beschlagnahme bestimmter Gegenstände und nur dann zulässig, wenn Thatsachen vorliegen, aus denen zu schliessen ist, dass die gesuchte Person, Spur oder Sache sich in den zu durchsuchenden Räumen befinde.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf die Räume, in welchen der Beschuldigte ergriffen worden ist, oder welche er während der Verfolgung betreten hat, oder in welchen eine unter Polizeiaufsicht stehende Person wohnt oder sich aufhält.“

§. 104.

„Zur Nachtzeit dürfen die Wohnung, die Geschäftsräume und das befriedete Besitzthum nur bei Verfolgung auf frischer That, oder bei Gefahr im Verzuge oder dann durchsucht werden, wenn es sich um die Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen handelt.

Diese Beschränkung findet keine Anwendung auf Wohnungen von Personen, welche unter Polizeiaufsicht stehen, sowie auf Räume, welche zur Nachtzeit Jedermann zugänglich, oder welche der Polizei als Herbergen oder Versammlungsorte bestrafter Personen, als Niederlagen von Sachen, welche mittels strafbarer Handlungen erlangt sind, oder als Schlupfwinkel des Glücksspiels oder gewerbsmässiger Unzucht bekannt sind.

Die Nachtzeit umfasst in dem Zeitraume vom ersten April bis dreissigsten September die Stunden von neun Uhr Abends bis vier Uhr Morgens und in dem Zeitraume vom ersten October bis einunddreissigsten März die Stunden von neun Uhr Abends bis sechs Uhr Morgens.“

Die Befugniß zur Vornahme der Hausfuchung steht denselben Beamten zu, welche zur Beschlagnahme befugt sind; auch gelten für den Fall, daß die Hausfuchung nicht vom Richter selbst vorgenommen wird, ähnliche Beschränkungen wie dort (D. St. P. O. §§. 105 bis 107).

Der §. 68 des gegenwärtigen Gesetzes geht nun über die durch die allgemeinen processualischen Bestimmungen geregelten Vorschriften hinaus. Er spricht geradezu den Satz aus, daß, wenn der Thäter bei Ausführung eines Forstfrevels oder gleich nach demselben betroffen oder verfolgt werde, die der Einziehung unterliegenden Werkzeuge, welche der Thäter bei sich führte (§. 7 Anm. 2), von dem dazu befugten Beamten in Beschlag genommen werden sollen, aber auch von jedem Nichtbeamten (ähnlich wie bei der vorläufigen Festnahme; s. oben §. 47 Anm. 2) in Beschlag genommen werden dürfen. — Ueber den Fall, wenn der Thäter die Ausantwortung der Werkzeuge verweigert oder bei deren Herausgabe Widerstand leistet, s. oben §. 16 Anm. 3.

Welche Beamte zu den dem Staatsanwalt als Polizei- und Sicherheitsbeamte unterstellten Hilfsbeamten gehören, ist in §. 153 des D. O. V. G. der Bestimmung der Landesregierung überlassen. In der dieserhalb erschienenen V. D. Nr. 22 vom 21. April 1879 sind rücksichtlich der Uebertretungen der Forstgesetze unter pos. 9 „die mit dem Forstschutze beauftragten Beamten und die zu eben diesem Schutze angestellten und beeidigten Aufseher“ dieser Beamtenklasse eingereiht.

2. Die vom Thäter zur Wegschaffung des Gefrevelten gebrauchten Thiere und sonstigen Transportmittel unterliegen der Einziehung nicht (§. 7 Abs. 2), gleichwohl können sie, wenn die Umstände es rathsam machen, mit Beschlag belegt werden,

als für die Beweisführung wichtige Gegenstände. War der Thäter auf frischer That betroffen, so gelten auch hier hinsichtlich der Beschlagnahme die obigen Bestimmungen.

§. 69.

Die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über Pfändungen bleiben unberührt.

Die in Beschlag genommenen Gegenstände gelten als im Auftrage des Forsteigenthümers und zu dessen Gunsten gepfändet, wenn dieser nicht das Gegentheil erklärt.

In diesem Falle haften sie als Unterpfand für die richtige Bezahlung des Werthersatzes, des Ersatzgeldes und der Geldstrafe, sowie für die durch die Beschlagnahme, den Transport, die Aufbewahrung und die Erhaltung derselben entstandenen Kosten und sind nöthigenfalls zu diesem Zwecke gegen Meistgebot zu verkaufen.

Sie haften auch dann, wenn das Eigenthum nicht dem Frevler, sondern einem Dritten zusteht und der Frevler erweislich mit Wissen und Willen des Eigenthümers jene Gegenstände zum Zwecke des Frevels benutzt hat. Die durch die Beschlagnahme, den Transport, die Aufbewahrung und die Erhaltung derselben entstandenen Kosten hat der Eigenthümer in allen Fällen, in denen ihm eine Zurücknahme seines Eigenthums freisteht, und er davon Gebrauch macht, zu tragen¹⁾.

(Vgl. Gef. Nr. 41 v. 11. April 1870 §. 4.)

Anm. 1. „Verschieden von der amtlichen Beschlagnahme ist die Pfändung von Thieren oder beweglichen Sachen. Während jene strafrechtliche Zwecke verfolgt, den Beweis und das Einziehungsrecht sichern will, geschieht die Pfändung zum Schutze des Privatrechts, um die Forderung auf Ersatz desjenigen Schadens

zu sichern, welcher den Grundstücken durch Thiere oder Personen zugefügt ist oder droht. An dieser privatrechtlichen Pfändung wird durch das Gesetz im Allgemeinen nichts geändert; es bleibt daher insoweit bei dem bestehenden Recht (Stobbe, deutsches Privatr. I, S. 478 ff., Steinacker, Braunschw. Privatr. S. 448, 449). Nur war zu erwägen, daß regelmäßig Derjenige, welcher die Beschlagnahme vornimmt, auch zur Pfändung berechtigt ist, und daß Beschlagnahme und Pfändung in den meisten Fällen coincidiren werden, zumal wenn dem Beschädigten neben dem Werthersatz und Ersatzgeld auch die Geldstrafe überwiesen wird (§. 66). Der §. 69 läßt daher die vorgenommene Beschlagnahme auch als eine zu Gunsten des verletzten Forsteigenthümers geschehene Pfändung gelten, wenn dieser nicht geradezu widerspricht, und er bestimmt, conform mit dem §. 4 der Novelle vom 11. April 1870, daß die beschlagnahmten Sachen zur Erreichung der mit der Pfändung verbundenen Zwecke gegen Meistgebot veräußert werden dürfen, und zwar auch dann, wenn diese Sachen dem Frevler, bei dem sie beschlagnahmt waren, nicht selbst gehörten, der Eigenthümer aber um den Gebrauch dieser Sachen zum Zwecke des Frevels gewußt hatte“ (Mot.). — Ueber die zum Schutze des Pfändungsrechts, soweit dasselbe bei Forstfreveln Anwendung findet, getroffenen Bestimmungen vgl. §. 25.

§. 70.

Bei Weidefrevel (§. 22) hat der Beschädigte die Wahl zwischen der Erstattung des nachweisbaren Schadens und der Zahlung eines Ersatzgeldes ¹⁾.

Mit der Geltendmachung des Anspruchs auf Ersatzgeld erlischt das Recht auf Schadenserstattung. Ist aber der Anspruch auf Schadenserstattung erhoben, so kann bis zur Verkündigung des Endurtheils erster Instanz statt der Schadenserstattung das Ersatzgeld, sofern dasselbe nicht bereits verjährt ist (§. 72), gefordert werden ²⁾.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 70.)

Anm. 1. „Der §. 70 gewährt dem durch Weidesevel Beschädigten die Befugniß, statt des im Wege des Civilprocesses geltend zu machenden Schadensanspruchs ein von vornherein fixirtes, vom Nachweise eines Schadens nicht abhängiges s. g. Ersatzgeld zu fordern. Das Gesetz bietet dadurch an Stelle zeitraubender und kostspieliger, oft mit rechtlichen Schwierigkeiten verbundener Prozesse ein praktisches Mittel zur schleunigen Verwirklichung der betreffenden Schadensansprüche, ein Mittel, das sich in Preußen, wo es schon durch die Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 eingeführt war, vollkommen bewährt hat und daher auf die in Forsten begangenen Weidesevel Anwendung finden soll. Der rechtliche Charakter dieses Ersatzgeldes, dessen Anspruch in dem Augenblicke existent wird, wo fremdes Vieh auf einem Forstgrundstücke, auf welchem es nicht geweidet werden darf, betroffen wird (§. 71), ist der der Buße, wie sie nach den §§. 188 und 231 des R. Str. G. B. bei Beleidigungen und Körperverletzungen gefordert werden kann“ (Mot.).

2. „Der Beschädigte hat die Wahl, ob er Ersatzgeld oder Schadenersatz fordern will. Die Geltendmachung des ersteren schließt die des letzteren aus; hat derselbe umgekehrt zunächst den Anspruch auf Schadenersatz geltend gemacht, so soll ihm doch ausnahmsweise der Wechsel mit dem Anspruch auf Ersatzgeld bis zur Verklündung des Endurtheils erster Instanz gestattet sein, weil er häufig erst im Laufe des Processes zu beurtheilen vermag, ob die vorhandenen Schwierigkeiten bei Durchführung des Schadenersatzprocesses, namentlich in Betreff des Beweises des zugefügten Schadens, es rathsam machen, an Stelle desselben das seinem Betrage nach feststehende Ersatzgeld zu fordern. Der Zulassung eines derartigen Wechsels ist nur die Beschränkung beigelegt, daß das Ersatzgeld, als dasselbe im Civilproceßwege nachträglich gefordert wurde, nicht bereits verjährt war (§. 72)“ (Mot.).

§. 71.

Der Anspruch auf Ersatzgeld ist, unabhängig von dem Nachweis eines Schadens, schon dann begründet,

wenn Vieh auf einem Forstgrundstücke betroffen wird, auf welchem es nicht geweidet werden darf.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 71.)

§. 72.

Der Anspruch auf Ersatzgeld verjährt in drei Monaten ¹⁾.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem der Uebertritt des Viehes stattgefunden hat.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 72.)

Anm. 1. „Für den Anspruch auf Ersatzgeld ist eine kurze Verjährungsfrist bestimmt, weil eine lange Hinausschiebung der Geltendmachung desselben mit Nachtheilen für den anderen Theil verbunden sein kann. Auch dann, wenn das Ersatzgeld nachträglich im Civilproceßwege gefordert wird (§. 70 Abs. 2), ist die Verjährungsfrist von dem Tage zu berechnen, wo der Uebertritt des Viehes stattgefunden hat (§. 22 Abs. 2); die Anstellung der Schadenersatzklage kann keine Unterbrechung der Verjährung für die Forderung auf Ersatzgeld bewirken“ (Mot.).

§. 73.

Das Ersatzgeld beträgt:

1. wenn das Vieh betroffen wird in durch Warnungszeichen kenntlichen Schonungen:

a. für eine Ziege 3,00 Mark,

b. für ein Pferd oder einen Esel . 2,00 „

c. für ein Stück Rindvieh, ein
Schwein oder ein Schaf . . . 1,00 „

d. für ein Stück Federvieh . . . 0,20 „

2. in allen anderen Fällen:

a. für eine Ziege 1,00 Mark,

- b. für ein Pferd oder einen Esel . 0,50 Mark,
 c. für ein Stück Rindvieh, ein
 Schwein oder ein Schaf . . . 0,20 „
 d. für ein Stück Federvieh . . . 0,02 „

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 73.)

§. 74.

Ist gleichzeitig eine Mehrzahl von Stücken Vieh übertreten, so darf der Gesamtbetrag der nach dem §. 73 zu entrichtenden Ersatzgelder:

1. in den Fällen des §. 73 Nr. 1 für Ziegen,
 Pferde, Esel, Rindvieh, Schweine und
 Schafe 50 Mark
 für Federvieh 10 „
2. in den Fällen des §. 73 Nr. 2 für Ziegen,
 Pferde, Esel, Rindvieh, Schweine und
 Schafe 15 „
 für Federvieh 2 „

nicht übersteigen ¹⁾).

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 74.)

Anm. 1. Die Taxen der §§. 73 und 74 schließen sich im Allgemeinen an die Preussischen Sätze an; nur für die Ziegen ist wegen der Erheblichkeit des Schadens, welchen sie den Forsten zufügen, ein höheres Ersatzgeld festgesetzt (s. oben §. 23 Anm. 2). Ähnliche Abstufungen zum Zwecke der Berechnung der Strafe waren bereits in den §§. 75 und 76 des F. St. G. von 1837 sowie in §. 276 des Polizeistrafgesetzbuches vom 18. Aug. 1855 enthalten.

§. 75.

Der Anspruch auf Ersatzgeld kann in allen Fällen gegen den Besitzer des Viehes unmittelbar geltend gemacht werden ¹⁾. Mehrere Besitzer von Vieh, welches in einer gemeinschaftlichen Heerde geweidet hat, haften für das Ersatzgeld solidarisch ²⁾.

(Vgl. Pr. Entw. des F. P. G. §. 76.)

Anm. 1. „Mit Rücksicht darauf, daß das Ersatzgeld von dem regelmäßig vermögenslosen Hirten in den meisten Fällen nicht zu erlangen sein würde, bestimmt der Paragraph, daß dasselbe gegen den Eigenthümer des Viehes ohne Weiteres geltend gemacht werden kann. Abgesehen von diesem praktischen Grunde rechtfertigt sich die unmittelbare Haftbarkeit des Letzteren auch um deswillen, weil die Weidesevel häufig in dem Mangel an gehöriger Beaufsichtigung des Hirten durch dessen Dienstherrn ihren Grund haben. Dem Eigenthümer des Viehes muß es dann überlassen bleiben, seinerseits den Regreß gegen den Hirten zu nehmen“ (Mot.).

2. „Bei Weideseveln, welche durch gemeinschaftliche Heerden begangen sind, sollen sämtliche Hütungsgenossen für das Ersatzgeld solidarisch haften, weil ohne solche Bestimmung die Geltendmachung desselben illusorisch werden würde.“

§. 76.

Der Anspruch auf Ersatzgeld ist im Falle des §. 70 Abs. 2 im Civilprocesse zu verfolgen. In allen anderen Fällen ist der Anspruch bei dem Amtsanwalt anzubringen, welcher denselben bei Stellung des Antrags auf Erlass eines Strafbefehls in die von ihm zu überreichende Ausfertigung des Verzeichnisses (§. 55) aufnimmt ¹⁾.

Anm. 1. „Die §§. 76 und 77 enthalten die processualischen Bestimmungen über Geltendmachung des Ersatzgeldes. In Con-

sequenz der Vorschrift des §. 70 ist der Anspruch auf das Ersatzgeld entweder in einem anhängigen Civilproceß oder adhäsionsweise im Strafverfahren zu verfolgen. Der erstere als Ausnahme geltende Fall tritt ein, wenn nach erhobener Klage auf Schadenersatz an Stelle des letzteren das Ersatzgeld gefordert wird (§. 70 Abf. 2); es entscheidet hier der §. 240 Nr. 2 der Deutschen Civilproceßordnung, welcher eine nach der Klageerhebung eintretende Erweiterung oder Beschränkung des Klageantrages in der Hauptsache nicht als eine unstatthafte Aenderung des Klagegrundes betrachtet wissen will. Der zweite regelmäßige Fall gestaltet sich im Allgemeinen ebenso, wie die Geltendmachung des Anspruchs auf Buße im Strafverfahren (D. St. P. O. §§. 443 bis 446, s. oben §. 8 Anm. 2), nur daß der betreffende Anspruch nicht von dem Beschädigten als Nebenkläger, sondern wie der Anspruch auf Werthersatz direct vom Amtsanwalt geltend gemacht wird, wofern der Anspruch auf das Ersatzgeld bei diesem angemeldet ist (§. 55 Anm. 1). Der Amtsanwalt hat dann das Ersatzgeld ebenso wie Strafe und Werthersatz in das Verzeichniß aufzunehmen, hinsichtlich dessen der Antrag auf Erlaß eines Strafbefehls gestellt wird“ (Mot.).

§. 77.

Findet der Amtsrichter Bedenken, die Zahlung des beanspruchten Ersatzgeldes ohne Hauptverhandlung festzusetzen, oder werden in dem auf erhobenen Einspruch gegen den erlassenen Strafbefehl anberaumten Verhandlungstermine dem Anspruch auf Ersatzgeld gegenüber Thatsachen glaubhaft gemacht, aus welchen ein den Anspruch ausschliessendes Recht hervorgeht, so ist der Beschädigte auf den Weg des Civilprocesses zu verweisen ¹⁾.

Anm. 1. Vgl. im Allgemeinen §. 55 Anm. 3. Der Amtsrichter hat dem Antrage auf Zuerkennung von Ersatzgeld in dem

von ihm zu erlassenden Strafbefehle zu entsprechen, wenn keine Bedenken entgegenstehen. Ist letzteres der Fall, oder werden im Einspruchstermine Einwendungen erhoben, aus welchen ein Ausschließungsgrund für das Ersatzgeld hergeleitet werden soll, so würde die Erörterung der letzteren, da es sich dabei meist um verwickelte Fragen des Civilrechts handelt, im Strafverfahren unthunlich sein; es rechtfertigt sich daher für solche Fälle eine Verweisung der Sache auf den Weg des Civilprocesses.

Fünfter Titel.

Schlussbestimmungen.

§. 78.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft¹⁾.

Anm. 1. Nach §. 1 des Einf. Ges. zum D. Gerichtsverfassungsgesetze ist der äußerste Termin des Inkrafttretens des letzteren, nachdem auch der Voraussetzung in §. 2 des Einf. Ges. zur D. Civilproceßordnung durch Erlass des Deutschen Gerichtskostengesetzes vom 18. Juni 1878 inzwischen genügt ist, der 1. October 1879.

§. 79.

Von diesem Zeitpunkte an treten die nachfolgenden Gesetze und Verordnungen:

1. das Forststrafgesetz Nr. 34 vom 26. Juli 1837;
2. das Gesetz, den Verkauf und Vertrieb von Splieten, Besen, Quirlen u. s. w. betreffend, vom 30. August 1838 Nr. 35;
3. das Gesetz über den Schutz der Wildgatter vom 12. September 1851 Nr. 39;
4. das Gesetz, die Bestrafung der von Kindern unter 14 Jahren verübten Forstfrevel betreffend, vom 16. März 1861 Nr. 15;

5. das Gesetz, die Unterdrückung von Holzentwendungen zum Zwecke der Fabrikation von Zündhölzern betreffend, vom 29. Mai 1868 Nr. 39;
 6. das Gesetz, die Abänderung verschiedener Bestimmungen des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837 betreffend, vom 11. April 1870 Nr. 41;
 7. das Gesetz, Abänderungen des Forststrafgesetzes vom 26. Juli 1837, des Gesetzes Nr. 15 vom 16. März 1861 und des Gesetzes Nr. 41 vom 11. April 1870 betreffend, vom 22. December 1870 Nr. 123;
 8. die Verordnung, das Verfahren in Forst- und Jagdstrafsachen betreffend, vom 19. April 1871 Nr. 11;
- ausser Wirksamkeit.

Dagegen verbleibt das Gesetz Nr. 26 vom 30. April 1861, die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten betreffend, in Kraft. Die in den §§. 33 bis 35 desselben mit Strafe bedrohten Zuwiderhandlungen sind Forstfrevel im Sinne dieses Gesetzes ¹⁾.

Anm. 1. Die citirten Paragraphen lauten:

§. 33.

Eigenmächtige Forstzerstörung.

„Derjenige Forstbesitzer, welcher eigenmächtig Forstrodungen oder denselben gleichkommende Abholzungen und Behandlungen des Forstgrundes (§. 6) vornimmt oder vornehmen lässt, verwirkt Strafe von 2 Thlr. für jede gerodete oder gesetzwidrig benutzte Quadratruthe.“

§. 34.

Eigenmächtige Forstnutzung.

„Derjenige Eigenthümer, Interessent oder Nutzungsberechtigte einer unter den §. 13 fallenden Forst, welcher in derselben

1. eine Holznutzung eigenmächtig vornimmt, oder den gesetzlichen Bestimmungen und bestehenden forstpolizeilichen Anordnungen wegen der Holznutzungen oder der Holzabfuhr entgegen handelt;
2. eigenmächtig eine Forstnebennutzung bezieht oder die in Betreff der Ausdehnung, der Zeit, sowie der Art und Weise solcher Nutzungen von der Forstbehörde getroffenen forstwirthschaftlichen oder forstpolizeilichen Anwendungen übertritt;

wird nach den Bestimmungen des Forststrafgesetzes in der Art bestraft, als wenn der Frevel in einer fremden Forst verübt wäre. Daneben tritt (Schadens- und) Werthersatz ein, jedoch mit Ausnahme des Falls, wenn der ausschliesslich und allein zur Nutzung Berechtigte die Aneignung vornahm.“

§. 35.

Unterlassung angeordneter Hauungen.

„Wenn ein Forsteigenthümer, Interessent oder Nutzungsberechtigter (§. 13), falls er die Holzhauer selbst stellt, die zu seinem Antheile angewiesenen Bäume innerhalb der bestimmten Hauungszeit und bis zum Ausbruche des Laubes nicht hat hauen und aufarbeiten lassen, so verfällt derselbe, falls ihm von dem betreffenden Forstbeamten nicht eine Verlängerung der Frist ertheilt ist, in eine Strafe von 1 bis 10 Thlr.

Auf Ansuchen wird in diesen Forsten eine Hinausrückung der gesetzlichen Holzabfuhrtermine durch den betreffenden Forstofficianten nicht versagt werden, insofern aus der späteren Abfuhr des Holzes kein Nachtheil für die Forst erwächst.“

Dadurch, daß die in den vorgedachten Paragraphen erwähnten Zuwiderhandlungen für Forstfrevel im Sinne des neuen Forststrafgesetzes erklärt werden, wird bewirkt, daß die Vorschriften des letzteren in den Titeln 1, 3 und 4 entsprechende Anwendung erhalten.

§. 80.

Die nach der bisherigen Gesetzgebung wegen Forstfrevel erkannten Strafen begründen nicht die Rückfallsstrafen (§. 12 und §. 16 Nr. 8) ¹⁾.

Anm. 1. Der Paragraph fehlte im Entwurf. Er ist auf Antrag der Commission hinzugefügt, weil das neue Gesetz härtere Strafen enthalte als das frühere, und daher die Anwendung der Rückfallsstrafen auf die unter der Herrschaft des früheren Gesetzes wegen desselben oder eines gleichartigen Frevels Bestraften zu Unbilligkeiten führen würde.

§. 81.

Für das weitere Verfahren in den am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Sachen finden die Vorschriften der §§. 8 u. ff. des Einführungsgesetzes zur Deutschen Strafprocessordnung entsprechende Anwendung ¹⁾.

Anm. 1. Die in Bezug genommenen Vorschriften des Einführungsgesetzes zur D. St. P. O. lauten wie folgt:

§. 8.

„In den am Tage des Inkrafttretens der Strafprocessordnung anhängigen Strafsachen sind für das weitere Verfahren die Vorschriften der Strafprocessordnung massgebend. — — — — —

War jedoch vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprocessordnung ein Endurtheil erster Instanz ergangen, so finden auf die Erledigung der Sache bis zur rechtskräftigen Entscheidung die bisherigen Processgesetze Anwendung.“

Aus vorstehenden Bestimmungen, deren entsprechende Anwendung der §. 81 vorschreibt, folgt:

1. War der vor dem 1. October 1879 nach Maßgabe des §. 74 der Braunschw. Strafproceßordnung bezw. des §. 13 des Ges. Nr. 122 v. 22. Dec. 1870 erlassene amtsrichterliche Strafbefehl noch nicht in Rechtskraft übergegangen, so kommt das gegenwärtige Forststrafgesetz mit seinen processualischen Bestimmungen zur Anwendung. Es findet also nach dem 1. October 1879 der Einspruchstermin vor dem an die Stelle des aufgehobenen Gerichts tretenden Amtsgerichte statt, und es kann auch schon vor diesem Zeitpunkte eine Ladung vor das neu eingesetzte Gericht erfolgen. Damit stimmen die §§. 30, 35 und 37 Abs. 1 des Ges. Nr. 13 vom 1. April 1879, betr. die Uebergangsbestimmungen zu der Deutschen Strafproceßordnung, überein.
2. Dasselbe ist der Fall, wenn vor dem 1. October 1879 nicht nur der Strafbefehl erlassen, sondern auch Einspruch erhoben war, der Verhandlungstermin aber erst nach diesem Tage stattfinden soll. Auch in diesem Falle ist nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes, also ohne Zuziehung von Schöffen, zu verfahren.
3. War in solchen Sachen, welche nach §. 59 des gegenwärtigen Gesetzes nur im schöffengerichtlichen Verfahren verfolgt werden können, also in den Fällen der §§. 17 und 18, vor dem 1. October 1879, entsprechend dem damaligen Recht, ein Strafbefehl erlassen, der Einspruchstermin aber auf die Zeit nach dem 1. October 1879 anberaumt, so muß sowohl dieser Termin wie der Strafbefehl von Amtswegen wieder aufgehoben und Verhandlungstermin nach den Bestimmungen der D. St. R. O. zum Verfahren vor dem Schöffengericht angeordnet werden. Dabei ist jedoch, soviel den Fall des §. 18 betrifft, auf die Uebergangsbestimmung in §. 80 Rücksicht zu nehmen.
4. War endlich gegen das vor dem 1. October 1879 auf erhobenen Einspruch abgegebene Erkenntniß das (bisher allein zuständige) Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde

angemeldet, aber an jenem Tage noch nicht erledigt, so hat darüber der Strafsenat des Oberlandesgerichts nach Maßgabe des bisherigen Strafverfahrens zu entscheiden (Ges. Nr. 13 v. 1. April 1879 §. 29 Abs. 3).

§. 9.

„Wird ein vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprocessordnung ergangenes Endurtheil erster Instanz in der höheren Instanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die erste Instanz zurückgewiesen, so regelt sich das weitere Verfahren nach den Vorschriften der Strafprocessordnung.“

Es handelt sich um den Fall, wenn ein vor dem 1. October 1879 abgegebenes, mit der Nichtigkeitsbeschwerde angefochtenes Urtheil nach diesem Zeitpunkte von dem Strafsenate des Oberlandesgerichts vernichtet und auf Wiederholung des Hauptverfahrens vor dem zuständigen Gerichte erster Instanz erkannt ist (Braunschw. Strafproceßordn. §§. 167, 168 Nr. 1 und 2). In diesem Falle findet das Hauptverfahren nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes statt; es ist also Verhandlungstermin entweder vor dem Schöffengerichte oder vor dem Amtsrichter anzuberaumen.

§. 10.

„Für die Wiederaufnahme eines durch rechtskräftiges Urtheil geschlossenen Verfahrens sind die Vorschriften der Strafprocessordnung auch dann massgebend, wenn das Urtheil vor dem Tage des Inkrafttretens der Strafprocessordnung erlassen oder rechtskräftig geworden war.“

Für die Wiederaufnahme des Verfahrens kommen auch dann, wenn das frühere Urtheil vor dem 1. October 1879 rechtskräftig geworden war, die §§. 399 bis 413 der D. St. P. O. zur Anwendung.

§. 12.

„Auf die Strafvollstreckung finden die Vorschriften der Strafprocessordnung Anwendung, auch wenn die

Strafe nach den bisherigen Vorschriften über das Strafverfahren erkannt ist.“

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

II.

G e s e t z ,

die

J a g d p o l i z e i - U e b e r t r e t u n g e n

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 1. April 1879 (Nr. 19).

Einleitung.

Nachdem das auf die unbefugte Jagdausübung bezügliche Strafrecht durch das Reichsstrafgesetzbuch der Landesgesetzgebung entzogen ist, haben die übrigen in Betreff der Ausübung der Jagd bestehenden strafrechtlichen Bestimmungen nur noch einen polizeilichen Character. Aber auch hinsichtlich dieser jagdpolizeilichen Bestimmungen war ein dringendes Bedürfniß zu einer Codification vorhanden. Das Jagdstrafgesetz vom 20. Aug. 1849, welches zunächst durch die Novelle vom 11. April 1870 Nr. 42 und dann, kurze Zeit nach deren Erscheinen, in Folge der Einführung des Reichsstrafgesetzbuches durch das Gesetz Nr. 124 vom 22. Decbr. 1870 wesentlichen Aenderungen unterzogen wurde, enthält materielle und polizeiliche Strafbestimmungen mit einander vermischt, und zwar theilweise solche Bestimmungen, welche den allgemeinen Grundsätzen des Reichsstrafgesetzbuches nicht entsprechen. Daneben bestehen mehrfache Specialgesetze jagdpolizeilichen Inhalts, deren Vorschriften schon seit längerer Zeit als reformbedürftig anerkannt sind.

Es erschien daher — wie bereits bei früherer Gelegenheit (Verh. des 13. ord. Landt. [64. Sitzung vom 11. Mai 1871] S. 469) regierungsseitig anerkannt worden — in hohem Grade wünschenswerth, alle diese auf die Jagdpolizei bezüglichen Vorschriften zu einem einheitlichen Jagdpolizeigesetze zusammenzufassen und dabei, übrigens im Anschluß an die allgemeinen Grundsätze des Reichsstrafgesetzbuches, diejenigen Sonderbestimmungen beizubehalten, welche nach Maßgabe der im §. 2 Abs. 2 des Einf. Ges. zum R. Str. G. B. gegebenen Ermächtigung durch die bisherigen

Landesgesetze eingeführt sind. Dagegen konnten besondere Bestimmungen über das Verfahren, wie sie das neue Forststrafgesetz enthält, nicht aufgenommen werden, da der §. 3 des Einf. Ges. zur Deutschen Strafproceßordnung der Landesgesetzgebung nur für Forst- und Feldrügesachen, nicht auch in Beziehung auf Jagdpolizeisachen das Recht der Autonomie gewährt hat, daher hinsichtlich der letzteren die allgemeinen strafprocessualischen Vorschriften Anwendung finden müssen. — Abgesehen von den eigentlichen Jagdpolizei-Übertretungen enthält das Gesetz nur noch Bestimmungen über die Ausübung des Jagdschutzes. Das hierauf bezügliche Gesetz Nr. 29 v. 16. August 1849 ist zwar mehr für die dem Reichsstrafrechte vorbehaltenen materiellen Jagddelictes, als für die jagdpolizeilichen Contraventionen von praktischer Bedeutung; es empfahl sich jedoch aus Rücksichten der Zweckmäßigkeit, die geltenden Vorschriften über die Befugnisse und Verpflichtungen der die Beobachtung der Jagdgesetze controlirenden Beamten, ohne Unterschied, ob diese Gesetze das Reichs- oder Landesstrafrecht zum Gegenstand haben, übersichtlich zusammenzustellen, und gerade mit Rücksicht hierauf hat das cit. Gesetz Aufnahme gefunden.

Der von der Herzoglichen Landesregierung der Landesversammlung mittelst Schreibens vom 13. December 1878 vorgelegte Entwurf nebst Motiven ist zunächst von der zur Berathung des Forststrafgesetzes gebildeten Commission, und sodann, unter Zugrundelegung des von dieser am 8. Febr. 1879 erstatteten Berichts (Verh. des 16. ord. Landt. Anl. 32) in den Sitzungen der Landesversammlung am 19. und 20. Febr. 1879 berathen (s. die Verh. der 13. und 14. Sitzung). Nachdem darauf die gefaßten Beschlüsse (Anl. 45) seitens des Herzogl. Staatsministeriums verschiedene in dessen Erwiderungsschreiben vom 14. März 1879 (Anl. 56) enthaltene Bedenken veranlaßt haben, hat eine nochmalige Berathung der Landesversammlung am 21. März 1879 stattgefunden (s. die Verh. der 18. Sitzung), und hat in dieser der Entwurf die verfassungsmäßige Zustimmung der letzteren erhalten (Anl. 76).

Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Gesetz.

T i t e l I.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Alle in diesem Gesetze mit Strafe bedrohten Handlungen oder Unterlassungen sind Jagdpolizei-Uebertretungen.

Die im Reichsstrafgesetzbuche, namentlich in den §§. 292 bis 295, 368 Nr. 10 und 11 *) aufgeführten, auf die unbefugte Ausübung der Jagd bezüglichen Vergehen und Uebertretungen sind nicht Gegenstand dieses Gesetzes 1).

(Vgl. Gef. Nr. 124 v. 22. Dec. 1870 §. 1.)

*)

§. 292.

„Wer an Orten, an denen zu jagen er nicht berechtigt ist, die Jagd ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängniss bis zu drei Monaten bestraft.

Anm. 1. Durch die hierunter citirten, auf die unbefugte Ausübung der Jagd bezüglichen Vorschriften des R. Str. G. B. werden die §§. 19 bis 32 des Jagdstrafges. v. 20. Aug. 1849 ersetzt. Namentlich ist dies auch der Fall in Betreff der Bestimmungen der §§. 26 bis 32 des J. St. G. über Aneignung

Ist der Thäter ein Angehöriger des Jagdberechtigten (— s. oben S. 40 —) so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein; die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.“

§. 293.

„Die Strafe kann auf Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder auf Gefängniss bis zu sechs Monaten erhöht werden, wenn dem Wilde nicht mit Schiessgewehr oder Hunden, sondern mit Schlingen, Netzen, Fallen oder anderen Vorrichtungen nachgestellt oder, wenn das Vergehen während der gesetzlichen Schonzeit, in Wäldern, zur Nachtzeit oder gemeinschaftlich von Mehreren begangen wird.“

§. 294.

„Wer unberechtigtes Jagen gewerbsmässig betreibt, wird mit Gefängniss nicht unter drei Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.“

§. 295.

„Neben der durch das Jagdvergehen verwirkten Strafe ist auf Einziehung des Gewehrs, des Jagdgeräths und der Hunde, welche der Thäter bei dem unberechtigten Jagen bei sich geführt hat, imgleichen der Schlingen, Netze, Fallen und anderen Vorrichtungen zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht.“

§. 368.

„Mit Geldstrafe bis zu sechszig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:

10. wer ohne Genehmigung des Jagdberechtigten oder ohne sonstige Befugniss auf einem fremden Jagdgebiete ausserhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges, wenn auch nicht jagend, doch zur Jagd ausgerüstet, betroffen wird;

11. wer unbefugt Eier oder Junge von jagdbarem Federwild oder von Singvögeln ausnimmt.“

jungen Wildes, über unberechtigte Aneignung von Fallwild, über verbotenen Vogelfang, insbesondere über unbefugtes Dohnenstellen u. dgl. Alle diese Handlungen enthalten einen Eingriff in die fremde Occupationsberechtigung, sind daher nicht mehr nach dem Landesgesetze, sondern nach dem Reichsstrafgesetzbuche zu strafen. Von den auf die unbefugte Jagdausübung sich beziehenden Strafthaten gehören das einfache Jagdvergehen (§. 292) und die in §. 368 Nr. 10 und 11 gedrohten Uebertretungen zur Competenz der Schöffengerichte, dagegen das qualificirte Jagdvergehen (§§. 293, 294) zur Competenz der Strafkammer des Landgerichts (D. O. B. G. §. 27 Nr. 1 u. 2, §. 73 Nr. 1). Auch des bereits durch §. 35 des I. St. G. beseitigten Rechtes zur Jagd- oder Wildfolge ist im Gesetze nicht weiter gedacht, weil letztere gleichfalls ein materielles Jagdvergehen begründet (f. Oppenhoff, Comment. 5. Ausg. ad §. 292 Noten 5 u. 9). — „Was speciell den im §. 21 des I. St. G. behandelten Fall betrifft, wo der Wilddieb bei der unbefugten Ausübung der Jagd mit einer f. g. Wilddiebsflinte versehen war, so konnte auch diese Bestimmung nicht aufgenommen werden, da das Mitführen einer Wilddiebsflinte an sich ohne polizeiliche Erlaubniß eine nach §. 367 Nr. 9 des R. Str. G. B.

„Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

9. wer einem gesetzlichen Verbot zuwider — —
— Schusswaffen, welche in Stöcken oder Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind, feilhält oder mit sich führt.“

bzw. nach §. 20 des Polizeistrafgesetzes vom 27. November 1872

„Mit Bezug auf die in den §§. — — 367 Nr. 9 —
— des Reichsstrafgesetzbuches enthaltenen Strafan-
drohungen wird bestimmt:

— — — — —
dass es verboten ist, ohne polizeiliche Erlaubniß —
— — Schusswaffen, welche in Stöcken oder Röhren
oder in ähnlicher Weise verborgen sind, mit sich zu
führen“

strafbare Uebertretung begründet, dann aber, wenn sie vom Wild-
diebe benutzt wird, nach den Grundsätzen über ideale Concurrenz
(R. Str. G. B. §. 73; s. oben S. 11) neben der für das Ver-
gehen der unbefugten Jagdausübung gedrohten Strafe nicht
besonders geahndet werden kann“ (Mot.).

§. 2.

Die einleitenden Bestimmungen und die Bestimmungen
des ersten Theils des Reichsstrafgesetzbuches finden, so-
weit nicht dieses Gesetz abweichende Vorschriften ent-
hält ¹⁾, auch auf Jagdpolizei-Uebertretungen Anwen-
dung ²⁾.

(Vgl. Gef. Nr. 121 v. 22. Dec. 1870 §. 1. Gef. Nr. 124 vom
22. Dec. 1870 §§. 2, 4, 5 Abs. 1, 6.)

Anm. 1. Die Abweichungen vom allgemeinen Theile des
R. Str. G. B. sind in den §§. 3 und 4 enthalten. Im Uebrigen
gilt das gemeine Recht. Da die im Gesetze angedrohten Geld-
strafen nirgends den Betrag von 150 Mk. übersteigen, somit
Uebertretungen bilden, konnten die im Forststrafgesetze ent-
haltenen besonderen Bestimmungen über die anzuwendenden Straf-
arten, über Umwandlung der Geldstrafen in Freiheitsstrafen, über
Einziehung, Verjährung der Strafverfolgung, Strafbarkeit des
Versuchs und der Beihilfe (s. Forststrafgef. §§. 5 bis 7, 12 bis
15, 21 Abs. 3) umgangen werden.

2. „Nach §. 7 des Gef. Nr. 124 v. 22. Dec. 1870 sollte
die Verfolgung der nach dem Jagdstrafgesetze zu bestrafenden Jagd-
frevel mit einziger Ausnahme des Falles, wenn der Jagdberech-
tigte während der Hegezeit jagt, nur auf Antrag des Verletzten
eintreten, und diese Vorschrift mußte auch auf die im §. 5 des
Gef. Nr. 47 v. 27. Juli 1871 über die Schonzeiten des Wildes
gedrohten Uebertretungen Anwendung leiden, da dieselben im §. 7

dieses Gesetzes für Jagdfrevel erklärt waren; dadurch wurde bewirkt, daß z. B. das Ausnehmen der Eier und Jungen von jagdbarem Federwild, falls dasselbe seitens des Jagdberechtigten geschah, durch dessen eigenen Antrag bedingt war, mithin regelmäßig unbestraft bleiben mußte. Abgesehen von dieser Inconvenienz war die Vorschrift selbst augenscheinlich dadurch veranlaßt, daß auch die Verfolgung des Vergehens der unbefugten Ausübung der Jagd vom Antrage des Verletzten abhing; nachdem jedoch dieses Vergehen in Folge der Strafgesetznovelle vom 26. Febr. 1876, abgesehen von dem Falle, wenn der Thäter ein Angehöriger des Jagdberechtigten ist, zu einem Officialdelicte umgewandelt worden, liegt auch für die Landesgesetzgebung kein Grund vor, die Verfolgung der nach Maßgabe des Jagdpolizeigesetzes zu strafenden Uebertretungen von dem Antrage des Verletzten abhängig zu machen“ (Mot.). — Danach werden also alle in diesem Gesetze aufgeführten Uebertretungen von Amtswegen verfolgt; etwaige Anzeigen begangener Uebertretungen sind dem für die Verfolgung derselben bestimmten Amtsanwalt zu erstatten (s. unten §. 21 Anm. 1).

§. 3.

Auf Personen, welche bei Begehung einer Jagdpolizeiuebertretung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet haben, finden die Bestimmungen des Gesetzes Nr. 117 vom 22. December 1870 über die gegen Kinder zu ergreifenden polizeilichen Massregeln Anwendung.

Die im §. 57 des Reichsstrafgesetzbuches bei der Verurtheilung von Personen, welche zur Zeit der Begehung der That das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, vorgesehene Strafermässigung findet bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz keine Anwendung ¹⁾.

Anm. 1. Der Paragraph stimmt mit dem §. 9 des Forststrafgesetzes vollständig überein; es sind daher die dort gegebenen Erläuterungen (§. 18 bis 20) auch auf das gegenwärtige Gesetz zu beziehen.

§. 4.

Für die Geldstrafe und die Kosten, zu denen wegen Jagdpolizei-Uebertretungen Personen verurtheilt werden, welche unter der Gewalt, der Aufsicht oder im Dienst eines Anderen stehen und zu dessen Hausgenossenschaft gehören, ist Letzterer im Falle des Unvermögens der Verurtheilten für haftbar zu erklären, und zwar unabhängig von derjenigen Strafe, zu welcher er selbst auf Grund dieses Gesetzes oder des §. 361 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches verurtheilt wird. Wird festgestellt, dass die That nicht mit seinem Wissen verübt ist, oder dass er sie nicht verhindern konnte, so wird die Haftbarkeit nicht ausgesprochen.

Hat der Thäter noch nicht das zwölfte Lebensjahr vollendet, so wird derjenige, welcher in Gemässheit der vorstehenden Bestimmung haftet, zur Zahlung der Geldstrafe und der Kosten als unmittelbar haftbar verurtheilt. Dasselbe gilt, wenn der Thäter zwar das zwölfte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte und wegen Mangels der zur Erkenntniss der Strafbarkeit seiner That erforderlichen Einsicht freizusprechen ist, oder wenn derselbe wegen eines seine freie Willensbestimmung ausschliessenden Zustandes straffrei bleibt.

Gegen die in Gemässheit der vorstehenden Bestimmungen als haftbar Erklärten tritt an die Stelle der Geldstrafe Haftstrafe nicht ein. An den zunächst ver-

pflichteten Personen darf die an Stelle der verwirkten Geldstrafe tretende Haftstrafe nur dann vollzogen werden, wenn die Geldstrafe auch von dem für haftbar Erklärten nicht beigetrieben werden kann¹⁾.

Anm. 1. Vgl. §. 10 des Forststrafgesetzes und die dazu gehörigen Anmerkungen (S. 21 bis 23).

Titel II.

Strafbestimmungen.

1. Zuwiderhandlungen in Beziehung auf Jagdscheine.

§. 5.

Mit Geldstrafe von zwanzig Mark ¹⁾ wird bestraft, wer, ohne einen noch gültigen Jagdschein gelöst zu haben, jagend ²⁾ oder in einem Jagdreviere ausserhalb des öffentlichen zum gemeinen Gebrauche bestimmten Weges ³⁾ zur Jagd ausgerüstet ⁴⁾ betroffen wird.

Die Ausübung des durch §. 17 des Gesetzes Nr. 39 vom 8. Sept. 1848 den Grundeigenthümern beigelegten Rechtes, auf ihren Grundstücken wilde Kaninchen ohne Anwendung von Schusswaffen zu tödten oder zu fangen, ist durch die Lösung von Jagdscheinen nicht bedingt ⁵⁾.

(Vgl. Gef. Nr. 23 v. 16. April 1852 §§. 7, 8, 12 u. 13.)

Anm. 1. Der Entwurf hatte die Strafe im Anschluß an §. 8 des Gef. Nr. 23 de 1852 nur auf 15 Mf. bestimmt; auf Antrag der Commission ist sie, um ein geeigneteres Verhältniß zu dem in §. 9 regelmäßig auf 10 Mf. festgesetzten Preise eines Jagdscheins zu erzielen, auf 20 Mf. erhöht.

2. „Nach dem Grunde des Gesetzes, welches die Betheiligung an Jagden und den Gebrauch des Schießgewehrs seitens unfähiger Personen zu hindern bezweckt, kann sich das „Jagen“ nur auf den Fall der Jagdausübung mittelst Schießgewehrs beziehen, während zum Jagen durch Hunde oder Schlingen die vorgängige Lösung eines Jagdscheines nicht erfordert wird“ (Mot.).

3. Der §. 7 des Ges. Nr. 23 de 1852 bestimmte, daß, wer „vom Wege ab“ mit jagdfertigem Gewehre erscheint, den Jagdschein zu lösen habe. Der Ausdruck war jedoch zu ungenau und hat in der Praxis zu Zweifeln Veranlassung gegeben, insofern einzelne Gerichte auch Holzwege darunter verstanden, obwohl nur die Jedermann geöffneten Communicationswege zwischen Ortschaften hatten gemeint sein sollen, Privat-Holzabfuhrwege und Privat-Feldwege also nicht darunter begriffen sein können (vgl. Erf. O. 1. Sen. v. 5. April 1870 in Ztschr. f. Rechtspf. XVII, S. 154). Die jetzige Fassung entspricht dem in §. 368 Nr. 10 des R. Str. G. B. gebrachten Wortlaut (s. oben S. 138).

4. Der Entw. enthielt statt der Worte „zur Jagd ausgerüstet“ den Ausdruck „mit einem jagdfertigen Gewehre.“ Dieser Ausdruck erschien jedoch der Commission zu dehnbar und nicht präcise genug, weil bei dem jetzigen allgemein im Gebrauche befindlichen Systeme der Hinterlade-Gewehre, wenn nur Patronen zur Hand seien, auch ein nicht geladenes Gewehr als ein „jagdfertiges“ angesehen werden könne, da das Laden selbst in außerordentlich kurzer Zeit zu bewerkstelligen sei. Die Commission hielt auch in dieser Hinsicht einen Anschluß an die Fassung des §. 368 Nr. 10 des R. Str. G. B. für wünschenswerth, indem sie zugleich von der Voraussetzung ausging, daß derjenige, welcher mit einem blind (nur mit Pulver) geladenen Gewehre, ohne Schrot, Kugel u. bei sich zu führen, betroffen werde, etwa nur, weil er die der Landwirthschaft schädlichen Vögel habe verschrecken wollen, nicht als zur Jagd ausgerüstet angesehen werden könne. Dieser Auffassung ist die Landesversammlung beigetreten und sind demgemäß die betr. Worte im Gesetze geändert.

5. In Betreff des hier gedachten Vorbehalts vgl. außer §. 13 des Gef. Nr. 23 v. 1852 auch §. 15 der V.D. Nr. 23 v. 16. Sept. 1827, §. 17 des Gef. Nr. 39 v. 8. Sept. 1848 und §. 33 Abs. 2 u. 3 des J. St. G. v. 1849. Daß die Grundeigenthümer sich auch die Zungen von wilden Kaninchen aneignen können, ohne einen Jagdschein gelöst zu haben, ist selbstverständlich; der bezügliche Zusatz im Entw. wurde aus eben diesem Grunde auf Antrag der Commission gestrichen.

§. 6.

Die im §. 5 erwähnte Zuwiderhandlung wird mit einer Geldstrafe von vierzig Mark bestraft ¹⁾:

1. wenn der Zuwiderhandelnde Mittel angewendet hat, um sich unkenntlich zu machen;
2. wenn der Zuwiderhandelnde dem zur Ausübung des Jagdschutzes Berechtigten seinen Namen oder Wohnort anzugeben sich geweigert, oder falsche Angaben über seinen Namen oder Wohnort gemacht, oder auf Anrufen des Jagdschutzberechtigten die Flucht ergriffen oder fortgesetzt hat;
3. wenn der Zuwiderhandelnde innerhalb der letzten zwei Jahre wegen derselben Zuwiderhandlung von einem Braunschweigischen Gerichte rechtskräftig verurtheilt worden, oder die gedrohte Geldstrafe vor der Verurtheilung freiwillig erlegt ist.

(Vgl. J. St. G. v. 1849 §§. 11, 12, 16. Gef. Nr. 42 v. 11. April 1870 §. 7. Gef. Nr. 124 v. 22. Dec. 1870 §. 3.)

Ann. 1. Die im Paragraphen angegebenen Straferhöhungsgründe entsprechen denen des §. 11 Nr. 2 u. 3 und §. 12 des

Forststrafges. (s. oben S. 24 ff.); abgesehen von dem im §. 6 Nr. 3 angegebenen Falle wird der Rückfall bei den übrigen Jagdpolizeidelikten, soweit relative Strafen gedroht sind, nur einen Strafersehwerungsgrund bilden. — Die Höhe der Strafe ist auch hier, in Consequenz der Aenderung des §. 5, auf Antrag der Commission auf 40 Mk. festgesetzt, während im Entw. nur 30 Mk. bestimmt waren.

§. 7.

Mit Geldstrafe von drei Mark wird bestraft ¹⁾, wer einen Jagdschein zwar für sich gelöst hat, ihn aber bei Ausübung der Jagd nicht bei sich führt oder auf Anfordern nicht vorzeigt.

(Vgl. Ges. Nr. 23 v. 16. April 1852 §. 8 Abs. 1 a. G.)

Anm. 1. Ein Vorschlag der Commission, den Betrag der Strafe, da es sich hier nur um eine Ordnungswidrigkeit handle, auf 1 Mk. herabzusetzen, zugleich auch denjenigen, welcher die Ausübung seines Jagdrechts einem Dritten gestatte, selbst zur Controle über die Lösung des Jagdscheins zu verpflichten, hat die Billigung der Landesversammlung nicht gefunden. Dagegen ist die Strafe, welche der Entw. auf 5 Mk. festgesetzt hatte, auf 3 Mk. ermäßigt. — Ueber die zur Controle berechtigten Personen vgl. §. 20.

§. 8.

Die Bestimmungen des §. 5 Abs. 1 und des §. 7 finden auf die zur Ausübung des Jagdschutzes Berechtigten nur dann Anwendung, wenn sie wirklich die Jagd ausüben, nicht aber auch in dem Falle, wenn sie zur Verrichtung anderer Dienstgeschäfte im Jagdreviere sich befinden und dabei nach Gebrauch oder zu ihrem persönlichen Schutze mit einem Schiessgewehre versehen sind ¹⁾.

Anm. 1. Der Paragraph fehlte im Entwurf; es war jedoch bereits in den Motiven zu §. 8 Abs. 2 (jetzt §. 9), welcher im Anschluß an die Bestimmung in §. 14 Abs. 5 des Preuß. Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 den im Entwurf genannten Jagdschutzbeamten, „soweit es sich bei denselben um die Ausübung der Jagd in ihren Schutzbezirken handelt“, die unentgeltliche Ertheilung des Jagdscheins sichern wollte, darauf hingewiesen, daß die betr. Forst- und Jagdbeamten den Jagdschein nur dann, wenn sie wirklich die Jagd ausüben, nicht aber auch in dem Falle bedürften, wenn sie zur Verrichtung anderer Dienstgeschäfte im Jagdreviere sich befänden und dabei nach Gebrauch oder auch zu ihrem persönlichen Schutze mit einem Schießgewehre versehen seien. Diese auch in der Praxis beobachtete Beschränkung (s. Ztschr. f. Rechtspf. XVII, S. 153) erschien an sich als eine selbstverständliche; um jedoch jeden Zweifel, der aus der Allgemeinheit des Wortlauts in §. 5 Abs. 1 und §. 7 hervorgehen könnte, zu beseitigen, ist auf nachträglichen Vorschlag der Herzoglichen Landesregierung (Landt. Verh. Anl. 56) der gegenwärtige Paragraph von der Landesversammlung adoptirt worden.

§. 9.

Die für das ganze Herzogthum gültigen, auf die Person und auf ein Jahr vom Tage der Ausstellung ab lautenden Jagdscheine werden von den Herzoglichen Kreisdirectionen gegen eine Gebühr von zehn Mark, und wenn sie nur für drei bestimmte, auf einanderfolgende Tage lauten, gegen eine Gebühr von drei Mark ausgestellt¹⁾. Die gezahlte Gebühr fließt der Kreiscommunal-Casse des Wohnorts des Einzahlers, und falls dessen Wohnort ausserhalb des Herzogthums belegen ist, der Kreiscommunal-Casse desjenigen Kreises zu, in welchem der Jagdschein gelöst ist.

Jagdscheine werden unentgeltlich ertheilt:

1. den Herzoglichen Forst- und Jagdbeamten vom Ober-Forst- und Jagd-Beamten abwärts, den diätarisch beschäftigten Forstaspiranten, den Revierjägern, den beeidigten Forstwarten und Forstlehrlingen für die Jagdreviere, in denen sie vermöge ihres Amtes oder auf Grund amtlichen Auftrags die Jagd auszuüben haben ²⁾).
2. den Pächtern oder Administratoren von Privat- oder Interessenten-Jagden, imgleichen den zur selbstständigen Jagdausübung berechtigten Grundeigenthümern, insofern sie nicht ihre Jagd verpachtet oder für dieselbe einen besonderen Administrator bestellt haben, für ihre Jagdreviere.

Die Ertheilung des Jagdscheines ist denjenigen Personen zu versagen, bzw. der bereits ertheilte Jagdschein denjenigen wieder abzunehmen, welchen aus Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit der freie Gebrauch des Schiessgewehrs und die Ausübung der Jagd nach dem Ermessen der Herzoglichen Kreisdirection nicht gestattet werden kann ³⁾.

(Vgl. Gef. Nr. 23 v. 16. April 1852 §. 7 Abs. 2 u. 3, §. 8 Abs. 1. Gef. Nr. 80 v. 17. Dec. 1873 §. 1.)

Anm. 1. „Hinsichtlich der Gebühr für die Jagdscheine — welche früher drei Thaler betrug — und hinsichtlich der regelmäßigen und ausnahmsweisen Gültigkeitsdauer derselben sind die Anträge berücksichtigt, welche die Landesversammlung mittelst Schreibens vom 23. Mai 1876 an die Herzogl. Landesregierung hat gelangen lassen (s. Verh. des 15. ord. Landt. Prot. 37 sub VI u. Anl. 148)“ (Mot.).

2. Nach §. 7 Abs. 4 des Gef. Nr. 23 de 1852 waren die

dortgenannten Jagdschutzbeamten auf Grund der ihnen unentgeltlich verabreichten Jagdscheine berechtigt, die Jagd im ganzen Lande und nicht allein in ihren Schutzbezirken auszuüben. Dagegen schrieb der Entw. in §. 8 Abs. 2 vor, daß diese Beamten nur für die Ausübung der Jagd in ihren Schutzbezirken den Jagdschein unentgeltlich erhalten sollten; man ging dabei von dem Gedanken aus, daß der Forst- und Jagdbeamte nur dann, wenn er vermöge amtlichen Auftrages die Jagd auszuüben habe, zur Verrichtung dieser seiner amtlichen Geschäfte die Befreiung von der Gebühr für den Jagdschein beanspruchen könne, und glaubte zur leichteren Beantwortung der Frage, ob der Beamte als solcher gehandelt habe oder nicht, „den Umfang des Schutzbezirks“ — d. h. nicht bloß des ordentlichen, sondern auch des durch die Verpflichtung zur Ausrottung des Schwarzwildes (Wes. Nr. 39 v. 8. Sept. 1848 §. 15) begründeten außerordentlichen Bezirks — als maßgebend ansehen zu dürfen. Bei Berathung der Vorlage in der Landesversammlung wurde jedoch namentlich geltend gemacht, daß der Umfang des Schutzbezirks nicht immer mit der Sphäre der amtlichen Thätigkeit zusammentreffe, und daß es sich häufig gar nicht vermeiden lasse, einen Forst- und Jagdbeamten amtlich aufzufordern, außerhalb jener Grenzen an der Ausübung der Jagd Theil zu nehmen. Es wurde daher später auf anderweiten Vorschlag der Landesregierung (Anl. 56) der „Schutzbezirk“ fallen gelassen und die im gegenwärtigen Paragraphen unter Nr. 1 enthaltene Fassung adoptirt.

3. Die Commission hatte hierbei einen Zusatz des Inhalts beantragt, daß derjenige, welcher „wegen Vergehens gegen die §§. 292 bis 294 des R. Str. G. B. zu Gefängniß rechtskräftig verurtheilt sei, für die Dauer von mindestens fünf Jahren das Recht des Besizes und den Anspruch auf Ertheilung eines Jagdscheines“ verlieren solle, wobei auf eine ähnliche Bestimmung in §. 15 Abs. 2 des Preuß. Jagdpolizeiges. v. 7. März 1850 verwiesen war. Dieser Antrag wurde jedoch bei Berathung der Vorlage in der Landesversammlung von der Commission zurückgezogen, nachdem regierungsseitig darauf hingewiesen war, daß

der Zusatz in der Form, wie er vorgeschlagen, für gewisse unter das Reichsstrafgesetzbuch fallende strafbare Handlungen ein im Reichsgesetze nicht angedrohtes Nebenstrafübel schaffe und dadurch in das Gebiet der Reichsgesetzgebung eingreife (Landt. Verh. S. 94).

2. Sonstige Zuwiderhandlungen gegen die Jagdpolizei.

§. 10.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:

1. der Grundeigenthümer, der Pächter oder Administrator, welcher das Jagdrecht auf eigenen, beziehungsweise auf den von ihm gepachteten oder administrirten Grundstücken auf ungesetzliche Weise ausübt, oder ausüben lässt, soweit nicht §. 292 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung findet ¹⁾;
2. wer die Jagd an Sonn- oder Festtagen ausübt. Es ist jedoch auch an solchen Tagen von 5 Uhr Abends an die Ausübung des Anstandes vor, und des Waidwerkens in dem Holze gestattet.

(Vgl. J. St. G. v. 1849 §. 33 Abs. 1. Ges. Nr. 23 v. 16. April 1852 §. 9.)

Anm. 1. Nachdem die Ausübung der Jagdgerechtsame als eines Rechts auf fremden Grundstücken im Herzogthume durch das Ges. Nr. 39 v. 8. Sept. 1848 aufgehoben ist, besteht das Recht zu solcher Ausübung nur noch als Ausfluß des Eigenthums. Nach dem Gesetze Nr. 23 v. 16. April 1852 §§. 1 und 2 kommt dieses Recht jedoch dem einzelnen Grundbesitzer

auf eigenem Grund und Boden nur dann zu, wenn letzterer eine zusammenhängende Fläche von 300 Feldmorgen oder mehr ausmacht, während regelmäßig das Jagdrecht von den Jagdinteressenten gemeinschaftlich durch Verpachtung oder Administration der Jagd auf der ganzen Feldmark oder in Abtheilungen derselben, von denen keine unter 2000 Feldmorgen im Zusammenhange umfassen soll, geübt werden muß, und nur am Ertrage der Jagd jeder Grundbesitzer nach der Größe seines Grundstücks theilhaftig ist. Zugleich ist durch §. 19 des Ges. Nr. 39 de 1848 bestimmt, daß es jedem Eigenthümer freistehen soll, seine Grundstücke als Garten einzufriedigen; dadurch wird die Ausübung des Jagdrechts auf denselben und die in Ermangelung solcher Einfriedigung bestehende Jagdgemeinschaft der Eigenthümer ausgeschlossen.

Für solche Fälle nun, wo die Jagd unter Verletzung der vorstehend erwähnten Bestimmungen ausgeübt worden (s. z. B. den Rechtsfall bei Görgz, Entsch. des Cass. Hofes V Nr. 341), hatte der §. 33 Abs. 1 des Z. St. G. v. 1849 die gleiche Strafe wie für unberechtigtes Jagen überhaupt angedroht. Nachdem inzwischen das Vergehen der unberechtigten Jagdausübung nach §. 292 des R. Str. G. B. bestraft wird, kann das hier erwähnte Polizeidelict nur dann zur Anwendung kommen, wenn der Grundeigenthümer, Pächter oder Administrator sich des Mangels ihrer Berechtigung nicht bewußt waren, mithin nur eine formelle Gesetzesüberschreitung vorlag. Für letztere genügt daher auch eine geringe Strafe, deren Anwendung sich übrigens auch dann rechtfertigt, wenn der Grundeigenthümer zc. die Jagd in dem Bezirke, in welchem er zu jagen nicht berechtigt ist, zwar nicht selbst ausübt, aber deren Ausübung durch Familienglieder, Diensthoten zc. duldet.

§. 11.

Mit Geldstrafe von fünf Mark wird bestraft, wer in einem fremden Jagdbezirke die Jagd ausübend betroffen wird und, falls er sich nicht in Begleitung des Jagd-

berechtigten befindet, die schriftlich ertheilte Erlaubniss desselben auf Anfordern nicht vorzeigt ¹⁾).

(Vgl. *J. St. G. v. 1849* §. 33 Abs. 4.)

Anm. 1. „Nach §. 33 Abs. 4 des *J. St. G. v. 1849* war derjenige, welcher auf erhaltene Erlaubniß des Jagdberechtigten sich beruft, ohne in dessen Beisein zu jagen, verpflichtet, einen schriftlichen Erlaubnißschein vorzuzeigen, widrigenfalls sein Vorbringen nicht berücksichtigt werden sollte. Die Praxis hatte die Berufung auf die ertheilte Erlaubniß des Jagdberechtigten aber auch dann zugelassen, wenn dieselbe noch nachträglich in anderer Weise, z. B. durch Sistirung des Jagdberechtigten im Verhandlungstermine, dargethan werden konnte (vgl. *Erk. OÖ. 1. Sen. v. 9. Dec. 1870 in Ztschr. f. R. XVIII, S. 63*), und diese Praxis war bei der Fassung des §. 33 cit., welcher nur eine strafprocessualische, die Abschneidung von Weiterungen bezweckende Bedeutung hatte, namentlich die Aussetzung des Verfahrens behuf Abgabe einer Präjudicialentscheidung über den Civilpunkt der Erlaubnißertheilung vermeiden wollte, völlig gerechtfertigt. Dagegen soll der gegenwärtige Paragraph nach dem Vorgang des §. 17 Abs. 1 des *Preuß. Jagdpolizeiges. v. 7. März 1850* nur dazu dienen, die Controle seitens der Jagdschutzbeamten zu erleichtern, daher derselbe, ebenso wie bei Jagdscheinen (§. 7), die Verpflichtung der betreffenden Person, den Erlaubnißschein bei sich zu führen und auf Anfordern vorzuzeigen, ausspricht und die Vernachlässigung dieser Pflicht zu einem selbstständigen mit mäßiger Geldstrafe bedrohten Polizeidelicte macht“ (Mot.).

§. 12.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft:

1. der Jagdberechtigte, welcher während der vor-

geschriebenen Schonzeit (§. 14) Wild tödtet oder einfängt, sofern Letzteres nicht zum Zwecke der Erhaltung des eingefangenen Thieres für die Jagd geschieht¹⁾;

2. der Jagdberechtigte, welcher Rebhühner, Hasen oder Rehe in Schlingen fängt.

(Vgl. Ges. Nr. 47 v. 27. Juli 1871 §§. 3 u. 4. Preuß. Ges. v. 26. Febr. 1870 §. 1 Nr. 13, §. 5.)

Anm. 1. Die Worte „sofern Letzteres — geschieht“ sind auf Antrag der Commission hinzugefügt, welche darauf hingewiesen hatte, daß es häufig, namentlich im strengen Winter, vorkomme, daß von Jagdberechtigten und Jagdbesitzern zum Zwecke der Erhaltung und Ueberwinterung auch während der Schonzeit Wild, z. B. Rehe, Rebhühner u. eingefangen würden, um sie vor dem sicheren Hungertode zu retten und später zu Ende des Winters wieder in Freiheit zu setzen, daß aber ein solches nur im Interesse und zum Schutze der Jagden beobachtetes Verfahren nicht mit Strafe belegt werden könne.

§. 13.

Mit Geldstrafe bis zu Einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer nach Ablauf von vierzehn Tagen nach eingetretener Schonzeit während derselben Wild, rücksichtlich dessen die Jagd in dieser Zeit untersagt ist, in ganzen Stücken oder zerlegt, aber noch nicht zum Genusse fertig zubereitet, zum Verkaufe herumträgt, in Läden, auf Märkten oder sonst auf irgend eine Art zum Verkaufe ausstellt oder feilbietet oder den Verkauf vermittelt.

Neben der Geldstrafe oder Haft ist das Wild einzu-

ziehen, ohne Unterschied, ob es dem Schuldigen gehört oder nicht.

Wird während der Schonzeit für weibliches Rehwild Rehwild, dessen Geschlechts-Erkennungszeichen verstümmelt sind, in ganzen Stücken transportirt, feilgehalten oder dessen Verkauf vermittelt, so soll angenommen werden, dass das Stück weiblichen Geschlechts ist ¹⁾.

Die Strafbarkeit der vorbezeichneten Handlungen fällt hinweg, wenn dieselben zu derjenigen Zeit stattfanden, um welche die gesetzliche Schonzeit für das hiesige Land verlängert ist (§. 14 Abs. 2 *), insofern nachgewiesen wird, dass das betreffende Wild in dem Gebiete eines benachbarten Staates ausserhalb der dort geltenden Schonzeit rechtmässig erworben war.

(Vgl. Gef. Nr. 47 v. 27. Juli 1871 §. 6. Pr. Gef. v. 26. Febr. 1870 §. 7.)

Anm. 1. Der §. 11 des Gef. Nr. 23 v. 16. April 1852 belegte denjenigen mit Strafe, der 7 Tage nach dem Eintritt der (damals mit dem 13. Februar beginnenden) Hegezeit Wild, welches gehegt werden musste, „verkauft, ankauft oder — selbst gutgläubig — besitzt.“ Diese Bestimmung änderte sich, als durch das Gef. Nr. 47 v. 27. Juli 1871 die Schonzeiten in Uebereinstimmung mit dem gleichartigen Preuss. Gesetze v. 26. Febr. 1870 (W. S. S. 120) gebracht wurden und in §. 6 bestimmt ward, daß derjenige gestraft werden solle, welcher 14 Tage nach eingetretener Schonzeit Wild, rücksichtlich dessen die Jagd in dieser Zeit untersagt ist, in ganzen Stücken oder in zerlegtem Zustande feilbiete oder den Verkauf vermittele, nicht also auch der Käufer oder Besitzer desselben. Inzwischen hat sich diese Bestimmung „in der Praxis in Beziehung auf weibliches Rehwild, das während

*) In der amtlichen Ausgabe des Gesetzes ist irrig der §. 13 Abs. 2 citirt.

10 Monate im Jahr mit der Jagd zu verschonen ist, nicht ausreichend gezeigt, insofern häufig die Geschlechts-Erkennungszeichen desselben von den Händlern absichtlich beseitigt wurden, und dann der Beweis, daß weibliches Rehwild während der Schonzeit zum Verkaufe gebracht sei, nicht zu erbringen stand. Um einem derartigen Treiben entgegenzuwirken, empfahl es sich, schon aus der Thatsache selbst, daß während der fr. Schonzeit Rehwild in dem angedeuteten verstümmelten Zustande feilgehalten wird, eine Präsumtion für das weibliche Geschlecht des feilgehaltenen Thieres herzuleiten“ (Mot.). Der Entw. hatte gegen diese Präsumtion den Gegenbeweis, daß das Thier männlichen Geschlechts gewesen sei, vorbehalten wollen. Auf Antrag der Commission sind jedoch die bezüglichlichen Worte gestrichen, weil die Verstümmelung nur zum Zwecke der Vernichtung des Beweises vorgenommen sein könne.

§. 14.

Mit der Jagd zu verschonen ¹⁾ sind:

1. der Rehbock in der Zeit vom 1. Februar bis 15. Mai einschliesslich ²⁾;
2. weibliches Rehwild in der Zeit vom 15. December bis 15. October einschliesslich;
3. Rehkälber von der Geburt bis Ende December;
4. der Dachs vom 1. December bis Ende September;
5. Auer-, Birk- und Fasanen-Hähne vom 1. Juni bis Ende August;
6. Enten vom 1. April bis Ende Juni;
7. Trappen, Schnepfen, wilde Schwäne und alles Sumpf- und Wasser-Geflügel mit Ausnahme der Fischreiher, wilden Gänse, Taucher und Säger, vom 1. Mai bis Ende Juni;
8. Rebhühner vom 1. December bis Ende August;
9. Auer-, Birk- und Fasanen-Hennen, Haselwild,

Wachteln und Hasen vom 1. Februar bis Ende August.

Die Landesregierung ist befugt, für das ganze Land oder einzelne Landestheile³⁾ für die unter den Nummern 5, 8 und 9 genannten Wildarten aus Rücksichten der Landescultur oder der Jagdpflege den Anfang und Schluss der Schonzeit alljährlich durch besondere Verordnung festzusetzen, so jedoch, dass Anfang oder Schluss der Schonzeit nicht über vierzehn Tage vor oder nach den oben bestimmten Zeitpunkten festgesetzt werden darf.

(Vgl. Ges. Nr. 47 v. 27. Juli 1871 §§. 1 u. 2. Pr. Ges. vom 26. Febr. 1870 §§. 1 u. 2.)

Anm. 1. Eine Schonzeit für Roth- und Dammwild, wie sie in Preußen besteht, existirt im Herzogthum nicht. Vielmehr sind die Grundbesitzer gesetzlich verpflichtet, in den ihnen zugehörigen nicht mit ausreichendem Gatter zum Schutze der angrenzenden Felder versehenen Forsten neben dem Schwarzwild auch das Roth- und Dammwild auszrotten zu lassen, und eine gleiche — durch Ordnungs- und Disciplinarstrafen geschärfte — Verpflichtung ist auch für die nicht eingegatterten Kammer- und Kloster-Forsten ausgesprochen, wie denn die Forstbesitzer auch für allen Schaden, welchen das von ihnen in eingegatterten Forsten gehegte Schwarz-, Roth- und Dammwild fremden Grundstücken oder deren Erzeugnissen zufügt, verantwortlich sind (Ges. Nr. 39 v. 8. Sept. 1848 §§. 14 bis 16).

2. Die Schonzeit für Rehböcke war nach §. 1 des Ges. Nr. 47 de 1871, in Uebereinstimmung mit dem Preuß. Gesetze, für die Zeit vom 1. März bis Ende April bestimmt, und demgemäß lautete auch die Vorlage. Auf einen in der Landesversammlung gestellten Antrag ist sie jedoch mit Rücksicht auf die Werthlosigkeit des Rehwildes im Monat Februar und im Anfang des Monats Mai, und weil während dieser Zeit von einem durch Rehwild auf Feldern angerichteten Schaden keine Rede sein könne, auf

die jetzige Zeitdauer festgesetzt. Regierungseitig war man zwar Anfangs diesem Antrage entgegengetreten, weil es „von überwiegender Wichtigkeit erscheine, daß die Vorschriften über die Schonzeiten im hiesigen Lande mit denjenigen Bestimmungen identisch bleiben, welche in den das Herzogthum von allen Seiten umschließenden Preussischen Provinzen gelten.“ Im Laufe der Verhandlungen, und nachdem nachgewiesen war, daß eine völlige Gleichheit zwischen den Preussischen und Braunschweigischen Bestimmungen bezüglich der Schonzeit des Wildes doch nicht bestehe, ist der Widerspruch fallen gelassen (Verh. der Landesverf. S. 97, 136, 137. Anl. 56).

3. Die Worte „für das ganze Land oder einzelne Landestheile“ sind auf Antrag der Commission hinzugefügt, weil leicht der Fall eintreten könne, daß die Ernte-Verhältnisse in den ebenen Theilen des Landes die Eröffnung der Feldjagd schon 14 Tage vor dem 1. September gestatten, während die Verhältnisse eine solche Maßregel z. B. für den Harz- oder Weser-Kreis nicht zuließen.

§. 15.

Mit Geldstrafe bis zu dreissig Mark oder mit Haft bis zu acht Tagen wird bestraft, wer als Jagdberechtigter Eier oder Junge von jagdbarem Federwild ausnimmt. Eier, welche im Freien gelegt sind, z. B. Fasanen- und Rebhühner-Eier dürfen in Besitz genommen werden, um sie ausbrüten zu lassen ¹⁾.

Zu dem jagdbaren Federwild im Sinne des vorstehenden Absatzes gehören Auer-, Birk- und Haselwild, Fasanen, Rebhühner und Wachteln, Trappen, Schnepfen, wilde Schwäne, Enten und alles übrige Sumpf- und Wassergeflügel, mit Ausnahme der Fischreiher, wilden Gänse, Taucher und Säger ²⁾.

(Vgl. Gef. Nr. 47 v. 27. Juli 1871 §. 5. Pr. Gef. v. 26. Febr. 1870 §. 6 Abs. 1 u. 3.)

Anm. 1. Geschieht das Ausnehmen der Eier oder Jungen von jagdbarem Federwild durch einen Nichtjagdberechtigten, so tritt Bestrafung nach §. 368 Nr. 11 des R. Str. G. B. ein (s. oben S. 138). Dasselbe ist aber auch dann der Fall, wenn z. B. der Jagdpächter zufolge einer Klausel des Pachtvertrages von der dem Jagdberechtigten, namentlich dem Besitzer einer Fasanerie, an und für sich gegebenen Befugniß, die im Freien gelegten Eier in Besitz zu nehmen, um sie ausbrüten zu lassen, ausdrücklich ausgeschlossen sein sollte; auch in diesem Falle würde seine Handlung eine „unbefugte“ im Sinne des cit. §. 368 Nr. 11 sein (s. Oppenhoff, Comment. S. 743).

2. Die Bezeichnung der zum „jagdbaren Federwild“ gehörigen Thiergattungen fehlte im Gesetze Nr. 47 de 1871. Sie ist aus Gründen der Zweckmäßigkeit aufgenommen und wird auch bei Interpretation der entsprechenden Bestimmung in §. 368 Nr. 11 des R. Str. G. B. benutzt werden können.

§. 16.

Mit Geldstrafe bis zu dreissig Mark oder mit Haft bis zu acht Tagen wird bestraft, wer Kibitz-Eier nach dem 30. April ausnimmt.

(Vgl. Gef. Nr. 47 v. 27. Juli 1871 §. 5 a. G. Pr. Gef. vom 26. Febr. 1870 §. 6 Abs. 2.)

§. 17.

Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer unbefugt einen Hund in einem fremden Jagdreviere frei umher laufen lässt. Der zur Ausübung der Jagd oder des Jagdschutzes Berechtigte ist überdies befugt, den Hund todtzuschossen.

Hatte der Hund in dem fremden Jagdreviere Wild gejagt, gefangen oder zerrissen, so ist auf Geldstrafe bis zu dreissig Mark oder Haft bis zu acht Tagen zu erkennen

und darf die zu erkennende Geldstrafe nicht unter fünf Mark betragen ¹⁾).

(Bgl. J. St. G. v. 1849 §§. 36 u. 37.)

Anm. 1. Das J. Str. G. v. 1849 enthielt noch in §. 38 eine Strafdrohung gegen denjenigen, welcher „Hirsch-, oder Rehbocksgeweide oder Stangen in Jagdrevieren findet und sich aneignet.“ Der Entw. hatte diese Bestimmung nicht beibehalten, weil sie sich, wie die Motive äußern, nach allgemeinen juristischen Gründen nicht rechtfertigen lasse. „Da das Jagdrecht nur auf Thiere, nicht auf Geweide sich bezieht, hat der Jagdberechtigte als solcher kein ausschließliches Recht auf die in seinem Reviere von einem Hirsch oder Rehbock abgeworfenen Geweide (Oppenhoff a. a. O. S. 594 Note 17). Vielmehr bildet das von dem Thiere vor der Occupation abgeworfene Geweih eine selbstständige Sache, welche, weil sie nicht etwa als eine Accession des Grundes und Bodens angesehen, oder nach den Grundsätzen über Früchterwerb dem Eigenthümer des Grundstücks zugesprochen werden kann, als herrenlose Sache gelten und dem Occupanten zufallen muß (s. auch Erf. des Obertrib. Berlin v. 17. Juni 1875 bei Goldammer, Arch. XXIII S. 440)“ (Mot.).

Dagegen hatte die Commission den Antrag gestellt, einen neuen Paragraphen mit folgendem Wortlaut aufzunehmen:

„Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu acht Tagen wird bestraft, wer Hirsch- oder Rehbocksgeweide oder Stangen in fremden Jagdrevieren findet und sich aneignet.“

Man ging dabei von der Ansicht aus, daß bis jetzt das Recht des Jagdberechtigten auf diese abgeworfenen Stangen unzweifelhaft bestanden habe und im Volksbewußtsein begründet sei, daß daher eine dem bisherigen Recht entsprechende Strafbestimmung auch für die Folge nicht entbehrt werden könne. Bei der Verathung dieses Antrages in der Landesversammlung wurde von dem Regierungsvertreter hervorgehoben, daß es wesentlich auf die Beantwortung

der Frage ankomme, ob das abgeworfene Geweih dem Jagdberechtigten gehöre, daß diese Frage nur dann bejaht werden könne, wenn man das ausschließliche Occupationsrecht desselben als Ausfluß des Jagdrechts betrachte, daß aber, falls diese Voraussetzung zutreffe, die Aneignung der Geweihe in einem Jagdbezirkte seitens eines Nichtjagdberechtigten unter die Strafdrohung des §. 292 des R. Str. G. B. falle, mithin nicht außerdem landesgesetzlich mit Strafe bedroht werden könne. Auf Grund dieser Erklärung wurde der Commissionsantrag zurückgezogen (Verh. der Landesvers. S. 97 bis 99).

Titel III.

Ausübung des Jagdschutzes.

§. 18.

Zu der Ausübung des Jagdschutzes sind berechtigt und verpflichtet¹⁾:

1. die Herzoglichen Forst- und Jagdbeamten, die diätarisch beschäftigten Forstaspiranten, die Revierjäger und beeidigten Forstware und Forstlehrlinge nicht nur in ihren Forst- und Jagdrevieren, sondern auch in den ihrer Obhut anvertrauten Gemeinde- und Privat-Forstbezirken;
2. die von Jagdbesitzern zum Schutze ihrer Jagden nach vorgängiger Bestätigung der betreffenden Herzoglichen Kreisdirection angenommenen Jagdaufseher in dem ihnen anvertrauten Reviere;
3. das Polizei- und das dazu commandirte active Militair.

Die Verfolgung aus einem Reviere in das andere ist zulässig.

Die unter den Nummern 1 und 2 genannten Personen haben bei Ausübung des Jagdschutzes eine Dienstkleidung oder das vorschriftsmässige Abzeichen zu tragen, welches auf ihren Beruf zur Ausübung des Jagdschutzes schliessen lässt (s. Bekanntmachung der Herzoglichen

Kammer, Direction der Forsten, vom 8. Mai 1861, Nr. 27 der Gesetz- und Verordnungssammlung *) 2).

*) Die citirte Bekanntmachung lautet:

§. 1.

„Die Forst- und Jagdbeamten, vom Ober-Forstbeamten bis zu den Forstgehülfen einschliesslich, haben zur eigentlichen Dienstuniform einen dunkelgrünen Waffenrock mit schwarzem Sammtkragen und metallenen Wappenknöpfen, eine grüne s. g. österreichische Mütze und einen Hirschfänger an einem schwarzledernen Koppel, mit einem metallenen Koppelschlosse, worauf das Herzogliche Wappen.

§. 2.

Den Forst- und Jagdbeamten ist ausserdem aber noch eine kleine oder Interims-Dienstuniform gegeben. Der Rock besteht in einer s. g. Joppe von grauem Tuch mit grünem Stehkragen und braunen Metallknöpfen, worauf ein W mit der Krone. Zugleich ist den Forst- und Jagdbeamten nachgelassen, sowohl zu dieser Interims-Uniform, wie zu der im §. 1 gedachten eigentlichen Dienstuniform einen grünen Tyrolerhut statt der österreichischen Uniformsmütze, desgleichen den Hirschfänger an einem Gehänge von grüner Wollschnur statt an dem schwarzledernen Koppel zu tragen.

§. 3.

Alle diejenigen Personen, welche zur Ausübung des Forst- und Jagdschutzes befugt oder verpflichtet, aber nicht wirkliche Staatsdiener sind, namentlich die Revierjäger, Forstaspiranten, Forstaufseher, Jagdaufseher und Forstwarte, haben dies. g. Joppe von grauem Tuche und die österreichische Mütze, wie im §. 2 bestimmt ist, desgleichen einen Hirschfänger an dem schwarzledernen Koppel mit dem im §. 1 bestimmten Koppelschlosse zu tragen. Gestattet bleibt denselben ausserdem das Tragen eines dunkelgrünen Uniform-Ueberrocks mit Metallknöpfen, eines grünen Tyrolerhutes und des Hirschfängers an dem Gehänge von grüner Wollschnur.

§. 4.

Die in den §§. 1 und 3 bezeichneten Beamten und Functionäre werden als in vorschriftsmässiger Dienstkleidung befindlich betrachtet, wenn sie einen der beiden Uniformröcke, eine der beiden Kopfbedeckungen und den Hirschfänger entweder am Koppel oder an der Schnur zusammen tragen.“

(Vgl. Ges. Nr. 29 v. 16. Aug. 1849 §§. 2 und 6. Ges. Nr. 23 v. 16. April 1852 §. 10 Nr. 1.)

Anm. 1. Die Bestimmungen über die Ausübung des Jagdschutzes sowohl bei wirklichen Jagdvergehen als bei den nach dem gegenwärtigen Gesetze strafbaren Contraventionen entsprechen den bisherigen Vorschriften. Der Paragraph spricht nur von denjenigen Personen, welche kraft ihres Amtes zur Ausübung des Jagdschutzes berechtigt und verpflichtet sind; ihre Befugniß zu Beschlagnahmen, Durchsuchungen, vorläufiger Festnahme wird durch die entsprechenden Vorschriften der D. St. P. O. §§. 94, 95, 98, 102 bis 107, 127, 128 (s. oben S. 87, 113 bis 117) geregelt. Daneben bleibt das Recht des Jagdberechtigten sich in der Weise, wie die Gesetze es gestatten, selbst gegen Jagdsfrevel zu schützen, unberührt; namentlich kommt hier §. 127 Abs. 1 der D. St. P. O. in Betracht:

„Wird Jemand auf frischer That betroffen oder verfolgt, so ist, wenn er der Flucht verdächtig ist oder seine Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann, Jedermann befugt, ihn auch ohne richterlichen Befehl vorläufig festzunehmen.“

wonach auch der Jagdbesitzer zur Selbsthülfe gegen den von ihm auf frischer That betroffenen Thäter berechtigt ist, behuf weiterer Verfolgung desselben aber die Hülfe der Behörden in Anspruch nehmen muß. — Aus vorstehenden Gründen wurde ein Antrag der Commission, das Recht zur Ausübung des Jagdschutzes auch dem Jagdbesitzer selbst und dessen Vertreter beizulegen, weil es viele kleinere Privat-Jagdbesitzer oder Besitzer von Interessenten-Jagden gebe, welche keinen besonderen Jagdschutzbeamten hielten, regierungsseitig bekämpft und darauf der Antrag von der Commission selbst zurückgezogen (Verh. der Landesvers. S. 100).

2. Wenn der Jagdschutzbeamte die vorschriftsmäßige Kleidung oder die äußeren Abzeichen nicht trägt, so befindet er sich nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes; es wird also auch bei einem ihm geleisteten thätlichen Widerstande von An-

wendung der Bestimmungen der §§. 113 und 117 des N. Str. G. B. (s. oben S. 56 und 57) abzufehen sein.

§. 19.

Die im §. 18 unter Nr. 1 genannten Beamten, die diätarisch beschäftigten Forstaspiranten, die Revierjäger, Forstwarte und Forstlehrlinge, soweit sie noch nicht beeidigt sind, sowie die von Jagdbesitzern angenommenen und bestätigten Jagdaufseher sind, bevor sie die Berechtigung zur Ausübung des Jagdschutzes erlangen, nach folgender Formel:

„Ich gelobe gewissenhafte Erfüllung der mir nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bei Ausübung des Jagdschutzes obliegenden Dienstpflichten, so wahr mir Gott helfe!“

zu beeidigen.

Die Ableistung dieses Eides hat vor der Herzoglichen Kreisdirection zu geschehen. Von dem darüber aufzunehmenden Protocolle erhält die Herzogliche Kammer, Direction der Forsten, und der Beeidigte eine Ausfertigung.

Die Anstellung und Beeidigung der Privat-Jagdaufseher ist in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen.

(Vgl. Gef. Nr. 29 v. 16. Aug. 1849 §§. 2 und 3. Gef. Nr. 88 v. 14. Sept. 1870 §. 1.)

§. 20.

Zur Controle über den Besitz von Jagdscheinen sind das Polizei-Militair überall, die Jagdschutzbeamten ¹⁾ aber

innerhalb des ihrer Obhut anvertrauten Bezirks verpflichtet.

(Vgl. Gef. Nr. 23 v. 16. April 1852 §. 8 Abs. 2.)

Ann. 1. Zu den Jagdschutzbeamten gehören sowohl die in §. 18 Nr. 1 aufgeführten, als die daselbst unter Nr. 2 erwähnten von der Landespolizeibehörde bestätigten Privat-Jagdaufseher.

§. 21.

Das Polizei- und das dazu commandirte active Militair, imgleichen alle Jagdschutzbeamten sind verpflichtet, alle, auch ausserhalb des ihnen anvertrauten Reviers bemerkten, sowohl auf die unbefugte Ausübung der Jagd bezüglichen, als auch die durch das gegenwärtige Gesetz bedrohten strafbaren Handlungen, sobald sie amtliche Kunde davon erlangen, dem zuständigen Revierforstbeamten zur Anzeige zu bringen¹⁾.

Dagegen beschränkt sich die Anzeigepflicht der zur Controle von Jagdscheinen verpflichteten Jagdschutzbeamten (§. 20) auf das ihnen anvertraute Revier²⁾.

(Vgl. Gef. Nr. 29 v. 16. Aug. 1849 §. 4.)

Ann. 1. „Nach §. 4 des Gef. Nr. 29 v. 16. Aug. 1849 in Verbindung mit §. 10 Nr. 2 des Gef. Nr. 23 vom 16. April 1852 bestand eine allgemeine Anzeigepflicht, abgesehen von dem Polizeimilitair, nur für die Herzoglichen Forst- und Jagdbeamten und die denselben gleichzuachtenden Personen (§. 18 Nr. 1). Das gegenwärtige Gesetz hat sie auch auf die Privatschutzbeamten ausgedehnt, da dieselben auch sonst hinsichtlich der Ausübung des Jagdschutzes den Herzoglichen Beamten gleichgestellt sind. Nur versteht sich, daß eine derartige Anzeigepflicht, soweit sie sich nicht auf die innerhalb des eigenen Reviers begangenen Jagddelictes bezieht, nur dann anerkannt werden kann, wenn dieses Delict zur

amtlichen Kunde des betreffenden Beamten gelangt, nicht bloß zufällig von ihm in Erfahrung gebracht ist“ (Mot.). Die Anzeige soll nach dem Gesetze dem zuständigen Revierforstbeamten gemacht werden, welcher, wenn er als Anwalt auch für Jagdpolizei-Übertretungen bestellt und in der Sache selbst zuständig ist, die öffentliche Klage durch Einreichung einer Anklageschrift oder durch schriftlichen Antrag auf Erlass eines Strafbefehls erhebt, andernfalls die Anzeige dem mit Verfolgung des betr. Delicts betrauten Beamten der Staatsanwaltschaft übermittelt (vgl. D. St. P. O. §. 156 Abs. 1). — Die Unterlassung der Anzeige seitens des dazu Verpflichteten wird, wenn sie in der Absicht geschah, den Thäter der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, nach §. 346 des R. Str. G. B. mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, und beim Vorhandensein mildernder Umstände mit Gefängnißstrafe nicht unter Einem Monat, wenn aber jene Absicht dabei nicht vorlag, disciplinarisch geahndet.

2. Bei den durch die Nichtlösung oder den Nichtbesitz von Jagdscheinen begangenen Übertretungen (§§. 5 bis 8) beschränkt sich, wie die Controle (vgl. §. 20), so auch die Anzeigepflicht, abgesehen vom Polizeimilitair, auf diejenigen strafbaren Fälle, welche innerhalb des eigenen Reviers des controlirenden Beamten zu dessen amtlicher Kunde gelangt sind.

Titel IV.

Schlussbestimmungen.

§. 22.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft¹⁾.

Ann. 1. Vgl. Ann. 1 zu §. 78 des Forststrafgesetzes (§. 125).

§. 23.

Von diesem Zeitpunkte an treten die nachfolgenden Gesetze:

1. das Gesetz, die Ausübung des Jagdschutzes betreffend, vom 16. August 1849 Nr. 29¹⁾;
2. das Jagdstrafgesetz vom 20. August 1849 Nr. 30, soweit dasselbe Jagdfrevel zum Gegenstande hat²⁾;
3. die §§. 7 bis 13 des Gesetzes über die Ausübung des Jagdrechts, vom 16. April 1852 Nr. 23;
4. das Gesetz, Abänderung verschiedener Bestimmungen des Jagdstrafgesetzes vom 20. August 1849 betreffend, vom 11. April 1870 Nr. 42;
5. das Gesetz Nr. 88 vom 14. September 1870³⁾;

6. das Gesetz, Abänderungen des Jagdstrafgesetzes und des Gesetzes Nr. 42 vom 11. April 1870 betreffend, vom 22. December 1870 Nr. 124;

7. das Gesetz über die Schonzeiten des Wildes, vom 27. Juli 1871 Nr. 47,

ausser Wirksamkeit.

Dagegen verbleibt das Gesetz Nr. 43 vom 7. August 1854 über die Controle des Wildtransports und des Wildhandels, mit Ausnahme des §. 10 Abs. 2, in Kraft⁴⁾.

Anm. 1. Das gegenwärtige Gesetz hat weder den §. 5 des Ges. Nr. 29 de 1849, welcher sich auf die Befugnisse der Jagdschutzbeamten zum Waffengebrauch gegen Jagdfrevler und Wilddiebe bezieht, noch denjenigen Theil des §. 4 desselben, welcher die zuständigen Beamten berechtigt, den Frevlern die zur Ausübung des Frevels dienenden Werkzeuge abzunehmen, die betroffenen Wilddiebe zu verfolgen, zu entwaffnen und nöthigenfalls dem betreffenden Gerichte vorzuführen, aufgenommen, weil sich diese Bestimmungen theils durch die allgemeinen Grundsätze des Reichsstrafgesetzbuches über Nothwehr (§. 53):

„Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Nothwehr geboten war.

Nothwehr ist diejenige Vertheidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff von sich oder einem Anderen abzuwenden.

Die Ueberschreitung der Nothwehr ist nicht strafbar, wenn der Thäter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Vertheidigung hinausgegangen ist.“

theils durch die allgemeinen Vorschriften der Deutschen Strafproceßordnung (vgl. z. B. §§. 98, 105, 127) — s. oben S. 87, 88, 166 — von selbst erledigen.

2. Das Jagdstrafgesetz von 1849 behandelt in den §§. 40 bis 51 die Fischereifrevel; deren Aufhebung konnte nicht durch

das gegenwärtige Gesetz erfolgen; sie ist jedoch in §. 52 des Fischereigesetzes für das Herzogthum Braunschweig vom 1. Juli 1879 (Nr. 38) ausgesprochen.

3. Das Gesetz Nr. 88 v. 14. Sept. 1870 enthält in §. 1 nicht nur Bestimmungen über den Diensteid der noch nicht be-
eidigten, zur Ausübung des Jagdschutzes zu verpflichtenden Forst-
lehrlinge, welche durch den §. 19 des gegenwärtigen Gesetzes ersetzt
werden, sondern auch Bestimmungen über den Diensteid derjenigen
„Herzoglichen Forstbeamten, einschließlich der Revierjäger, welche
bisher den im §. 7 der Verordnung vom 5. Mai 1815 Nr. 10
vorgeschriebenen Eid nicht geleistet haben und die Befugniß zum
Waffengebrauche gegen Forstfrevler in den Grenzwaldungen in
Gemäßheit des Gesetzes vom 10. Mai 1838 Nr. 24 erlangen
sollen.“ Insofern das letztgedachte Gesetz und die dazu gehörige
B. O. Nr. 25 vom 18. Mai 1838 noch jetzt in Kraft sind, wird
es, nachdem das Gesetz Nr. 88 de 1870 nunmehr vollständig
aufgehoben ist, einer anderweiten Bestimmung über den von den
betr. Beamten zu leistenden Diensteid, dessen Ausschwörung Vor-
aussetzung für das durch das citirte Gesetz de 1838 gegebene
Recht des Waffengebrauchs ist, bedürfen.

4. Das citirte Gesetz, welches den Handel mit gestohlenem
Wildpret durch geeignete Controle-Maßregeln abzuschneiden oder
doch zu erschweren beabsichtigt, soll auch ferner in Kraft bleiben.
Was den speciellen Handel mit Wild während der Schonzeit
betrifft, so kommt nunmehr §. 13 des gegenwärtigen Gesetzes
zur Anwendung. In §. 10 Abs. 2 des Ges. Nr. 43 v. 7. Aug.
1854 ist bestimmt, daß die Verfolgung der Contraventionen gegen
dasselbe bei den Gerichten den Forst- und Jagdbeamten zustehe;
da jedoch die Verfolgung vom 1. October 1879 an durch den
Amtsanwalt zu geschehen hat, so mußte die Aufhebung dieser Be-
stimmung im Gesetze ausgesprochen werden.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesdruckten
Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. April 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

III.

A u s z u g

aus dem

F i s c h e r e i g e s e t z e

für das

Herzogthum Braunschweig.

d. d. Braunschweig, den 1. Juli 1879 (Nr. 38).

Einleitung.

Unter den Fischen der Binnengewässer Deutschlands läßt sich seit längerer Zeit eine zum Theil sehr erhebliche Abnahme nachweisen. Auch unsere Gebirgsflüsse und Bäche, früher vielfach durch den Reichthum an Forellen zc. ausgezeichnet, sind jetzt verarmt; insbesondere hat der Lachsfang, welcher bisher einen nicht unbedeutenden Erwerbszweig bildete und eine sehr werthvolle Ausbeute gewährte, gegenwärtig nur noch am Rheine wirkliche Bedeutung; ebenso ist die Abnahme des Aals sehr bemerkbar, und ähnlich geht es mit allen übrigen Fischgattungen.

Die Gesetzgebung ist daher bemüht gewesen, dem Fischereibetriebe in seinem eigenen Interesse gewisse Schranken zu ziehen und zugleich den Fischbestand gegen nachtheilige Einflüsse von außen her thunlichst zu schützen, da nur auf diesem Wege eine ausreichende Förderung der Fischerei in den durch verschiedene Staatsgebiete sich erstreckenden und deshalb von einander abhängigen Gewässern zu erzielen ist. In Folge dessen sind schon seit einer Reihe von Jahren in verschiedenen Deutschen Staaten besondere Fischereigesetze erlassen, so zuerst in Württemberg im Jahre 1865, dann im Königreich Sachsen im Jahre 1868, in Baden im Jahre 1870 und endlich in Preußen im Jahre 1874. Gerade der Erlaß des Preussischen Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874 (Ges.-S. S. 197) hat dann aber in ganz Norddeutschland Veranlassung gegeben, der Neuordnung des Fischereiwesens besondere Aufmerksamkeit zuzu-

wenden und die thunlichste Uebereinstimmung der Gesetzgebung in dieser Beziehung auch in den übrigen Deutschen und namentlich Norddeutschen Staaten herbeizuführen. Auch für das hiesige Land schien es wünschenswerth, das Preussische Gesetz möglichst vollständig zur Anwendung zu bringen und nur insoweit davon abzuweichen, als dies mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Herzogthums nothwendig war.

Diesem Bestreben verdankt das der Landesversammlung unterm 30. Mai 1879 vorgelegte und von derselben mit geringfügigen Abänderungen in der Sitzung am 24. Juni ej. a. genehmigte Gesetz (Landt. Verh. Anl. 98. 136) seine Entstehung. Die Mittel, durch welche der oben bezeichnete Zweck erreicht werden soll, sind im Wesentlichen folgende:

1. Die wilde Fischerei, d. h. die schonungs- und regellose Ausübung der Fischerei durch Berechtigte und Unberechtigte ohne Rücksicht auf den Bestand und ohne Sorge für die Zukunft, wird mit Nachdruck bekämpft.
2. Gewisse absolut schädliche Fangarten und Fangmittel werden verboten bzw. beschränkt.
3. Es werden gewisse Schonzeiten für die Fische eingeführt und die der Fischerei während der Schonzeiten aufzuerlegenden Beschränkungen geregelt; auch wird der Verkauf und Versandt solcher Fische, welche während der Schonzeit nicht gefangen werden dürfen, durch das Gesetz ausgeschlossen.
4. Für die Erhaltung und Hebung des Fischbestandes werden Schonreviere hergestellt, in welchen der Fischfang überhaupt unterbleiben muß.
5. Die Hindernisse, welche den Zug der Wanderfische versperren, werden thunlichst beseitigt.
6. Die Verunreinigung der Gewässer durch solche Stoffe, welche den Fischstand vernichten, werden soweit als thunlich beseitigt oder beschränkt.
7. Die staatliche Aufsicht über die Fischerei wird geregelt.

Für den diesem Werke zu Grunde liegenden Zweck kam es wesentlich nur darauf an, abgesehen von den Vorschriften über den

Geltungsbereich des Gesetzes die Strafbestimmungen unter Anführung der Paragraphen, auf welche sie sich beziehen, aufzunehmen. Es sind daher alle auf das materielle Fischereirecht bezüglichen Bestimmungen weggelassen. Das Strafverfahren bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz richtet sich nach den allgemeinen strafprocessualischen Vorschriften.

**Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,**

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

**erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Fischereigesetz:**

Geltungsbereich.

§. 1.

Dieses Gesetz findet Anwendung auf die Fischerei in allen innerhalb des Herzogthums befindlichen Gewässern.

§. 2.

Den Fischen sind im Sinne dieses Gesetzes die Krebse gleich zu achten.

§. 3.

Geschlossene Gewässer im Sinne dieses Gesetzes ¹⁾ sind:

- 1) alle künstlich angelegten Fischteiche, mögen dieselben mit einem natürlichen Gewässer in Verbindung stehen oder nicht,

- 2) alle solche Gewässer, denen es an einer für den Wechsel der Fische geeigneten Verbindung fehlt.

Streitigkeiten darüber, ob ein Gewässer hiernach als ein geschlossenes anzusehen sei, werden im Verwaltungswege entschieden.

Anm. 1. „Die im §. 3 enthaltene Definition der geschlossenen Gewässer „im Sinne dieses Gesetzes“ weicht nicht unwesentlich von derjenigen Definition ab, welche im §. 3 des Wassergesetzes (No. 64) vom 20. Juni 1876 aufgestellt ist. Es dürfte dies indessen seine genügende Erklärung darin finden, daß beide Gesetze ganz verschiedene Zwecke verfolgen, und daß in Folge dessen der §. 3 des Wassergesetzes nur von geschlossenen Privatgewässern spricht, die Bestimmungen des Fischereigesetzes sich aber nicht auf die Privatgewässer beschränken ließen. Es empfiehlt sich daher um so mehr, die in dem Preussischen Gesetze enthaltene Definition der geschlossenen Gewässer in den Entwurf aufzunehmen, als eine Collision aus den differirenden Bestimmungen des Wassergesetzes und des Fischereigesetzes nicht zu erwarten ist“ (Mot.).

— — — — —

Strafbestimmungen¹⁾.

§. 48.

Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft:

- 1) wer in den Fällen des §. 12 ohne eine nach Vorschrift der §§. 13 und 14 ausgestellte und beglaubigte Fischkarte oder ohne die im §. 16 vorgeschriebene Bescheinigung bei Ausübung der Fischerei betroffen wird;
- 2) wer den Vorschriften des §. 17 zuwider Fischer-

zeuge ohne die vorgeschriebenen Kennzeichen auslegt;

3) wer den Vorschriften des §. 41 zuwiderhandelt*).

*)

§. 12.

„Wer die Fischerei in den Revieren anderer Berechtigten oder über die Grenzen der eigenen Berechtigung hinaus betreiben will, muss mit einer vorschriftsmässigen Fischkarte versehen ein, welche er bei Ausübung der Fischerei zu seiner Legitimation stets mit sich zu führen und auf Verlangen des Aufsichtspersonals und der Polizeibeamten vorzuzeigen hat.“

§. 13.

„Zur Ausstellung einer Fischkarte sind nur der Fischereiberechtigte und der Fischereipächter innerhalb der Grenzen ihrer Berechtigung befugt. Soweit in genossenschaftlichen Revieren eine gemeinschaftliche Bewirthschaftung und Nutzung der Fischwasser stattfindet, tritt der Vorstand der Genossenschaft an die Stelle der einzelnen Berechtigten.“

Die Fischkarte muss auf die Person, auf ein oder mehrere bestimmt bezeichnete Gewässer und auf bestimmte Zeit, welche den Zeitraum dreier Jahre nicht überschreiten darf, lauten. Sie kann Beschränkungen in der Ausübung der Fischerei, z. B. in Beziehung auf die Art und Zahl der Fanggeräthe, enthalten.“

§. 14.

„Fischkarten bedürfen der Beglaubigung und zwar

1. für den Fischereibetrieb in den zu genossenschaftlichen Revieren gehörigen Gewässern durch den zur Handhabung der Fischereiaufsicht berufenen Genossenschaftsvorstand,

2. für den Fischereibetrieb in den übrigen Gewässern durch diejenige Ortspolizeibehörde, in deren Bezirk der Aussteller wohnt.

Ausgenommen von dieser Vorschrift sind, soweit nicht für genossenschaftliche Reviere durch das Statut etwas Anderes bestimmt ist, diejenigen Fischkarten, welche von einer öffentlichen Behörde, von einem öffentlichen Beamten innerhalb seiner Amtsbefugnisse, einem Gemeindevorstande oder dem zur Beglaubigung der Fischkarten berufenen Vorstände einer Fischerei-Genossenschaft selbst ausgestellt sind.“

§. 16.

„Wer die Fischerei aus eigenem Rechte oder als Pächter in nicht geschlossenen Gewässern betreiben will, hat davon der

Ann. 1. Die in den §§. 48 bis 51 enthaltenen Strafbestimmungen haben den Fall zur Voraussetzung, wenn der an sich zur Ausübung der Fischerei Berechtigte die Grenzen seiner Berechtigung überschreitet und gegen die im öffentlichen Interesse erlassenen polizeilichen Vorschriften verstößt. Handelt es sich dagegen um den Fall des unberechtigten Fischens oder Krebsens, also um den Eingriff in das einem Anderen zustehende Recht, Fische oder Krebse, welche sich noch in Niemandes Eigenthum oder Gewahrsam befanden, mit Ausschließung Dritter zu occupiren, so kommt das Reichsstrafgesetzbuch zur Anwendung, welches das unberechtigte Fischen oder Krebsen nach §. 370 No. 4 als Uebertretung mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft, dann aber, wenn dasselbe zur Nachtzeit, bei Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher oder explodirender Stoffe geschehen war, nach §. 296 als Vergehen mit Geldstrafe bis zu 600 Mark oder mit Gefängniß bis zu 6 Monaten bestraft. — Waren endlich die Fische oder Krebse auf irgend eine Weise bereits in den

Aufsichtsbehörde, in genossenschaftlichen Revieren aber dem Genossenschaftsvorstande, vorher Anzeige zu machen, erhält hierüber stempel- und kostenfrei eine Bescheinigung und hat dieselbe beim Fischen stets bei sich zu führen.

Das bei dem Fischen in Gegenwart des Fischereiberechtigten, des Fischereipächters oder des Inhabers einer Fischkarte beschäftigte Hilfspersonal bedarf keiner Legitimation.“

§. 17.

„Die ohne Beisein des Fischers zum Fischfang ausliegenden Fischerzeuge müssen mit einem Kennzeichen versehen sein, durch welches die Person des Fischers ermittelt werden kann. Ueber die Art der Kennzeichnung sind die näheren Vorschriften für genossenschaftliche Reviere durch das Genossenschaftsstatut, für andere Reviere von der Aufsichtsbehörde zu erlassen und öffentlich bekannt zu machen.“

§. 41.

„Wer zahme Enten hält, hat dieselben von Schonrevieren fern zu halten und darf solche auf geschlossenem Gewässer nur mit Zustimmung des Fischereiberechtigten zulassen.“

Gewahrjam eines Anderen gelangt, z. B. in einen Fischkasten gebracht, so würde deren widerrechtliche Aneignung sich zu einem Diebstahl gestalten, mithin nach R. Str. G. B. §. 242 strafbar sein (vergl. J. St. G. §. 40 und den Plenarbeschluß des Oberger. v. 16. Oct. 1868 [G. u. B. S. No. 73]).

§. 49.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft wird bestraft:

- 1) wer als Pächter einer Gemeindefischerei die von der Aufsichtsbehörde festgestellte Zahl der zulässigen Fanggeräthe überschreitet (§. 7);
- 2) wer eine Fischkarte oder einen Legitimationschein unberechtigt ausstellt und aus den Händen giebt (§§. 13 und 16*));
- 3) wer bei Ausübung der Fischerei die im §. 19 verbotenen Mittel anwendet;
- 4) wer den Vorschriften des §. 25 zuwider ständige Fischereivorrichtungen nicht rechtzeitig wegräumt oder abstellt, oder denselben vorschriftswidrig eine grössere als die nach §. 18 zulässige Ausdehnung giebt;
- 5) wer in Schonrevieren verbotswidrig die Fischerei ausübt (§. 27) oder den zum Schutze derselben erlassenen reglementarischen Vorschriften zuwiderhandelt (§. 28);
- 6) wer in den für den freien Durchgang der Fische angelegten Fischpässen, sowie in den oberhalb und unterhalb derselben gelegenen, dem Fischfange entzogenen Theilen der Gewässer irgend eine Art des Fischfangs ausübt (§. 38);

*) S. oben S. 180.

- 7) wer den Vorschriften des §. 39 oder den zur Ausführung desselben getroffenen Anordnungen zuwider, den Gewässern schädliche, die Fischerei gefährdende Stoffe zuführt oder verbotwidrig Hanf oder Flachs in nicht geschlossenen Gewässern rottet (§. 40);
- 8) wer den Vorschriften des §. 43 zuwiderhandelt*).

*)

§. 7.

„Gemeinden können die ihnen zustehende Fischerei nur durch besonders angestellte Fischer oder durch Verpachtung nutzen.

— — — — —

Die Aufsichtsbehörde ist befugt, zu bestimmen, welche Zahl der zulässigen Fanggeräthe in jedem Pachtbezirke nicht überschritten werden darf.“

— — — — —

§. 19.

„Beim Fischfange ist die Anwendung schädlicher oder explodirender Stoffe (giftiger Köder oder Mittel zur Betäubung oder Vernichtung der Fische, Sprengpatronen oder anderer Sprengmittel u. s. w.) verboten.“

§. 25.

„Während der Dauer der Schonzeiten müssen die durch dieses Gesetz nicht beseitigten ständigen Fischereivorrichtungen (§§. 4 und 18) — in §. 4 werden beispielsweise aufgeführt: Wehre, Zäune, Selbstfänge, freistehende Reßvorrichtungen, Sperrnetze — in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein. Die Besitzer derselben sind dazu erforderlichen Falls im Verwaltungswege anzuhalten.“

§. 18.

„Die Breite der Gewässer darf zum Zweck des Fischfangs durch ständige Fischerei-Vorrichtungen niemals auf mehr als auf die Hälfte der Wasserfläche, bei gewöhnlichem niedrigen Wasserstande vom Ufer aus gemessen, für den Wechsel der Fische versperrt werden. Solche Vorrichtungen dürfen nicht so nahe aneinander angebracht sein, dass der Zug der Fische dadurch behindert wird.

Die bereits bestehenden ständigen Fischereivorrichtungen unterliegen diesen Vorschriften nicht, wenn mit denselben eine auf dieses besondere Fangmittel gerichtete Fischereiberechtigung verbunden ist; im anderen Falle müssen dieselben, soweit sie den Vorschriften dieses Paragraphen nicht entsprechen, längstens innerhalb zweier Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von den Besitzern, welche dazu erforderlichen Falls im Verwaltungswege anzuhalten sind, abgeändert werden.“

§. 27.

„In Schonrevieren ist jede Art des Fischfangs untersagt, welche nicht für Zwecke der Schonung oder andere gemeinnützige oder wirthschaftliche Zwecke von der Aufsichtsbehörde angeordnet oder gestattet wird.“

§. 28.

„In den Schonrevieren muss die Räumung, das Mähen von Schilf und Gras, die Ausführung von Sand, Steinen, Schlamm u. s. w. und jede anderweite, die Fortpflanzung der Fische gefährdende Störung während der Laichzeit der vorherrschenden Fischgattungen unterbleiben, soweit es die Interessen der Vorfluth und der Landescultur gestatten. Das Nähere hierüber, über die Beaufsichtigung und den Schutz der Schonreviere ist erforderlichen Falls durch ein von Unserem Herzogl. Staatsministerium zu erlassendes Regulativ festzustellen.“

§. 38.

„In den für den Durchgang der Fische angelegten Fischpässen ist jede Art des Fischfangs, insbesondere auch das Einhängen oder Einsetzen von Fischkörben, Netzen, Reusen und anderen Fangvorrichtungen verboten. Oberhalb und unterhalb des Fischpasses muss in einer nach den örtlichen Verhältnissen von der Aufsichtsbehörde zu bestimmenden angemessenen Ausdehnung für die Zeit, während welcher der Fischpass geöffnet ist, jede Art des Fischfanges verboten werden.“

§. 39.

„Es ist verboten, in die Gewässer aus landwirthschaftlichen oder gewerblichen Betrieben Stoffe von solcher Beschaffenheit und in solchen Mengen einzuwerfen, einzuleiten oder einfließen zu lassen, dass dadurch fremde Fischereirechte geschädigt werden können.

Bei überwiegendem Interesse der Landwirthschaft oder der Industrie kann das Einwerfen oder Einleiten solcher Stoffe in die Gewässer gestattet werden. Soweit es die örtlichen Ver-

hältnisse zulassen, soll dabei dem Inhaber der Anlage die Ausführung solcher Einrichtungen aufgegeben werden, welche geeignet sind, den Schaden für die Fischerei möglichst zu beschränken.

Ergiebt sich, dass durch Ableitungen aus landwirthschaftlichen oder gewerblichen Anlagen, welche bei Erlass dieses Gesetzes bereits vorhanden waren, oder in Gemässheit des vorstehenden Absatzes gestattet worden sind, der Fischbestand der Gewässer vernichtet oder erheblich beschädigt wird, so kann dem Inhaber der Anlage auf den Antrag der durch die Ableitung benachtheiligten Fischereiberechtigten im Verwaltungswege die Auflage gemacht werden, solche ohne unverhältnissmässige Belästigung seines Betriebes ausführbaren Vorkehrungen zu treffen, welche geeignet sind, den Schaden zu heben oder doch möglichst zu verringern. Die Kosten der Herstellung solcher Vorkehrungen sind dem Inhaber der Anlage nur dann, wenn er ein wohlerworbenes Recht auf die Ableitungen hat, von den Antragstellern zu ersetzen. Die letzteren sind verpflichtet, auf Verlangen vor der Ausführung Vorschuss oder Sicherheit zu leisten.

Die Entscheidung über die Gestattung von Ableitungen nach Absatz 2, sowie über die in Gemässheit des Absatz 3 anzuordnenden Vorkehrungen erfolgt, sofern die betreffende Ableitung Zubehör einer der im §. 16 der Reichsgewerbeordnung als genehmigungspflichtig bezeichneten Anlagen ist, in dem für die Zulassung dieser Anlagen angeordneten gesetzlichen Verfahren, in anderen Fällen nach demjenigen Verfahren, welches in dem Wassergesetze vom 20. Juni 1876 über die Genehmigung der Anlage von Triebwerken und Stauvorrichtungen festgesetzt ist.“

§. 40.

„Das Rotten von Flachs und Hanf in nicht geschlossenen Gewässern ist verboten.

Ausnahmen von diesem Verbote kann die Herzogl. Kreis-Direction, jedoch immer nur widerruflich, für solche Gemeindebezirke oder grössere Gebietstheile zulassen, wo die Oertlichkeit für die Anlage zweckdienlicher Rotten nicht geeignet ist, und die Benutzung nicht geschlossener Gewässer zur Flachs- und Hanfbereitung zur Zeit nicht entbehrt werden kann.“

§. 43.

„Das vollständige Abschlagen oder Ablassen fliessender Gewässer behuf der Fischerei ist verboten. Zu anderen Zwecken darf ein Fischwasser nur nach 24 Stunden vorher erfolgter Be-

§. 50.

Mit Geldstrafe bis zu 100 Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen werden bestraft:

alle Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§. 21 und 23 dieses Gesetzes*).

Neben der Strafe ist auf Einziehung aller verbotwidrig feilgebotenen, verkauften und versandten Fische zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht.

Bei Gefahr im Verzuge wegen drohender Verderbniss sind diese Fische, in Ermangelung bereiter Gelegenheit zu ihrer Conservirung, durch Veräusserung so gut, als es den Umständen nach geschehen kann, zu verwerthen, und der Erlös tritt dann allenthalben an die Stelle der Fische.

nachrichtigung des Fischereiberechtigten vollständig abgeschlagen werden. Wenn jedoch Gefahr im Verzuge ist, genügt eine unmittelbar vor dem Abschlagen des Wassers erfolgte Benachrichtigung.

Das Rechtsverhältniss zwischen dem Eigenthümer eines Stauwerks etc. und dem Fischereiberechtigten wird hierdurch nicht geändert.“

*)

§. 21.

„Gelingen Fische, deren Fang zur Zeit oder mit Rücksicht auf ihr Mass oder Gewicht überhaupt verboten ist, lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben sofort wieder in das Wasser zu setzen.“

§. 23.

„Ist der Fang von Fischen unter einem bestimmten Masse oder Gewichte verboten, so dürfen solche Fische, gleichviel ob sie aus geschlossenen oder nicht geschlossenen Gewässern herühren, unter diesem Masse oder Gewichte weder feilgeboten, noch verkauft, noch versandt werden.“

§. 51.

Wer zur Begehung einer durch dieses Gesetz mit Strafe bedrohten Uebertretung sich seiner Angehörigen, Dienstboten, Lehrlinge oder Arbeiter als Theilnehmer bedient, haftet, wenn diese nicht zahlungsfähig sind, neben der von ihm selbst verwirkten Strafe für die von denselben zu erlegenden Geldstrafen¹⁾.

Anm. 1. Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen den nach §. 10 des F. St. G. bzw. §. 4 des Jagdpolizeiges. über die Haftpflicht bestehenden Vorschriften (s. oben S. 20 ff. 142).

Schlussbestimmung.

§. 52.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Von diesem Zeitpunkte an treten alle früher erlassenen, den Bestimmungen dieses Gesetzes entgegenstehenden Vorschriften, namentlich auch die auf die Fischerei bezüglichen Bestimmungen des Jagdstrafgesetzes vom 20. August 1849 No. 30, ausser Wirksamkeit¹⁾.

Anm. 1. Den §§. 41 bis 44 und dem ersten Satze des §. 49 des F. St. G. v. 1849 war bereits durch die auf das unberechtigte Fischen bezüglichen Bestimmungen des R. Str. G. B. derogirt (Ges. No. 124 v. 22. Dec. 1870 §. 1 u. Ztschr. f. R. XXI, S. 162). Dagegen waren die auf das Fischen der Fischereiberechtigten bezüglichen landespolizeilichen Bestimmungen, insbesondere die §§. 45 bis 51 des F. St. G., nach Maßgabe

des §. 2 Abs. 2 des Einf. Ges. z. D. N. Str. G. bisher in Kraft geblieben. Alle diese Bestimmungen sind nunmehr durch das gegenwärtige Fischereigesetz aufgehoben; auch ist damit die bisher in der hiesigen Gesetzgebung bestehende, durch §. 7 des Ges. No. 124 v. 22. Decemb. 1870 herbeigeführte Incongruenz, wonach der Fischereiberechtigte, welcher in einer wilden Fischerei betäubende Mittel (wie Rockelskörner u. dergl.) anwendet (S. St. G. de 1849 §. 45), nur auf Antrag des Verletzten, zu dessen Stellung er allein berechtigt war, sollte verfolgt werden können, beseitigt.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 1. Juli 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

IV.

Bekanntmachung

der

Landesjustizverwaltung,

das

Strafverfahren in Forstfrevel-Sachen

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 30. August 1879 (Nr. 56).

Auf Grund der §§. 47, 50, 54 und 64 des Forststrafgesetzes No. 18 vom 1. April 1879 werden hiermit von der Landesjustizverwaltung im Einverständniss mit dem Chef der Finanzverwaltung behuf Ausführung des gedachten Gesetzes die nachstehenden Bestimmungen getroffen:

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1.

Bekanntmachung der Einspruchs-Termine.

Die Herzoglichen Amtsgerichte haben beim Beginne des Geschäftsjahrs einen Monatstag zu bestimmen und öffentlich bekannt zu machen, an welchem in Forstfrevel-Untersuchungen Einspruch gegen den erlassenen Strafbefehl zu erheben ist. Auch die Hauptverhandlungstermine in Forstfrevelsachen sind, wenn möglich, auf diese Termins-Tage anzusetzen.

§. 2.

Anzeigepflicht der Forstschutzbeamten und Dienstkleidung.

Die mit dem Forstschutze in bestimmten Revieren beauftragten Herzoglichen Beamten sind zur Anzeige

auch der in andern herrschaftlichen, — sowie Privat- — Revieren entdeckten Forstfrevel verpflichtet.

Die Forstschutzbeamten haben bei Ausübung des Forstschutzes die vorschriftsmässige Kleidung zu tragen. (Vergl. Bekanntmachung vom 8. Mai 1861 Verord. S. No. 27.)

§. 3.

Amtsanwälte für Forstfrevel.

Das Amt eines Amtsanwalts zur strafrechtlichen Verfolgung der Forstfrevel wird, falls nicht besondere Umstände eine Ausnahme nothwendig machen, für jedes Amtsgericht einem Revierforstbeamten (Oberförster) übertragen.

Demselben liegt auch die Verfolgung der Uebertretung des §. 361 No. 9 des R. St. G. B. ob, falls letztere mit einem Forstfrevel im Zusammenhange steht. (F. St. G. §. 67.)

§. 4.

Substituten der Amtsanwälte für Forstfrevel.

Ist der als Amtsanwalt für Forstfrevel-Sachen bestellte Revierforstbeamte an der Ausübung dieses Amts in einem einzelnen Falle oder auf längere Zeit rechtlich oder thatsächlich behindert, so hat derselbe schleunigst dem ihm vorgesetzten Oberforstbeamten (Forstmeister) Anzeige zu machen, und hat Letzterer den behinderten Amtsanwalt entweder selbst zu vertreten oder einen anderen Revierforstbeamten mit der Vertretung zu beauftragen.

§. 5.

Generelle Ermächtigungen der Amtsanwälte zur
Stellung von Anträgen auf Werthersatz und
Ersatzgeld.

Herzogliche Kammer, Direction der Forsten, wird den Amtsanwälten für Forstfrevel-Sachen bei deren Amtsantritte für die Dauer ihres Amtes hinsichtlich der Forstdiebstähle und Weidefrevel, welche in den in dem betreffenden Amtsgerichtsbezirke belegenen Kammer- und Klosterforsten verübt werden, eine generelle Ermächtigung zur Stellung eines Antrags auf Zahlung von Werthersatz und Ersatzgeld in den ihnen geeignet scheinenden Fällen ertheilen. (F. St. G. §. 8.)

Auch die Eigenthümer von Privatforsten sind zur Ertheilung einer solchen generellen Ermächtigung befugt.

Die Amtsanwälte für Forstfrevel haben diese Ermächtigungen den betreffenden Amtsgerichten, welche davon beglaubigte Abschrift zu nehmen haben, vorzuzeigen, auch den betreffenden Oberforstbeamten und die übrigen Revierforstbeamten des Amtsbezirks mit Nachricht zu versehen.

§. 6.

Zustellungs-Urkunden.

Die Gerichtsvollzieher haben bei Zustellung der in Forststrafsachen an Angeschuldigte oder Auskunftspersonen erlassenen Urtheile, Strafbefehle und sonstigen gerichtlichen Verfügungen nach den für Strafsachen überhaupt bestehenden Vorschriften zu verfahren. (Vergl.

insbesondere D. St. P. O. §. 37, D. C. P. O. §§. 156 Abs. 1, 157 Abs. 1, 165 bis 171.)

Für den Nachweis der Zustellung genügt im Allgemeinen eine von dem Gerichtsvollzieher aufzunehmende Zustellungs-Urkunde, in welcher den Vorschriften im §. 174 No. 1, 4 und 5 der D. C. P. O. *) Genüge geleistet ist. Urkunden über die Zustellung mehrerer in derselben Forststrafsache gleichzeitig für verschiedene Personen (Angeschuldigte oder Auskunftspersonen) erlassenen gerichtlichen Verfügungen sind in tabellarischer Form aufzustellen, so zwar, dass der Gerichtsvollzieher in das ihm vom Amtsgerichte zu übergebende Verzeichniss der zuzustellenden Schriftstücke (Formulare F und J) bei jeder einzelnen Nummer das Erforderliche einträgt und das Verzeichniss am Schlusse unterzeichnet¹⁾.

Anm. 1. Eine Abschrift der Zustellungsurkunde ist bei der Zustellung nicht zu übergeben. Erfolgt die Zustellung durch die Post, so ist auf den Briefumschlag der Vermerk zu setzen: „Einfache Zustellung“, und hat der Gerichtsvollzieher die geschehene Uebergabe an die Post auf dem ihm vom Amtsgerichte zu übergebenden Verzeichnisse zu bezeugen. Wenn der Gerichtsvollzieher selbst die Zustellung vornimmt, so beträgt seine Gebühr 40 Pf., wenn er sie durch die Post besorgt, 20 Pf. (Bekanntm. der Landesjustizverwaltung vom 12. Sept. 1879, Nr. 62 sub B und D).

*)

§. 174.

„Die Zustellungsurkunde muss enthalten:

1. Ort und Zeit der Zustellung;

4. die Bezeichnung der Person, welcher zugestellt ist;

5. im Falle der Verweigerung der Annahme die Erwähnung, dass die Annahme verweigert und das zu übergebende Schriftstück am Orte der Zustellung zurückgelassen ist.“

Zweiter Abschnitt.

Oeffentliche Klage und deren Vorbereitung.

A. Durch Antrag auf Erlass eines amtsrichterlichen Strafbefehls.

§. 7.

Frevellisten der Revierforstbeamten.

Die Revierforstbeamten, welche nicht zu Amtsanwälten für Forstfrevel bestellt sind, haben die ihnen mündlich oder schriftlich durch die Forstschutzbeamten oder von anderer Seite zur Anzeige gebrachten, sowie die von ihnen selbst wahrgenommenen Forstfrevel ortschaftsweise gesondert in ein für den betreffenden Amtsgerichtsbezirk tabellarisch einzurichtendes Verzeichniss (Formular A) einzutragen und solches innerhalb der ersten drei Tage des auf die Anzeige bzw. Wahrnehmung des Frevels folgenden Monats unter Anschluss der Anlagen, welche auf dem Mantelbogen des Verzeichnisses zu vermerken sind, an den betreffenden Amtsanwalt für Forstfrevel einzusenden. Formular A.

Diese Verzeichnisse müssen enthalten:

- 1) eine genaue Bezeichnung des Beschuldigten nach Namen, Vornamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort oder Aufenthaltsort;

2) bei Personen zwischen 12 und 18 Jahren neben Angabe des Alters die Bemerkung, ob dieselben zur Zeit der That die zur Erkenntniss der Strafbarkeit derselben erforderliche Einsicht besessen haben;

3) eine Darstellung der dem Beschuldigten zur Last gelegten That nebst den Erschwerungs- und den allgemeinen Schärfungsgründen (F. St. G. §. 11);

4) für den Fall der Haftpflicht eines Andern (F. St. G. §. 10) Namen und Vornamen, Stand oder Gewerbe, Wohnort oder Aufenthaltsort des Haftpflichtigen, sowie den Grund der Haftpflicht desselben;

5) die Bezeichnung des Beschädigten und das Datum des von demselben wegen des Werthersatzes und Ersatzgeldes gestellten Antrages, sofern nicht bereits eine generelle Ermächtigung zur Verfolgung dieser Ansprüche ertheilt war (§. 5);

6) die Angabe der Beweismittel und der beschlagnahmten bzw. eingelieferten Gegenstände (F. St. G. §§. 7, 68, 69); imgleichen

7) eine Bemerkung über die Zahlungsfähigkeit der Beschuldigten.

§. 8.

Revision der Frevellisten.

Der Amtsanwalt für Forstfrevel hat nach Eingang der Verzeichnisse der Revierforstbeamten seines Amtsgerichtsbezirks zu prüfen, ob die Einträge in diese Verzeichnisse hinsichtlich der thatsächlichen Begründung und des erforderlichen Beweismaterials zur Durchführung der öffentlichen Klage (F. St. G. §. 55) ausreichend sind, und die nöthigen Einbesserungen, wenn möglich, sofort selbst vorzunehmen.

Ist dieses unthunlich, auch Aufklärung bezw. Einbesserung durch den Revierforstbeamten nicht rechtzeitig zu erlangen, so hat der Amtsanwalt die unvollständigen Frevelangaben aus diesem Monatsverzeichnisse zu streichen und den betreffenden Revierforstbeamten entweder zur Aufnahme dieser Frevel nach Beseitigung der Mängel in das nächste Monatsverzeichniss zu veranlassen oder Verfolgung der fraglichen Frevel mittelst gesonderten Antrages auf Erlass eines richterlichen Strafbefehls eintreten zu lassen.

Wird das Monatsverzeichniss des Revierforstbeamten nicht rechtzeitig überreicht, so hat der Amtsanwalt den Letzteren zu schleuniger Einsendung aufzufordern, eventuell bei dem vorgesetzten Oberforstbeamten Beschwerde zu führen.

§. 9.

Tabellarische Form der öffentlichen Klage.

Nach Vollendung dieser Revision bezw. Einbesserung der aus den einzelnen Revieren seines Amtsgerichtsbezirks eingegangenen Verzeichnisse hat der Amtsanwalt aus diesen Verzeichnissen und aus dem von ihm selbst über die in seinem eigenen Reviere angezeigten Forstfrevel aufgestellten Verzeichnisse ein Gesamt-Monats-Verzeichniss (Formular B.) anzufertigen und in dasselbe, ^{Formular B.} nach Revieren und Ortschaften gesondert, alle zur Anzeige gebrachten Frevel, rücksichtlich deren ein amtsrichterlicher Strafbefehl zu beantragen ist, nach dem im §. 7 bezeichneten Inhalte einzutragen, auch das zur Anwendung kommende Strafgesetz, sowie die Strafanträge hinzuzufügen.

Die in der Liste aufzuführenden Angeschuldigten sind unter fortlaufenden Nummern, übrigens unter Beachtung der Vorschrift des §. 21, zu bezeichnen, ebenso auch die einzelnen Frevel, so jedoch, dass dieselbe Frevel-Nummer auch auf Theilnehmer (F. St. G. §. 2), Begünstiger und Hehler (daselbst §. 15), sowie haftpflichtige Personen (daselbst §. 10) sich zu beziehen hat.

§. 10.

Freiwillige Zahlungen.

Die zur Abwendung des Strafverfahrens im §. 64 des F. St. G. gestattete Einzahlung der Geldstrafe, des Werthersatzes und Ersatzgeldes, sowie die Einlieferung der der Einziehung unterliegenden Gegenstände hat an den betreffenden Amtsanwalt für Forstfrevel nach Massgabe des von demselben festzustellenden Betrages der Strafe etc., sowie gegen dessen Quittung, in der Zeit vom 12. bis 18. des auf die Begehung des Frevels folgenden Monats zu geschehen.

§. 11.

Frevel-Werkzeuge.

Der Amtsanwalt ist berechtigt, beschlagnahmte oder freiwillig eingelieferte Werkzeuge (F. St. G. §. 7 Abs. 1, §. 68 Abs. 1), welche nicht ausschliesslich zur Verübung von Forstfreveln dienen, den Frevelern auf deren Wunsch gegen Zahlung des nach seinem Ermessen zu schätzenden Werthes derselben zurückzugeben, auch auf deren Antrag geeigneten Falls an seinem Wohnorte öffentlich meistbietend verkaufen zu lassen.

Das Gleiche gilt auch hinsichtlich der beschlagnahmten Transportmittel (F. St. G. §. 68 Abs. 2, §. 69), sofern

die Frevler mit dem Verkaufe einverstanden sind und keine Bedenken wegen etwaiger Eigenthumsansprüche Dritter obwalten (F. St. G. §. 69 Abs. 4).

§. 12.

Einreichung der öffentlichen Klage.

Der freiwilligen Einzahlung oder Einlieferung (§. 10) ist in dem Monatsverzeichnisse des Amtsanwalts (Formular B) in der betreffenden Rubrik Erwähnung zu thun. Das Verzeichniss selbst ist hiernächst sowohl im Concepte, als in der davon zu besorgenden, für das Gericht bestimmten Ausfertigung von dem Amtsanwalt zu unterschreiben und in Concept und Ausfertigung bis zum 20. des auf die Begehung des Frevels folgenden Monats unter dem auf dem Mantelbogen zu vermerkenden Anschlusse der freiwillig eingezahlten, bezw. aus dem Verkaufe der Werkzeuge (§. 11) gelösten Gelder, der beschlagnahmten Gegenstände und der etwaigen besonderen Anträge der Beschädigten dem betreffenden Amtsgerichte zu übersenden.

Dieses mit dem Antrage auf Erlass eines richterlichen Strafbefehls versehene Verzeichniss gilt als öffentliche Klage im Sinne des §. 55 des F. St. G.

B. Durch besondere Anklageschrift.

§. 13.

Diejenigen in den monatlichen Anzeigen der Revierforstbeamten (§. 7) aufgeführten Forstfrevel, welche zur Zuständigkeit der Schöffengerichte gehören (F. St. G.

§. 47), sind von dem Amtsanwalt für Forstfrevel mittelst
Formular besonderer Anklageschrift (Formular C.) zu verfolgen.
C. Dieselbe hat der Vorschrift des §. 198 der D. St. P. O.
zu entsprechen; auch ist der Anklage ein auf den be-
treffenden Forstfrevel bezüglicher Auszug aus der Monats-
liste des Revierforstbeamten beizufügen (F. St. G. §. 9).

Rücksichtlich der weitem amtlichen Behandlung dieser
Sachen gelten die Vorschriften der D. St. P. O. über das
Verfahren vor den Schöffengerichten.

§. 14.

Die Bestimmungen des §. 13 finden hinsichtlich des
Inhalts der Anklageschrift auch dann Anwendung, wenn
wegen Gefahr im Verzuge, z. B. wegen drohender Ver-
jährung des Frevels, die Beobachtung des gewöhnlichen
Verfahrens unthunlich erscheint (F. St. G. §. 60).

Dritter Abschnitt.

Verfahren vor dem Amtsgerichte.

§. 15.

Strafbefehle und deren Eintragung in die Klagschrift.

Der Amtsrichter hat innerhalb 8 Tagen nach Eingang der öffentlichen Klage (Formular B.) auf dieselbe zu verfügen. Er prüft zunächst die Strafanträge des Amtsanwalts und deren thatsächliche und rechtliche Begründung. Stehen dem Erlasse des Strafbefehls Bedenken nicht entgegen, und werden die gestellten Strafanträge von ihm gebilligt, so hat der Amtsrichter, nachdem von ihm bei jeder Nummer die zu zahlenden Gerichtskosten beigefügt sind, die betreffende Rubrik am Ende des Verzeichnisses zu unterschreiben und auf dem Mantelbogen Termin zur Erhebung von Einsprüchen (F. St. G. §. 56), jedoch nicht über die ersten 12 Tage des auf die Einreichung der öffentlichen Klage folgenden Monats hinaus (vergl. §. 1), anzuberaumen.

Beschliesst dagegen der Amtsrichter,

1. dass kein genügender Anlass zur Erhebung der öffentlichen Klage vorliege (D. St. P. O. §. 172), oder dass die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen sei (D. St. P. O. §. 448 Abs. 2),

2. dass die beantragte Strafe der Abänderung bedürfe, so hat derselbe

zu 1. den Strafantrag des Amtsanwalts in den betreffenden Rubriken des Verzeichnisses mit rother Dinte zu durchstreichen und dabei kurz seinen Beschluss (z. B. „abgewiesen,“ „zur Hauptverhandlung“) zu vermerken;

zu 2. die von ihm beschlossene Strafänderung gleichfalls mit rother Dinte in die betreffende Rubrik einzutragen, auch die Gerichtskosten beizufügen; in beiden Fällen sodann die betreffende Rubrik am Ende des Verzeichnisses zu unterschreiben und die getroffenen Verfügungen nebst Datum auf dem Mantelbogen der Klage unter Angabe der betreffenden Nummern zu vermerken.

Im Falle No. 2 ist der Amtsanwalt noch vor der Ausfertigung des Strafbefehls von der beschlossenen Aenderung der Strafe zu benachrichtigen und, falls derselbe auf seinem Antrage beharrt, sogleich Termin zur Hauptverhandlung anzusetzen (D. St. P. O. §. 448 Abs. 2 a. E.). Die rechtzeitige Ausfertigung (§. 16) der mit den Strafanträgen übereinstimmenden Strafbefehle darf durch dieses Zwischenverfahren nicht aufgehalten werden.

§. 16.

Ausfertigung der Strafbefehle.

Ist Erlass des Strafbefehls vom Amtsrichter beschlossen, so ist eine Ausfertigung desselben für jeden Angeeschuldigten (Formulare D. und E.) zu besorgen, und das Concept der öffentlichen Klage (vergl. §. 12), nachdem darin die getroffenen Verfügungen eingetragen sind, dem Amtsanwalt zurückzugeben.

Für die von dem Letzteren etwa zu verfolgenden Beschwerden sind die §§. 346 bis 353 der D. St. P. O. und §. 72 des D. G. V. G. massgebend.

Die Ausfertigungen der Strafbefehle hat der Gerichtsschreiber auf Anordnung des Herzoglichen Amtsgerichts den Angeschuldigten durch den Gerichtsvollzieher zustellen zu lassen. Letzterem ist zugleich ein nach Formular F. aufzustellendes Verzeichniss sämtlicher in der generellen öffentlichen Klage befindlichen Strafbefehle zum Zwecke der Bescheinigung der Zustellung (vergl. §. 6) zu behändigen.

Die Zustellung hat so zeitig zu geschehen, dass zwischen dem Tage der letztern und dem Einspruchs-Termine mindestens 2 Tage in der Mitte liegen.

§. 17.

Einspruchs-Termine.

In dem Einspruchs-Termine hat sich der Amtsanwalt für Forstfrevel einzufinden. Derselbe kann veranlassen, dass auch die Forstschutzbeamten erscheinen, welche als Beweiszeugen in denjenigen Forststrafsachen auftreten sollen, in welchen zwar Erhebung eines Einspruchs, jedoch zugleich sofortiger Nachweis des Frevels wahrscheinlich ist (F. St. G. §. 56 Abs. 4 und 5).

§. 18.

Verfahren bei der Verhaftung von Forstfrevlern.

Im Falle der vorläufigen Festnahme eines Forstfrevlers (F. St. G. §. 60) hat der Revierforstbeamte, wenn er den von einem untern Forstschutzbeamten angehaltenen

Frevler zu entlassen nicht für angemessen halten sollte, diesen sofort dem betreffenden Amtsanwalt für Forstfrevler zuführen zu lassen. Hält auch der Letztere die vorläufige Festnahme des Frevlers für gerechtfertigt (D. St. P. O. §. 127), so ist derselbe ohne Verzug dem betreffenden Amtsgerichte vorzuführen, die öffentliche Klage zu Protokoll des Gerichtsschreibers vorzutragen und im Falle des Geständnisses des Angeschuldigten sofortige Verhandlung der Sache zu beantragen (D. St. P. O. §. 211 Abs. 2).

Nimmt der Amtsrichter Anstand, diesem Antrage zu entsprechen, so hat derselbe, mag die Verhaftung oder Freilassung des Angeschuldigten von ihm verfügt werden, sofort nahen Termin zur Hauptverhandlung anzusetzen und dazu die Betheiligten, sowie die vorgeschlagenen Auskunftspersonen laden zu lassen.

§. 19.

Einziehung der Geldstrafen etc.

Nachdem die Strafbefehle bzw. Urtheile vollstreckbar geworden sind, beauftragt der Amtsrichter nach abgelaufener Zahlungsfrist unter Zufertigung eines Auszugs aus der generellen öffentlichen Klage (§. 12) den Gerichtsvollzieher, von denjenigen Verurtheilten, welche Zahlung nicht geleistet haben, und denen nicht bereits im Strafbefehle wegen ihrer dem Gerichte bekannten Zahlungsunfähigkeit der sofortige Vollzug der Freiheitsstrafe angedroht war, Strafe, Werthersatz, Ersatzgeld und Gerichtskosten nöthigenfalls mittelst Zwangsvollstreckung binnen 14 Tagen einzuziehen und an den Rechnungsführer der Gerichts-Sportelcasse abzuliefern,

das Mandat selbst aber mit Bericht an das Amtsgericht zurückzugeben (Formular G.).

Formular
G.

§. 20.

Vollziehung der Freiheitsstrafen.

An diejenigen Verurtheilten, denen bereits im Strafbefehle wegen ihrer dem Gerichte bekannten Zahlungsunfähigkeit der sofortige Vollzug der Freiheitsstrafe angedroht war, erlässt der Amtsrichter nach Ablauf der Zahlungsfrist den Befehl, die eventuell erkannte Freiheitsstrafe binnen 3 Tagen bei Vermeidung der Verhaftung anzutreten (Formular H.), und lässt diese Ver-
fügungen nebst einem tabellarischen Verzeichnisse (For-
mular J.), welches demnächst mit der Bescheinigung der
geschehenen Zustellung zurückzugeben ist, durch den
Gerichtsschreiber dem Gerichtsvollzieher behändigen.

Auch in diesen Fällen ist die Einziehung der Gerichtskosten zu verfügen, und ist wegen der Einziehung von Werthersatz und Ersatzgeld §. 63 Abs. 2 des F. St. G. massgebend.

Eine zweite Ausfertigung des obigen Verzeichnisses (Formular J.) wird dem Aufseher (Inspector, Gefangenenwärter) des Amtsgefängnisses mit der Anweisung mitgetheilt, die erkannten Freiheitsstrafen in Vollzug zu setzen und nach Ablauf der Frist diejenigen Verurtheilten anzuzeigen, welche sich zur Strafantretung nicht gestellt haben.

In gleicher Weise verfährt der Amtsrichter gegen solche Verurtheilte, deren Zahlungsunfähigkeit sich nachträglich durch den Bericht des Gerichtsvollziehers über fruchtlos versuchte Zwangsvollstreckung (§. 19) herausgestellt hat.

Gegen diejenigen Verurtheilten, welche diesen Befehlen zur Antretung der Freiheitsstrafe nicht nachkommen, erlässt der Amtsrichter unverzüglich einen Haftbefehl.

Die Erledigung der Strafvollziehung ist auf Anordnung des Amtsrichters von dem Gerichtsschreiber in dem betreffenden Verzeichnisse (§. 12) bei jeder einzelnen Nummer nachzutragen.

Vierter Abschnitt.

Schlussbestimmungen.

§. 21.

Forstfrevler unter 12 Jahren.

Kinder, welche bei Begehung eines Forstfrevels das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben und deshalb nach §. 55 des R. St. G. B. nicht strafrechtlich verfolgt werden können, sind in der öffentlichen Klage nicht als Angeschuldigte aufzuführen; die Klage richtet sich in diesem Falle vielmehr nur gegen die im §. 10 Abs. 2 des F. St. G. für haftbar erklärten Personen.

Der Amtsanwalt für Forstfrevel hat jedoch allmonatlich von den gegen Kinder unter 12 Jahren wegen begangener Forstfrevel eingegangenen Anzeigen der betreffenden obervormundschaftlichen Behörde (vergl. Gesetz No. 117 vom 22. December 1870) behuf der zu ergreifenden polizeilichen Massregeln Mittheilung zu machen (F. St. G. §. 9 Abs. 1).

§. 22.

Rückfalls-Register.

Der Amtsanwalt für Forstfrevel hat behuf Controle des Rückfalls etc. nach Formular K. ein alphabetisch ge-
Formular
K.

ordnetes Namensverzeichniss aller auf seinen Antrag in Strafe genommenen Forstfrevler mit Angabe des Datums des Urtheils bezw. der freiwilligen Zahlung (F. St. G. §. 12) zu führen. Die Verurtheilungen bereits eingetragener Frevler sind bei deren Namen nachzutragen.

§. 23.

Formulare.

Die in Forstfrevelsachen anzuwendenden Formulare, welche nebst einer Gebrauchs-Anweisung dieser Bekanntmachung angeschlossen sind, werden den Herzoglichen Amtsgerichten, sowie den Forstbeamten durch die zuständigen Behörden mitgetheilt werden.

Braunschweig, den 30. August 1879.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staats-Ministerium.

Departement der Justiz.

Trieps.

Verzeichniß

der

im Forstreviere.....

im Monat..... 18.....

entdeckten Forstfrevel.

Anlagen: 1) Antrag de Beschädigten zu No.....
2) Beschlagnahme bzw. eingelieferte Gegenstände zu No.
als:

An
den Amtsanwalt für Forstfrevel,
Herrn Oberförster.....
zu.....
zur gefälligen weiteren Verfügung.
....., den..... 18.....

Der Oberförster

1. No. der Beschuldigten	2. No. des Frevlers	3. Der Beschuldigten Namen, Vornamen, Stand oder Gewerbe*)		Wohnort oder Aufenthaltort	4. Darstellung der dem Beschuldigten zur Last gelegten That, bezw. der Haftpflicht und des Grunde derselben

*) Bei Frevlern von 12 bis 18 Jahren auch Angabe des Alters mit

4. Darstellung der dem Beschuldigten zur Last gelegten That, bezw. der Haftpflicht und des Grunde derselben	5. Werth des Entwendeten	6. Bezeichnung des Beschädigten. Datum des Antrags desselben	7. Benennung der Beweismittel, beschlagnahmten bezw. eingelieferten Gegenstände	8. Bemerkungen, insbesondere ob der Beschuldigte zahlungsfähig

Hinzufügung der Bemerkung, ob einsichtsfähig oder nicht.

An
Herzogl. Amtsgericht.....

Generelle öffentliche Klage

betr. die im Monate.....18..... in de.....

Forstreviere.....

entdeckten Forstfrevel.

Ich erhebe gegen die in dem nachstehenden Verzeichnisse als Angeschuldigte aufgeführten Personen öffentliche Klage und beantrage:

die neben den einzelnen Nummern bemerkten Strafen, Werthersatz- und Ersatzgeld-Beträge, sowie die beantragten Einziehungen und Haftbarerklärungen, durch Strafbefehle auszusprechen und die Angeschuldigten in die Kosten zu verurtheilen.

Anlagen: 1) Anträge der Beschädigten ad No.

2) An freiwillig bezahlten Strafen von den Nummern..... insgesamt: *Nb.*

3) Beschlagnahme bzw. eingelieferte Gegenstände als: ad No.

....., den.....18.....

**Der Amtsanwalt für Forstfrevel
Oberförster**

Exped.

1) Strafbefehl nach Spalte 9 ad No.

mit Einspruchstermin auf den.....18.....
Morgens 9 Uhr

2) Zurückweisung der Klage ad No.

3) Termin zur Hauptverhandlung ad No.

auf den.....18..... Morgens.....Uhr

....., den.....18.....

Herzogliches Amtsgericht

An
Herzogliches Amtsgericht
zu

A n k l a g e

des Amtsanwalts für Forstfrevel, Oberförsters

..... zu

gegen

d

wegen Forstfrevels.

Anlagen: 1) Auszug aus der Frevelliste des Oberförsters

..... vom 18.....

2) Antrag des Beschädigten vom.....

3) Beschlagnahme bzw. eingelieferte Gegenstände, als:

1. No.	2. Des Angeschuldigten Namen, Vornamen, Stand oder Ge- werbe*)	Wohnort oder Aufent- haltsort	3. Darstellung der dem Angeschuldigten zur Last gelegten That	4. Datum der Vorbe- strafungen

....., den
**Der Amtsanwalt
 Ober**

5. Bezeichnung des Be- schädigten. Datum des Antrags desselben	6. Benennung der Beweismittel und beschlag- nahmen resp. einge- lieferten Gegenstände	7. Anzuwendendes Strafgesetz	8. Antrag des Anklägers	9. Bemerkungen insbe- sondere über Zah- lungsfähigkeit des Angeschuldigten
			Termin zur Hauptverhandlung und Verurtheilung des Angeklagten zu 1) Geldstrafe von <i>M. 3</i> } Strafe ev. Haft- Gefängniss- } von 2) Haft- Gefängniss- } Strafe von 3) Werthersatz <i>M. 3</i> 4) Ersatzgeld 5) Einziehung der Frevelwerkzeuge 6) Zahlung der Gerichtskosten	

..... 18.....
**für Forstfrevler
 Förster**

*) Bei Frevlern von 12 bis 18 Jahren auch Angabe des Alters mit

Hinzufügung der Bemerkung, ob einsichtsfähig oder nicht.

No. des Verzeichnisses,
die Forstfrevel vom Monat
..... 18..... betr.

Strafbefehl.

Auf den Antrag der Herzoglichen Staatsanwaltschaft
wird gegen Sie wegen der Beschuldigung,

.....
wofür als Beweismittel bezeichnet sind
.....

auf Grund de §. des Forststrafgesetzes v. 1. April 1879

.....
eine Geldstrafe von *M.*
festgesetzt; auch haben Sie

an Werthersatz *M.*

an Ersatzgeld *M.*

und die unten verzeichneten Gerichtskosten mit ins-
gesammt *M.* zu zahlen.

Werden diese Beträge nicht binnen einer Woche
an die Gerichts-Sportelkasse hieselbst eingezahlt, so werden
die Geldstrafe und die Gerichtskosten im Wege der
Zwangsvollstreckung von Ihnen eingezogen, und wird,
falls letztere fruchtlos ist, eine an die Stelle der Geldstrafe

.....
Haft-
tretende Gefängniss- Strafe von
in Vollzug gesetzt werden.

Zugleich wird nach §. 7 des F. St. G. die Einziehung
der beschlagnahmten hierdurch erkannt.

Dieser Strafbefehl wird sofort vollstreckbar, wenn Sie
nicht in dem auf

den Morgens 9 Uhr,
vor dem unterzeichneten Herzoglichen Amtsgerichte an-
gesetzten Termine erscheinen und Einspruch erheben.

....., den 18.....

Herzogliches Amtsgericht.

An

Kostenberechnung:

- | | |
|--------------------------------------|--------------|
| 1) Gebühr für den Strafbefehl | M |
| (Ges. v. 11. Juli 1879 No. 40 §. 9.) | |
| 2) Schreibgebühr | " |
| 3) Zustellungsgebühr | " |
-

Bemerkung: Wenn das Herzogliche Amtsgericht bereits von der Zahlungsunfähigkeit des Beschuldigten überzeugt ist, so werden die Worte im Absatze 2: „die Geldstrafe und..... falls letztere fruchtlos ist“ durchstrichen (F. St. G. §. 56 Abs. 2).

Forststrafsachen. — Form. D.
(Bek. v. 30. Aug. 1879 §. 16.)

No. des Verzeichnisses,
 die Forstfrevel vom Monat
 18. betr.

S t r a f b e f e h l.

Auf den Antrag der Herzogl. Staatsanwaltschaft wird
 gegen Sie wegen der Beschuldigung,
 dass am ten 18.

und dass Sie innerhalb der letzten zwei Jahre wegen Forst-
 diebstahls rechtskräftig verurtheilt sind,
 wofür als Beweismittel bezeichnet sind

1) Zeugen

2) die Untersuchungsacten, die Forstfrevel vom
 Monat 18. betr. No. des
 Verzeichnisses,

auf Grund des §. 19 des Forststrafgesetzes vom 1. April
 1879 die Einziehung der
 zum Besten der Armenkasse Ihres Wohnorts hierdurch
 erkannt.

Auch haben Sie die unten berechneten Gerichtskosten
 zu insgesamt M. binnen einer Woche an die Ge-
 richts-Sportelkasse hieselbst bei Vermeidung der Zwangs-
 vollstreckung einzuzahlen.

Dieser Strafbefehl wird sofort vollstreckbar, wenn Sie
 nicht in dem auf

den 18. Morgens 9 Uhr,
 vor dem unterzeichneten Herzoglichen Amtsgerichte an-
 gesetzten Termine erscheinen und Einspruch erheben.

....., den 18.

Herzogliches Amtsgericht.

An

Kostenberechnung:

- | | |
|-------------------------------------|----|
| 1) Gebühr für den Strafbefehl | M. |
| (Ges. v. 11. Juli 1879 No. 40 §. 9) | |
| 2) Schreibgebühr | " |
| 3) Zustellungsgebühr | " |

Zustellungs-Urkunden in Forststrafsachen.

Betr. die Forstfrevel vom Monat 18

An den Herrn Gerichtsvollzieher,
um auf Anordnung des Herzoglichen Amtsgerichts
die anbei erfolgenden gerichtlichen Beschlüsse
und Ladungen den umstehend genannten Adres-
saten zuzustellen, bei Jedem derselben die Art
und Weise der Zustellung in Spalte 4 und 5 zu
bescheinigen, und sodann dieses Verzeichniss
zeitig vor dem auf den
anberaumten Termine zurückzugeben.

....., den 18

Gerichtsschreiber des Herzoglichen Amtsgerichts.

Bemerkung: Die Zustellung von Strafbefehlen muss so zeitig
erfolgen, dass zwischen dem Tage der Zustellung
und dem Einspruchstermine mindestens zwei
volle Tage liegen.

Die Verfügungen des Herzoglichen Amtsgerichts
vom habe ich den sub Nris.
aufgeführten Personen zugestellt, wie umstehend
angegeben ist.

....., den 18

Der Gerichtsvollzieher

1. Laufende No. der Adressaten	2. D e r A d r e s s a t e n			3. Ist Adressat Angeschul- digter oder Auskunfts- person?
	a.	b.	c.	
	Vor- und Zunamen	Stand oder Gewerbe	Wohnort oder Aufenthalts- ort	

4. Der Zustellung		5. Bezeichnung der Person, welcher zugestellt ist; in den Fällen der §§. 166 und 168 der D. Civil- processordnung die Angabe des Grundes, durch welchen die Zustellung an die be- zeichnete Person gerechtfertigt ist, im Falle des §. 167 der D. Civilprocessordnung die Bemerkung, wie die darin enthaltenen Vorschriften befolgt sind.	6. Bemerkungen
a. Ort	b. Zeit		

Straf- etc. Einziehungs-Mandat,

die

Forstfrevel vom Monat 18 betr.

Der Herr Gerichtsvollzieher
wird hierdurch beauftragt, von den umstehend auf-
geführten Verurtheilten die neben Jedem angegebene
Gesamtsumme, nöthigenfalls mittelst Zwangsvoll-
streckung, einzuziehen und an die Gerichts-Sportel-
casse hieselbst binnen 14 Tagen abzuliefern.

....., den 18

Herzogliches Amtsgericht

Kurzer Hand an Herzogliches Amtsgericht hieselbst
zurück, nachdem ich die ad Nrs.
verzeichneten Geldbeträge eingezogen und mit ins-
gesammt *M.* § an die Gerichts-Sportelcasse
hieselbst gegen untenstehende Quittung abgeliefert
habe.

Die ad Nrs.
verzeichneten Geldbeträge sind wegen Armuth der
Verurtheilten inexigibel.

....., den 18

Der Gerichtsvollzieher

Erhalten *M.* §
....., den 18

Der Rendant der Gerichts-Sportelcasse

Forstfrevel vom Monat.....18.....

In der Forststrafsache

gegen

d

wegen Forstfrevels,
werden Sie auf Anordnung des Herzoglichen Amts-
gerichts geladen,

da die gegen Sie durch vollstreckbare.. Urtheil
Strafbefehl

vom.....18.....erkannte Geldstrafe
nach dem Berichte des Gerichtsvollziehers nicht
einzuziehen gewesen ist,

nunmehr zum Antritt der eventuell erkannten

Haft
Gefängniss-Strafe von..... binnen

3 Tagen Sich in der hiesigen Gefangenen-Anstalt zu
melden, widrigenfalls gegen Sie ein Vorführungs-
oder Haftbefehl, nach Lage der Sache auch ein Steck-
brief erlassen werden wird.

....., den.....18.....

Gerichtsschreiber des Herzoglichen Amtsgerichts.

An

Zustellungs-Urkunden

der Befehle zur Antretung von Freiheitsstrafen; bzw.
Anweisung zur Strafvollziehung für den
Gefängniss-Beamten,

die Forstfrevel vom Monat 18..... betr.

1. An den Herrn Gerichtsvollzieher, um auf Anordnung des Herzoglichen Amtsgerichts die anliegenden Strafantretungs-Befehle den betr. Personen zuzustellen, die geschehene Zustellung in Spalte 5 und 6 bei jedem Einzelnen zu bescheinigen, und sodann dieses Verzeichniss binnen einer Woche anher zurückzugeben.
2. Der Herr Gefangenen empfängt auf Anordnung des Herzoglichen Amtsgerichts Abschrift dieses Verzeichnisses mit der Anweisung, die umstehend verzeichneten Freiheitsstrafen in Vollzug zu setzen, und solches bei jedem einzelnen Verurtheilten zu bescheinigen, diejenigen aber, welche sich innerhalb der Frist nicht gestellt haben, zur Anzeige zu bringen.

....., den 18.....

Gerichtsschreiber des Herzoglichen Amtsgerichts.

Ad 1.

An
Herzogliches Amtsgericht
hieselbst.

Die Strafantretungsbefehle des Herzoglichen
Amtsgerichts vom habe ich den sub
Nrs. aufgeführten Personen zu-
gestellt, wie umstehend angegeben ist.

....., den 18.....

Der Gerichtsvollzieher.

Ad 2.

An
Herzogliches Amtsgericht
hieselbst.

Die sub Nrs. aufgeführten Freiheitsstrafen sind vollzogen, wie umstehend angegeben ist.

Nicht gestellt haben sich die sub Nrs. aufgeführten Verurtheilten.

....., den 18

Der Gefangenen-.....

Forststrafsachen. — Form. J.
(Bek. v. 30. Aug. 1879 §. 20.)

Alphabetisches Register
der
von dem Herzoglichen Amtsgerichte
verurtheilten Forstfrevler.

Angefangen am 1. October 1879
und
geführt von dem Amtsanwalt für Forstfrevel
Oberförster..... zu

Anweisung

für

die Revierförstbeamten, die Amtsanwälte für Forstfrevel und
die Herzoglichen Amtsgerichte zum Gebrauche der
Formulare A bis K in Forststrafsachen.

Formular A.

ist von den Revierförstbeamten zu den von ihnen allmonatlich an den betr. Amtsanwalt für Forstfrevel einzusendenden Frevellisten zu verwenden (§. 7 der vorstehenden Bekanntmachung).

2. Da zunächst der Ort der Zuwiderhandlung den Gerichtsstand begründet (F. St. G. §. 49), so haben diejenigen Oberförster, deren Revier in mehreren Amtsgerichts-Bezirken liegt, für jeden der letzteren ein gesondertes Verzeichniß aufzustellen und dem bei dem betr. Amtsgerichte ernannten Amtsanwalt für Forstfrevel zuzusenden.

3. In Betreff der Spalten 1 und 2 ist die in §. 9 der vorstehenden Bekanntmachung enthaltene Vorschrift über die Numerirung der Beschuldigten resp. der Frevel zu beachten.

4. In Spalte 3 sind einzutragen die Personalien der Beschuldigten, welche in dem durch das F. St. G. vorgesehenen Verfahren in irgend einer Richtung zur Verantwortung gezogen werden sollen, mag es sich um Thäter, Mitthäter, Theilnehmer,

Begünstiger, Fehler, unberechtigte Besitzer von Holz oder Harz u. oder um Haftbare (F. St. G. §. 10) handeln.

Kinder unter 12 Jahren sind als Beschuldigte nicht einzutragen. — (§. 21 der vorst. Bekanntmachung.)

Bei Frevlern zwischen 12 und 18 Jahren ist in Spalte 3 deren Alter anzugeben und die Bemerkung: ob dieselben zur Zeit der That die zur Erkenntniß deren Strafbarkeit erforderliche Einsichtsfähigkeit besessen haben (R. St. G. B. §. 56; die vorstehende Bekanntmachung §. 7), mittelst Eintragung der Worte „einsichtsfähig“ oder „nicht einsichtsfähig“ zu machen.

5. In Spalte 4 sind außer der Darstellung der dem Beschuldigten zur Last gelegten That auch die Erschwerungsgründe (z. B. beim Forstdiebstahl, F. St. G. §. 16 bis 18) und die allgemeinen Schärfungsgründe (F. St. G. §. 11) anzugeben; sowie event. der Grund der Haftpflicht.

Wenn im Falle der einer Person unter 12 Jahren zur Last fallenden Thäterschaft Jemand als unmittelbar hastend in Anspruch genommen werden soll, und demgemäß in Spalte 3 eingetragen ist, so ist in Spalte 4 zu vermerken, wie der wegen mangelnder Strafmündigkeit nicht verfolgbare Thäter heißt.

Falls mit dem angezeigten Forstfrevel eine Uebertretung des §. 361 Nr. 9 des R. St. G. B. im Zusammenhange steht, so ist auch letztere in Spalte 4 thatsächlich zu begründen.

6. Spalte 5 ist nur beim Forstdiebstahle auszufüllen (F. St. G. §. 8 Abs. 2).

7. In Spalte 6 ist der beschädigte Forsteigenthümer zu bezeichnen. Hat Letzterer dem Amtsanwalt eine generelle Ermächtigung zur Stellung von Anträgen auf Zahlung von Werthersatz bezw. Ersatzgeld ertheilt, so ist nicht erforderlich, das Datum dieses Antrags anzugeben.

8. Wenn dem Revierforstbeamten die Zahlungsunfähigkeit des Beschuldigten bekannt ist, so hat derselbe in Spalte 8 zu bemerken: „Zahlungsunfähig.“

9. Jede einzelne, mit laufender Nummer in Spalte 2 vorgesehene Frevelanzeige ist von der nächstfolgenden Frevelanzeige

durch einen Strich zu sondern. Dieser Strich ist unter die den leztangeführten Betheiligten des Straffalles betreffenden Eintragungen durch beide Blattseiten zu ziehen.

10. Die Verzeichnisse sind als Monatsverzeichnisse in der Art zu führen, daß alle in dem betr. Reviere bezw. Amtsgerichtsbezirke verübten, im Laufe eines Kalendermonats zur Kenntniß gelangten Zuwiderhandlungen in Ein Verzeichniß zusammengefaßt werden.

11. Das Verzeichniß ist nach Ablauf des Kalendermonats durch Namensunterschrift unter Beifügung von Ort und Datum abzuschließen.

Formular B.

ist von den Amtsanwälten für Forstfrevel zur Formulirung der generellen öffentlichen Klage zu verwenden (§. 9 der vorstehenden Bekanntmachung), und sind behuf Ausfüllung desselben die Vorschriften in der Anweisung zum Gebrauche des Formulars A. auch hier maßgebend.

2. In Spalte 5 ist von dem Amtsanwalt das Datum der Vorbestrafungen nur in solchen Fällen einzutragen, in welchen durch die Vorbestrafung die Rückfallsstrafe (F. St. G. §. 12) verwirkt ist; in welchen also der Angeschuldigte innerhalb der leztverflossenen zwei Jahre (vom Tage der Begehung des jetzt in Rede stehenden Straffalles zurückgerechnet) wegen einer gleichen oder gleichartigen Handlung zu einer Strafe verurtheilt ist oder die verwirkte Geldstrafe vor der Verurtheilung freiwillig erlegt hat.

Um zu ermitteln, ob ein Rückfall vorliegt, hat der Amtsanwalt bei Aufstellung der öffentlichen Klage in Betreff jedes einzelnen Frevelers das nach §. 22 der vorstehenden Bekanntmachung zu führende alphabetische Register (Formular K.) nachzusehen.

3. Wenn der Amtsanwalt gegen einen Angeschuldigten eine Haft- oder Gefängnißstrafe nur eventuell, d. h. für den Fall der

Zahlungsunfähigkeit, beantragt, so hat derselbe in Spalte 9b und c das Wort „eventuell“ beizufügen.

4. In Spalte 9f sind die beschlagnahmten oder eingelieferten Frevelwerkzeuge (F. St. G. §. 68 Abs. 1), deren Einziehung vom Amtsanwalt beantragt wird, kurz zu bezeichnen, z. B. 1 Art, 1 Säge 2c.

Sind diese Werkzeuge vom Angeschuldigten bereits eingelöst oder vom Amtsanwalt verkauft (vorstehende Bekanntmachung §. 11 Abs. 1), so ist hinzuzufügen: „eingelöst“ oder „verkauft“ „für . . . M. . . . S.“

Sind dagegen Transportmittel (F. St. G. §. 68 Abs. 2 und §. 69) beschlagnahmt bzw. eingelöst oder verkauft (vorstehende Bekanntmachung §. 11 Abs. 2), so ist das Erforderliche in Spalte 13 zu bemerken.

5. Freiwillige Zahlung ist in Spalte 11, notorische Zahlungsunfähigkeit des Beschuldigten in Spalte 13 vom Amtsanwalt zu bemerken.

6. Der Gerichtsschreiber hat in Spalte 10 die Nummer des Sportelregisters und in Spalte 12 das Datum der Erledigung des Strafbefehls einzutragen.

7. Der auf der ersten Seite des Formulars befindliche Klageantrag ist von dem Amtsanwalt an den entsprechenden Stellen auszufüllen, mit Ort und Datum zu versehen und zu unterzeichnen.

Ebenfalls ist für den Amtsrichter die richterliche Verfügung auf die gestellten Klageanträge vorgeedruckt.

Formular C.

ist von den Amtsanwälten für Forstfrevel zu verwenden, wenn ein Straffall nicht in die generelle öffentliche Klage (Formular B.) gebracht werden kann, sondern mittels besonderer An-

klageschrift (§§. 13 und 14 der vorstehenden Bekanntmachung) zu verfolgen ist.

2. Die Bemerkungen zu Formular A. und B. finden auch hier entsprechende Anwendung.

3. Die Strafanträge in Spalte 8 beziehen sich unter Nr. 1 auf diejenigen Fälle, in welchen in erster Linie Geldstrafe, und eventuell für den Fall des Zahlungsunvermögens eine Freiheitsstrafe,

unter Nr. 2 auf solche Fälle, in denen eine Freiheitsstrafe ausschließlich oder als Zusatzstrafe beantragt wird.

Jenachdem Haft oder Gefängniß beantragt wird, ist das eine oder andere dieser beiden Worte zu durchstreichen.

Die Nummern 3, bezw. 4 und 5 sind in den nicht zutreffenden Fällen gleichfalls zu durchstreichen.

Formular D.

wird von den Herzoglichen Amtsgerichten zur Ausfertigung von Strafbefehlen in der beinahe größten Mehrzahl der vorkommenden Straffälle zu benutzen sein.

2. Liegt zugleich eine Uebertretung des §. 361 Nr. 9 des R. St. G. B. vor, so ist dieser Paragraph an der entsprechenden Stelle des Formulars (hinter dem Citat des Forststrafgesetzes) einzutragen.

3. Das Formular hat in Absatz 2 zunächst diejenigen Fälle vor Augen, in welchen die Frage der Zahlungsfähigkeit des Beschuldigten noch unentschieden ist. Wenn die Zahlungsunfähigkeit des Beschuldigten dem Gerichte bei Erlass des Strafbefehls bereits bekannt ist, so sind die Worte in Absatz 2:

„die Geldstrafe und falls letztere fruchtlos ist“ zu durchstreichen (R. St. G. §. 56 Abs. 2), so daß in dem letzteren Falle der Absatz 2 des Formulars folgende Fassung erhält:

„Werden diese Beträge nicht binnen einer Woche an die

Gerichts-Sportelcasse hieselbst eingezahlt, so werden die Gerichtskosten im Wege der Zwangsvollstreckung von Ihnen eingezogen und wird eine an die Stelle der Geldstrafe tretende $\frac{\text{Haft-}}{\text{Gefängniß-}}$ Strafe von in Vollzug gesetzt werden.“

(Vergl. §§. 19 und 20 der Vef.)

Formular E.

dient zur Ausfertigung von Strafbefehlen in den Fällen des §. 19 des F. St. G.

Formular F.

giebt die Form an, in welcher von dem Gerichtsvollzieher die Urkunden über die Zustellung von richterlichen Verfügungen in Forststrafsachen auszustellen sind. Vergl. F. St. G. §. 50, die vorstehende Bekanntmachung §. 6. —

2. Das Formular ist zu benutzen bei dem Nachweise der Zustellung sowohl von Strafbefehlen (§. 16 der vorstehenden Bekanntmachung) und Urtheilen zc. an die Angeschuldigten, als auch von Vorladungen der Letzteren und der Auskunftspersonen zu den Hauptverhandlungs-Terminen, jedoch nicht zu Nachweisen über Zustellung von Strafantretungsbefehlen. Vergl. Formular J. nachstehend.

3. Die von dem Gerichtsvollzieher zu beachtenden gesetzlichen Vorschriften sind im §. 6 der vorstehenden Bekanntmachung enthalten.

4. Die Spalten 1 bis 3 sind von dem Gerichtsschreiber, die Spalten 4 bis 6 von dem Gerichtsvollzieher auszufüllen.

5. Wenn eine Zustellung in keiner Weise zu beschaffen ist, weil z. B. der Adressat verstorben oder verzogen und sein zeitiger Aufenthaltsort nicht zu ermitteln ist, so hat der Gerichtsvollzieher das Erforderliche bei der betreffenden Nummer in Spalte 6 und in dem offen gelassenen Raume des auf der ersten Seite vorgedruckten Berichts über die Erledigung des Auftrags zu bemerken.

6. Nachdem diese Berichts-Formel vom Gerichtsvollzieher ausgefüllt und mit Datum und Unterschrift versehen ist, giebt derselbe das Verzeichniß an das Amtsgericht zurück.

Formular G.

für das von dem Amtsgerichte in tabellarischer Form aufzustellende Mandat an den Gerichtsvollzieher zur zwangsweisen Einziehung der in Forststrafsachen erkannten Geldstrafen, Werthersatz, Ersatzgeld und Gerichtskosten (§. 19 der vorstehenden Bekanntmachung).

2. Bezüglich aller auf Grund Einer generellen öffentlichen Klage gleichzeitig erkannten Geldstrafen zc. ist Ein Mandat nach diesem Formulare zu erlassen. Die nicht mittelst Strafbefehls, sondern nach vorgängigem Hauptverfahren durch Urtheil erkannten und einzuziehenden Geldstrafen zc. sind gleichfalls in dieses Formular in den betreffenden Spalten einzutragen.

3. Spalte 1 bis 5 sind vom Gerichtschreiber auszufüllen.

4. In Spalte 6 hat der Gerichtsvollzieher bei jeder einzelnen Nummer zu bemerken: ob und wie das Mandat erledigt ist, also entweder: „Eingezogen am 6. Febr. 1880“ oder: „Inexigibel.“

5. Nachdem alle verfügten Einziehungen auf die eine oder andere Weise erledigt sind, hat der Gerichtsvollzieher die eingezogenen Gelder an die Gerichts-Sportelcasse abzuliefern, den auf der ersten Seite vorgedruckten Bericht auszufüllen, mit Datum

und Unterschrift zu versehen und nebst der (gleichfalls vorgedruckten) Quittung des Rendanten der Gerichts-Sportelcasse versehen an das Amtsgericht zurückzugeben.

Formular H.

ist der auf Anordnung des Herzoglichen Amtsgerichts gegen verurtheilte, zahlungsunfähige Forstfrevler vom Gerichtsschreiber auszufertigende Befehl zur Antretung der erkannten Freiheitsstrafe, welcher den Verurtheilten durch den Gerichtsvollzieher zuzustellen ist.

Da bezüglich der von Letzterem zu gebenden Nachweise über die geschehenen Zustellungen gleichfalls der §. 6 der vorstehenden Bekanntmachung Anwendung findet, jedoch das Formular F. für diesen Fall nicht anwendbar erscheint, so ist zu den Nachweisen über die Zustellung von Strafantretungs-Befehlen das

Formular J.

zu benutzen.

1. Spalte 1 bis 4 dieses Formulars wird vom Gerichtsschreiber ausgefüllt.

2. In Spalte 5 bis 6 bescheinigt der Gerichtsvollzieher die geschehene Zustellung nach Vorschrift des §. 6 cit.

3. Wenn die Zustellung in keiner Weise zu beschaffen ist, weil z. B. der Adressat verstorben oder verzogen und sein zeitiger Aufenthaltsort nicht zu ermitteln ist, so hat der Gerichtsvollzieher das Erforderliche bei den betreffenden Nummern in Spalte 8 und in dem offen gelassenen Raume des auf der ersten Seite vorgedruckten Berichts über die Erledigung des Auftrags zu bemerken.

4. Der Aufseher (Inspector, Gefangenen-Wärter) des Amtsgefängnisses, welcher vom Amtsgerichte eine zweite Ausfertigung dieses Verzeichnisses mit der Anweisung, die erkannten Freiheitsstrafen zu vollziehen, erhält, hat die Spalte 7 a und b bei denjenigen Verurtheilten, welche sich zur Strafantretung innerhalb

der Frist stellen, auszufüllen, und das Verzeichniß nach Ablauf der Strafantretungsfrist, nachdem er den auf der ersten Seite vorgedruckten Bericht ausgefüllt und mit Datum und Unterschrift versehen hat, an das Amtsgericht zurückzugeben.

5. Zu etwaigen Bemerkungen des Gefängniß-Beamten dient gleichfalls Spalte 8.

Formular K.

ist zu dem, behuf Nachweises des Rückfalls, von den Amtsanwälten für Forstfrevler zu führenden alphabetischen Register der verurtheilten Forstfrevler zu verwenden.

In den Mantelbogen ist eine Anzahl von Einlage-Bogen zu legen und zwar so viele, daß für jeden Buchstaben des Alphabets eine entsprechende Anzahl von Blättern reservirt werden kann, und daß das ganze in Buchform einzubindende Register voraussichtlich eine Reihe von Jahren ausreicht.

2. Jeder Frevler ist bei der ersten Verurtheilung in dieses Register unter dem betreffenden Buchstaben einzutragen. Die Frevler erhalten in Spalte 1 fortlaufende Nummern, bei jedem Buchstaben mit 1 anfangend.

3. Im Falle fernerer Verurtheilungen wird nicht eine neue Eintragung mit neuer Nummer gemacht, sondern es werden neben der ersten Eintragung in Spalte 5 die fernereren Verurtheilungen in der Weise vermerkt, daß daselbst der Inhalt der Spalten 3 und 4 in der Kürze angegeben wird, z. B.

$\frac{4. \text{ Januar}}{9. \text{ Januar}}$ 1880 (§. 20); $\frac{3. \text{ Juni}}{12. \text{ Juni}}$ 1882 (§. 14).

Das oberhalb des Querstrichs stehende Datum (4. Januar) ist das Datum der öffentlichen Klage; das unterhalb des Querstrichs stehende Datum das der freiwilligen Zahlung oder des vollstreckbaren Strafbefehls oder Urtheils. Die eingeklammerte Paragraphenzahl bedeutet den §. des F. St. G., auf Grund dessen die Verurtheilung erfolgt ist.

V.

A u s z u g

aus dem

A u s f ü h r u n g s g e s e t z e

zum

Deutschen Gerichtskostengesetze.

d. d. Braunschweig, den 11. Juli 1879 (Nr. 40).

Von Gottes Gnaden, Wir,
Wilhelm,

Herzog zu Braunschweig und Lüneburg p. p.

erlassen mit Zustimmung der Landesversammlung das
nachfolgende Gesetz:

Titel I.

**Zur Ausführung des Deutschen Gerichts-
kostengesetzes.**

— — — — —

Zweiter Abschnitt.

Gebühren in streitigen Rechtssachen.

1. Für Forststrafsachen.

§. 9.

Die auf die Kosten in Strafsachen bezüglichen Vorschriften des D. Gerichtskostengesetzes finden auf die nach dem Forststrafgesetze No. 18 vom 1. April 1879 zu behandelnden Strafsachen mit folgender Massgabe Anwendung:

1. Ist nicht auf Grund der §§. 17 und 18 des Forststrafgesetzes auf Strafe erkannt worden, so werden für jede Instanz, in welcher eine Hauptverhandlung stattgefunden hat, vier Zehntheile der Sätze des §. 62 erhoben¹⁾).

Anm. 1. Nach §. 63 des D. G. R. G. kommen im Verfahren bei amtsrichterlichen Strafbefehlen, wenn die Strafe ohne Hauptverhandlung rechtskräftig festgesetzt ist, 2 Zehntheile der Sätze des §. 62 zur Erhebung. Danach berechnet sich also die Gebühr in Forststrafsachen, wenn die Strafe durch amtsrichterlichen Strafbefehl (F. St. G. §. 55) festgesetzt ist, folgendermaßen: Bei einer Strafe

1. von	1 Mk.	bis einschl.	20 Mk.	} . .	1 Mk.
oder von	1 Tag	" "	10 Tagen		
2. mehr als	20 Mk.	" "	30 Mk. od.	} . .	2 "
" "	10 Tagen	" "	14 Tagen		
3. " "	30 Mk.	" "	60 Mk. od.	} . .	4 "
" "	14 Tagen	" "	4 Wochen		
4. " "	60 Mk.	" "	150 Mk. od.	} . .	6 "
" "	4 Wochen	" "	6 Wochen		
5. " "	150 Mk.	" "	300 Mk. od.	} . .	9 "
" "	6 Wochen	" "	3 Mon.		
6. " "	300 Mk.	" "	500 Mk. od.	} . .	12 "
" "	3 Mon.	" "	6 Mon.		
7. " "	500 Mk.	" "	1000 Mk. od.	} . .	15 "
" "	6 Mon.	" "	1 Jahr		

Hat dagegen in Folge des erhobenen Einspruchs eine mündliche Hauptverhandlung stattgefunden, so würden die Gebühren an sich überhaupt nach dem vollen Satze des §. 62 des D. G. R. G. zu berechnen sein, und der geringere Ansatz für den Strafbefehl würde in Wegfall kommen. Das Gesetz bestimmt nun aber, daß in derartigen Fällen, also bei der Hauptverhandlung in Folge

erhobenen Einspruchs (F. St. G. §§. 56 bis 58), oder wenn wegen der gegen den Erlaß des Strafbefehls vorhandenen Bedenken des Richters, bezw. im Falle des §. 60 des F. St. G. bei Gefahr im Verzuge, der Hauptverhandlungstermin sofort anberaumt wurde, und die Verurtheilung des Angeklagten nach vorgängiger Beweisaufnahme (nicht auf Grund des sofortigen Geständnisses desselben) erfolgte, nicht die volle Gebühr des §. 62, sondern nur 4 Zehnthelle derselben zur Erhebung kommen sollen. — Danach sind also zu erheben bei einer Strafe:

1. von	1 Mk.	bis einschl.	20 Mk.	} . .	2 Mk.
oder von	1 Tag	" "	10 Tagen		
2. mehr als	20 Mk.	" "	30 Mk. od.	} . .	4 "
" "	10 Tagen	" "	14 Tagen		
3. " "	30 Mk.	" "	60 Mk. od.	} . .	8 "
" "	14 Tagen	" "	4 Wochen		
4. " "	60 Mk.	" "	150 Mk. od.	} . .	12 "
" "	4 Wochen	" "	6 Wochen		
5. " "	150 Mk.	" "	300 Mk. od.	} . .	18 "
" "	6 Wochen	" "	3 Mon.		
6. " "	300 Mk.	" "	500 Mk. od.	} . .	24 "
" "	3 Mon.	" "	6 Mon.		
7. " "	500 Mk.	" "	1000 Mk. od.	} . .	30 "
" "	6 Mon.	" "	1 Jahr		

Ist endlich in Forststrassachen überhaupt nicht mittelst Erlasses eines Strafbefehls, sondern im gewöhnlichen schöffengerichtlichen Verfahren mittelst Einreichung einer Anklageschrift verfahren (F. St. G. §§. 17, 18 und 59), so kommen die Bestimmungen des D. Gerichtskostengesetzes, also die volle Gebühr des §. 62 daselbst, zur Anwendung. Danach beträgt die Gebühr bei einer Strafe:

1. von	1 Mf.	bis einschl.	20 Mf.	} . . 5 Mf.
oder von	1 Tag	" "	10 Tagen	
2. mehr als	20 Mf.	" "	30 Mf. od.	} . . 10 "
" "	10 Tagen	" "	14 Tagen	
3. " "	30 Mf.	" "	60 Mf. od.	} . . 20 "
" "	14 Tagen	" "	4 Wochen	
4. " "	60 Mf.	" "	150 Mf. od.	} . . 30 "
" "	4 Wochen	" "	6 Wochen	
5. " "	150 Mf.	" "	300 Mf. od.	} . . 45 "
" "	6 Wochen	" "	3 Mon.	
6. " "	300 Mf.	" "	500 Mf. od.	} . . 60 "
" "	3 Mon.	" "	6 Mon.	
7. " "	500 Mf.	" "	1000 Mf. od.	} . . 75 "
" "	6 Mon.	" "	1 Jahr	

2. Ist in Fällen, in welchen der Erlass eines Strafbefehls zulässig ist, ohne Erlass eines solchen zur Hauptverhandlung geschritten, und die Verurtheilung auf sofortiges Geständniss ohne Beweisaufnahme erfolgt, so werden in erster Instanz zwei Zehnthelle der Sätze des §. 62 erhoben ¹⁾.

Anm. 1. Auch diese Bestimmung enthält eine Abweichung vom D. Gerichtskostengesetze. Danach sollen die im §. 63 daselbst vorgeschriebenen zwei Zehnthelle der Sätze des §. 62 (s. oben) auch dann zur Anwendung kommen, wenn an und für sich ein Verfahren durch amtsrichterlichen Strafbefehl zulässig, solcher Strafbefehl jedoch nicht erlassen, vielmehr zur Hauptverhandlung geschritten und auf sofortiges Geständniß des Angeklagten ohne vorgängige Beweisaufnahme dessen Verurtheilung erfolgt war, was namentlich im Falle des §. 60 des F. St. G. bei Vorführung des Frevlers vor Gericht, aber auch dann eintreten kann, wenn der Amtsrichter gegen den Erlaß eines Strafbefehls Bedenken hatte und daher sogleich Termin zur Hauptverhandlung anberaumte (F. St. G. §. 55 Abs. 3).

3. Ist nach den §§. 19 und 43 des Forststrafgesetzes durch Strafbefehl oder Urtheil auf die Einziehung von Holz oder Harz oder der in §. 19 Abs. 2 erwähnten Gegenstände erkannt, so ist der Werth des Holzes oder Harzes oder der betreffenden Gegenstände an Stelle der Strafe für die Höhe der Gebühr massgebend; die Gebühr beträgt jedoch in jeder Instanz höchstens fünf Mark ¹⁾).

Anm. 1. „Nach §. 75 des D. O. R. G. beträgt die Gebühr für das Verfahren in den Fällen, wo selbstständig auf Einziehung, Vernichtung oder Unbrauchbarmachung von Gegenständen erkannt wird (D. St. P. O. §§. 477 bis 479), für jede Instanz 5 Mark. An und für sich müßte diese Bestimmung auch dann Anwendung finden, wenn nach den §§. 19 und 43 des F. St. G. auf Einziehung von Holz oder Harz oder der aus dem Holz gefertigten Gegenstände erkannt wird. Da diese Gebühr jedoch für zahlreiche unbedeutende Fälle zu hoch sein würde, so soll sie nur für den Höchstbetrag beibehalten, regelmäßig aber der Werth des Holzes oder Harzes bzw. der betr. Gegenstände als Gebühr berechnet werden“ (Mot.).

— — — — —
§. 35.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

— — — — —

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 11. Juli 1879.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

W. Schulz. Trieps. Graf Görtz-Wrisberg.

S a c h r e g i s t e r.

(Die Zahlen bezeichnen die Seite, die beigelegten kleineren Zahlen die Anmerkung.)

A.

- Ablagern des Holzes 61, von Steinen, Scherben, Schutt 1c. 62.
Ableitungen aus gewerblichen oder landwirthschaftlichen Anlagen,
deren schädlicher Einfluß auf die Fischerei 185.
Abraum 31. 34⁴.
Abspänen der Laubholzstöcke 49.
Ackergeräthe, unbefugtes Aufstellen derselben in Forsten 62.
Aerte, deren Einziehung 12, Führen derselben in Forsten 61.
Ameisen, Ameiseneier, deren unbefugtes Einsammeln 63.
Ameisenhaufen, unbefugtes Zerstören derselben 63.
Amtsanwalt für Forstfrevel 86. 87². 192, dessen Ermächtigung zur
Stellung von Anträgen auf Werthersatz und Ersatzgeld 193.
Amtsgerichte, deren Zuständigkeit zur Verhandlung von Forstfrevel-
untersuchungen 86. 89.
Amtsrichter, dessen Befugniß zur Anordnung von Zustellungen 91,
zur Vollstreckung der Urtheile 108.
Angabe, falsche, des Namens oder Wohnorts bei Forstfreveln 24. 25⁴.
Angehörige 40.
Anklageschrift 96¹. 104. 106. 199, deren Formular 217 ff.
Anstiftung zum Forstdiebstahl 37⁹.
Anweisung zum Gebrauch von Formularen 238 ff.
Anzeige der Arbeiter und Arbeitsstätten bei Fabrication von Zünd-
hölzern 83; s. auch unter: Forstschutzbeamte.
Anzeigepflicht bei Jagdvergehen 166, der Forstschutzbeamten 191.
Ausrüstung zur Jagd 145⁴.

B.

Bandstöcke 46.

Bast 46.

Bauholz, ordnungswidrige Verwendung desselben 75 ff.

Beaufsichtigung brennender Kohlenmeiler 80.

Beeidigung der Forstschutzbeamten 92 ff.

Beeren, deren verbotwidriges Einsammeln 32. 35⁶. 72.

Begünstigung des Forstdiebstahls 38 ff.

Beihilfe zum Forstdiebstahl 32. 37⁹, zur Beschädigung stehender Bäume 50. 52³.

Beile, Führen derselben in Forsten 61.

Berufung in Forststreusachen 106.

Berufungskammern, deren Zusammensetzung 107.

Beschädigung an stehendem Holze 49 ff.

Beschlagnahme 113 ff.

Besen 46.

Bewalddraufen des Holzes 62².

Bewalddrehten des Holzes 61. 62².

Bienenstöcke, deren Aufstellen in Forsten 62.

Bleichen von Leinwand in Forsten 62.

Bohnenstiefeln 46.

Borke, deren Entwendung 31. 34⁴.

Buch 31.

C.

Competenz der Gerichte s. Zuständigkeit.

Concurrenz, ideale — reale 11². 12, der Schärfsungsgründe beim Forstdiebstahl 41. 43⁶.

Contobuch bei Bearbeitung der Zündhölzer 81. 84.

Controle der Jagdscheine 165, des Wildtransports und des Wildhandels 169. 170⁴.

D.

Dammwild, Verpflichtung zur Ausrottung desselben 157¹.

Diebstahl von Fischen 182.

Dienstleid der Jagdschutzbeamten 165.

Dienstherrschaft, deren Befugniß zur Entlassung des Hirten 56.

Dienstkleidung der Jagdschutzbeamten 163, der Forstschutzbeamten 191. 192.

Domaniaforsten 7².

Dünger, unbefugtes Ablagern desselben in Forsten 62.

Durchsuchung der zur Fabrication von Bündhölzern dienenden Räume 85.

E.

Eichel 31.

Eidesnorm für die einzufür allemal zu beeidigenden Forstschutzbeamten 93, für die Jagdschutzbeamten 165.

Eier von jagdbarem Federwild, verbotenes Ausnehmen derselben 158.

Einfriedigungen 6, unbefugtes Ueberschreiten oder Durchkriechen derselben 61, deren Beschädigung oder Vernichtung 64. 66².

Einspruchserhebung auf Grund des Strafbefehls 99, Verzicht darauf 101. 102¹, Verhandlung darüber vor dem Amtsrichter 103.

Einspruchstermine 203, deren Bekanntmachung 191.

Einzelnhüten, unbefugtes, in Forsten 53. 54³.

Einziehung 12, beim Forstdiebstahl 46 ff., bei Fabrication von Bündhölzern 83. 84, verbotwidrig feilgebotener Fische 186, von Geldstrafen in Forstfrevel-Untersuchungen 204, Formular dafür 227 ff.

Enten, deren Fernhalten von Schonrevieren 181.

Erbfenstiesel 46.

Erlaubnißschein zur Jagdausübung 153.

Ersaggeld 14. 16². 118 ff., Haftbarkeit dafür bei Forstfreveln 20 ff., dessen Betrag 120. 121, Art der Geltendmachung desselben 122, dessen Festsetzung durch den Amtsrichter 123.

Explosirende Stoffe, Verbot der Benützung beim Fischen 182. 183.

F.

Fallwild, unberechtigte Aneignung desselben 139.

Fanggeräthe, deren Ueberschreiten beim Fischen 182.

Federwild, jagdbares, 158, 159².

Feilhalten des Wildes während der Schonzeit 154 ff.

Festnahme, vorläufige, 87². 204.

Festtag s. Sonntag.

Feuergefährliche Handlungen in Forsten 77 ff.

Fischen, unberechtigtes, 181.

Fischereivorrichtungen, ständige, 182.

Fischerzeuge, deren unbefugtes Auslegen 180. 181.

Fischkarten 179. 180. 181, deren unberechtigte Ausstellung 182.

- Fischkörbe, deren verbotenes Einhängen 184.
 Fischpässe 182. 184.
 Flachs, Rotten desselben in Forsten 62, in nicht geschlossenen Gewässern 183. 185.
 Flucht des Thäters bei Entdeckung von Forstfreveln 25⁴.
 Formulare in Forststrafsachen 208 ff., deren Gebrauchsanweisung 238 ff.
 Forstdiebstahl 31 ff., qualificirter 40 ff. 43 ff.
 Forsten 6. 7², deren Umfang 7³.
 Forsteigenthümer, dessen Recht auf Belassung des nicht verwendeten Bauholzes bei dem Holzempfänger 76, dessen Recht auf Empfang der Geldstrafe 111.
 Forstfrevel, deren Erklärung 6.
 Forstgrundqualität 7².
 Forsthoheitsgesetz, Zuwiderhandlungen dagegen 126.
 Forstjuchbeamte, deren Anzeigen an den Amtsanwalt 95.
 Forststrafarbeit 8¹.
 Forsttag 15. 17³. 76. 77².
 Forstschaffungsgeräthe 70.
 Freiheitsstrafe, deren Mindestbetrag 10.
 Freiwillige Erlegung der Geldstrafe 46. 198.
 Frevellisten der Revierforstbeamten 195. 196, deren Revision 196. 197, Formular 209.
 Frevelwerkzeuge, deren Verkauf oder Zurückgabe 198.
 Früchte, deren Entwendung 31. 35⁶.
 Fuhrwerk beim Forstdiebstahl 41.
 Fußwege, unbefugte Anlegung derselben 59.

G.

- Gebühr für Jagdscheine 148, in Forststrafsachen 249 ff.
 Gefängnißstrafe 8, deren Höchstbetrag 10. 11.
 Geländer, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.
 Geldstrafe 8, deren Mindestbetrag 9, Verwandlung in Freiheitsstrafe 9. 11, Haftbarkeit dafür bei Forstfreveln 20 ff., deren freiwillige Erlegung 46. 109, Auszahlung derselben an den Beschädigten 111.
 Gemeinschaftliche Ausführung des Forstdiebstahls 43.
 Gerichtsstand für Forstfrevel 89 ff.
 Gesamtproceß bei Forstfreveln 104.
 Gesamtstrafe 11.

Geschlechts-Erkennungszeichen bei Rehwild, deren Verstümmelung 155.

Gewässer, geschlossene, 178. 179.

Geweide von Hirschen oder Rehböden 160¹.

Gewerbliche Stoffe, deren verbotenes Einführen in Gewässer 184. 185.

Gewerbsmäßige Hehlerei beim Forstdiebstahl 43. 44⁴.

Gewohnheitsmäßige Hehlerei beim Forstdiebstahl 43. 44⁴.

Gleichartige Forstfrevel beim Rückfall 27. 28².

Gras 31.

Gräben, deren Beschädigung oder Vernichtung 64. 65¹.

Gruben, deren unbefugte Anlegung 64. 66³.

H.

Haften, Führen derselben in Forsten 61.

Haft 8, deren Höchstbetrag 10. 11.

Haftbefehl, richterlicher, dessen Voraussetzungen 87².

Haftung, unmittelbare — mittelbare, für Geldstrafe, Wertherzaj, Ersatzgeld und Kosten bei Forstfreveln 20 ff., bei Jagdpolizeidelikten 142, bei Fischereicontraventionen 187.

Haide, deren Entwendung 31. 34⁵.

Haken, Führen derselben in Forsten 61.

Handstücke 46.

Hanf, dessen Rotten in Forsten 62, in nicht geschlossenen Gewässern 183. 185.

Harken, Führen derselben in Forsten 61.

Harz, dessen Entwendung 31. 41, dessen Einziehung 46 ff.

Hasen, Verbot des Fangens derselben in Schlingen 154.

Hausjuchung 115.

Hegeweise 64. 65.

Hehlerei in Beziehung auf Forstdiebstahl 38 ff. 43. 44⁴.

Hirschgeweihe 160¹.

Hirten, deren Entlassung 56.

Holz, noch nicht vom Stamme oder Boden getrennt, dessen Entwendung 31. 33², dessen Einziehung 46 ff., dessen Beschädigung 49 ff., unbefugtes Bearbeiten oder Beschlagen desselben in Forsten 61, Unterlassung der Fortschaffung desselben 68, Schleifen oder Hängen desselben in Ketten 68.

Holzabfälle, deren Entwendung 31. 34⁴.

Holzablage 31.

Holzberechtigung, gemessene, — ungemessene, deren Ausübung 73¹.

- Holzpflanzen, deren Entwendung 31. 34⁵.
 Hopfenstangen 46.
 Hülfssbeamte der Staatsanwaltschaft 116.
 Hütten, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.
 Hunde, Umherlaufen derselben in fremden Jagdrevieren 159.

J.

- Jagdausübung, unbefugte, 137. 138¹, des Grundeigenthümers, Pächters oder Administrators 151, zur Schonzeit 154.
 Jagd- und Wildfolge 139.
 Jagdpolizei=Uebertretungen, deren Begriff 137.
 Jagdrecht 151¹.
 Jagdschein, Strafe für Nichtlösung desselben 144 ff., für dessen Nichtvorzeigung 147, Ausstellung desselben 148, unentgeltliche Ertheilung desselben 149 ff., Recht der Verweigerung des Jagdscheins 149. 150³, Controle der Jagdscheine 165.
 Jagdschutz, Recht zur Ausübung desselben 162. 164¹.
 Jagdschutzbeamte 162.
 Jagdschutzberechtigte, Befreiung derselben von Lösung des Jagdscheins 147 ff.
 Jugendliche Personen zwischen 12 und 18 Jahren, deren Strafbarkeit bei Begehung von Forstfreveln 18 ff., bei Begehung von Jagdpolizeidelikten 141.
 Junge von jagdbarem Federwild, verbotenes Ausnehmen derselben 158.
 Junges Wild, unberechtigte Aneignung desselben, 138¹.

K.

- Kahn 41.
 Kammmerforsten 7².
 Kaninchen, wilde, Recht der Tödtung derselben 144. 146⁵.
 Karren, unbefugtes Aufstellen derselben in Forsten 62, deren Beschlagnahme 113.
 Kibizeier, verbotenes Ausnehmen derselben 159.
 Kien, dessen Entwendung 41.
 Kiepen, deren Beschlagnahme 113.
 Kiepenstöcke 46.
 Kinder, deren Strafbarkeit bei Begehung von Forstfreveln 17 ff., bei Begehung von Jagdpolizeidelikten 141, Verzeichniß der von denselben begangenen Forstfrevel 207.

Klosterforsten 7².

Köder, giftiger, dessen Verbot beim Fischen 183.

Kohlen, Abfahren derselben 80.

Kohlenmeiler, unbefugtes Errichten und Anzünden derselben in Forsten 80.

Körbe, deren Beschlagnahme 113.

Kosten, Haftbarkeit dafür bei Forstfreveln 20 ff., — der Zwangsvollstreckung wegen Werthersatz und Ersatzgeld 108. 109², — der Pflanzung 117, deren Berechnung in Forststrafsachen 249 ff.

Köthe n, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.

Kräuter, deren Entwendung 31. 35⁶, deren verbotwidriges Einsammeln 72.

Krebse, im Sinne des Fischereigesetzes den Fischen gleichstehend, 178.

Krebse n, unberechtigtes, 181.

L.

Landwirthschaftliche Stoffe, deren verbotenes Einführen in Gewässer, 184. 185.

Lastthier 41.

Laub 31.

Laubholzstöcke 49.

Legitimationschein bei Ausübung von Holznutzungsrechten 70 ff.

Leesholzberechtigung, Gebrauch von Aexten bei derselben 71¹.

Leinwand, deren Bleichen und Trocknen in Forsten 62.

Lohdentrück, dessen Verhinderung 49.

Lohrinde, deren Beschädigung 66.

Loosnummer, deren Beseitigung 66.

Löschen der aus Meilern gezogenen Kohlen 80.

M.

Maßschonung, deren Eintritt 55.

Markzeichen, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.

Messer, unterliegen nicht der Einziehung 14⁶, deren Gebrauch beim Forstdiebstahl 41.

Mitthäterschaft bei Forstfreveln im Allgemeinen 24. 26⁴, beim Forstdiebstahl 37⁹. 44³.

Moos 31.

Nachtzeit, Verübung von Forstfreveln in derselben 24 ².

Nadelholzzapfen 31.

Namen, Verweigerung der Angabe, — falsche Angabe desselben bei Forstfreveln 24. 25 ⁴, bei Jagdausübung ohne Jagdschein 146.

Nichtabhalten von der Begehung strafbarer Verletzungen der Forstgesetze 112.

D.

Oeffentliche Klage des Amtsanwalts für Forstfrevel 96 ff., deren tabellarische Form 197. 198, deren Einreichung 199, — Formular 213 ff.

P.

Partirerei in Beziehung auf Forstdiebstahl 39 ².

Peitschenstöcke 46.

Pfähle zum Schutze der Bäume 49, zur Abgrenzung oder Abperrung von Wegen oder Grundstücken 64.

Pfändung 117, deren Vereitelung 56 ff.

Pferde, Weiden derselben in Forsten 55.

Pflanzen, deren Beschädigung 49.

Pflanzgarten, Verübung des Forstdiebstahls in demselben, 41.

Pflänzlinge, deren Entwendung 41.

Pflugwenden in Forsten 59.

Pilze, deren verbotwidriges Einsammeln 72. 32. 36 ⁶.

Plaggen, deren Entwendung 31. 34 ⁵.

Priorität der Leistungen bei zwangsweiser Einziehung 110.

Protokoll in Forstfreveluntersuchungen 103.

Q.

Quirle, strafbarer Handel damit, 46.

R.

Rebhühner, Verbot des Fangens derselben in Schlingen, 154.

Rehböcke, deren Schonzeit 156. 157 ².

Rehbocksgeweide 160 ¹.

Rehe, Verbot des Fangens derselben in Schlingen, 154.

- Rehwild, Zehalten desselben während der Schonzeit, 155.
 Reichsstrafgesetzbuch, dessen allgemeiner Theil anwendbar auf Forst-
 frevel 7. 8, auf Jagdpolizei-Übertretungen 140.
 Reisser 66.
 Reusen, deren verbotenes Einhängen oder Einsetzen in Fischpässe 184.
 Rinnen, deren Beschädigung oder Zerstörung 65.
 Rothwild, Verpflichtung zur Ausrottung desselben, 157 ¹.
 Rotten von Hanf oder Flachs in nicht geschlossenen Gewässern 183. 185.
 Rücken des Holzes an die Ladestellen 68.
 Rückfall beim Forstfrevel überhaupt 26 ff., beim Forstdiebstahl 41.
 44 ff., bei Vereitelung von Pfändungen 57, bei Jagdausübung
 ohne Jagdschein 146.
 Rückfallsregister 207. 246.
 Rückfallsstrafen, transitorische Bestimmung darüber 128.

S.

- Saatkamp, Verübung des Forstdiebstahls in demselben, 41.
 Säcke, deren Beschlagnahme 113.
 Säge, deren Gebrauch beim Forstdiebstahl 41, Führen derselben in
 Forsten 61.
 Saft von stehenden Bäumen, dessen Entwendung 41.
 Schadenersatz wegen Forstfrevels 14. 15, wegen Weidefrevels 118.
 119 ².
 Schärfungsgründe bei Forstfreveln 24 ¹, beim Forstdiebstahl 40 ff.
 bei Jagdausübung ohne Jagdschein 146.
 Scheere, deren Gebrauch beim Forstdiebstahl 41.
 Scherben, deren unbefugtes Ablagern in Forsten 62.
 Schlaghölzer 66.
 Schleifen des Holzes in Forsten 59. 68.
 Schlitten, unbefugtes Aufstellen derselben in Forsten 62, deren Be-
 schlagnahme 113.
 Schneidende Werkzeuge, deren Gebrauch beim Forstdiebstahl 41.
 Schössen, deren Zuziehung bei Forstfreveluntersuchungen 86.
 Schonungen, Verübung des Forstdiebstahls in denselben 41, unbe-
 fugtes Weiden in denselben 55.
 Schonreviere beim Fischen 182. 184.
 Schonzeit, Dauer derselben 156 ff.
 Schwarzwild, Verpflichtung zur Ausrottung desselben 157 ¹.
 Schutt, dessen unbefugtes Ablagern in Forsten 62.
 Sensen, Führen derselben in Forsten 61.

- Sicheln, Führen derselben in Forsten 61.
 Sonntag, Verübung von Forstfreveln an Sonn- und Festtagen 23.
 24, Jagdausübung an Sonn- oder Festtagen 151.
 Späne, deren Entwendung 31. 33⁴.
 Splieten, strafbarer Handel damit 46.
 Sprengmittel, deren Verbot beim Fischen 183.
 Sprengpatronen, beim Fischen verboten, 183.
 Stämme, gefällte 66.
 Stangen s. Gemeiße.
 Steine, deren unbefugtes Ablagern in Forsten 62, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.
 Stellvertreter des Beschädigten bei Forstfreveluntersuchungen 24. 26⁵.
 Stoffe, gewerbliche oder landwirthschaftliche, deren verbotenes Einführen in Gewässer 184. 185.
 Stoßnummer, deren Beseitigung 66.
 Sträucher, deren Beschädigung 49.
 Strafbefehl bei Forstfreveln 96 ff., dessen Inhalt 99 ff., dessen Eintragung in die Klagschrift 201, dessen Ausfertigung 202, Formular 220 ff., 242 ff., Gebührenbetrag dafür 250.
 Strafe des Forstdiebstahls 32. 36⁴.
 Strafzumessung bei Forstfreveln 23 ff.
 Strohwiße 64.
 Substituten der Amtsanwälte für Forstfrevel 192.

I.

- Tafeln, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.
 Theilzahlungen auf das Urtheil 110.
 Thiere, unterliegen nicht der Einziehung 12. 13⁴, deren Beschlagnahme 113.
 Thorwege im Wildgatter, unbefugtes Oeffnen derselben 63.
 Torf, Unterlassung der Fortschaffung desselben 68.
 Torfstöße, deren Beschädigung oder Vernichtung 66.
 Transportmittel, unterliegen nicht der Einziehung 12. 13⁴, deren Beschlagnahme 113. 116², deren Verkauf 198. 199.
 Triebe, Haupt- oder Mittel-Triebe, deren Entwendung 41. 42⁵.
 Trocknen von Leinwand in Forsten 62.
 Trüffeln 32. 36⁶.

II.

- Uebergangsbestimmungen beim Forststrafgesetz 128 ff.
 Ueberweisung des Holzes durch die Forstbeamten 70.

Umzäunungen 6, unbefugtes Uebersteigen oder Durchkriechen derselben 61, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.
 Unkenntlichmachen bei Forstfreveln 24. 25³, bei Jagdausübung ohne Jagdschein 146.
 Unrath, unbefugtes Ablagern desselben in Forsten 62.

B.

Verabfolgezettel 68. 69.
 Veräußerung des durch Forstdiebstahl Entwendeten 43. 44³, unbefugte — von Walderzeugnissen 72 ff.
 Verfahren in Forstfreveluntersuchungen 88.
 Verhaftung der Forstfreveler, Verfahren dabei 203 ff.
 Verhandlung in Abwesenheit des Angeklagten bei Forstfreveln 104. 105³.
 Verjährung der Strafverfolgung wegen Forstfrevel 29, der Strafvollstreckung 30², des Anspruchs auf Erjageld 120.
 Vermuthen bei Forstfreveln 25³.
 Versuch des Forstdiebstahls, dessen Bestrafung 32. 36⁸, — der Vereitelung von Pfändungen 58².
 Verweigerung des Zutritts zu den Räumen der Zündholzfabrik 85.
 Verwendung, unbefugte, von Walderzeugnissen 72 ff.
 Verwilligung von Holz, unbefugte Veräußerung oder Verwendung desselben 73 ff.
 Verzeichniß der Forstfrevel 95.
 Verzicht auf den Einspruch 101. 102¹.
 Vieh, gefallenes, dessen Begraben oder Liegenlassen in Forsten 62.
 Viehtreiben in Forsten 59.
 Vogelbeeren 32. 35⁶.
 Vogelfang, verbotener, 139.
 Vollstreckung der Urtheile wegen Forstfrevel 108.
 Vollziehung von Freiheitsstrafen 205, Formulare dafür 229 ff. 244 ff.
 Vorladung der Forstschutzbeamten zur Hauptverhandlung 100.
 Vorläufige Festnahme s. Festnahme.

B.

Wagen, unbefugtes Aufstellen derselben 62, deren Beschlagnahme 113.
 Waldberechtigung, unbefugte Ausübung derselben 70 ff.
 Waldbrand, Verpflichtung zur Hülfeleistung 78.

- Walderzeugnisse 74², unbefugte Veräußerung und Verwendung derselben 72 ff.
 Waldhammer 66. 67¹.
 Waldsämereien, deren Entwendung 31.
 Wälle, deren Beschädigung oder Zerstörung 65.
 Warnungszeichen, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.
 Wäsche, deren Bleichen und Trocknen in Forsten 62.
 Wasser, dessen Ableitung 65.
 Weeden 46.
 Wege, widerrechtliche Benutzung derselben in Forsten 59 ff., Erscheinen vom Wege ab ohne Jagdschein 145³.
 Wegweiser, deren Beschädigung oder Vernichtung 64.
 Weidestrevel 53 ff.
 Weigerung der Angabe des Namens oder Wohnorts bei Forststreveln 24. 25⁴.
 Weihnachtsbäume 46.
 Werkzeuge 70.
 Werkzeuge, deren Einziehung 12. 13, Verweigerung der Ausantwortung derselben 41. 42³, deren Beschlagnahme 116, deren Verkauf oder Zurückgabe 198; s. auch „schneidende Werkzeuge.“
 Wertherjag 14. 16², Haftbarkeit dafür bei Forststreveln 20 ff.
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung des Einspruchstermins 101. 102².
 Wild, Verbot des Feilhaltens desselben während der Schonzeit 154 ff.
 Wildddiebsflinten 139.
 Wildgatter 6, unbefugtes Uebersteigen oder Durchkriechen derselben 61, unbefugtes Oeffnen derselben 63, Beschädigung oder Vernichtung derselben 64.
 Wildhandel, Controle desselben 169. 170⁴.
 Wildtransport s. Wildhandel.
 Windbruchholz 33³.
 Windfallholz 33³.
 Wohnort, Verweigerung der Angabe oder falsche Angabe desselben bei Forststreveln 24. 25⁴.
 Wurzeln, deren Entwendung 41.

3.

- Zahlung, freiwillige, der Geldstrafe, des Wertherjages u. 198.
 Ziegen, Weiden derselben in Forsten 55.

- Zuführung des Forstrevlers vor den Amtsrichter 105.
 - Zündhölzer, Vorschriften in Betreff deren Fabrication 81 ff.
 - Zusammenhang mehrerer Forstrevel 103 ¹.
 - Zusatzstrafe beim Forstdiebstahl 45, kommt dem Beschädigten nicht zu 111.
 - Zuständigkeit der Gerichte zur Aburtheilung von Forstreveln 86 ff.,
von Jagdpolizei-Übertretungen 139.
 - Zustellungen, vereinfachte, in Forststrassachen 91. 194.
 - Zustellungsurkunden 193. 194, deren Formular 223. 243.
 - Zuwiderhandlungen gegen das Forsthoheitsgesetz 126.
 - Zwangsvollstreckung s. Vollstreckung.
-

Verichtigungen.

Seite 8 Zeile 7 von oben lies Abs. 3, statt Abs. 2.

Seite 93 Zeile 3 von oben lies den, statt dem.

Seite 169 Zeile 3 von unten lies 116, statt 166.

Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig.

Die

Braunschweigischen Ausführungsgesetz

zu den

Reichs-Justizgesetzen.

Mit den

Regierungsmotiven und einzelnen Erläuterungen
herausgegeben

von

W. Mansfeld,

Landgerichts-Präsident.

gr. 8. geh. Erste Lieferung. Preis 3 Mark.

Die Grundbuchgesetze

des

Herzogthums Braunschweig.

Mit den

Regierungsmotiven und einzelnen erläuternden Anmerkungen
herausgegeben

von

W. Mansfeld,

Landgerichts-Präsident.

gr. 8. Fein Velinpap. geh. Preis 3 Mark.

Globus.

Illustrirte Zeitschrift für Länder- und Völkerkunde

mit

besonderer Berücksichtigung der Anthropologie und Ethnologie

Begründet von **Karl Andree.**

In

Verbindung mit Fachmännern herausgegeben

von

Dr. Richard Kiepert.

Der „Globus“ erscheint viermal im Monate in Nummern von je zwei
gen in Quart, reich illustriert und mit Kartenbeilagen, zum Subscriptionspreis
von 12 Mark pro Band. Vierundzwanzig Nummern bilden einen Band.